REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 27. November 1973
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

Zl.557.519/4-303/1973

An das
Bundesministerium für Wissenschaft
und Forschung
Sektion Forschung
Währingerstraße 28
1090 W i e n

Besprechung in Angelegenheiten der PKS und der Grünen Front in Lauffen-Engleithen; 13.November 1973.

Das vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz mit Schreiben vom 19.Juni 1973, Zl.557.519/1-303/73, angeregte Gespräch mit Dipl. Ing. Schauberger fand am 13.November 1973 in Lauffen-Engleithen am Sitz der PKS statt. Leider war der Vertreter des do. Ressorts dienstlich an einer Teilnahme verhindert. An der Besprechung nahm neben dem Vertreter des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz auch Prof. Dr. Adam von der Hochschule Linz teil.

Nach eingehender Besprechung aller Aspekte der "Humanisierung der Technik bzw. der Zivilisation" sowie der von Dipl.Ing. Schauberger entwickelten Denkansätze bezüglich einer "mathematisch-physikalischen, nichteuklidischen Konzeption", kamen die an der Besprechung Beteiligten überein, daß für diese Fragen ein akademisches Gespräch nötig ist. Die diversen entwickelten Bewegungsvorgänge wären in Richtung der Quantenphysik zu überprüfen. Zu diesem Zwecke könnte dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ein umfassendes Gespräch in Gegenwart der nachfolgenden Fachleute

und Wissenschaftler vorgeschlagen werden:

Prof. Dr. Marke, Linz	Theoret. Physik Mathematik,
Prof. Dr. Adam, Linz	Hydrodynamiker
von der TH - Wien	
Dr. Knötig, TH - Wien	Humanökologie
Prof. Dr. Linser, Univ.-Gießen	Biophysiker
MR Dr. Frank, BMfHGuI	Energie und nichteuklidische Mathematik
von der Studiengesellschaft für Atomenergie oder TH - Wien	Gewinnung von magnetohydro dynamischer Energie

An der Besprechung sollte auch der Vertreter des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz teilnehmen. Die Sitzung selbst wäre vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung einzuberufen.

Eine Vorinformation der Teilnehmer wird Dipl. Ing. Schauberger besorgen oder entsprechende Unterlagen dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung zur Verfügung stellen.

Für den Bundesminister:
P i n d u r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Wien, 1974 03-04

Sehr geehrter Herr Dipl. Ing. SCHAUBERGER!

Ihren Brief vom 22. Februar d. J. habe ich erhalten. Sektionschef Dr. FRANK hat mir auch von der Unterredung berichtet, die er mit Ihnen am 26. d. M. hatte und die einerseits das Problem des dynamischen Gleichgewichtes zwischen Zivilisation und biologischer Umwelt und andererseits das Problem der vertieften Einsicht in die Naturgesetze zum Inhalt hatte.

Ihrem Wunsch, Ihnen die "Leitlinien für einen österreichischen Energieplan" zu übermitteln, komme ich gerne nach und schließe diese Leitlinien diesem Brief bei.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung verbleibe ich

Beilage

Herrn
Dipl. Ing. Walter SCHAUBERGER,
Leiter der PKS
(Pythagoras-Kepler-System)
4821 Lauffen-Engleithen

Leitlinien für eine österreichische Energiepolitik

Zur Lage

Die Versorgung der Industriestaaten mit Energie steht an einem Wendepunkt. Man ist mit Mangelerscheinungen, wie sie die Wissenschaft erst für das Ende dieses Jahrhunderts bei weiterem sorglosen Wirtschaften erwartet hatte, und kräftigen Steigerungen der Energiepreise konfrontiert. Politisch motivierte Boykottmaßnahmen und eine vorsichtigere Politik der ölexportierenden Staaten beim Abverkauf ihrer Naturschätze haben dies verursacht. Wenn auch - hoffentlich - eine Lösung der Nahostfrage die Versorgung wieder verbessern mag, eine Wiederkehr der Zeit des billigen Energieangebotes ist nicht zu erwarten.

Die Abhängigkeit der Industriestaaten von den Energiequellen der Entwicklungsländer war während der letzten Dezennien sprunghaft angewachsen. Erdöl befriedigte dabei nicht nur den Großteil der Bedarfszunahme sondern drängte auch traditionelle Energieträger, wie die Kohle, zurück.

Trotz allem wird es mit großer Wahrscheinlichkeit gelingen, die Energieversorgung mengenmäßig sicherzustellen. Der Ausfall an Erdöl aus traditionellen Lieferländern kann mittel- und langfristig durch neue Aufschlüsse in anderen Gegenden, durch andere Energieträger, durch eine intensivere Nutzung und mit Hilfe neuer Technologien wettgemacht werden. Voraussetzung hiefür wird allerdings die Bereitschaft sein müssen, für Energie einen höheren Preis zu zahlen und die erforderlichen Investitionen vorzunehmen.

Die notwendigen Umstellungen und Entwicklungen benötigen allerdings Zeit. Bis dahin können sich weitere Sparmaßnahmen und eine Konzentration der verfügbaren Mengen auf die wesentlichen Bereiche als unumgänglich erweisen.

Die Entwicklung auf dem Energiesektor darf keineswegs nur als Problem der Wirtschaft betrachtet werden. Die Verbrauchsgewohnheiten des Staatsbürgers werden nicht zuletzt durch die empfindlichen Preissteigerungen berührt. Besonderes Augenmerk wird darauf zu richten sein, daß hiebei die weniger bemittelten Bevölkerungs-

werden wird. In den folgenden Jahren wird dieser Energieplan alljährlich den Gegebenheiten angepaßt werden.

Die in den Leitlinien enthaltenen Überlegungen gehen von der momentanen Situation und der Annahme aus, daß eine Rückkehr zur früheren Situation wenig wahrscheinlich ist. Andererseits ist es durchaus möglich, daß die jetzige Konstellation, die sich aus einem Zusammentreffen verschiedener Interessen ergeben hat, in dieser Form nicht andauern wird. Spekulationen über die weitere Entwicklung werden hier bewußt nicht angestellt. Doch wird es schon mit Hinblick auf diese Unsicherheitsfaktoren als notwendig erachtet, in der Energiepolitik möglichst flexibel vorzugehen.

Die drei Grundsätze der Leitlinien:

Diese lauten:

1. Weitestgehende Nutzung der heimischen Energiequellen
2. Sicherung der unerläßlichen Importe
3. Aufbau einer ausreichenden Bevorratung

Größtmögliche Nutzung der heimischen Energiequellen

Die aktuelle Situation hat der österreichischen Bevölkerung vor Augen geführt, daß auch die österreichische Energiewirtschaft, wie jene ganz Westeuropas, in einem sehr hohen Maße vom Import abhängig ist. Es besteht keine Aussicht, diese Abhängigkeit in absehbarer Zeit zu beseitigen. Um sie jedoch zu mildern, sind die inländischen Energiequellen im weitestgehenden Ausmaß zu erschließen.

Die bei der Wasserkraft bestehenden Möglichkeiten für einen weiteren Ausbau sind zu nützen. Die Elektrizitätswirtschaft wird vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eingeladen werden, zu untersuchen, in welchem Ausmaß ihr derzeitiges "koordiniertes Ausbauprogramm" beschleunigt werden könnte. Vom wirtschaftlich ausbauwürdigen Wasserkraftpotential Österreichs von 43 900 MWh waren Ende 1972 insgesamt rund 42 % genutzt, während sich weitere 17 % in Ausbau befanden. Gleichzeitig wird zu prüfen sein, ob nicht auch die neuen Kostenrelationen der Primärenergieträger eine Modifikation des Ausbauprogrammes angebracht erscheinen lassen, was insbesondere für die im Ausbauprogramm enthaltenen kalorischen Kraftwerke auf Basis Heizöl und Erdgas gilt.

43,9 GWh ... 42%

Kernenergie ist wohl keine heimische Energiequelle, doch bietet sie infolge der Möglichkeit mehrjähriger Lagerung des Brennstoffes eine große Versorgungssicherheit. Ein beschleunigter Ausbau der Kernkraftwerke ist somit ebenfalls erstrebenswert. Die Kapazität der Planungsstäbe, der Lieferfirmen für die Ausrüstung und der Bauwirtschaft setzt jedoch hier, wie bei der Wasserkraft, bestimmte Grenzen.

Bei Erdöl und Erdgas sind die heimischen Reserven begrenzt. Die geologischen Gutachten lassen nicht erhoffen, daß noch große Lagerstätten gefunden werden. Immerhin bestehen aber einige Hoffnungsgebiete, in denen neue Aufschlüsse - allerdings mit erheblichen Kosten - durchzuführen sein werden.

Auch bei Kohle besteht nur eine geringe Chance für einen weiteren Ausbau. Das Aufsuchen neuer Kohlenvorkommen im Köflacher Revier ist derzeit mit Unterstützung von Bund, Land und E-Wirtschaft im Gange.

Zu allen Energieträgern muß betont werden, daß der Grundsatz einer weitestgehenden Nutzung heimischer Energiequellen nicht so verstanden werden darf, daß einer Produktion von Energie ungeachtet der Kosten das Wort geredet wird. Aufgabe des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie wird es sein, darauf hinzuarbeiten, daß die benötigten Energiemengen zu möglichst günstigen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden.

Ein forcierter Ausbau der österreichischen Energiequellen wird jedenfalls hohen Kapitaleinsatz erfordern. Der Effekt dieser zusätzlichen Aufwendungen muß in einem ausgewogenen Verhältnis zu den zusätzlichen Kosten für Energieproduzenten und -konsumenten stehen. Ohne Zweifel wird jedoch im Rahmen einer verbesserten Bergbauförderung der Förderung der Prospektion in Österreich viel stärkeres Gewicht zu geben sein.

Sicherung der unerläßlichen Energieimporte

Mit Hinblick auf die begrenzten Möglichkeiten des Ausbaues der österreichischen Energiequellen wird in Zukunft dem Energieimport für eine ausreichende Versorgung eine weiterhin steigende Bedeutung zukommen.

Eine auf Diversifikation gerichtete Importpolitik, ein Anschluß an möglichst viele Transport- und Leitungssysteme und der Aufbau entsprechender Verarbeitungskapazitäten für Rohöl in Österreich werden auf längere Frist die beste Methode zur Sicherung der nötigen Importe darstellen.

In diesem Sinne werden sich bietende Möglichkeiten zu einem verstärkten Import von Erdgas zu nutzen und das gegenüber Westeuropa im Entstehen befindliche Verbundsystem fertigzustellen sein.

Bei einer Berechnung der Energieträger mit ihrem physikalischen Energieäquivalent in 10^9 kcal je angegebene Mengeneinheit

Steinkohle und -Briketts	7/1.000 t
Koks	7/1.000 t
Braunkohle und -Briketts	3,5/1.000 t
Erdöl und Erdölprodukte	10,5/1.000 t
Erdgas	8,9/10 ^{6}Nm^3
Wasserkraft (für die Erzeugung elektrischer Energie)	1,08/GWh
elektrische Energie	0,86/GWh

1,08 . 10^3 Kcal / GWh = 0,86 . 10^3 / GWh . 10^6 kWh = 10^6 kWh

ergibt sich folgende Gegenüberstellung:

1 kWh = 860 Kcal

860 . 10^6 Kcal = 10^6 kWh

Inländische Erzeugung in 10^9 kcal

	1960	1972	
Steinkohle	924,00	-	
Braunkohle	20.906,90	13.144,25	
Erdöl	25.708,20	26.017,95	
Erdgas	10.709,37	13.033,16	
elektr. Energie aus Wasserkraft	12.832,56	18.617,04 = 26,4%	18.617 / 70.812
Summe	71.081,03	70.812,40 = 100%	

18,617 . 10^{12} Kcal

17,238 x 1,08 = 18,611 . 10^6

Energieimporte in 10^9 kcal

17,238 x 86 = 14,8 . 10^{11} Kcal

	1960	1972	
Steinkohle und Steinkohlenbriketts	26.604,90	20.104,70	29.622,25
Koks	5.556,60	6.318,20	
Braunkohle u. Braunkohlenbriketts	2.451,75	3.199,35	
Erdöl	5.587,05	54.655,65	98.794,50 = 98,8 . 10^{12} Kcal
Erdölprodukte	11.209,80	30.545,55	
Erdgas	-	13.590,30	
elektrische Energie	551,26	2.585,16	18,6 . 10^{12} Kcal ≈ 1/5
Summe	51.961,36	130.998,91 = 65%	
		70.812,40 = 35%	
	100%	201 81131	

19%

201,8 . 10^{12} Kcal

18,6 . 10^{12}

= 9,3% Anteil vom gesamten Energieaufkommen 1972 einschl. Importe

El. E 18.617 / 2.585 / 21.202 = 10,4%

201,8 . 10^{12} / 7 . 10^3 = 29 . 10^6 kg

= 29 . 10^6 t SKE Wasser

aber weniger als 1/10

d.) Elektrizitätswirtschaft

Der Bedarfszuwachs der österreichischen Elektrizitätsversorgung lag die letzten Jahre bei 7 bis 8 % pro Jahr und damit auch im Bereich der europäischen Zuwachsraten, die zwischen 4 bis 6 % in der Schweiz und 10,3 % in den Niederlanden lagen.

Die Stromaufbringung teilt sich derzeit in Österreich auf etwa 2/3 aus Wasserkraftwerken und 1/3 aus Wärmekraftwerken. Das Aufkommen aus den Wärmekraftwerken erfolgt seinerseits wieder ungefähr zu je 1/3 auf der Rohenergiebasis Braunkohle, Erdöl und Erdgas. Die gesamte Werksleistung der öffentlichen Stromerzeugung Österreichs betrug im Jahre 1972 7000 MW, aufgeteilt auf ca. 5000 MW aus Wasserkraft- und 2000 MW aus Wärmekraftwerken. An die inländischen Stromverbraucher wurden im Jahre 1972 23 300 GWh abgegeben. Unter mittleren Verhältnissen (Regeljahr) beträgt das Aufkommen aus Wasskraftwerken 18 000 GWh und stellt damit einen ca. 42 %igen Ausbau, der als ausbauwürdig zu betrachtenden österreichischen Wasserkräfte dar.

S 63

$18 \cdot 10^9$ KWh $\times 86 \cdot 10^3 = 1,8 \cdot 10^{13} \cdot 8,6 \cdot 10^1 = 15,4 \cdot 10^{12}$

Je nach Witterungsverhältnissen kann das Wasserdargebot in Österreich um 10 bis 15 % schwanken, sodaß in Trockenjahren aus Wärmekraftwerken oder Importen zusätzlich 2000 bis 3000 GWh aufgebracht werden müssen. Diese Unsicherheit des Aufkommens stellt eine besondere Belastung in der Lagerbewirtschaftung für die Wärmekraftwerke dar.
Je Kopf der Bevölkerung wurden im Jahre 1971 verbraucht:

Frankreich	2 880 KWh
Niederlande	3 180 "
Belgien	3 200 "
Österreich	3 260 " $= 3,26 \cdot 10^3$ KWh
BR.Deutschland	4 030 "
Schweiz	4 560 "
Norwegen	15 370 "

1000 Watt = 1 KW = $8,72 \cdot 10^3$ KWh/Jahr
100 Watt = $0,872 \cdot 10^3$
37o Watt = $3,25 \cdot 10^3$ KWh

Diesem Ausbauprogramm liegt eine mittlere Zuwachsrate von etwa 7 %, wie sie auf Grund der Entwicklung der letzten Jahre zu erwarten ist, zugrunde. Es umfaßt Wasserkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 3200 MW und Wärmekraftwerke mit einer Gesamtleistung von 4200 MW und enthält auch für das Jahr 1980/81 ein zweites Kernkraftwerk. Diesem Ausbauprogramme sollen nunmehr Varianten mit anderen Verbrauchszuwachsraten bzw. mit einem höheren Anteil der Nutzung inländischer Primärenergiequellen zur Seite gestellt werden.

Abgesehen von dem ersten und zweiten Kernkraftwerk und den im Bau befindlichen konventionellen Wärmekraftwerken sind insgesamt 1300 MW auf der Basis fossiler Energieträger geplant, deren zukünftige Versorgung nunmehr aus der neuen Weltenergielage betrachtet werden muß. Es wird des weiteren eine Studie ausgearbeitet über einen Ausbauplan nur auf hydraulischer Grundlage, bei dem somit die energiewirtschaftliche Ergänzung zwischen Laufkraftwerken und Speicherkraftwerken zur Deckung des inländischen Bedarfes vorgesehen ist. Normalerweise würde man zur Bedarfsdeckung, wie dies auch bisher geschehen ist, eine Kombination von Wärme- und Wasserkraftwerken vorsehen. Höhere Preise für fossile Brennstoffe ändern jedoch das Verhältnis von Wärme- und Wasserkraftwerken.

Bei der Erzeugung von Nutzenergie ist die elektrische Energie praktisch nicht substituierbar bei Licht, beim Betrieb von stationären Motoren und bei gewissen chemischen Prozessen. Da die elektrische Energie eine Edelenergie und demnach in ihrem Wärmewert verhältnismäßig teuer ist, wird ihr Einsatz für Heizzwecke auch in Zukunft aus wirtschaftlichen Gründen nur im begrenzten Umfang möglich sein.

III.) Langfristige energiepolitische Maßnahmen:

Es wird die Erforschung neuer Methoden zur Verbesserung des Wirkungsgrades der eingesetzten Energie und zur Erschließung neuer Energiequellen voranzutreiben bzw. das Ergebnis solcher Forschungen im Ausland für Österreich nutzbar zu machen sein.

Diese Fragen werden im Rahmen eines Projektteams bearbeitet werden, welches das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung im Einvernehmen mit dem BMfHGI einrichten wird. Aber schon jetzt läßt sich erkennen, daß vor allem folgende Fragen einer eingehenden Prüfung unterzogen werden müssen:

+ Die Frage zukünftiger für die österreichischen Verhältnisse geeignete Kernenergiereaktortypen, ferner die Lagerung und Aufarbeitung von abgebrannten Brennstoffelementen, die unschädliche Lagerung des Atommülls und die das jetzige Ausmaß noch weitergehend unterbietende Freisetzung von radioaktiven Stoffen aus Kernkraftwerken, speziell in gasförmigem Zustand.
+ Die Festlegung der zulässigen Wärmebelastung von Oberflächengewässern.
+ Die Erhöhung des Wirkungsgrades bei der thermischen Stromerzeugung, insbesondere durch die Erhöhung der Arbeitstemperaturen durch die Verwendung entsprechender wärmebeständiger Werkstoffe.
+ Die praktische Anwendung neuer Techniken für raumsparende Bauweisen im Bau von Schaltanlagen und Kabelnetzen.
+ Die Entwicklung wirtschaftlich konkurrenzfähiger Elektrofahrzeuge insbesondere für den städtischen Bereich.
+ Die Entwicklung von wirtschaftlich verwertbaren Baustoffen und Bauzubehör mit besonders hohen Wärmeisoliereigenschaften.
+ Der verstärkte Einsatz von Massenverkehrsmitteln.

Energie und Umwelt

Es besteht kein Anlaß, von den bisherigen Grundsätzen in der Wahrung der Interessen des Landschafts- und Naturschutzes bei der Genehmigung von Energieanlagen abzuweichen. Ferner sind auch die Vorschriften und Richtlinien für die Beeinflußung durch elektrische Anlagen und für die zulässigen Immissionen von schädlichen Stoffen, von Abwärme und von Lärm bei der Energieumsetzung nicht zu mildern. Vielmehr wird auf deren strikte Einhaltung geachtet werden und wo dies auf Grund neuer Einsichten erforderlich und infolge von technischen Fortschritten möglich ist, werden die bestehenden Vorschriften verschärft werden. In vieler Hinsicht ist die Einführung von bindenden Vorschriften und niederen Toleranzgrenzen vom Abschluß internationaler Übereinkommen abhängig. Die Bundesregierung wird sich um das Zustandekommen derartiger Abkommen bemühen.

Investitionsaufwand und Finanzierung der Energiewirtschaft

Die Energiewirtsohaft wird in den Jahren 1974 - 1982 schätzungsweise insgesamt rd. 130 - 140 Mrd. S investieren müssen, um ihren Versorgungsaufgaben gerecht werden zu können. Unter Zugrundelegung der bisherigen Bedarfentwicklung und der Preisbasis 1973 wird der Investitionsaufwand der Energiewirtschaft im laufenden Jahr voraussichtlich 15 Mrd. S und im Jahre 1975 rd. 18 Mrd. S betragen. Dazu kommen noch Investitionen in Höhe von insgesamt 8 Mrd. S, die für eine Bevorratung von 3,5 Mio t Mineralölprodukten aufgewendet werden müssen.

11,7, 10 9,8

Der überwiegende Teil der Investitionen entfällt auf die Elektrizitätswirtschaft, die für 1974 auf dem Kraftwerkssektor rd. 7 Mrd. S, für Verteilanlagen rd. 4,1 Mrd. S und für sonstige Investitionen rd. 0,6 Mrd. S aufwenden wird. Für 1975 kann der Investitionsaufwand der Elektrizitätswirtschaft mit insgesamt 13 Mrd. angenommen werden.

7
4,1
0,6
11,7

Die Mineralölwirtschaft wird 1974 voraussichtlich 2,5 Mrd. S und 1975 3,1 Mrd. S investieren. Auf dem Erdgassektor belaufen sich die präliminierten Investitionen im Jahre 1974 auf rd. 800 Mio. S, für 1975 auf 1,7 Mrd. S. Schwerpunkte der Investitionstätigkeit auf dem Sektor der Kohlenwasserstoffe werden in diesem Jahrzehnt auf Grund derzeitiger Überlegungen der intensive Aufschluß in Österreich, der weitere Ausbau der Raffinerie Schwechat, eine Produktenpipeline für eine marktgerechte Versorgung Westösterreichs, das Monfalcone-Projekt, sowie der Bau von Lagern zur Vorratshaltung sein.

Der österreichische Kohlenbergbau hat für 1974 Erhaltungs-, Ergänzungs- und Erweiterungsinvestitionen in Höhe von 60 Mio S und für 1975 in Höhe von 90 Mio S vorgesehen.

Investitionsaufwand und Kreditbedarf der Energiewirtschaft

Mrd.S

Preisbasis 1973

Schätzung

	1974 Investitionsaufwand	Kreditbed.	1975 Invest.Aufw.	Kreditbed.
Elektrizitätsversorgung	7,0		7,9	
Kraftwerke	4,1		4,4	
Netz	0,6		0,7	
Sonstiges	11,7	6,0 **)	13,0	8,6 **)
Mineralölwirtschaft				
ÖMV	2,0	0,7	2,6	0,9
RAG und internationale Vertriebsgesellschaften	0,5		0,5	
Erdgas	0,8	0,6	1,7	1,5
Kohlenbergbau	0,06		0,10	
	- 15,06 *)	7,3	17,90 *)	11,0

*) ohne Investitionsaufwand für Bevorratung
für Bevorratung auf dem Mineralölsektor sind ohne laufende Kosten ca. weitere 8 Mrd.S zu veranschlagen.

**) unter Berücksichtigung einer Tariferhöhung von rund 2 Mrd.S p.a.

1974 100% 15 . 10^9 S
78% 11,7 . 10^9 S E-

- 32 -

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS
Sektion Österreich
A - 5010 SALZBURG, Postfach 251

O R F Österr. Rundfunk
12. April 1975,
7 Uhr - Morgenjournal

Gewissermaßen die Regierung der Europäischen Gemeinschaft hat beim Vertreter der Vereinigten Staaten gegen die Aufhebung der Ausfuhrgenehmigungen für amerikanischen Kernbrennstoff protestiert. Die am 28. März getroffene Entscheidung des Kongresses in Washington könne, wie es in der Note heißt, für absehbare Zeit das funktionieren der Forschungs- und Stromerzeugungsreaktoren gefährden. Diese, für den Nichteingeweihten überraschende Entwicklung läßt auch den vor einigen Tagen vom Handelsminister STARIBACHER bekanntgegebenen Beschluß, mit dem Bau des zweiten österr. Kernkraftwerkes in St. Pantaleon zuzuwarten, in ganz neuem Licht erscheinen, denn was nützt das schönste Kraftwerk, wenn man keinen Treibstoff dafür hat ! Und würden die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, die praktisch das Monopol für Kernbrennstoff haben, Österreich unbedingt besser behandeln, als die Staaten der Europäischen Gemeinschaften ?

Doch schalten wir nun zu Hans Hagen BREMER aus Brüssel und hören wir, was er zu dem amerikanischen Lieferstopp zu sagen hat :

" Die Verschärfung der amerikanischen Sicherheitsvorschriften, die der Generaldirektor der Euatom - Versorgungsagentur OBUSJE (?) als ein schwerwiegendes Problem bezeichnet, ist das Ergebnis einer innerpolitischen Entwicklung in den Vereinigten Staaten, in der Sorge vor unbefugtem Umgang mit radioaktivem Material im Vordergrund der Diskussion stand.

Am anschaulichsten illustrierte vor einiger Zeit eine Sendung im amerikanischen Fernsehen, um welche Probleme es dabei geht. In der Reportage demonstrierte ein zwanzigjähriger Physik - Student, der sein Wissen allein aus Büchern von öffentlich zugänglichen Bibliotheken bezogen hatte, vor Fachleuten, daß er eine Bombe konstruieren könne; das einzige, was ihm dazu fehlte, war eben der radioaktive Stoff, den aber kann sich jedermann leicht beschaffen, der auch nur einigermaßen den Brennstoffkreislauf einer nuklearen Anlage kennt. Diese, mit dem englischen Fachwort "physical - protektion" bezeichneten Sicherheitsfragen, also der Material- und Objektschutz, waren ausschlaggebend für die Ende März von den beiden Nachfolge - Organisationen der amerikanischen A E C veröffentlichten neuen Bestimmungen, denen zufolge jede Lieferung von nuklearem Brennstoff im Einzelfall daraufhin überprüft werden soll, ob sie vor Mißbrauch oder unvermuteten Schadenswirkungen sicher sei.

Dies kann zu Verzögerungen oder gar zu Lieferstopp führen und Millionen - Verluste für die Industrie herbeiführen. In Brüssel, wo man durchaus zugibt, daß die Probleme des Objekt- und Materialschutzes in Reaktoranlagen ungelöst sind, sieht man in diesen Bestimmungen einen ernsthaften

b.w.

Eingriff in die bisherige Praxis der Versorgung mit Kernbrennstoffen. Die Besorgnisse sind umso größer, als die Europäische Gemeinschaft beim Bezug von angereichertem Uran für die herkömmlichen, in den Kraftwerken verwendeten Reaktoren zu ungefähr sechzig Prozent von den U S A abhängig ist.

Die anderen vierzig Prozent werden, wie ein EG - Sprecher heute mitteilte, vorwiegend von der Sowjetunion geliefert. Erst ab 1978 wird die EG über eigene nennenswerte Kapazitäten zur Urananreicherung verfügen.

Bei hochangereichertem Uran, das in Forschungsreaktoren verwendet wird, ist die EG zu einhundert Prozent von den U S A abhängig.

Auf Grund der neuen Bestimmungen, die schon seit Monaten in den U S A diskutiert worden waren, sind nach Angaben von EG - Generaldirektor OBUSJE (?) bereits erste Lieferungen für die EG seit Februar ausgeblieben. In den nächsten zwei Monaten werden aller Voraussicht nach weitere, für die Kernkraftwerke Unterweser und Stade bestimmte Sendungen ausbleiben. Außerdem sind die Forschungsprogramme der Reaktoren Schmehausen und Jülich gefährdet.

Als besonders schwerwiegend dürften jedoch die Auswirkungen auf Exporte der deutschen Reaktor - Industrie sein. Diese ist darauf angewiesen, zu dem Reaktoren auch den nötigen Brennstoff mitzuliefern. Die deutsche Reaktor - Industrie, als einziger ernstzunehmender Konkurrent der amerikanischen, würde, wenn die U S A ihre neuen Lieferbestimmungen für Uran nicht wieder entschärfen, rettungslos ins Hintertreffen geraten.

Über das amerikanische Ausfuhrverbot für Reaktor - Brennstoffe berichtete Hans Hagen BREMER.

Niederschrift nach Tonband, kleine Hörfehler möglich.

Kopien an:
Dr. Tiss
Witzany
Siegl
A Krejci
Dr. Aistleitner
Dr. Schlager

Atom u. 卐

Punkt 1: Das Nachrichtenmagazin profil bringt ein Bild eines Arbeiters beim Kernkraftwerk Zwentendorf, der ein schmuckes Hakenkreuz auf den Helm gemalt hat. Daß dies kein Einzelfall ist, beweisen "Heil-Hitler"-Aufschriften im Lift.

Punkt 2: Die Siemens-Bauleitung im AKW gibt ein Rundschreiben heraus, in dem die Beschäftigten u.a. über folgende Punkte aufgeklärt werden: siehe Beibrief

Punkt 3: Was uns auffällt: Daß im Rundschreiben kein Wort von Maßnahmen gegen offensichtliche Faschisten in Zwentendorf steht, sondern nur die Sorge um das Öffentlichkeitsimage. Oder sollte die Hakenkreuzgesinnungsart bei den Sicherheitskräften in Zwentendorf benötigt werden, um gegen allfällige Demonstranten gewappnet zu sein?

BAULEITUNGSRUNDSCHREIBEN NR. 56

Betrifft: Fotografiergenehmigung

Aus gegebenem Anlaß muß die Berechtigung zur Erteilung von Fotografiergenehmigungen eingeschränkt werden.

Jene Herren, die Fotografiergenehmigungen erteilen dürfen, haben den Ansuchenden bei Genehmigung mitzuteilen, daß ausschließlich Aufnahmen für Dokumentationszwecke gemacht werden und diese Fremden nicht zugänglich sein dürfen. Andere Aufnahmen, sei es für die Gestaltung von Firmenzeitschriften oder Werbezwecke, dürfen nur mit einer Genehmigung der GKT gemacht werden, wobei GKT die Vorlage von Belegaufnahmen fordert.



Sogenannte Gefälligkeitsgenehmigungen sind in jedem Fall zu unterlassen, da, wie der Artikel im Profil zeigt, nicht abzusehen ist, über welche Wege Bilder in die Öffentlichkeit kommen können, die unsere Arbeit auf der Baustelle herabsetzen und infragestellen.

SIEMENS–BAULEITUNG

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS (WSL)
Bundesverband Deutschland
4973 Vlotho / Weser

Org Wikfarth

Betr.: Das 'Nukleare Entsorgungszentrum (NEZ)'bei Gorleben

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Herr Dr. Ernst Albrecht, beschloß, einer Gruppe qualifizierter Kritiker des In- und Auslandes durch schriftliche und mündliche Stellungnahmen die Gelegenheit zu geben, sachlich begründete Kritik an der NEZ-Konzeption zu üben.

Um zu einer objektiveren Beurteilung der Sachlage zu gelangen, wurde den Kritikern eine schriftliche Stellungnahme zu konkret technischen sowie grundsätzlichen Problemen des NEZ abgefordert, die sodann auf einer sog. Rede - Gegenrede - Veranstaltung (vom 28.3. - 2.4.1979) mit Vertretern der DWK unddamit befaßten Wissenschaftlern fachbezogen zu diskutieren ist.

Bevor der geplante Ablauf und die Tagesordnung der kommenden Rede - Gegenrede zu erörtern sein wird, noch einige Bemerkungen zu den Vorbereitungen dieses seit einem Jahr geplanten Ereignisses, welches außerhalb der offiziellen Atomgenehmigungsverfahren stattfindet.

Der Beschluß zu dieser kritischen Kontroverse fiel im Febr.1978. Es dauerte 5 Monate, bis der Koordinator der ausländischen Kritiker, Herr Dr. Hirsch, bestellt werden konnte. Jedoch weitere 6 Monate vergingen, bis die international bekannten Kritiker der ausländischen Gruppe und die namhaften deutschen Kritiker ihre Verträge erhielten.

Die Koordinierung der deutschen Wissenschaftler, ihre Wahl, behielt sich die Nds. Landesregierung selbst vor (zum größten Teil wurden die Fachleute aus von Umweltschutzverbänden vorgelegten Listen gewählt), wobei offenbar weniger nach Fachkriterien als mehr zufällig gesucht wurde.

Der WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS, Bundesverband Deutschland, und andere Umweltschutzverbände hatten zuvor gefordert, daß

eine echte Entscheidungsfindung durch sachliche Kritik nur durch eine problemabdeckende Anzahl von Fachleuten gewährleistet sein kann. Diesen Wissenschaftlern müßte genügend Zeit und eine dem Ist-Stand entsprechende Planungskonzeption, sowie eine ausreichende finanzielle Grundlage vertraglich zugesichert werden.

Leider wurde dem nicht entsprochen. Nur fünf deutsche Kritiker wurden zugelassen (angeblich wegen des knappen Budgets, dessen Kosten entgegen höheren Vorschlägen erfahrener Verwaltungsbeamter mit DM 600.000.- insgesamt begrenzt wurde, sich jedoch inzwischen auf DM 1,5 Mio. erhöht hat). Dem gegenüber steht ein zu prüfendes Konzept an, an welchem tausende von Wissenschaftlern der Befürworterseite mit praktisch unbegrenzten Mitteln arbeiten.

Die für die Kritiker notwendigen Informationen wurden schleppend und nur begrenzt geliefert. Veraltete Konzepte für technische Unterlagen versetzen die Atomplaner in den taktischen und sachlichen Vorteil, sie hätten inzwischen diese Mängel längst berücksichtigt (April-Effekt!).

Dr. Albrecht hatte sich zwar mehrmals öffentlich geäußert, er ließe sich bei seiner Entscheidungsfindung nicht unter Zeitdruck setzen, gleiches jedoch gilt nicht für den kritischen Sachverstand, denn die im Dezember 1978 den Kritikern vorgelegten Verträge fordern unter Vertragsstrafe eine Fertigstellung dieser wissenschaftlichen Expertise bis Ende Januar 1979.

Während eine Fristverlängerung um 4 Wochen dem Diskussionsleiter, Prof. C.F. v. Weizsäcker, sofort zugestanden worden ist - die Terminplanung sah die Rede-Gegenredeveranstaltung bereits zu Anfang März 1979 vor - wurde den Kritikern für die Abgabe der schriftlichen Stellungnahme nur eine Terminverlängerung vom 25.1. bis zum 31. Januar zugebilligt.

Mit dem zeitbedingt geringem Umfang der Expertisen soll vermutlich auch die mündliche Diskussion inhaltlich verdünnt werden.

Ablauf und Tagesordnung

Die vormals beabsichtigte Teilnahme unserer offiziellen Atomberatungsgremien RSK, SSK, GRS sagte Bonn kurzfristig ab. Es steht zu vermuten, daß der bereits in Mitleidenschaft gezogene Ruf dieser Gremien betreffs ihrer Unabhängigkeit durch die Teilnahme an der Seite der Atomwerksbefürworter nicht weiter strapaziert werden soll. Sie wären dann ganz offiziell als nicht neutral entdeckt.

Durch die kurzfristige Absage sah sich die Nds. Landesregierung in der Verlegenheit, nach weiteren Entsorgungsbefürwortern zu suchen. Ein Beamter reist noch jetzt, knapp 3 Wochen vor dem Termin, in den USA herum, um ausländische Befürworter unter Vertrag zu nehmen; denn offenbar genügt es nicht, den 25 Kritikern eine gleiche Anzahl jener Wissenschaftler gegenüberzustellen, die mit Planung und Bau des NEZ befaßt sind.

Eine sachkundige, kritische Hinterfragung des NEZ und seine technischen Lösungen war zwar das Ziel der Veranstaltung; heute jedoch wird zunehmend zweifelhaft, ob dieses Ziel noch gewünscht wird.

Ablauf und Tagesordnung, erst kurzfristig bekanntgegeben, lassen begründbare Zweifel zu:

25 Kritiker des Konzeptes sollen, sich auf ihre schriftlichen detaillierten Stellungnahmen thematisch beschränkend, in der mündlichen Diskussion mit 62 NEZ-Befürwortern diskutieren, wobei der weitaus größte Teil dieser Befürworter für die jeweils anstehenden konkreten Sachfragen inkompetent ist.

Die pro Sachgebiet jeweils sehr kurz bemessene Diskussionszeit von 90 Min. wird somit zumeist durch Gerede gefüllt, nicht jedoch mit sachspezifischer wissenschaftlicher Kontroverse, auf welche sich jedoch der kritische Sachverstand vorbereitet hat.

Die Zusammensetzung der 62 NEZ-Befürworter, genannt "Gegenkritiker", zeigt die Tendenz einer möglichen Entdeckung großer Wissenslücken (durch Vorgespräche zwischen DWK und Kritikern bereits wegen fehlender prüffähiger Planungsunterlagen erkannt) durch eine breit angelegte, allgemeine Atomdiskussion mit internationaler Beteiligung zuvorzukommen.

Von den 62 Befürwortern gehören 26 zu den Realisierern (DWK), 1 Fachmann zu der PTB, deren Chef bereits öffentlich (WELT vom 8.3.79) bekannt hat, daß das NEZ auch ohne Salzlagerung gebaut wird ("das ist amtlich") und 35 Wissenschaftler, davon 21 Ausländer, die zum allergeringsten Teil an den Entscheidungsfindungsprozessen des NEZ teilgenommen haben.

So wird z.B. ein deutscher Kritiker zum Thema "Äußere Sicherheit" (wobei sachspezifisch: Gasexplosionen, Brandschutz, Flugzeugabsturz betr. detaillierte schriftliche Stellungnahme Gegenstand der Diskussion sein wird) 7 Befürwortern und 5 Planern der DWK gegenüberstehen, jedoch war von diesen kein Einziger jemals wissenschaftlich mit diesem Spezialgebiet befaßt. Jeder der Teilnehmer wird von seinem Rederecht Gebrauch machen wollen, so daß von vornherein eine unergiebige Kontroverse vorprogrammiert ist.

Der regierungsseitige Aufruf an die Kernkraftwerksgegner, in Gorleben die demokratischen Regeln einzuhalten, mutet eigennützig an, wenn die Regierung selbst solche demokratischen Regeln in der politischen Willensbildung durch eine offene Diskussion der NEZ-Mängel behindert oder verhindert.

Eine zureichende Stellungnahme zum NEZ läßt sich erst erreichen, wenn eine vertiefte Problemkenntnis vorhanden ist.

Bitte betrachten Sie diesen Versuch als Anregung zu einer kritischen Frageposition zur NEZ-Lobby.

Vorbemerkung zur Problemsicht

Nach Aussage leitender Herren aus Atomwirtschaft und -Forschung (DWK, PTB) ist es bereits vor der kritischen Prüfung durch Wissenschaftler "amtlich", daß das NEZ gebaut wird. Die erwartete Diskussion und ihre Ergebnisse sollen also keine Auswirkung auf die Entscheidung zum NEZ haben.

Deshalb ist wohl nicht auszuschließen, daß dieser ganzen Veranstaltung eine ausschließliche Alibi-Funktion zukommt, während

in Wirklichkeit die JA-Entscheidung längst gefallen ist, - mag die Wissenschaft sagen, was sie will, mag ein demokratischer Entscheidungsprozeß es anders wollen oder nicht.

Die Praxis div. Atomgenehmigungsverfahren hat bewiesen, daß durch Rabulistik wissenschaftliche Erkenntnisse und aus demokratischer Willensbildung entstandene Entscheidungen vorgetäuscht werden können:

Fehlende Vorsorgemaßnahmen, wie z.B. die Entsorgung, verbesserte Sicherheitsmaßnahmen werden als "projektbegleitende Probleme" bezeichnet, deren Lösung durch "die breit angelegten Versuche" als "gelöst zu betrachten sind" - (Dr. Lang, BMFT).

Niemand kümmert sich darum, daß wir seit 20 Jahren Atomstromproduktion noch immer auf die projektbegleitende Lösung der "Entsorgung" warten.

Erst eben begonnene Grundlagenforschungsprogramme zeigen, wo diese Grundlagen fehlen. Die wachsende Problemkenntnis hat die vormals euphorische Erwartung von "fast kostenlosem Atomstrom" immerhin schon längst als Illusion entlarvt und entdecken lassen, wie wenig man damals von den Problemen wußte.

Ein Drauflosbauen wie im Atomkraftwerksbau darf sich also nicht wiederholen. Es muß anerkannt werden, daß Dr. Albrecht hier zum ersten Mal den Versuch macht, seriöse kritische Wissenschaftler zur Prüfung eines atomaren Planungskonzeptes zuzulassen.

Dies ist in der gesamten Atomgenehmigungspraxis neu, da sich damit bisher nur die atomfreundlichen Instanzen befaßt hatten. Die offiziellen Genehmigungsorgane legen deshalb Wert auf die Feststellung, daß diese Untersuchung nichts mit der atomgesetzlichen Prüfung zu tun hat.

Den schriftlichen und mündlichen Aussagen der international bekannten atomkritischen Wissenschaftler muß wegen ihrer von der Atomwirtschaft unabhängigen Haltung besonderes Gewicht beigemessen werden.

Weiterhin muß erkannt werden, daß die Ergebnisse dieser Kontroverse zu den V o r w e g - M a ß n a h m e n gehören, Vorbedingung zur Vor-Entscheidung ist, ob es ein JA oder NEIN zum NEZ Gorleben geben wird.

Unabdingbare Voraussetzung der Prüfung des Konzeptes jedoch sind - wie überall sonst in der Technik - prüffähige Planungsunterlagen.

Es wäre unverantwortlich, mit kapitalintensiven Vorleistungen zu versuchen, Vollzugsdruck auf eine Realisierung des NEZ auszuüben. Der Steuerzahler und der besorgte Bürger müssen hier fundamentale Rechte wahren.
(Die zweifelsfreie Eignung des Salzstockes für hochaktiven Atommüll kann durch Tiefbohrungen n i c h t erbracht werden, Dr. Mauthe)
Die Abwägung, ob eine solche Mammutanlage genügend (d.h. tolerierbar in unserem dicht besiedelten und umweltvorbelasteten Land) sicher ist und dem Schutzbedürfnis entsprechend installiert werden kann, hat außerdem v o r jeder Bedarfsfrage zu erfolgen.

Richtschnur ist und bleibt die Schutzpflicht des Staates gemäß dem Wesensgehalt des Grundgesetzes (Art. 2 und 19). Selbst ein echter Atomstrombedarf - den es erwiesenermaßen n i c h t gibt - gäbe keine Rechtfertigung zum Weiterbau atomarer Anlagen.

Wenn bereits die ersten Anfänge einer künftigen Plutoniumsgesellschaft - in Form einer Brüterruine in Kalkar - einen so starken Vollzugsdruck entwickeln, daß dadurch Landesregierungen schwanken können, so vermag man sich unschwer vorzustellen, daß ein realisiertes NEZ - Vorbereitung durch Tiefbohrungen, Lagerbecken, Infrastrukturausgaben, Bewachungsheere - nicht mehr gestoppt werden wird, sollten die "projektbegleitenden Probleme" eben nicht gelöst werden können. Zivilcourage und das Eingeständnis von Fehlentscheidungen war noch nie die Stärke unserer Politiker.

Grundsätzliche NEZ - Probleme

Gehen wir von der kritischen Sicht gemäß den Vorbemerkungen aus, so stellen sich u.a. folgende Fragen an unsere Verantwortlichen:

- Es könnte sein, daß die Erkenntnisse aus der kontroversen Diskussion dieser Veranstaltung nicht nach der Sachrichtigkeit bewertet werden, sondern die Wahrheitsfindung der Nds. Landesregierung im arithmetischen Mittel einer zahlenmäßig ungleichen Pro- und Kontragruppenaussage gesucht wird.
  Eine wesentliche Frage wurde in diesem Zusammenhang gar nicht erörtert:
  W E R quantifiziert alle die Diskussionsergebnisse, über welche kein Konsens erzielt werden konnte?
  Welcher unabhängige, fachkompetente O b e r g u t a c h t e r oder welche unabhängige Beratergruppe trifft die f a c h l i c h e Bewertung bei einem Dissens in wichtigen Fragen?
  Den zuständigen Beamten im Sozialministerium fehlt dafür die Fachkenntnis und die Unabhängigkeit.

  Erst eine solche Auswertung kann Dr. Albrecht in die Lage versetzen, eine Entscheidung zu fällen, die mehr als auf Gutdünken beruht.
  Die Regierung würde sonst nach politischer Opportunität entscheiden.

- Die Problemerörterung der technischen Realisierbarkeit des NEZ findet aufgrund der von den Planern vorgelegten Konzepte statt. Es werden dadurch wesentliche Grundfragen zu diesem Projekt nicht gestellt.

  Einige der grundsätzlichen Fragen betreffen:

  1. - Risikofaktor Mensch
  2. - Rentabilität
  3. - Fragwürdigkeit der zentralen Energiegroßversorgung
  4. - Entsorgung ohne Wiederaufbereitung
  5. - div. technische Lösungen

Zu 1: Alle zum Vergleich mit der Atomenergienutzung herangezogenen Risiken unserer Zivilisation (Verkehr, Haushalt, Beruf etc. werden zu 90% durch den 'Unsicherheitsfaktor Mensch' verursacht.

Warum gilt dieser prinzipiell unvermeidliche Schadensauslöser nicht, wenn es um atomare Störfallbetrachtungen geht? Warum fehlt dieser Risikofaktor in dem sog. Auslegungsstörfall bei AKWs?

Warum vergißt die Atomforschung ihn? Um es sich leichter zu machen, mit unverbindlichen Postulaten von der "grundsätzlichen Realisierbarkeit" des NEZ zu agieren?

Jede Technik erscheint schlechthin machbar, wenn man den'Unsicherheitsfaktor Mensch' und Kostenfaktoren ignoriert.

Geschichtliche Erfahrung ist ebensowenig ignorierbar wie die Störfallverursachung in AKWs.

Zu 2: Das Kosten-Nutzen-Verhältnis bei technischen Anlagen ist a priori einer der wichtigsten Gesichtspunkte in der gesamten Wirtschaft.

Soll das beim NEZ anders sein? Die DWK vermeidet derartige Erörterungen auffallend und verweist auf unzulängliche und veraltete Berechnungen der Parameterstudie des energiewirtschaflichen Institutes der Universität Köln.

Darin wird ein angeblicher Preisvorteil von 2 Pfg. per Kw/h des Atomstrompreises vor dem Kohlestrompreis, jedoch ohne alle externen Kosten,errechnet.
In diesem 2-Pfg.-Vorteil soll das NEZ unter der Annahme eines Preises von ca. 5 Mrd. berücksichtigt sein.
Die Anlagekosten allein werden inzwischen mit mindestens 12 - 15 Mrd. beziffert, und das für ein Werk, das höchstens 15 - 20 Jahre in Betrieb sein wird!

Nach Kostenerfahrungen der Großchemie - mit welcher das NEZ am ehesten vergleichbar ist - werden Kostensteigerungen für schlüsselfertige Neuanlagen nachträglich mit bis zu 300% erwartet. (Aussage eines vereid. Fachmanns für Petrochemie unter Hinweis auf die Firmen Lurgi, Forster-Wheeler, Badger, Uhde etc.)

Ohne die absurd hohen externen Kosten für Bewachung, Folgeschäden nach dem Verursacherprinzip ist also real mit ca. 40 - 50 Mrd. für das NEZ zu rechnen. das liegt 10 - 20fach über den offiziellen Preiserwartungen der DWK, ungerechnet der zu erwartenden rasanten Uran-Preissteigerung in den 80er Jahren.

Bei der heutigen Verschuldung des Staatshaushaltes wird lt. Ifo-Wirtschaftsinstitut, München, (FAZ 15.3.79) fraglich, wie die öffentliche Hand künftig noch Anreize zur Wirtschaftsförderung geben kann. Es liegt keine Kostenprojektion öffentlich vor, aus welcher zu erkennen ist, wie die ungeheuren Kosten einer gewünschten Atompolitik zu decken sind.
Woher Wirtschaftswachstum, wenn die Fördermittel in dieser Energiequelle gebunden sein werden?

Zu 3: Untersuchungen unabhängiger Institute zum Energiebedarf, unter Berücksichtigung alternativer Energiequellen aus dezentraler Umweltenergie, dezentralen Kleinkraftwerken mit Wirbelschichtfeuerung u.a. beweisen, unabhängig voneinander, die unrentable, umweltbelastende zentrale Energiegroßversorgung, die insbesondere die kapitalintensive Stromproduktion fördert, obgleich bekannt ist, daß nur ca. 25% des produzierten Stromes für funktionelle Energie (Motoren, Geräte, Licht) notwendig ist. Heizstrom ist um ein Vielfaches teurer als konkurrierende Wärmeproduktion aus direkt verbranntem Brennstoff. Nach A. Lovins (dieser Wissenschaftler wird ebenfalls in Hannover anwesend sein) ist Strom für Heizung bis zu 100mal teurer pro Ölbarreläquivalent (s."Sanfte Energie", Rowohlt-Verlag).

Die USA nähern sich nach Aussage von Lovins immer mehr einer dezentralen Energieversorgung, welche nicht nur eine Schönwetterversorgung ist, wie die zentrale, umweltschädigende, weitvernetzte, heutige Stromversorgung. (Viele Existenzen hängen an ein paar Drähten!)

Durch die Realisierung des NEZ würde eine nicht mehr korrigierbare Entwicklung eingeleitet, und die störanfällige zentrale Energieversorgung würde festgeschrieben!

Fiat u.a. Konzerne liefern bald für Haushalt und Gewerbe preiswerte Kleinststromversorgungsanlagen mit Abwärmenutzung, wodurch 90% des Energieeinsatzes genutzt wird.

Zu 4: Schweden überprüft die Möglichkeit, atomare Entsorgung ohne Wiederaufbereitung der Brennstäbe zu realisieren.

Diese Möglichkeit wird beim NEZ ebenfalls nicht überprüft. Die bisher fehlenden realen Rentabilitätsvorstellungen der möglichen Alternative o h n e Wiederaufbereitung mit all ihren Risiken und Schäden vermeidet die DWK, um sich das Brennstoffgeschäft nicht entgehen zu lassen.

Zu 5: Da der 'Risikofaktor Mensch' bei seiner Berücksichtigung besonders in die technischen Lösungen der Anlage hineinwirkt, sind wesentliche Fragen der Redundanz nicht beantwortbar, besonders sich gegenseitig verstärkende Wirkungen bei Brand oder Explosion an mehreren Stellen, was durch intelligente Saboteure nicht schwierig sein dürfte. (Wenn schon Pistolen nach Stammheim geschmuggelt werden konnten -!)

Für viele Bauteile und Geräte der Anlage fehlen die wichtigen MTBF-Werte (Meantime between failure) welche Aussagen über die Zuverlässigkeit der Teile machen.

Es gibt keine Angabe über Ersatzentsorgung bei langfristigem Ausfall des NEZ.

Wichtigste Berechnungsparameter über zu erwartende radiologische Belastung fehlen. Einige Beispiele:

- nuklidspezifische Immissionsangaben für den Standort fehlen

- ortsspezifische Transferdaten für die Flora am Standort fehlen

- Bei der Immissionsberechnung fehlen die Werte für Ablagerungen aus radiologischen Niederschlägen

- Die Strahlenbelastung aus radioaktiven Abwässern in die Elbe wurde nur auf der Basis einer mittleren Elbwasserführung von 700 cbm/sek. berechnet. Würden die Niedrigstwasserwerte von 138 cbm/sek. zugrundegelegt, würde die daraus resultierende Elbebelastung so hoch, daß damit die SSK-Richtwerte ein Einfließen der verseuchten Wässer als nicht zulässig erklären müßten.

Es ist evident, daß erst ein langfristiges ökologisches Gutachten, wie geplant, in einigen Jahren etwas deutlichere Aussagen machen kann, ob eine Wiederaufbereitungsanlage bei Gorleben möglich ist oder nicht.

- Sollte die Tendenz der Diskussionsergebnisse zu einem NEIN zu Gorleben verpflichten, könnte die Nds. Landesregierung versucht sein, dieser Entscheidung auszuweichen, indem sie sich allein die unverbindlichen Empfehlungen der RSK, SSK oder GRS zueigen macht.

Es sollte dabei genau beachtet werden, w e r hier einer ins Sachdetail vordringenden Kontroverse ausweicht. Die Kritiker, denen man so gern Emotionalität vorwirft oder der Atomlobby, welche stets mit dem Anspruch reiner Sachlichkeit auftritt?

Die DWK als Nachfolgerin der KEWA, welche sich aus der Großchemie rekrutierte, konnte bisher ihre Fachkompetenz noch nirgendwo demonstrieren.

Die Großchemie hat aus verständlichen Gründen das Handtuch geworfen.

Damit sind auch die kompetenten Leute gegangen. Laufend veröffentlichte Personalofferten der DWK machen offenbar, daß in dieser Firma Personalmangel vorherrscht.

Die fehlenden prüffähigen Unterlagen der DWK für div. Lösungsprobleme der Anwendungstechnik (Brandschutz, Explosionsschutz etc.) lassen den Verdacht zu, daß hier ein aus den Energieversorgungsunternehmen zusammengewürfeltes Team von Wissenschaftlern und Technikern ein Projekt zugemutet wird, für welches es kein Vorbild gibt.

(Der für derartige Anlagen zuständige kompetente Fachmann für Brandschutz im Innenministerium wurde nicht einmal hinzugezogen)

Der gern verwendete Hinweis auf funktionierende ausländische Entsorgungsanlagen ist nicht stichhaltig, da diese Anlagen zumeist aus technischen Gründen nicht mehr arbeiten.

Vorgespräche zwischen der DWK und den kritischen Wissenschaftlern ließen erkennen, daß die DWK versucht, alle jetzt nicht vorzeigbaren technischen Lösungen auf später als "projektbegleitend" zu schieben.

Immerhin ist nicht mehr unbekannt, daß die Salamitaktik der Teilbaugenehmigungspraxis für AKWs mehr zu vorzeitiger Atomstromnutzung, jedoch weniger zur Berücksichtigung aller zwischenzeitlich erkannten notwendigen Sicherheitsvorsorgemaßnahmen geführt hat.

- Die oben angedeuteten Personalschwierigkeiten für das NEZ werden sich voraussichtlich erhöhen, wenn die Forderung namhafter US-Strahlenmediziner durchgesetzt werden sollte, daß künftig nur noch 0,5 rem p.A. als zulässige Höchstdosis für Strahlenexponierte gelten soll.

Die unwiderlegbaren Schadensbeweise aus niedrigstrahliger radiologischer Dauerbelastung verdichten sich so, daß selbst der "Atompabst",Karl Z. Morgan, jahrzehntelang Chef des Oak Ridge Laboratoriums und weltführender Atombefürworter, lt. "Bulletin of atomic Scientists" vom Sept. 1978 eine drastische Reduzierung der Höchstdosis für strahlenexponierte Beschäftigte für notwendig erklärte.

Ob 0,5 rem als Höchstdosis der Tiefpunkt einer Reduzierungskette ist, die als dramatisch bezeichnet werden muß, bleibt abzuwarten. Es gibt bekanntlich keine unschädliche Radioaktivitätsmenge und die Forderung nach humanen Arbeitsplätzen ist unabweisbar.

Waren zunächst 12 rem p.A. dem Atombeschäftigten zugemutet worden, so reduzierte man alsbald auf 5 rem p.A. Höchstdosis. Jedoch jetzt wollen die Forscher davon höchstens ein Zehntel, 0,5 rem, zulassen.

Die deutschen 'Entsorgungs'-Befürworter werden dieser Frage nicht mehr lange ausweichen können, und sie werden beantworten müssen, woher sie künftig ihr Personal nehmen wollen, da oft schon eine Inspektionsrunde in Atomanlagen (s. Euratombericht EUR 5055 d) diese Kontaminierung bringen kann.

Aushilfskräfte ohne Kenntnis der Gefahren werden - wie bisher - künftig kaum mehr zu beschaffen sein, und Türken und Jugoslawen gehören wohl nicht in diesen Bereich, dessen Brisanz eine steigende Observierung der Mitarbeiter notwendig macht, dessen Kompliziertheit nach höchstqualifizierten Spitzenkräften ruft.

Dem 'kritischen Sachverstand' wurde vertraglich ein Maulkorb verpaßt, der es den Kritikern verbietet, ihr geistiges Eigentum nach eigenem Dafürhalten zu veröffentlichen.

Erst, wenn die Nds. Landesregierung sich dazu öffentlich äußert, können die Wissenschaftler publizieren, spätestens am 10.7.79. So etwas nennt sich dann bürgernahe Informationspolitik!

Sie sollten dennoch versuchen, von der Landesregierung eine vollständige Ausgabe der schriftlichen Stellungnahmen der aus- und inländischen Kritiker - oder deren Kurzfassung von ca. 30 Seiten - über die NEZ-Mängel zu erlangen.

Diese Informationen dürften höchsten Wert haben!

Es scheint nicht sinnvoll, die eine oder andere Schwachstelle des NEZ hier vorzustellen.

Jeder Betrachter dieser Konzeption sei abschließend daran erinnert, daß es sich hier um ein Jahrtausend-Projekt handelt - in seiner Wirkung mit keiner anderen technischen Anlage auf dieser Welt vergleichbar.

Man sollte sich fragen, warum wohl die Kenner jeder Risikobetrachtung, die Versicherer, sich jeder kerntechnischen Versicherung entziehen.

Dipl.-Ing. Braun, Vorstandsmitglied der Allianz und kompetenter Fachmann für kerntechnische Probleme, sagte während eines Allianz-Kolloquiums am 2.12.70 in München: "Der Großschaden wird mit Sicherheit eintreten".

Zur Schadensanfälligkeit von AKWs im Vergleich zu anderen technischen Anlagen sagte Braun vor der IRS in Bonn (6.12.1970) "Jeder Atomkraftwerksauftrag bedeutet das Betreten technischen Neulandes".

Um wieviel neuer ist die Technik des NEZ? Ein Projekt, welches neben sich nicht auch noch Ersatz-Entsorgungsanlagen hat, wie im Kraftwerksbereich die vielen unausgelasteten Kohlekraftwerke, welche stets bei Atomwerksstörfällen eingesetzt werden müssen.

Offenbar steht in unserem Land die Werteinschätzung für Firmenexistenzen höher als menschliche Existenzen. Wie ist sonst erklärbar, daß den Versicherungsfirmen das Atomrisiko zu hoch ist, obwohl dies ein Geschäft mit hohem Einsatz und Gewinn wäre - während diese Risiken als zu tragende

"Restrisiken" den Bürgern aufgebürdet werden? -

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte, Vorliegendes an interessierte Kollegen weiterzureichen.

(Ernst-Otto Cohrs)

Vizepräsident des WELTBUNDES ZUM SCHUTZE DES LEBENS
Bundesverband Deutschland

P.S. Die ausländischen Experten werden in den Tagen nach der Veranstaltung in Hannover von 3. - 7.4. gern interessierten politischen und wirtschaftlichen Gremien Rede und Antwort stehen.

Wir empfehlen Ihnen, sich deshalb mit dem Koordinator, Herrn Dr. Hellmut Hirsch, (Gorleben-International-Review)in Verbindung zu setzen.

Dr. Hellmut Hirsch
Marienstraße 2
3000 Hannover
Tel.: 0511/8092541

W.S.L.Ö. - Präsidium

Dezember 1973

27. DEZ. 1973

R I C H T L I N I E N

für die Tätigkeit der Sachbearbeiter (Dezernenten, Dz)

1) Die Dz übernehmen die Bearbeitung eines bestimmten Sachgebietes im Lebensschutz. Sie sind Auskunfts-und Beratungsstelle für Mitglieder und Mitarbeiter im WSLÖ. Auch angeschlossene Vereine können ein Dz übernehmen.

2) Die Dz werden von den Landesdirektoren (LD) vorgeschlagen und nach einer angemessenen Probezeit im Einvernehmen mit dem Präsidenten vom LD ernannt. Sie gehören dem Erweiterten Präsidium (EP) an und führen den Titel "Präsidiums-Beirat". Die Dz können ehrenamtliche Helfer für schriftliche oder manuelle Arbeiten (Dz-Helfer) wie auch für regionale Stützpunkte, für Nachrichten-und Unterlagen-Übermittlung sowie örtliche Vorsprachen und Erkundungen heranziehen.

3) Die Dz pflegen schriftlich und (oder) persönlich die Verbindung zu den Wissenschaftlichen Beiräten (WB) ihres Sachgebietes. Die Meinung des WB ist für die Dz bindend. Behauptungen, die nicht durch den WB gesichert oder deren Quellen unbekannt sind, dürfen in Aussendungen der Dz und im Namen des WSL nicht vertreten werden.

4) Darüber hinaus bearbeiten die Dz ihre Sachgebiete selbständig. Organisatorisch sind sie der LD ihres Wohnortes unterstellt. Besondere Vorhaben und Aktionen müssen mit den geographisch zuständigen LD abgesprochen werden, denen fallweise auch Kopien wichtigen Briefwechsels zu übermitteln sind.

5) Die sachliche Zuständigkeit der Dz ist durch die Grenzen der Republik Österreich bestimmt, doch ist Zusammenarbeit mit Sachbearbeitern des WSL im Ausland erwünscht. Behördenkontakte der Dz sind über die LD zu leiten. Kontakte zu Presse und Funk pflegen die Dz direkt, doch sind sie der zuständigen LD zur Kenntnis zu bringen (Briefkopien).

6) Umfang und Intensität ihrer Tätigkeit bleiben den Dz überlassen, sind jedoch der jeweiligen Situation anzupassen. Die Korrespondenz, soweit sie ihr Sachgebiet betrifft, ist auf dem Briefpapier des WSLÖ zu führen, das auch die Anschrift des Dz tragen muß. Briefpapier und Umschläge werden durch die LD zugeteilt. Der interne Briefverkehr erfolgt auf Papier ohne Aufdruck.

7) Alle den Dz zugehenden Unterlagen sind zu archivieren und müssen verfügbar gehalten werden. Die Korrespondenz ist gesondert für mindest zwei Jahre abzulegen. Archiv und Ablage bleiben Eigentum des WSLÖ und sind, wenn der Dz seine Tätigkeit beenden sollte, der LD auszufolgen.

8) Die Dz prüfen alle ihnen zugehenden Unterlagen und wählen fallweise, jedoch nicht öfter als zweimal jährlich, Beiträge aus, die sich für den Abdruck in der Bundeszeitschrift eignen. Solche Beiträge sollen zwei Druckseiten der Zeitschrift nicht übersteigen, sind

nötigenfalls zu kürzen und in druckreife Form zu bringen. Zeitungsausschnitte müssen Titel und Datum und sollen die Redaktionsanschrift der Zeitung tragen. Strengste Auswahl ist empfohlen. Zusendung ist direkt an "Lebensschutz", Fach 6, A-5033 SALZBURG erbeten.

9) Die Dz sollen möglichst oft für einschlägige Veröffentlichungen im Presse und Funk Dank und Ermutigung zollen oder - wenn nötig - in freundlicher und diplomatischer Weise Einspruch erheben. Kein Protestbrief ohne einleitendes Lob für Blatt oder Sender ! Ob Leser- und Hörerbriefe im eigenen oder im Namen des WSLÖ geschrieben werden, ist Frage der Taktik und der fachlichen Sicherung.

10) Die Dz sollen durch Lesen einschlägiger Publikationen ihr Fachwissen erweitern und festigen.

11) Die Dz sollen in Übereinstimmung mit den zuständigen LD schriftlich und (oder) persönlich mit Gruppen und Persönlichkeiten ihres Sachgebietes Verbindung und Zusammenarbeit pflegen, um sie für den WSL zu interessieren und zu gewinnen.

12) Die Dz sollen der LD Vorschläge zur Gewinnung von Vereinen und Gesellschaften für den korporativen Beitritt, zur Werbung von Persönlichkeiten für das Protektorenkomitee und den Wissenschaftlichen Beirat unterbreiten. Strenge Maßstäbe sind erforderlich. Die LD leiten solche Vorschläge nach Prüfung an die Dezernate WBV, PK und WB weiter.

13) Die Dz schlagen ihrer LD einen Stellvertreter vor, den sie mit den Aufgaben ihres Dz vertraut machen, damit im Falle einer Verhinderung die Arbeit nicht unterbrochen wird. Die Ernennung der Stellvertreter erfolgt durch die LD.

14) Die Erörterung von Fragen nationaler, konfessioneller und parteipolitischer Natur auf dem Briefpapier des WSL und in seinem Namen ist untersagt.

15) Jedem Dz wird ein Kurzzeichen zugeteilt, das auf jeder seiner Aussendungen neben der laufenden Briefnummer anzubringen ist. Die Dz unterzeichnen wie folgt :

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS
Sektion Österreich
Dezernat "....."
(Unterschrift des Dezernenten)
Darunter in Maschinschrift und Klammer
Titel, Vor-und Zuname des Dezernenten
und das Wort "Präsidiums - Beirat ".

Die Anfertigung eines Stempels wird empfohlen. Für den vereinsinternen Schriftverkehr genügt das Kurzzeichen des Dz.

16) Die Dz führen
a) ein Postbuch für Porti, Telefonate, Telegramme usf.

b) ein Kassabuch für alle übrigen Auslagen, versehen mit fortlaufenden Nummern, die mit jenen auf den Belegen übereinstimmen. Unbelegte Auslagen können nicht rückerstattet werden. Spesenvorschüsse können seitens der LD gewährt werden. Vor größeren Auslagen ist das Einvernehmen mit der LD zu pflegen. Die Aufzeichnungen werden von den Rechnungsprüfern des WSLÖ geprüft und sind zum Jahresende der LD und von dieser der Zentralbuchhaltung zuzuleiten.

17) Die Dz erstatten, wenn ihre Tätigkeit und ihre Erfolge dies als zweckmäßig oder notwendig erscheinen lassen, viermal jährlich, zum 20. I., 20. IV., 20. VII. und 1. X. einen druckreifen Tätigkeitsbericht (höchstens 30 Maschinzeilen) an die LD zur allfälligen Veröffentlichung in "Lebensschutz".

18) Mit den vorliegenden Richtlinien treten alle früheren Bestimmungen außer Kraft.

W S L Ö - Präsidium

S c h w a b

Gesundes Leben
aus Österreich

Heft 254
September 1971

Monatsschrift für Volksgesundheit
24. Jahrgang

Einzelheft: 7.— S

Die wichtigste Nachricht seit 27 Monaten:

Amerikanische Atomenergiebehörde warnt dringend:

Keine weiteren Lizenzen für Kernspaltungsreaktoren!

Sicherheitssysteme aller Atomkraftwerke lückenhaft

Tausende Menschen bedroht



New York (OÖN, UPI). Die Sicherheitssysteme der gegenwärtig gebräuchlichen Atomreaktoren sind nicht in der Lage, eine Katastrophe zu verhindern, die Tausenden von Menschen das Leben kosten kann. Die Kernspaltung in einem Atomkraftwerk müßte im Notfall innerhalb von Sekundenbruchteilen unterbunden werden. Die heute benutzten Sicherheitsschranken schaffen das nicht. Das ist das Ergebnis einer Studie von Wissenschaftern der Amerikanischen Atomenergiebehörde.

Die Lücke in den Systemen ist nach Meinung der Forscher so groß, daß es bedenklich erscheint, weitere Lizenzen für den Bau von Kernreaktoren zu erteilen. Die Unterbrecher in allen gegenwärtig arbeitenden Reaktoren müßten überprüft werden. „Wenn", heißt es im Ergebnis einer Studie der US-Atomenergiebehörde, „nur eines der Kühlrohre eines Reaktors unterbrochen wird, fällt die Primärkühlung aus. Damit wäre der Reaktor ohne Kühlung."

In diesem Fall gäbe es zwar keine Kernexplosion, der Reaktorkern würde sich aber ungemein schnell durch den Schutzmantel schmelzen und in die Erde gelangen. Die unabwendbare Folge in diesem Fall wäre eine riesige Wolke radioaktiven Staubes, die unter Umständen in einem Umkreis von bis zu 150 Kilometern tödlich wirken könnte.

Die ursprünglichen Tests der Atomenergie-Kommission im Jahr 1957, mit denen die Möglichkeit eines derartigen Unfalls untersucht wurde, haben nach Ansicht der US-Wissenschafter nicht berücksichtigt, daß die modernen Reaktoren viel energiereicher sind als die damals gebräuchlichen.

Die jetzt verwendeten Systeme, die in einem Notfall den Reaktorkern kühlen sollen, wurden bei Versuchen in den Jahren 1970/71 von der amerikanischen Reaktor-Testbehörde in Idaho erprobt. „Die Versuche haben gezeigt, daß dieses System in einem Notfall versagt, und zwar in dem Augenblick, in dem das primäre Kühlsystem ausfällt", meinen die Wissenschafter.

Bern (UPI). Im Turbinenraum des Atomkraftwerkes Mühleberg (etwa 15 Kilometer von Bern entfernt) ist in der Nacht zum Donnerstag ein Brand ausgebrochen. Das Kernreaktorzentrum Mühleberg sollte erst im Oktober den Betrieb aufnehmen. Der Reaktor erhielt zuletzt 50 Tonnen angereichertes Uran. Experten vermuten, daß es sich um einen Ölbrand handelte. Die Feuerwehren hatten den Brand nach etwa einer Stunde unter Kontrolle gebracht.
O.Ö. Nachrichten 30. 7. 1971

Wahlen fürs Volk?

Von Dipl. Ing. Richard Soyka, Linz

Ist das Volk wahlmüde?

Wenn es so scheint, dann nur deshalb, weil das „Volk" überhaupt nichts zu „wählen" hat.

Parteiengezänk, „erbitterte" Scheinkämpfe im Parlament und vor dem Fernsehschirm, das lockt niemand zur Wahlurne.

Das Volk will leben. Und das heißt heute, es will die Sicherheit bekommen, daß es auch in 30 Jahren noch leben kann; — das wird bekanntlich von sehr vielen ernsten und wissenden Männern (z. B. von Biologen) für fast unmöglich gehalten.

Binnen 3 Milliarden Jahren hat sich das Wunder des Lebens auf unserem Erdball entwickelt. Das Ziel dieses unendlich langen und unendlich schmerzhaften Weges war der bewußte, verantwortungsbewußte Mensch. Diesem Ziel mit ganzer Kraft, mit dem Verstand und mit dem Herzen zu dienen, ist der Wille oder Wunsch der großen Mehrheit unseres Volkes und anderer Völker. Präsident Nixon hat bereits erkannt und es öffentlich ausgesprochen: Sein Staat ist in größter Gefahr, dem Schicksal des alten Hellas zu folgen, in den Untergang. Er sagte dazu: Wohlstand, Luxus und Technik allein können kein Volk am Leben erhalten. Es gehört dazu noch eine ganz neue Art von Verantwortung der Führenden gegenüber den Gefahren, die das Leben des Volkes bedrohen. Eine neue Moral.

Am sichtbarsten sind derzeit die Gefahren aus der totalen Zerstörung der Umwelt und aus dem Widerstand dagegen, diese Gefahren wirksam zu bekämpfen. Dieser Widerstand geht nicht vom „Volk" aus, sondern von einer Hand voll Menschen, denen ihr persönliches Wohl, ihre Macht und ihr Machtmittel, der unermeßliche Reichtum an Geld, wichtiger ist als das Leben der Völker.

Wir erleben das in Österreich seit jenem Tag, an dem unser Volk durch Kapitaleinfluß vom Ausland gezwungen werden sollte, in seiner Heimat ein Atomkernspaltwerk zu dulden.

Zu tiefst beschämend

Es ist zu tiefst beschämend für unser Land, daß kein einziges Mitglied der früheren oder der späteren Regierung den Mut aufgebracht hat, diesem Diktat des internationalen Atomkapitals klar und deutlich zu widersprechen. Auch jetzt noch nicht, wo bereits eine Viertel Million Staatsbürger genau weiß, daß eine atomare Vergiftung durch ein Kernspaltwerk eine unvorstellbare Gefahr für die heute Lebenden und für alle künftigen Geschlechterfolgen bedeutet.

Ein Wissender sagt zu dieser Lage:

> **„Wenn es für das Großkapital von Vorteil wäre, daß zweimal zwei fünf ist, würde es in allen Schulen so gelehrt, alle Lautsprecher und Plakate würden es brüllen und alle Massenmedien würden es betonen, und nur im stillen Kämmerlein würde es jeder für sich wissen, wieviel zweimal zwei in Wirklichkeit ist. Das Auseinanderklaffen zwischen ‚Offiziell' und ‚Privat' ist der Fiebermesser jedes Staates.**
>
> **Die am anderen Ende des Hebels sitzen, wissen genau, daß sie unrecht haben, aber es ist der Kaufpreis ihres Gewinnens."**

Genau zu wissen, daß man am Untergang eines Volkes mitschuldig werden kann, — das ist nicht leicht zu ertragen. Aber es gibt ein recht bequemes Mittel, dieses bedrückende Schuldgefühl zu betäuben. Es heißt Selbsttäuschung, härter gesagt: Selbstbetrug.

Ist das einmal gelungen, dann kann man auch mit gutem Gewissen andere belügen und betrügen. Wie das in dem vorliegenden Fall gemacht wird, das erleben wir seit dem Mai 1969 in einem großartigen, zugleich erschütternden Anschauungsunterricht: über 2000 Zeitungsaufsätze sind seither gedruckt worden, in denen halbe und Viertelwahrheiten mit halben und ganzen Lügen so geschickt vermischt wurden, daß bis heute in der „Öffentlichkeit" größte Unsicherheit und Verwirrung darüber herrscht, wie gefährlich oder „ungefährlich" Kernspaltwerke nun wirklich sind. Daß sich im Trüben gut fischen läßt, ist bekannt. Das Atomkapital nützt die gewonnene Zeit, um sein „großes

(bitte blättern Sie um)

(Wahlen fürs Volk?)

Geschäft" doch noch unter Dach zu bringen, ehe der wirkliche Volkswille bewußt genug ist, dieses Verbrechen gegen das Leben endgültig zu unterbinden. In Amerika ist es bald so weit. In der Bundesrepublik Deutschland hat der derzeitige Forschungsminister einen ersten, schüchternen Anfang gemacht. In Österreich ist es unserer mühevollen Arbeit gelungen, wenigstens 250.000 Menschen über die Wahrheit aufzuklären.

Aber diese Zahl reicht in einer „Demokratie" noch nicht aus, um gegenüber den durch unablässige Propaganda geistig wehrlos gemachten Menschenscharen eine „Mehrheit" zu bilden. Daß durch entsprechend große Geldmittel zunächst jede Lüge scheinbar siegen kann, ändert nichts daran, daß zuletzt die Wahrheit siegt. Sie setzt sich immer durch, wie es z. B. durch Kopernikus oder Galilei bestätigt wird. Das weiß auch das Atomkapital. Deshalb seine Eile, seine Hast und seine Angst, die es durch immer größere Massenpropaganda zu betäuben sucht.

Das Atomkapital fürchtet nichts so sehr wie die Verbreitung der Wahrheit.

In dieser einmaligen Lage fragen wir noch einmal:

Wird es im Oktober 1971 eine echte Wahl fürs Volk geben? Das Volk wünscht sich eine Handvoll Frauen und Männer, die den Mut haben, den Atomgeschäftsleuten das Handwerk zu unterbinden. Die kommende Strahlenschutzverordnung, wenn der erste Entwurf dazu entsprechend verbessert wird, gibt die Handhaben dazu. Außer dem Mut müssen diese Volks-Vertreter auch das nötige Wissen haben. Dieses vermitteln wir seit mehr als zwei Jahren durch hunderttausende von Flugblättern und Aufklärungsschriften. Es ist niedergelegt in einer großen Zahl neuester wissenschaftlicher Arbeiten. Die Gesellschaft für biologische Sicherheit, die von unabhängigen Fachleuten geführt wird — (unabhängig heißt, daß sie weder direkt noch auf irgend welchen Umwegen vom Atomkapital bezahlt werden, weder als Angestellte noch als „Mitarbeiter" noch als „Experten"; auch nicht als abhängige Zeitungsleute,) — verwaltet das gesamte modernste Wissen über Atomkernspaltung, deren Gefahren für das Leben von Pflanze, Tier und Mensch auf unserem Erdball, und auch das Wissen über neue Wege der Energiegewinnung, so vor allem über die Atomkernverschmelzung (= Fusion). In jüngster Zeit hat die Forschung auf diesem Gebiet überraschend schnelle Fortschritte gemacht, die auch schon von unabhängigen Zeitungen volkstümlich dargestellt werden. Ein Grund mehr für die steigende Angst des

(Wahlen fürs Volk?)

(steigende Angst . . .)

Atomspaltungskapitales, seine „investierten" Milliarden nicht mehr hoch genug verzinst zu bekommen oder sie überhaupt auf Verlustkonto „abschreiben" zu müssen.

Um es ganz klar zu sagen:

Die Zeit der absoluten Geldherrschaft muß zu Ende gebracht werden. Der Thron des Götzen Mammon ist derzeit am sichtbarsten verkörpert in dem Milliarden-Dollar-Kapital, das auf Kernspaltung gesetzt hat und jetzt um jeden Preis — auch um den furchtbaren Preis einer Erbkatastrophe der zivilisierten Menschheit — seinen Befehl durchsetzen will: „Baut Kernspaltungswerke so schnell und so viel wie möglich, auch wenn das Leben auf der ganzen Erde dadurch verseucht wird bis zu seinem Untergang. Wir wollen unser Riesengeschäft noch vorher machen.

Nach uns die Giftflut!"

Prof. Otto König, vom Volksmund schlicht und vertraulich der „Tierkönig" genannt, hat als einziger in der ersten großen Fernsehsendung „Überleben" den Mut gehabt, auf die lebensbedrohende Gefahr der Kernspaltung hinzuweisen.

Jeder Politiker, der diesem Vorbild folgt, und zwar jetzt folgt, erwirbt sich dadurch den Ehrennamen, ein Vorkämpfer für die Rettung des Lebens geworden zu sein. Zugleich dient er damit auch der Ehre Österreichs.

Ein Elektro-Ingenieur und gründlicher Sachkenner in der Bundesrepublik, schrieb mir kürzlich:

> „Ich freue mich über die Österreicher, daß sie so mutig ihren ethischen Protest gegen die Verrücktheit der Kernspalterei laut werden lassen; ich freue mich auch über die Ärzte die vorbildlich für die ganze Welt endlich Einsprache erheben!"

Die Wahl im Oktober 1971 kann eine echte Wende bringen: Wenn eine einzige Persönlichkeit in die Volksvertretung gewählt wird, die den Mut und die Sachkenntnis hat, vom „Hohen Haus" aus unentwegt und mit hartem Nachdruck den Kampf gegen die Atomverseuchung Österreichs durch Kernspaltung zu führen, dann kann noch rechtzeitig das Unheil von „Zwentendorf" verhütet werden. Damit hätte Österreich einen ersten Riegel gegen die weitere atomare Verseuchung Europas vorgeschoben, so wie einst die Türkengefahr von Österreich aus abgewehrt wurde oder der Pestwall das Vordringen dieser Seuche aus dem Osten verhütete.

Mißbrauchtes Urvertrauen

Am 8. Juni 1971 brachte der ORF im 1. Programm (Ö 1) in der Sendung „Für und wider" ein Gespräch „Wie sicher sind Kernkraftwerke" zwischen Befürwortern der Atomspaltung und Warnern vor den Gefahren des im Tullnerfeld bei Wien geplanten Atomspaltwerkes.

Der Verhaltensforscher Dr. rer. nat. Gernot Graefe gab eine Erklärung dafür, warum die kommerzielle Auswertung der Kernenergie bisher eine so weite Verbreitung erreichen konnte, obwohl die biologischen Wirkungen auch der „friedlichen Nutzung" der Kernenergie, angefangen vom Uranbergbau bis zu den radioaktiven Abfallprodukten äußerst bedenklich sind.

Er kam zu der im ersten Augenblick erstaunlichen Antwort: Es war deshalb möglich, weil fast alle Menschen in normalen Familienverhältnissen aufgewachsen sind. Unter diesen günstigen Umständen entwickelt das Kleinkind im ersten und zweiten Lebensjahr das sogenannte Urvertrauen, ein Begriff der aus den neueren Schrifttum der Verhaltensforschung geläufig ist. Wachsen Kleinkinder in der entscheidenden Zeit in Heimen zusammen mit vielen anderen Pfleglingen und wenigen, zudem noch wechselnden Pflegepersonen auf, so kann das Gegenteil, das „Urmißtrauen", entstehen.

Die in den ersten beiden Lebensjahren erworbene Einstellung zur Umwelt bleibt in der Regel lebenslang erhalten und ist der Ausdruck eines Prägungsvorganges. Die Erscheinung der Prägung wurde von Professor Konrad Lorenz erstmals an der Nachfolgereaktion junger Graugänse festgestellt und ist inzwischen immer wieder und auch beim Menschen beobachtet worden. Dr. Graefe legte dar, daß das normalerweise entstehende Urvertrauen mit eine Grundlage des menschlichen Optimismus bildet und in dem Glauben zum Ausdruck kommt, daß sich bestimmt alles noch zum besten wenden wird. Dasselbe Vertrauen, das früher eher Gott oder religiösen Dingen entgegengebracht wurde, werde in der heutigen fortschrittsgläubigen Zeit eher der Wissenschaft und Technik entgegengebracht. Man glaubt mit den heutigen Mitteln der Technik alles erreichen und sogar alle Sicherheiten garantieren zu können. Man sagt: Dafür haben wir ja unsere Experten, unsere Behörden, da sitzen ja die besten Fachleute usw. Überall tritt dieselbe Zuversicht zutage, mit der man sich an das Lenkrad seines Autos setzt und sich sagt, es wird schon nichts passieren. Aus allen diesen Einstellungen spricht das Urvertrauen, ohne das sich viele Sparten der Technik nach der Ansicht von Dr. Graefe niemals bis zu dem bedenklichen jetzigen Stand entwickelt hätten.

Wie sicher sind Kernkraftwerke?

Unter diesem Titel fand am 8. Juni im Rundfunk ein öffentliches Gespräch statt.

Ein Warner führte aus:

Dabei liegt der Fehler bereits in der Fragestellung, da sie das Kernkraftwerk, so wie es auch die Befürworter der Kernenergie bemüht sind zu tun, aus dem Gesamtbereich der Kerntechnik herauslöst und für sich allein betrachtet.

Die Umweltbeeinträchtigung durch die Kerntechnik nimmt aber ihren Anfang bereits beim Uranbergbau. Um Kernbrennstoff für den Reaktor zu gewinnen, müssen sehr große Erzmengen aufgearbeitet werden. Die Abfallerze, — in den USA lagern heute nahezu 100 Millionen Tonnen — enthalten das ungeheuer gefährliche Radium-226, das als „boneseeker" (Knochensucher) im Skelett der Organismen angereichert und festgehalten wird. Durch den Urangewinnungsprozeß sind diese Erze auch mechanisch und chemisch aufgeschlossen worden, sodaß die natürliche Verwitterung durch die klimatischen Einflüsse und damit verbunden, die Auswaschung von Radium-226 und allen radioaktiven Folgeprodukten in die Oberflächengewässer, wie Bäche und Seen, über die Maßen erleichtert wird. Die lange Halbwertszeit von Radium-226 (1.600 Jahre), die wachsenden Abfallhalden und vor allem die Anreicherung der natürlichen Radionuklide in den komplizierten Nahrungskreisläufen lassen

bereits den Uranbergbau zu einem beachtlichen Umweltproblem und zu einer dauernden Gefahrenquelle werden.

Das graue sandähnliche Abfallmaterial wurde zum Teil als Baustoff für Wohnhäuser verwendet, was zu einer weit höheren Strahlenbelastung gegenüber der natürlichen der Bewohner geführt hat. Die „Segnungen des friedlichen Atoms" wurden auch den Kindern als den Strahlenempfindlichsten zuteil, indem man ihre Sandkästen mit diesem radioaktiven Spielsand versorgte!

Bevor noch eine Kilowattstunde Strom erzeugt wurde, haben Uranbergleute (bei denen durch Krebs verursachte Todesfälle besonders häufig auftreten), ihre Frauen und Kinder bereits irreversible (unheilbare) Strahlenschäden erhalten. Die meisten dieser Schäden fallen zunächst nicht auf, da die strahleninduzierten Krebskrankheiten erst nach einer Dauer von mehr als 5 Jahren ärztlich nachweisbar sind. Besonders heimtückisch sind jedoch die Schädigungen des Erbmaterials, die sich zunehmend im Laufe der Generationen in Form von unheilbaren, erblichen, körperlichen Gebrechen (z. B. Augenkrankheiten, Stoffwechselanomalien, Heilmittelunverträglichkeit etc.) und geistigen Defekten bemerkbar machen.

Der nächste Schritt der Kerntechnik ist die Energiegewinnung aus der Uranspaltung im Kernreaktor. Die dabei entstehenden Spaltprodukte werden „nach Möglichkeit" zurückgehalten.

Infolge ihrer ungeheuren Radioaktivität belastet bereits ein geringer Bruchteil, wie er im Normalbetrieb freigesetzt wird die Umgebung.

Dazu kommt noch die Gefahr eines Unfalles. Zahlreiche internationale Erfahrungen zeigen uns, daß diese außerplanmäßigen Ereignisse auf 2 Hauptursachen zurückzuführen sind und zwar auf technische Gebrechen (trotz oder zuweilen auch wegen komplizierter Regelsysteme) und natürlich menschliches Versagen, das niemals völlig auszuschalten sein wird. Und dazu kommen noch die Risken bei den Transporten der radioaktiven Abfälle zu den Aufarbeitungsanlagen.

Im Jahre 2000 werden, wenn die Entwicklung so weitergeht, über eine Million Kilogramm hochradioaktiver Spaltprodukte erzeugt (im Gegensatz zu den bisher üblichen Kraftwerken, bei denen nicht die mindeste Radioaktivität entsteht). Diese Menge wird dadurch anschaulich, daß sie, in allen Weltmeeren gleichmäßig verteilt, deren natürliche Radioaktivität verdreifachen würde.

Im weiteren Verlauf der Kerntechnik werden die Brennelemente in den Aufbereitungsanlagen chemisch behandelt und die Spaltprodukte abgetrennt.

Die schwach radioaktiven Prozeßabwässer und Abgase wurden und werden in den Lebensraum entlassen und sind ein weiterer Schritt in der weltweiten radioaktiven Verseuchung. Die hochradioaktiven Prozeßabwässer werden durch die Zerfallswärme so stark erhitzt, daß sie ständig kochen. Darüberhinaus sind sie chemisch ungemein agressiv, sodaß normale Behälter in kurzer Zeit zerstört werden; aber auch rostfreie Edelstahltanks, in denen sie gegenwärtig gelagert werden, bilden nur eine Zwischenlösung.

Die radioaktiven Spaltprodukte müssen jedoch bis zum Abklingen unter Kontrolle bleiben; ihre Lagerung wird deshalb auch unsere Kindeskinder mehrere Generationen lang beschäftigen. Selbst eine ausgeklügelte Technik kann auf diese lange Sicht die radioaktive Verseuchung unserer Erde nicht aufhalten.

Dies sind einige Gründe, die unsere Entscheidung gegen die Ausweitung der Kerntechnik bestimmen. Wie uns eine Vielzahl von Beispielen zeigt, landen die lebensfeindlichen Nebenprodukte unserer Zivilisation letztlich und unwiderruflich in den Ozeanen. Die biologisch bedeutenden radioaktiven Stoffe werden von den Meeres-Organismen aufgenommen, angereichert und in den Biozyklen verteilt. Mit der Ausweitung der Kernenergieerzeugung wird es auf weitere Sicht unmöglich, mit Produkten des Meeres den Hunger der Menschen zu stillen.

Damit wird schon jetzt eine große Hoffnung für die Zukunft der Menschheit mutwillig oder gedankenlos vernichtet.

Großer Erfolg deutscher Plasmaphysiker

Von P. Rüsche

Kernreaktoren ohne radioaktive Verseuchung

Mitte Juni gelang Wissenschaftlern im Institut für Plasmaphysik im Kernforschungszentrum Jülich heuer der sensationelle Erfolg, bei Versuchen zur Kernfusion in einem Schwerwasserstoffplasma Temperaturen von über 100 Millionen Grad Celsius zu erreichen. Sie konnten für eine millionstel Sekunde diese noch vor kurzem für unerreichbar gehaltene Temperatur in einem durch stärkste Magnetfelder zusammengehaltenen Plasma erreichen, das die Form eines Zylinders von etwa einem Meter Länge und etwa zehn Zentimeter Durchmesser hatte.

Neben der extrem hohen Temperatur, die weit über den bisher in anderen Laboratorien von Forschergruppen erreichten Höchsttemperaturen von 60 Millionen Grad lag, sind die **relativ niedrigen Kosten** dieses Experimentes erstaunlich, die weit unter denen der anderen Institute liegen. Nach Erklärungen aus Jülich besteht die begründete Hoffnung, daß mit der neuen Experimentiertechnik die hohen Temperaturen über solange Zeiträume erhalten werden können, wie sie für einen Kernfusionsreaktor erforderlich sind und auch wesentlich niedrigere finanzielle Mittel dazu notwendig sind, als man bisher glaubte.

Eine „saubere" Kernreaktion

Im Gegensatz zur Kernspaltung, bei der schwere Atomkerne wie Uran oder Plutonium gespalten werden und radioaktive Endprodukte entstehen, verschmelzen bei einer Kernfusion Atomkerne des leichten Elementes Wasserstoff zu einem Heliumkern. Das Endprodukt Helium ist ein nicht radioaktives, ungefährliches, leichtes Gas, das man u. a. früher zur Füllung von Luftschiffen benutzte. Bei der Fusion werden ungeheure Energiemengen frei, die man später nutzen zu können hofft.

Damit die Fusion aber überhaupt erst einmal einsetzt, sind Temperaturen von vielen Millionen Grad erforderlich, wie man sie bisher nur im Innern der Sterne — die Sonne ist ein großer Fusionsreaktor — oder bei Atombomben- bzw. Wasserstoffbombenexplosionen kurzzeitig kannte. Neben der Erzielung solch hoher Temperaturen besteht das technische Problem darin, die Bereiche dieser Hitze von den Wänden entfernt zu halten, da jedes irdische Wandmaterial bei den benötigten Temperaturen schmelzen und verdampfen würde. Die heiße Plasmazone muß daher durch starke Magnetfelder besonderer Form im Vakuum oder im Gasraum zusammen- und von den Wänden ferngehalten werden. An diesem Problem arbeiten heute an zahlreichen Stellen der Welt fieberhaft viele Wissenschaftler.

Fusion — eine billige Energiequelle

Neben der „sauberen", d. h. nicht radioaktiven Endprodukten besteht ein weiterer Vorteil des Fusionsreaktors in der äußerst preiswerten und praktisch unerschöpflichen Rohstoffgrundlage, dem Wasser. Aus ihm werden die benötigten Wasserstoffisotope gewonnen, neben dem gewöhnlichen leichten Wasserstoff das Deuterium und das Tritium. Dieser Prozeß ist unverhältnismäßig viel billiger als die Urangewinnung und -anreicherung für die Spaltungsreaktoren. Daher wird dem Fusionsreaktor sicher die Zukunft gehören.

Wann diese beginnt, ob schon bereits in 10 Jahren, ist heute noch nicht abzusehen. Für die Entwicklung des Fusionsreaktors investierte Mittel machen sich gewiß bezahlt. Je eher er möglich wird, desto früher sind wir auch von der Furcht vor den Gefahren radioaktiver Verseuchung befreit, die mit den jetzt üblichen Spaltungsreaktoren trotz aller Sicherheitsvorkehrungen doch noch immer verbunden sind und auch bleiben.

Deutsche Wissenschaftler führend

Nachdem in den letzten Jahren mehrmals Erfolgsmeldungen von russischen Plasmaphysikern eintrafen, ist nun der deutschen Forschung der Sprung nach vorn gelungen. Dieser stolze Erfolg, der als einer der bedeutendsten Schritte in der Entwicklung zur technisch verwertbaren Kernfusion bezeichnet wird, beweist wieder einmal, daß große Entdeckungen nach wie vor nicht nur von der finanziellen Ausstattung abhängig sind. Bedeutende Förderungsmittel sind erforderlich, aber sie können Geist und Fleiß nicht ganz ersetzen, eine der Stärken Europas.

(Deutsche Wochen-Zeitung Hannover, 16. Juli 1971)

Rettet den Neusiedlersee

Unterzeichnen
Sie gegen den

Brückenbau!

Unterschriftenbogen durch
Aktionsgemeinschaft: „Rettet den Neusiedlersee"
1070 Wien, Schottenfeldgasse 5, Telefon 93 41 11

Einer unserer besten Mitkämpfer hat uns verlassen

Philipp Knab

Prokurist i. R. und Siedlungsberater
Oberleutnant d. Res. im 1. Weltkrieg
Ritter des Ordens der Eisernen Krone mit Schwertern
und Inhaber der Großen Silbernen Tapferkeitsmedaille

ist Samstag, den 7. August 1971, im 83. Lebensjahre gestorben.

Sein Leben und opfervolles Wirken galt bis zuletzt den Seinen
dem Wohle seines Landes und seiner Mitmenschen.

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS (WSL)

Sektion Deutschland e.V. WSL-Land.Verbd.BAYERN

Aktionsgemeinschaft zur Erhaltung gesunder Lebensgrundlagen
für Natur, Landschaft, Tier und Mensch

Ihr Zeichen: | Ihre Nachricht vom: | Unser Zeichen: Schw/Da | den: 29.6.1969

Antwort bitte an: Geschäftsstelle:
8000 München 13
Schleißheimer Str.152a

Europa
Belgien
Bulgarien
BRD
DDR
Finnland
Frankreich
Großbritannien
Irland
Italien
Jugoslawien
Luxemburg
Niederlande
Norwegen
Österreich
Polen
Rumänien
Schweden
Schweiz
Spanien
CSSR
Ungarn

Amerika
Brasilien
Canada
Mexiko
USA

Afrika
Ägypten
Äthiopien
Südafrik. Union

Asien
Indien
Israel
Japan
Süd-Korea

Australien

An die
Förderer, Gutachter und
Leidtragenden der friedlichen Atomenergie

Betreff: Bau von Großkernkraftwerken;
hier: unzumutbare Strahlenbelastung des Reaktorpersonals und der umwohnenden Bevölkerung

Beilagen: 1 Satz einschlägige Unterlagen

Sachbearbeiter: Walter Schweiger

Unter Hinweis auf die Beilagen und der tödlich ernsten Situation auf dem Gesundheits- und Erbsektor, erlaubt sich der Landesverband Bayern folgende Feststellungen und Schlußfolgerungen:

Die Verseuchung unserer Umwelt (Lebensgrundlagen) hat ein Ausmaß erreicht, das den Zusammenbruch der Volksgesundheit in Bälde und eine Erbkatastrophe größten Ausmaßes in naher Zukunft im Gefolge haben.

Schuld an diesem verheerenden Zustand ist der Irrweg des größten Teils unserer Führungsschichten, die die Naturgesetze mißachten und eine Technik und andere Praktiken duldet, die unsere Umwelt mit der Zeit restlos verseuchen, vergiften und ein Leben in Gesundheit unmöglich machen. Eine Kurzsichtigkeit, die untragbar ist und nicht länger im Interesse der Allgemeinheit praktiziert werden darf.

Speziell durch die letzte "epochale" und in den Himmel gelobte Technik, der Atomkernspaltung für den Frieden (!?) wird die Zerstörung -auch ohne Atomkrieg- ein Ausmaß mit der Zeit annehmen, die unsere schöne Erde zu einem Siechenhaus macht.

D i e s d a r f n i c h t s e i n ! Das verstößt gegen die Menschenrechte und die Verfassung!

Die österreichischen Ärzte haben dies klar erkannt und pro-

./.

testieren gegen das geplante Großkernkraftwerk in Niederösterreich durch ein Memorandum (s.Beilage). Der Großteil der österr. Gesundheitsorganisationen haben dagegen ein

V O L K S B E G E H R E N eingeleitet.

Die Sektion Deutschland des WSL hat sich gegen das bereits im Bau befindliche Großkernkraftwerk an der Weser bei Würgassen gewandt und führt einen hartnäckigen Kampf gegen die unsauberen und verfassungswidrigen Praktiken der Atomenergieverfechter.

Der Landesverband Bayern des Weltbundes zum Schutze des Lebens wehrt sich gegen die geplanten, im Bau und bereits im Betrieb befindlichen Atomanlagen und verlangt den Stopp der Atomkernspaltung, weil die dadurch freigesetzte Radioaktivität nicht beherrscht wird.

Der Land.Verbd. macht darauf aufmerksam:

> Wer trotz Kenntnis des ganzen Gefahrenbereiches, der der Atomkernspaltung mit seinen ungelösten Problemen anhaftet, sich weiter für deren Einsetzung stark macht, macht sich mitschuldig und haftbar an den dadurch zwangsläufig zu erwartenden Schäden, die kein Mensch auf Erden verantworten kann.

Der Landesverband Bayern appelliert an Ihre Vernunft und Ihr Verantwortungsbewußtsein sich mit ihm gegen die atomare Gefahr zu wehren, da es noch andere Wege gibt, Energie auf gefahrlose Weise zu gewinnen.

Wilfried Müller

(Dr. Wilfried Müller)
- 1.Vorsitzender -

Die Industrie ist schuld,

wenn unsere Umwelt zerstört, unsere Atemluft verstunken, unsere Gewässer verjaucht werden! Die Industrie soll zahlen! So sagen manche Leute. Aber lassen nicht wir alle uns die Vorteile sehr wohl gefallen, die unsere überhitzte Wirtschaft uns zur Zeit bietet? Gebrauchen und verbrauchen wir nicht verschwenderisch die Waren, die sie massenhaft erzeugt?

Wir alle sind schuld,

wenn unsere Umwelt verschmutzt und zerstört wird! Jeder Auto- oder Mopedfahrer, jede Waschmittel verbrauchende Hausfrau, jeder Kunstdünger streuende und Gift spritzende Bauer ist beteiligt an der Gefährdung unseres Lebens und unserer Zukunft!

Wir alle werden zur Kasse gebeten

werden, wir alle werden unsere Daseinsform ändern und unseren Verbrauch einschränken müssen, wenn wir geordnet weiterleben wollen, und wir werden bei der Luft, beim Wasser, beim elektrischen Strom, beim Verpackungsmaterial beginnen! Die Wirtschaft wird ihre

Goldenen Kälber „Wachstum" und „Höchstgewinn"

nicht mehr hemmungslos umtanzen, sie wird nicht weiterhin bedenkenlos wertvolle Rohstoffe für die Erzeugung wertloser, überflüssiger oder krankmachender Waren vergeuden und dafür werben dürfen! Wo neue, umweltfreundliche Produktionsstätten entstehen, müssen alte umweltfeindliche Produktionsstätten geschlossen werden!

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze

ist überflüssig und gefährlich, solange sie nur von Ausländern besetzt werden können! In einer Zeit, die eine Rückführung des Konsums auf ein vernünftiges Maß gebieterisch fordert, muß auch die hektische Absatz-Werbung mancher Wirtschaftszweige als unrealistisch, unzeitgemäß und anti-sozial erkannt werden.

Wenn die Privatwirtschaft sich nicht beizeiten entschließt,

im Sinne eines umfassenden Lebens- und Menschenschutzes sozial-verantwortlich zu handeln, so wird es in fünfzehn Jahren keine Privatwirtschaft mehr geben! Wir fordern kein sofortiges

Null-Wachstum der Wirtschaft,

weil wir wissen, daß man einen dahinrasenden Eisenbahnzug nicht plötzlich anhalten kann, ohne eine Katastrophe zu verursachen. Aber wir alle, vom letzten Verbraucher und Hilfsarbeiter bis zum Wirtschaftsführer und Minister werden die Notbremsen anzuziehen haben und zwar schon heute und nicht erst morgen!

Wenn die Privatwirtschaft erhalten bleiben soll,

werden die Unternehmer selbst darüber wachen müssen, daß die allgemein gültige Rechtsordnung nicht gelockert, die Gleichheit vor dem Gesetz nicht aufgehoben wird durch die Einräumung von Sonderrechten für einzelne Wirtschaftsgruppen.

Maßstab der Gesetzgebung ist einzig und allein der Mensch!

Eine Entrechtung des Staatsbürgers zugunsten der Wirtschaft muß unweigerlich zu schwersten revolutionären Erschütterungen führen, deren erstes Opfer die Privatwirtschaft wäre! Die höchste Kunst der Wirtschafts- und Staatsführung besteht darin, die Ursachen künftiger Revolutionen rechtzeitig zu erkennen und zu beseitigen.

Der chinesische Revolutionär Sun-Yat-Sen

versprach seinem Volk die Unabhängigkeit vom Ausland, die Beseitigung des Hungers und die Aufteilung des Großgrundbesitzes. Die beiden ersten Programmpunkte konnte er erfüllen. Der dritte scheiterte am Widerstand der Grundbesitzer. Dadurch wurde ein Fünftel der Menschheit in eine kommunistische Diktatur gedrängt. Hätte Sun-Yat-Sen eine gesunde und geordnete Bodenreform durchführen können, so wäre China heute wahrscheinlich eine demokratische Republik. Man hätte vermutlich den Grundbesitzern einen Teil ihrer Besitzungen belassen und sie für den Rest entschädigt, wie das in Nationalchina geschehen ist.

Als Ludwig der Sechzehnte unter dem Fallbeil stand,

sprach er: „Ich habe dies seit vielen Jahren herankommen gesehen. Wie ist es möglich, daß ich nichts dagegen unternommen habe?" Der bekannte französische Publizist und Politiker JEAN JACQUES SERVANT-SCHREIBER sagte: „Wenn unsere Unternehmer sich weigern sollten, im Sinne eines umfassenden Lebensschutzes sozial-verantwortlich zu handeln, so würden sie zuerst ihre Gewinne, dann ihre Unternehmen und

am Ende vielleicht ihr Leben verlieren!

Die ungeheuren Probleme, welche die nahe Zukunft uns stellt, werden wir nur mit Einsicht und Bescheidung, nur

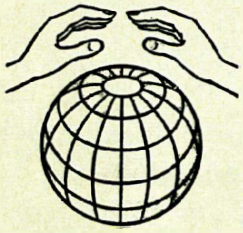
alle miteinander, niemals gegeneinander

lösen können. Wir alle sind Passagiere in unserem Raumschiff Erde, dessen Besatzung sich dauernd vermehrt, dessen Vorräte aber immer mehr abnehmen. Unser Raumschiff kann nicht gesteuert werden. Es kann nirgends notlanden, um frische Luft, Wasser und Nahrung aufzunehmen oder einen Teil seiner Besatzung zu entlassen.

Alle erkenntnisfähigen, verantwortungsbewußten und modernen Industriellen, Kaufleute und Gewerbetreibenden

sammeln sich zwecks Erarbeitung einer gesicherten Zukunftsplanung im

LEBENSSCHUTZ-RING SOZIAL-VERANTWORTLICHER UNTERNEHMER (L R U) DES WELTBUNDES ZUM SCHUTZE DES LEBENS!



PROTECTIO VITAE

Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL)

International, unparteilich, überkonfessionell. Gegründet 1960 zu Salzburg, Österreich, von dem Forstmann und Schriftsteller **Günther Schwab.**
Vertretungen in 34 Staaten.

Schreiben Sie noch heute an den WSL und verlangen Sie Aufklärung über die Bedrohungen und Rettungswege unseres Zeitalters!

in der B. R. Deutschland	Postfach 801943, D-8 MÜNCHEN 80
in Frankreich	(Union Française pour la Protection de la Vie) 16, rue Claude Bernard, PARIS 5me
in Luxemburg	26, rue des Bleuets, LUXEMBURG-WEIMERSHOF
in Österreich	Postfach 251, A-5010 SALZBURG
in der Schweiz	Splügenstraße 3, CH-8002 ZÜRICH
Internationales Sekretariat	25, rue des Colonies, F-13 MARSEILLE 8me

Die Arbeit des WSL ist wissenschaftlich untermauert durch die Wissenschaftlichen Beiräte der Sektionen, die Internationale Akademie für Lebensschutz, Umwelt und Biopolitik in Luxemburg, der zur Zeit unter anderem 36 Nobelpreisträger angehören, die 400 unabhängigen Gelehrten des Wissenschaftlichen Rates der Internationalen Gesellschaft für die Erforschung von Zivilisationskrankheiten und Vitalstoffen in 54 Staaten.

SPIESSBÜRGER!

Die Atomkapitalisten und die von ihnen bezahlten Agenten pflegen alle Wissenden, Erkenntnisfähigen und Verantwortungsbewußten, die aus ihrem Wissen, ihrer Erkenntnisfähigkeit und ihrem Verantwortungsbewußtsein heraus gegen die Atomkernspaltung auftreten, als

kleinkarierte Spießbürger

zu bezeichnen.

Was also sind demnach die 3000 Biologen und Ökologen aus 23 Staaten, die im Mai 1971 bei der UNO den sofortigen Baustopp für Atomkraftwerke forderten?
Kleinkarierte Spießbürger!

Was sind demnach die über 100 Wissenschafter aus 12 Staaten, die auf einer Konferenz der „Gesellschaft für soziale Verantwortlichkeit in der Wissenschaft" im August 1971 in Trondheim den Baustopp für Atomkraftwerke forderten?
Kleinkarierte Spießbürger!

Was sind die Gelehrten der „Vereinigung verantwortungsbewußter Wissenschafter" in Cambridge, Mass., USA, die erklärten, daß die Mangelhaftigkeit der gegenwärtigen Sicherheitssysteme an Atomreaktoren Tausenden Menschen das Leben kosten könne?
Kleinkarierte Spießbürger!

Was sind die 36 Nobelpreisträger der Internationalen Akademie für Lebensschutz, Umwelt und Biopolitik, Luxemburg?
Kleinkarierte Spießbürger!

Was sind die 400 unabhängigen Wissenschafter aus 54 Staaten, die im Wissenschaftlichen Rat der Internationalen Gesellschaft zur Erforschung von Zivilisationskrankheiten versammelt sind?
Kleinkarierte Spießbürger!

Was sind die 72 unabhängigen Gelehrten des Wissenschaftlichen Beirates der Sektion Österreich des „Weltbundes zum Schutze des Lebens?
Kleinkarierte Spießbürger!

Was sind die Nobelpreisträger Linus Pauling, Hannes Alfvén, Joshua Lederburg, was sind die Universitätsprofessoren Bechert, Bresch, Geyer, Gofman, Schatz, Sternglass, Thürkauf, die Doktoren Levin, Schnelderman, Tamplin, die Ärzte Bruker, Drobil, Manstein, Mommsen und viele andere?
Kleinkarierte Spießbürger!

Was sind die Gelehrten des Wissenschaftlichen Ausschusses der Vereinten Nationen?
Kleinkarierte Spießbürger!

MITBÜRGER!

Mütter und Väter!
Junge Mädchen und junge Männer!

Wie lange noch wollt ihr dulden, daß eine kleine Minderheit von Geschäftemachern euch beschimpft und beleidigt?

Wie lange noch wollt ihr tatenlos zusehen, wie eine kleine Minderheit von gewissenlosen Jobbern und Verrückten durch ihre Machenschaften eure Gesundheit, die Gesundheit eurer Kinder, Kindeskinder und Kindeskindeskinder usf. angreift und euren Heimatraum unbewohnbar zu machen versucht?

Wehrt euch und schließt euch zusammen im

Weltbund zum Schutze des Lebens

(gegründet 1960 in Österreich)

Vertretungen in 34 Staaten,
Mitglieder in 88 Staaten



PROTECTIO VITAE

Landesdirektion Vorarlberg: Rebberggasse 11,
A-6804 Feldkirch-Altenstadt (Dr. med. W. Gächter)

Landesverband Baden-Württemberg: D-7993 Kreßbronn/Bodensee
(Ing. J. Massag)

Landesverband Bayern: D-8051 München-Eching, Postfach 04
(Dr. med. H. Korff)

Sektion Schweiz mit Liechtenstein: Splügenstraße 3, CH-8002 ZÜRICH

Sektion Österreich: Postfach 251, A-5010 SALZBURG

Sektion Bundesrepublik Deutschland: Rüngsdorfer Straße 1 B,
D-532 BONN-BAD GODESBERG

Sektion Frankreich (Union Française pour la Protection de la Vie):
16, rue Claude-Bernard, PARIS 5me

Internationale Stufe: 26, rue des Bleuets, LUXEMBURG-Weimershof

Internationales Sekretariat: 25, rue des Colonies,
F-13 MARSEILLE 8me (Univ. Prof. Dr. M. Mosinger)

Verlangen Sie noch heute Aufklärung über die katastrophale Bedrohung unseres Daseins!

Preis dieses Flugblattes für 1000 Stück öS 150.–, DM 21.50, sfr. 25.–
Bestellungen an Druckerei Hugo Mayer, Schulgasse 6, A-6850 Dornbirn

12 Fragen

an alle Bürgermeister im Umkreis bis zu 100 km eines Atomkraftwerkes

1. IST IHNEN BEKANNT, daß gemäß § 38 des Österr. Strahlenschutzgesetzes (B.G.Bl. Nr. 227 vom 8. 7. 1969) bei Gefahr im Verzug auch gegen den Willen der Betroffenen durch unmittelbaren Zwang zu vollziehen sind:
   Tötung von Tieren und Beseitigung von Tierkadavern; Verbot des Verlassens der Häuser; Beschränkung des Personen- und Güterverkehrs; Verbot des Betretens bestimmter Gebiete; Absonderung von Personen, Gegenständen und Tieren; Beschränkung des Verkehrs mit Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Produkten; Beschränkung der Wasserbenützung?

2. IST IHNEN BEKANNT, daß im Falle einer „friedlichen" Atomkatastrophe weder das Fernsprechnetz der Bundespost noch die Fernmeldenetze der Polizei für die Verständigung der Bevölkerung und die Lenkung der Maßnahmen ausreichen werden und infolgedessen rechtzeitig ein Funkeinsatzplan aufgestellt werden muß?

3. IST IHNEN BEKANNT, daß im Falle einer Reaktorpanne mit auch nur teilweisem Austritt von Spaltprodukten die Einwohner Ihrer Gemeinde schnellstens auf unbestimmte Zeit evakuiert werden müssen, wobei die Evakuierung mit Berücksichtigung der jeweiligen Windrichtung vor sich gehen muß?

4. HABEN SIE PFLICHTGEMÄSS alle Einwohner Ihrer Gemeinde davon unterrichtet?

5. HABEN SIE DAFÜR GESORGT, daß hinreichend sichere, d. h. genügend weit entfernte Ausweichquartiere auf mehrere Monate oder Jahre zur Verfügung stehen für
   a) jeden Einwohner Ihrer Gemeinde;
   b) alle Schulen;
   c) lebenswichtige Industrien;
   d) Krankenhäuser, Altersheime und andere Anstalten und deren Betreuer?

6. HABEN SIE strahlensichere Lebens- und Arzneimitteldepots angelegt, um die Einwohner Ihrer Gemeinde im Falle einer Reaktorkatastrophe zu versorgen?

7. HABEN SIE einen „friedlichen" Atomalarmplan ausgearbeitet und bekanntgemacht, so daß jeder Einwohner Ihrer Gemeinde
   a) sofort verständigt werden kann;
   b) das nötige Alarmgepäck und Lebensmittel für mehrere Tage griffbereit hält?

8. HABEN SIE DAFÜR GESORGT, daß jederzeit einsatzfähiger Transportraum bereitgestellt ist?

9. HABEN SIE DAFÜR GESORGT, daß jeder Einwohner weiß,
   a) wo sein Ausweichquartier liegt;
   b) welches öffentliche Transportmittel (Bahn, Bus) oder private Fahrzeug (PKW, LKW) er zu benutzen hat?

10. HABEN SIE alle Fahrzeugbesitzer angewiesen
   a) bei welchen Tankstellen sie im Alarmfall ihre Fahrzeuge zu versorgen haben;
   b) welche Leute und Güter sie mitzunehmen haben;
   c) auf welchen Straßen sie den Ort (die Stadt) verlassen sollen, damit keine Stockungen entstehen?

11. HABEN SIE PFLICHTGEMÄSS alle Einwohner Ihrer Gemeinde davon unterrichtet, daß weder zurückgelassenes Eigentum der Evakuierten vor Diebstahl und Plünderung bewahrt noch etwa zurückbleibende Viehbestände betreut werden können? Daß für die enormen Kosten der Evakuierung, für Verdienstausfall, Existenz- und Marktverluste, Invalidität, Einbußen an Grund- und Hausbesitz, Vieh und Hausrat im Rahmen der staatlichen Atomhaftpflicht nur ein sehr geringfügiger, wahrscheinlich aber gar kein Ersatz geleistet werden wird?

12. HABEN SIE DAFÜR GESORGT, daß für Bevölkerungsteile, die nicht oder nicht rechtzeitig evakuiert werden können, ausreichend ausgestattete und versorgte Schutzräume für Wochen oder Monate zur Verfügung stehen?

Wenn Sie alle diese Fragen mit Ja beantworten können,

so sind Sie ein weitblickender, verantwortungsbewußter und ehrenhafter Bürgermeister. Trotzdem aber und dann erst recht, müssen Sie mit aller Energie gegen die Errichtung eines Atomkraftwerkes Stellung beziehen!

Wenn Sie die vorstehenden Fragen aber mit Nein beantworten müssen, so empfehlen wir Ihnen dringend und in Ihrem eigenen Interesse, das Versäumte schnellstens nachzuholen! Sollten Sie sich dazu nicht entschließen können, so würden Sie sich im Falle einer Reaktorkatastrophe der Strafverfolgung aussetzen.



PROTECTIO VITAE

Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL)

(international, unparteilich, überkonfessionell)
Gegründet 1960 in Österreich
2½ Millionen Mitglieder in 88 Staaten
Vertretungen in 34 Staaten

Bundesrepublik Deutschland: Postfach 801943
D-8 München 80
Frankreich: 16, Rue Claude Bernard, Paris 5me
Luxemburg: 26, Rue des Bleuets, Luxemburg-Weimershof
Österreich: Postfach 251, A-5010 Salzburg
Schweiz: Splügenstraße 3, CH-8002 Zürich

Dies ist ein Flugblatt der biologischen Revolution!

Bestellungen an Druckerei Hugo Mayer, Schulgasse 6, A-6850 Dornbirn

DIES IST EIN FLUGBLATT DER BIOLOGISCHEN REVOLUTION!

Eine Gruppe unabhängiger US-amerikanischer Gelehrter gab die Daten der Gegenwart einem Computer ein. Dann stellte man ihm die Frage nach der Zukunft.

Der Computer sprach ein Todesurteil!

IN 20 JAHREN

wird der Lebensstandard niedriger sein als heute. Für die Menschheit gibt es kaum ein Überleben, wenn sie nicht sofort mit einer

UMFASSENDEN REVOLUTION

des Denkens und der Lebensordnung beginnt; und zwar mit einem ungeheuren Einsatz ihrer gesamten wirtschaftlichen und geistigen Machtmittel, um den Gefahren zu begegnen, die wie eine Lawine auf sie zukommen.

IM JAHRE 1977

wird es keinen Fluß mehr geben, dessen Wasser noch zu irgendwelchen Zwecken verwendet werden kann.

IM JAHRE 1980

wird es kein natürliches Trinkwasser mehr geben. Eine Erde aber ohne reines Wasser ist ein unbewohnbarer Planet!

IM JAHRE 1990

werden die Meere infolge Verschmutzung und Vergiftung biologisch tot sein. Von der Sauerstofferzeugung der Meere hängt jedoch die Zukunft ab, weil die grüne Pflanzendecke der Festländer den hohen Sauerstoffverbrauch nicht mehr zu decken vermag. Ohne Atmung kein Leben!
Die Weltmeere sind das Feld, das nicht bestellt zu werden braucht und trotzdem imstande wäre, die ganze Menschheit mit wertvollem Eiweiß zu versorgen.
Indessen rinnen Dreck und Gift aus allen Flüssen der Erde weiterhin Tag und Nacht in die Meere, und die Verantwortlichen plaudern vom „Umweltschutz"!

IM JAHRE 1995

werden die meisten uns vertrauten Nahrungsmittel ungenießbar geworden sein oder fehlen. Es wird nicht mehr möglich sein, genügend künstliches Trinkwasser herzustellen. Wenn es kurzfristig noch reicht, so nur, weil die Menschenzahl sich schon stark verringert haben wird.

IM JAHRE 2000

wird das Leben für den Menschen nicht mehr lebenswert sein. Es kommt das Ende der Tierwelt und der Vegetation. In Landschaften, die von unwiderruflich verseuchten Flüssen durchzogen, auf Böden, die durch Kunstdünger und unzählige Giftstoffe unfruchtbar geworden sind, in einer Atmosphäre, die längst nicht mehr genug Sauerstoff, dafür aber unvorstellbare Mengen schädlichster Gase enthält, wird kein Baum, kein Strauch, keine Blume mehr gedeihen, kein Tier mehr existieren können.

IM JAHRE 2010

wird sich das Ende der vom Menschen in Überheblichkeit, Kurzsichtigkeit, Gewinnsucht und krankhaftem Machtwahn eingeleiteten Entwicklung klar abzeichnen. Die Gashülle der Erde wird auch für den spärlichen Rest des Lebens unatembar geworden sein.

DER STAND DER UMWELTZERSTÖRUNG DURCH DEN MENSCHEN HAT EINE KRIEGSSITUATION GESCHAFFEN, SO KATASTROPHAL UND WELTWEIT, WIE SIE NOCH NIE WAR.

Und so wie im Kriege die erforderlichen Maßnahmen ohne Verzug und mit aller Strenge getroffen werden müssen, so werden die Völker der Erde die rettenden Maßnahmen **sofort** zu treffen und ihnen mit allen Machtmitteln des Staates Geltung zu verschaffen haben.

WIR STEHEN AM ENDE

dessen, was wir bisher unseren stolzen „Fortschritt" nannten, und wir müssen erkennen, daß wir einen falschen Weg gegangen sind.

DIE STUNDE NULL

ist gekommen, in der wir durch einschneidende Sofortmaßnahmen und größte Opfer den gegenwärtigen Stand unserer menschlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung vielleicht noch retten können. Wenn wir aber kurzsichtig und unbelehrbar auf dem bisherigen Weg weitergehen, so sind wir verloren!

DIE KOSTEN WERDEN GIGANTISCH SEIN.

Dozent Dr. techn. Carl ABWESER hat die Kosten für die ersten und allerwichtigsten Rettungsmaßnahmen in Österreich mit mindestens 77 Milliarden Schilling berechnet.

Frage an den Herrn Finanzminister:

Wieviel Geld haben Sie bisher für die Rettung des Lebens (fälschlich „Umweltschutz" genannt) bereitgestellt?

DIE POLITIKER UND WIRTSCHAFTSFÜHRER

aller Länder werden erkennen müssen, daß angesichts der Furchtbarkeit und Unmittelbarkeit der uns bedrohenden Gefahren alle sogenannten „großen" Ereignisse der heutigen Welt (z. B. Lohn- und Preiskämpfe, Revolutions- und Kriegswirren, Währungskrisen u. a.) und alle Planungen und Aktionen, die mit Eifer für eine „Zukunft" programmiert werden (z. B. EWG, Weltraumfahrt, wirtschaftliche und kulturelle Vorhaben usf.)

ABSOLUT LETZTRANGIG UND LÄCHERLICH ERSCHEINEN UND IM GRUNDE SINNLOS UND WIRKLICHKEITSFREMD SIND!

Ein Politiker, der heute noch bereit ist, Milliarden öffentlichen Geldes für Vorhaben zu vergeuden, die nichts mit der Rettung des Lebens zu tun haben, handelt

VERANTWORTUNGSLOS UND ÜBT VERRAT AN DER MENSCHHEIT.

Erkennen wir das beängstigende Tempo, mit dem wir uns einer **Schwelle ohne Umkehr** nähern! Die bislang gültigen Grundsätze und Gepflogenheiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens gehören der Vergangenheit an. Es gibt ab nun für alle Völker der Erde nur eine gemeinsame Politik:

DIE RETTUNG DES LEBENS!

Sie ist nur möglich durch eine weltweite Lebensschutzbewegung, welche die Völker über die Situation schonungslos aufklärt und damit auf die harten Gesetze vorbereitet, die zu ihrer Rettung und zur Verhütung des Chaos von den Regierungen schnellstens verabschiedet werden müssen; eine Volksbewegung, die aber auch imstande ist, durch ihren demokratischen Druck die Massenmedien und die gesetzgebenden Körperschaften zu beeinflussen und die notwendigen Gesetze zu fordern und nötigenfalls zu erzwingen.

WIR HABEN KEINE ZEIT MEHR,

zu „diskutieren", Schuldfragen zu erörtern oder Forschungsinstitute und Kommissionen zu schaffen, um herauszufinden, was zu tun sei.
Die von Staat und Wirtschaft unabhängige, moderne und fortschrittliche Wissenschaft hat seit zwei Jahrzehnten nahezu alle Probleme des Lebensschutzes durchleuchtet und die Lösungen erarbeitet. Man braucht nur danach zu greifen. Es kann sofort zur rettenden Tat geschritten werden.

JEDER, DER LEBEN WILL,

muß auf seinem Platz und im Rahmen seiner Möglichkeiten mithelfen, das gewaltigste und dringlichste Rettungswerk aller Zeiten zu verwirklichen.

DIE JUGEND

findet hier die Aufgabe, für die es sich einzig und allein noch zu leben und zu kämpfen lohnt! Es geht um **ihre** Zukunft und um **ihr** Schicksal!

ELTERN!

Denkt an eure Kinder und entschließt euch sofort zum Handeln!

DIE BIOLOGISCHE REVOLUTION

braucht jedes Hirn, jedes Herz, jede Hand, jede Stimme, und zwar schon heute, nicht erst morgen! Alle erkenntnisfähigen und verantwortungsbewußten Menschen in allen Völkern der Erde, alle auf irgendeinem Gebiet des Menschen-, Natur- oder Tierschutzes wirkenden Gruppen, Vereinigungen und Gesellschaften müssen sich sofort zusammenschließen in der ältesten unabhängigen Lebensschutzorganisation



Protectio vitae

Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL)

International, unparteilich, überkonfessionell.
Gegründet 1960 zu Salzburg, Österreich.
2,5 Millionen Mitglieder in 88 Staaten.
Vertretungen in 34 Staaten.

SCHREIBEN SIE NOCH HEUTE AN DEN WSL

in der Bundesrepublik Deutschland	Postfach 801943, D-8 MÜNCHEN 80
in Frankreich	(Union Française pour la Protection de la Vie) 16, rue Claude Bernard, PARIS 5me
in Luxemburg	26, rue des Bleuets, LUXEMBURG-WEIMERSHOF
in Österreich	Postfach 251, A-5010 SALZBURG
in der Schweiz	Splügenstraße 3, CH-8002 ZÜRICH
Internationales Sekretariat	25, rue des Colonies, F-13 MARSEILLE 8me

Die Arbeit des WSL ist wissenschaftlich untermauert durch die Wissenschaftlichen Beiräte der Sektionen, die Internationale Akademie für Lebensschutz, Umwelt und Biopolitik in Luxemburg, der zur Zeit unter anderem 36 Nobelpreisträger angehören, die 400 unabhängigen Gelehrten des Wissenschaftlichen Rates der Internationalen Gesellschaft für die Erforschung von Zivilisationskrankheiten und Vitalstoffen in 54 Staaten.

Werdet noch heute Mitglieder des Weltbundes zum Schutze des Lebens!

DIES IST EIN FLUGBLATT DER BIOLOGISCHEN REVOLUTION!

Wir ersticken im Müll!

Breschnew fragte Brandt.

Aber der Bundeskanzler wußte es nicht.

Brandt fragte Ertl.

Aber der Minister wußte es nicht. Deshalb machte er sich selbst auf den Weg, um die Müll-Vererdungsanlage Blaubeuren zu sehen. Und da staunte er, denn hier sagte man zu ihm:

Wir haben zu wenig Müll!

MÜLLKOMPOST

ist manchenorts so gefragt, daß die bereits arbeitenden Müllvererdungswerke ein Vielfaches ihrer Produktion absetzen könnten,
ist in den Niederlanden so geschätzt, daß man dort Müllverbrennungsanlagen schließt und Müllvererdungsanlagen eröffnet,
wird von einigen Werken bis nach Afrika geliefert,
wird in der Schweiz so verlangt, daß man holländischen Müllkompost einführt,
ist für unsere geschwächten Böden zur Aufstockung der Humus-Substanz notwendig.

MÜLLKOMPOST

ist frei von Krankheitserregern, Wurmeiern, Unkrautsamen und Giften,
leistet bei Wiederkultivierung von überschwemmten und vermurten Böden wertvolle Hilfe,
macht durch Raubbau oder Chemisierung geschwächte Böden wieder fruchtbar,
dient der Hangsicherung und verhütet Erosion (Abtragung durch Wasser und Wind) auch in Steillagen,
ist als gesunde und saugfähige Einstreu für das Stallvieh geschätzt,
leistet wertvolle Hilfe bei der Ferkelaufzucht im Kampf gegen Anämie und Mangelerscheinungen.

MÜLLKOMPOST

hat ein hohes Wasserhaltevermögen,
bindet die Feuchtigkeit im Wurzelraum,
begünstigt die Wurzelbildung,
schützt Mineraldünger vor Ausschwemmung ins Grund- und Fließwasser,
schützt vor Pflanzenkrankheiten und Parasitenbefall,
ist umweltfreundlich gegenüber allen Nützlingen,
lockert festen Boden auf und bindet sandigen Boden.

MÜLLKOMPOST

ergibt zusammen mit Klärschlamm ein hochwertiges Bodenverbesserungsmittel,
enthält mehr Spurenelemente als Stallmist (Kupfer, Zink, Mangan, Eisen, Bor, Molybdän und viele andere).

MÜLLKOMPOST UND DIE SIEBRESTE

können ohne Vorbereitungen und ohne Nachteile für das Grundwasser auch dort abgelagert werden, wo Müll**asche** nicht gelagert werden darf,
werden von Ratten und anderem Ungeziefer gemieden.

DIE MÜLLVERERDUNG (Kompostierung)

erzeugt keine giftigen Abgase,
ist staubfrei, geruchlos und billiger als Müllverbrennung,
gestattet die Beimengung von Klärschlamm, der auf billige Art hygienisiert wird,
erzeugt wertvollen, gesunden Humus,
ist ein naturgesetzlicher Aufbauvorgang,
schließt den natürlichen und notwendigen Kreislauf der lebenden Substanz,
beliefert Land- und Forstwirtschaft, Gemüse- und Obstbau, Wein- und Hopfenbau mit nachhaltiger, gesunder Fruchtbarkeit,
sichert die Ernährungsbasis der Zukunft.

DIE MÜLLVERBRENNUNG

verzehrt Sauerstoff, erzeugt giftige Abgase und trägt zur Luftverschmutzung bei,
vernichtet wertvolle organische Materie,
ist ein lebensfremder Zerstörungsvorgang,
unterbricht den natürlichen und notwendigen Kreislauf der lebenden Substanz,
ist naturfeindlich und verstößt gegen den Lebensschutz.

DIE MÜLLVERBRENNUNG

läßt das Klärschlammproblem ungelöst,
trägt zur Nebelbildung bei, weil etwa ein Drittel des Mülls aus Wasser besteht,
ist keine Müll**beseitigung,** sondern nur eine Verringerung auf etwa 40 Gewichtsprozent, die als Asche und Schlacke übrigbleiben,
ist teurer als die Müllvererdung. Der höhere Preis von Müllverbrennungsanlagen bringt zwar für einzelne Nutznießer Vorteile, nicht aber für die Allgemeinheit, welche die umweltverschmutzende Müllverbrennung auch noch finanzieren soll!

DIE MÜLLASCHE

enthält 4 bis 7 Prozent wasserlösliche Salze, die durch Niederschläge ausgewaschen werden und Boden und Wasser (Grund-, Oberflächen- und Quellwasser) verseuchen können,
gefährdet daher die Umwelt ebenso wie der unverbrannt abgelagerte Müll.

DIE MÜLLVERBRENNUNG

würde (wenn der gesamte Müll verbrannt wird) etwa 25 Prozent der gesamten Luftverschmutzung verursachen (Industrie und thermische Kraftwerke zusammen nur 24 Prozent, Autoverkehr 46 Prozent). Die Verbrennung von einer Tonne Müll erzeugt 7000 Kubikmeter Abgase.

DIE MÜLLVERBRENNUNG VERUNREINIGT DIE ATEMLUFT

mit Kohlenmonoxid,
Schwefeldioxid (ergibt mit Regen schwefelige Säure),
Schwefeltrioxid (ergibt mit Regen Schwefelsäure),
Kohlenwasserstoffen (unter anderem dem krebserregenden Benzpyren),
Stickoxid, Eissigsäure, Formaldehyd,
„PCB" = Polychloriertes Biphenyl (haltbar und giftig wie DDT),
Chlorwasserstoff (ergibt mit Regen Salzsäure und korrodiert Gebäude, Autos, technische Anlagen. Kleinste Mengen sind gefährlich!),
Fluorwasserstoff und anderen giftigen Gasen.

SCHWEFELDIOXID

schädigt schon in niedriger Konzentration Kleinkinder, gefährdet ältere und kranke Menschen, erhöht die Sterblichkeit an Herz- und Gefäßkrankheiten,
zerstört gemeinsam mit Chlorwasserstoff das Flimmerepithel der Schleimhäute und verursacht Erkrankungen von Bronchien und Lungen (Bronchialasthma),
schädigt Tiere und Pflanzen.

CHLORWASSERSTOFF UND FLUORWASSERSTOFF

entstehen bei Verbrennung von chlorhältigen Kunststoffen (Plastik). Eine Tonne Müll kann bis zu 15 kg PVC (Polyvinylchlorid) enthalten, die bei Verbrennung 7,5 kg reines Chlor ergeben,
schädigen Vegetation und Insekten (Bienen),
greifen Metalle und Mauerwerk im Bereich der Abgase an.

DIE HOHEN SCHORNSTEINE

der Müllverbrennungsanlagen schützen keineswegs vor Luftverpestung, aber sie verteilen die Verschmutzung auf ein größeres Gebiet.

DIE ELEKTROFILTER

fangen Staubteilchen größtenteils auf. Alle Giftgase entweichen jedoch restlos in die Atemluft, sofern die Anlage nicht zusätzlich mit einem Naßwäscher (Wirkungsgrad bis 80 Prozent) versehen ist, dessen Abwässer aber wiederum gereinigt werden müssen.

DIE MÜLLVERBRENNUNG

kann daher als ein naturwidriger, asozialer Angriff auf Mensch und Umwelt angesehen werden!

GEMEINDEVERWALTUNGEN

sind diesbezüglich manchmal leider ungenügend unterrichtet.

MODERNE, AUFGEKLÄRTE UND SOZIALVERANTWORTLICHE GEMEINDEVÄTER

treten daher für die Müllvererdung ein! Sie hören auf die Meinung der modernen, fortschrittlichen und unabhängigen Wissenschaft.

DIE IDEALE LÖSUNG

sehen die Experten in der Verbindung von Kompostierung mit Reste-Veraschung. Da die geringe Menge der anfallenden Asche im Kompost verwertet werden kann, braucht man keine Deponie mehr. Dadurch werden die Nachteile der Müllverbrennung auf ein erträgliches Mindestmaß reduziert.

DER VERKAUF VON MÜLLKOMPOST

ist eine Frage der Qualität. Manche „Kompostwerke" liefern nur einen angerotteten, zerkleinerten Müll, oft von unappetitlichem Aussehen oder Geruch, den sie aber dennoch als „Kompost" oder gar „Frischkompost" anbieten. Dies ist eine bedauerliche Irreführung.

DIE NEUESTEN, MODERNSTEN VERFAHREN

liefern ausgereiften, das heißt vererdeten Kompost. Nur sie werden das Müllproblem im Sinne einer Zurückführung der Abfälle in den natürlichen Kreislauf zu lösen vermögen.

Der vorstehende Text wurde wissenschaftlich überprüft von Herrn Dozenten Dr. H. P. Rusch, La Croix-Valmer.



Protectio vitae

Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL)

International, unparteilich, überkonfessionell. Gegründet 1960 zu Salzburg, Österreich. 2,5 Millionen Mitglieder in 88 Staaten. Vertretungen in 34 Staaten.

Sektion Bundesrepublik Deutschland	Postfach 801943, D-8 MÜNCHEN 80
Sektion Frankreich	(Union Française pour la Protection de la Vie) 16, rue Claude Bernard, PARIS 5me
Sektion Luxemburg	26, rue des Bleuets, LUXEMBURG-WEIMERSHOF
Sektion Österreich	Postfach 251, A-5010 SALZBURG
Sektion Schweiz	Splügenstraße 3, CH-8002 ZÜRICH
Internationales Sekretariat	25, rue des Colonies, F-13 MARSEILLE 8me

Die Arbeit des WSL ist wissenschaftlich untermauert durch die Wissenschaftlichen Beiräte der Sektionen, die Internationale Akademie für Lebensschutz, Umwelt und Biopolitik in Luxemburg, der zur Zeit unter anderem 36 Nobelpreisträger angehören, die 400 unabhängigen Gelehrten des Wissenschaftlichen Rates der Internationalen Gesellschaft für die Erforschung von Zivilisationskrankheiten und Vitalstoffen in 54 Staaten.

Werdet noch heute Mitglieder des Weltbundes zum Schutze des Lebens!

Dies ist ein Flugblatt der Biologischen Revolution!

Dies ist ein Flugblatt der biologischen Revolution

London liegt im Dunkeln

Die Docks sind verlassen. Die Hochöfen von Pittsburg sind erkaltet. In Detroit stehen die Fließbänder still. In Los Angeles beackern einige Überlebende verzweifelt Autobahn-Grünstreifen, Vorgärten und abseits liegende Feldstücke. Abgemagert und kraftlos hoffen sie, dort noch etwas Eßbares anbauen zu können . . . Über

die weiten Felder der Ukraine

verstreut stehen verrostete Traktoren. Es gibt keinen Treibstoff mehr. Alle Gewässer der Welt sind so verseucht, daß sie stinken . . . Phantasie? Nein.

Schreckliche und unvermeidliche Tatsache,

wenn die Menschheit weiterhin den Weg des unbegrenzten Wachstums und «Fortschritts» geht. Zu diesem Ergebnis kommt eine sorgfältig ausgearbeitete Studie mit dem Titel «Grenzen des Wachstums». Die Auftraggeber sind

keine neuzeitlichen biblischen Propheten,

sondern die hochangesehenen Mitglieder des **Prestigious Club of Rome,** einer internationalen Vereinigung von Wirtschafts-Fachleuten. Sie wurde 1968 mit dem Zweck gegründet, die großen Probleme der modernen Gesellschaft zu durchleuchten. Die Volkswagenstiftung gewährte dazu u. a. eine Viertelmillion Dollar. Der Club wandte sich an ein von dem Computer-Experten **Dennis Meadows** geleitetes Team von internationalen Gelehrten und beauftragte es, das grundlegendste aller Probleme,

die Frage des Überlebens,

zu untersuchen. Die Erdbevölkerung kann ohne ausreichende Ernährung nicht zunehmen. Aber die für die Landwirtschaft geeigneten Flächen sind bereits fast völlig genutzt. Deshalb kann die Nahrungsproduktion nur noch mit Hilfe der Industrie (Maschinen, Kunstdünger, Landschaftsgifte) gestei-

gert werden. Eine Steigerung der industriellen Produktion aber führt zur schnelleren Erschöpfung der Rohstoffreserven und zur größeren Umweltverschmutzung. Die Zerstörung der Umwelt hingegen verhindert Bevölkerungswachstum und Nahrungsproduktion. Das Meadows-Team fütterte den Computer mit diesen und vielen anderen Daten, bis zur

Menschheitsverseuchung durch Atomkraftwerke.

Die Frage an den Computer lautete: «Wie lange kann das Wachstum der Bevölkerung und der Industrie auf unserem begrenzten Planeten fortgesetzt werden?» Die Antwort: Das Versiegen der Rohstoffe wird das

Ende der Zivilisation

herbeiführen, die der Konsument von heute so bedenkenlos und in vollen Zügen genießt. Die Industrialisierung verschlingt immer mehr Rohstoffe, zu deren Gewinnung immer mehr Kapital aufgewendet werden muß. Daher wird es an Geld für neue Fabriken und industrielle Einrichtungen fehlen. Dies führt zu einem kritischen Höhe- und Wendepunkt etwa im Jahre 2020 (siehe Diagramm, Seite 4!).

Der Bevölkerungszuwachs überholt die Produktion

von Nahrungsmitteln und Konsumgütern. Der industrielle Apparat veraltet schneller als er erneuert werden kann.

Der Zusammenbruch der industriellen Basis

beginnt und reißt alle Zweige des öffentlichen Lebens, der Versorgung und der industrieabhängigen Landwirtschaft mit sich. Mit dem Mangel an Nahrung und medizinischer Fürsorge setzt

das große Sterben

der Erdbevölkerung ein. Sollten neue, noch unbekannte Rohstoffreserven entdeckt und neue Materialien, Energiequellen und Verfahren entwickelt werden, so würde die darauf folgende Verschmutzungswelle alles Leben unmöglich machen. Würde durch neue Erfindungen die Verschmutzung unter Kontrolle gebracht werden, so würde die Bevölkerungsexplosion unweigerlich zum Hungertod führen. Nachdem das Meadows-Team Tausende solcher Möglichkeiten durch den Computer geschickt hatte, kam es zu folgendem Ergebnis:

Alle Wachstumsprojekte enden im Zusammenbruch!

Das Meadows-Team meldet folgende Forderungen an:

1. Das potentielle **Wachstum** muß bis spätestens 1975 beendet werden.
2. Die **Geburtenrate** darf die Sterberate nicht übersteigen.
3. Die **Neuanlage** verschmutzungsarmer Industrien muß durch Stillegung alter Anlagen ausgeglichen werden.
4. Die bisherigen **Verhaltens- und Denkweisen** müssen grundlegend geändert werden. Statt nach materiellen Gütern zu streben, muß die Menschheit sich den inneren Werten zuwenden.
5. **Rohstoffabfälle und Müll** müssen wiederverwendet werden. Müllverbrennungsanlagen müssen verschwinden.
6. Industrieprodukte (vor allem auch z. B. Autos und Fernsehgeräte) soweit sie überhaupt noch herstellbar sind, müssen für **langen Gebrauch** und leichte Reparierbarkeit angelegt werden.

Das Ergebnis einer solchen Entwicklung wäre

keineswegs ein Stillstand des echten Fortschritts!

Eine von den Problemen und Zwängen des Wachstums befreite Menschheit könnte sich zu höchster kultureller Blüte entwickeln. Die von der Last der Bevölkerungszunahme befreiten Entwicklungsländer wären nicht mehr der Armut und dem Elend preisgegeben. Einer geringeren Menschenzahl könnte mehr echter (d. h. geistig-seelischer) Wohlstand geboten werden.

Ist Meadows Computer ein Schwarzseher?

Keineswegs. Unabhängig von ihm kommen 33 namhafte britische Gelehrte zu ähnlichen Ergebnissen. Sie datieren den Zusammenbruch durch Wachstum mit dem Ende des Jahrhunderts. Meadows bemüht sich zur Zeit, Kapital aufzutreiben für eine weitere Computerstudie, auf welche Weise die Punkte 1 bis 6 verwirklicht werden können. Aber sowohl

Politiker wie Wirtschaftsführer weigern sich

bisher hartnäckig, den Tatsachen ins Auge zu sehen und sind bemüht, den Ernst der Situation herunterzuspielen. Immer noch glauben viele, daß das unbegrenzte Wachstum die Lösung aller Probleme bringe. Das heißt, man will

bis zum Aussterben der menschlichen Rasse weiterwursteln.

Gegen diese geradezu kriminelle Haltung müssen alle denkenden und verantwortungsbewußten Menschen in allen Völkern der Erde aufstehen! Wir wollen leben, und wir wollen für unsere Kinder und Kindeskinder ein menschenwürdiges Dasein sichern!

Die biologische Revolution

braucht jedes Herz, jedes Hirn, jede Hand, jede Stimme, und zwar schon heute, nicht erst morgen! Alle erkenntnisfähigen und verantwortungsbewußten Menschen in allen Völkern der Erde, alle auf irgendeinem Gebiet des Menschen-, Natur- oder Tierschutzes wirkenden Gruppen, Vereinigungen und Gesellschaften müssen sich sofort zusammenschließen in der ältesten unabhängigen Lebensschutzorganisation

PROTECTIO VITAE

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS (WSL)

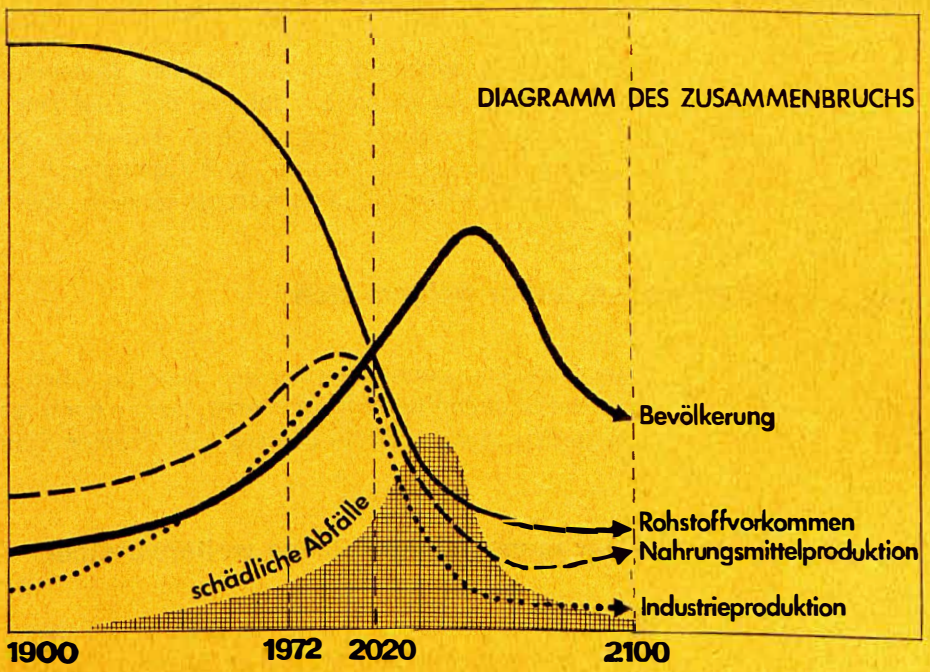
International, unparteilich, überkonfessionell. Gegründet 1960 zu Salzburg, Österreich von dem Forstmann und Schriftsteller **Günther Schwab.**
2,5 Millionen Mitglieder in 88 Staaten. Vertretungen in 34 Staaten.

Schreiben Sie noch heute an den WSL

in der B. R. Deutschland	Postfach 801943, D-8 MÜNCHEN 80
in Frankreich	(Union Française pour la Protection de la Vie) 16, rue Claude Bernard, PARIS 5me
in Luxemburg	26, rue des Bleuets, LUXEMBURG-WEIMERSHOF
in Österreich	Postfach 251, A-5010 SALZBURG
in der Schweiz	Splügenstraße 3, CH-8002 ZÜRICH
Internationales Sekretariat	25, rue des Colonies, F-13 MARSEILLE 8me

Die Arbeit des WSL ist wissenschaftlich untermauert durch die Wissenschaftlichen Beiräte der Sektionen, die Internationale Akademie für Lebensschutz, Umwelt und Biopolitik in Luxemburg, der zur Zeit unter anderem 36 Nobelpreisträger angehören, die 400 unabhängigen Gelehrten des Wissenschaftlichen Rates der Internationalen Gesellschaft für die Erforschung von Zivilisationskrankheiten und Vitalstoffen in 54 Staaten.

Werdet noch heute Mitglieder des Weltbundes zum Schutze des Lebens!



Dies ist ein Flugblatt der biologischen Revolution

In Zusammenarbeit mit dem
Bund für Volksgesundheit
(„Gesundes Leben" A-4020 Linz)
Starhembergstr. 55, Tel. 79 1 46

Gut bezahlte tiefenpsychologische

Propaganda und Massenlüge

ist die Taktik der Atomindustrie, um die Völker über die größte und furchtbarste aller Gefahren hinwegzutäuschen, die es je gab: den Bau und

Betrieb von Atomreaktoren.

Entgegen allen neuen Erkenntnissen und Warnungen der unabhängigen, d. h. von Industrie und Staaten unbeeinflußten Wissenschaft und gegen den wachsenden demokratischen

Widerstand der hellhörig werdenden Opfer des „Atomzeitalters"

haben die Nutznießer dieser teuersten und verhängnisvollsten aller Techniken den Versuch noch immer nicht aufgegeben, ihre Fehlinvestitionen auf Kosten von Gesundheit und Leben der Zeitgenossen und kommender Generationen hereinzubringen, die Völker für dumm zu verkaufen und das ‚große' Geschäft mit Atomreaktoren zu machen.

Sie lügen schamlos und hemmungslos,

und unwissende oder gewissenlose Publizisten und Politiker fallen ihren kriminellen Machenschaften zum Opfer. Wenn sie behaupten: Atomspaltungsenergie sei notwendig, billig, sauber, unerschöpflich und umweltfreundlich,

glauben Sie ihnen nicht!

Die unabhängige Wissenschaft beweist hundertfach das Gegenteil.

Was geschieht

bei normalem, störungsfreiem Betrieb eines Atomreaktors?

- **„Kein Zweifel, daß Atomkraftwerke der menschlichen Rasse Schaden zufügen und körperliche und geistige Mißbildungen verursachen werden!"** (Nobelpreisträger Univ. Prof. Dr. Linus Pauling, USA).
- **„Zunahme der Krebstoten im Abwind von Atomkraftwerken bestätigt."** (Gesundheitsministerium, New York.)
- **„Zunahme an Krebstoten um 3000 bis 15.000 jährlich in USA,** wenn die Bevölkerung die heute als ‚unschädlich' behauptete Dosis (Toleranzdosis) von radioaktiver Strahlung aus Atomkraftwerken erhält." (US-Akademie der Wissenschaften.)

● **„Zehn Milliarden Dollar jährliche Pflegekosten für unheilbar Strahlengeschädigte, wenn die Bevölkerung nur 60 Prozent der heute als ‚zulässig' behaupteten Strahlung aus Atomkraftwerken erhält."** (Nobelpreisträger J. Lederberg, USA.)

Und so gehen die Zeugnisse der unabhängigen Wissenschaft weiter ● Friedliche Atomtechnik bedroht Mensch und Tier mit Ausrottung ● Kindersterblichkeit steigt im Abwind von Atomreaktoren ● Unverantwortlich, glatter Wahnsinn, Atomkraftwerke in Stadtnähe zu errichten ● Atomkraftwerke in dicht besiedelten Räumen ein Verbrechen ● Unübersehbare Zunahme der Krebstoten, Mißgeburten, Geisteskranken und Erbgeschädigten durch Atomkraftwerke ● Zunahme aller Zivilisationskrankheiten in kommenden Generationen infolge Schädigung der Erbmasse durch Atomkraftwerke und die damit verbundenen Brennstoff-Aufbereitungsanlagen.

Und alles das wird aus den Steuergeldern der ahnungslosen, weil irregeführten, Staatsbürger mitfinanziert!

Was geschieht

im Falle einer Reaktorpanne mit Austritt von radioaktiven Stoffen? (Die Angaben beziehen sich auf Reaktoren verschiedener Größe.)

● **„Bis 25 Kilometer 3400 Tote. Bis 64 Kilometer 42.500 unheilbar Atomkranke. Bis 320 Kilometer 182.000 Strahlengeschädigte. Bis 500 Kilometer Evakuierung."** (Geheim-Information des Bundes-Kriminalamtes Wiesbaden, BRD.)

● **„Tödliche Strahlungen bis 80 Kilometer. Schaden bis zu einer Milliarde Dollar."** (Internationale Atomkonferenz, Genf.)

● **„Tödliche radioaktive Wolke bis 150 Kilometer. Verbot oder Beschränkung der Landnutzung auf Jahre hinaus bis 760 Kilometer. Daher sofortiger Bau- und Betriebsstopp für Atomkraftwerke gefordert."** (Union of Concerned Scientists, Cambridge, Mass., gez. Forbes, Ford, Kendall, Mac Kenzie).

Fragen Sie den Herausgeber Ihrer Zeitung oder den Intendanten Ihres Rundfunks, warum über diese alarmierenden Tatsachen nichts berichtet wird! (Oder denken Sie selber nach, Sie werden es vielleicht erraten!)

Wie würden Sie einen Menschen nennen,

der trotz ernstzunehmender Warnungen unbeirrt fortfährt, Taten zu setzen, zu empfehlen, vorzubereiten oder zu unterstützen, die den Tod zahlreicher Menschen zur Folge haben?

Nehmen Sie einen Kugelschreiber

und setzen Sie die richtige Bezeichnung hierher, damit Sie sie nie vergessen!

_ _ _ _ _ _ _ _ _

Der Oberste Gerichtshof

in Wien hat mit $\frac{5\ Cg\ 1572/61}{25}$ und 5 Cg 2082/64 vom 17. 1. 1964 erkannt, daß der Täter, selbst wenn die Folgen seines Tuns für ihn nicht vorhersehbar sein würden, verpflichtet ist, sein Tun zu unterlassen, wenn er auf eine schädigende Wirkung seines Tuns aufmerksam gemacht wird.

Die Täter sind hiemit aufmerksam gemacht!

Wissende und verantwortungsbewußte Menschenfreunde sind darangegangen, eine Kartei der für den

Weltskandal der Atomkernspaltung

Verantwortlichen (KDV) anzulegen. Aus diesem Grunde ergeht hiemit der

APPELL AN ALLE

dem WSL laufend die Namen aller jener Personen mitzuteilen, die trotz Warnung heute noch für den Bau und Betrieb von Atomspaltwerken eintreten, verantwortlich oder tätig sind. **(Politiker, Beamte, Industrielle, Geldgeber, „Wissenschaftler", „Experten", Physiker, Techniker, Gewerkschaftler, Fürsprecher** in **Presse** und **Funk, Leiter, Angestellte** und **Arbeiter** der Atomindustrie, an Versuchs-, Studien- und Leistungsreaktoren sowie Aufbereitungsanlagen, schließlich verantwortliche **Bürgermeister,** in deren Gemeindegebiet Reaktoren errichtet wurden oder werden, und der **Grundbesitzer,** die zu diesem Zwecke Land zur Verfügung gestellt haben.)

Tag und Nacht, Stunde um Stunde

arbeiten schon jetzt sündteure, unrentable, technisch nicht ausgereifte und daher unfallgefährdete und kurzlebige Atomreaktoren an der

Zerstörung der Volks- und Erbgesundheit

sowie am Zusammenbruch des Naturhaushalts.

Das unvorstellbare Elend kommender Geschlechter

wird schon heute in den Giftküchen der Atomindustrie eingeleitet. Bis zum Jahr 2000 wollen die Verblendeten in der kleinen und dicht besiedelten BRD allein 120 große Atomreaktoren in

Betrieb nehmen, später abgelöst durch die noch viel gefährlicheren „Schnellen Brüter", die mit dem Atombombensprengstoff Plutonium arbeiten.

Eine „friedliche" Reaktorkatastrophe

wird heute oder morgen eintreten. Sie wird globale Ausmaße annehmen und Millionen Menschen und Ungeborenen Leben, Gesundheit und Lebensglück kosten. Dann wird allgemein erkannt werden müssen, daß die Betreiber und Befürworter von Atomkraftwerken und ihre Helfer und Helfershelfer

das größte Verbrechen gegen die Menschlichkeit

gefördert, geduldet, begangen und daran verdient haben, das schon nach den heute gültigen Strafgesetzen geahndet werden müßte.

Das Gebot der Stunde

ist die sofortige Abstellung aller lebensfeindlichen und naturzerstörenden Praktiken, vor allem das Bau- und Betriebsverbot für Atomspaltanlagen und Außerkraftsetzung der verfassungswidrigen Atomgesetze in allen Staaten der Erde, denn

die Erde hat keinen Notausgang! Besser kein Strom als Atomstrom!

PROTECTIO VITAE

Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL)

International, unparteilich, überkonfessionell. Gegründet 1960 zu Salzburg, Österreich.
2,5 Millionen Mitglieder in 88 Staaten. Vertretungen in 34 Staaten.

Schreiben Sie noch heute an den WSL

in der B. R. Deutschland	Postfach 801943, D-8 MÜNCHEN 80
in Frankreich	(Union Française pour la Protection de la Vie) 16, rue Claude Bernard, PARIS 5me
in Luxemburg	26, rue des Bleuets, LUXEMBURG-WEIMERSHOF
in Österreich	Postfach 251, A-5010 SALZBURG
in der Schweiz	Splügenstraße 3, CH-8002 ZÜRICH
Internationales Sekretariat	25, rue des Colonies, F-13 MARSEILLE 8me

Die Arbeit des WSL ist wissenschaftlich untermauert durch die Wissenschaftlichen Beiräte der Sektionen, die Internationale Akademie für Lebensschutz, Umwelt und Biopolitik in Luxemburg, der zur Zeit unter anderem 36 Nobelpreisträger angehören, die 400 unabhängigen Gelehrten des Wissenschaftlichen Rates der Internationalen Gesellschaft für die Erforschung von Zivilisationskrankheiten und Vitalstoffen in 54 Staaten.

Werden Sie noch heute Mitglied im Weltbund zum Schutze des Lebens!

Dies ist ein Flugblatt der biologischen Revolution

Alle Atomkraftwerke gestoppt!

Aber leider nicht bei uns, sondern in Schweden. Wieder einmal, wie schon mit dem Verbot des DDT, geht Schweden der Welt beispielhaft voraus. Beispielhaft besonders für jene Politiker, welche die Vollendung ihres politischen Weltbildes in Schweden erfahren haben.

Unter Führung des weltweit bekannten **Physikers und Nobelpreisträgers Univ. Prof. Dr. Hannes Alfvén** ist es den **unabhängigen** Wissenschaftern Schwedens gelungen,

die sofortige Einstellung der Vorbereitungsarbeiten für den Bau von dreizehn Atomkraftwerken

durchzusetzen, obwohl damit die verstaatlichte Atomindustrie Schwedens schwer getroffen wird.

Wegen „einzigartiger und beispielloser Gefährdung der menschlichen Umwelt für Hunderte von Jahren"

hat ein US-amerikanisches Appellationsgericht den Bau des „Schnellen Atombrüters" untersagt, von dem bis zum Jahr 2000 über tausend geplant waren. Alles deutet darauf hin, daß als nächster Staat

die USA den Bau aller Atomspaltwerke verbieten.
„Wir sitzen auf einer Zeitbombe"

schreibt in diesem Zusammenhang die Los Angeles Times vom 5. 7. 1973. In den USA werden über 50 Bewilligungsverfahren für Atomkraftwerke angefochten. Der berühmte Rechtsanwalt und Vorkämpfer **Ralph Nader,** Washington, der im Alleingang die mächtige General Motors besiegte, hat

bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen die Atomenergiekommission

erstattet. Die Sympathien und Segenswünsche aller aufgeklärten und verantwortungsbewußten Menschen der Welt strömen diesem Helden des Lebensschutzes zu. Sie wissen, daß er auch diesmal obsiegen wird. Er fordert

die sofortige Still-Legung
von mindestens zwanzig Atomreaktoren.

Nach dem dritten schweren Störfall im Atomkraftwerk Würgassen hat die Sicherheitsbehörde des Bundesministeriums für Forschung und Technik in der Bundesrepublik Deutschland

den Bau von drei Atomspaltwerken gestoppt.
Dreimal dürfen Sie raten,

warum Ihre Zeitung und Ihr Rundfunksender über solche höchst wichtige und die ganze Menschheit entscheidend berührende Ereignisse nichts berichteten!

Diese lebensrettende Wende in der
Entwicklung einer verhängnisvollen Industrie

stellt die Öffentlichkeit erneut vor die Frage nach der angeblichen und von den Atombefürwortern so eifrig behaupteten „Sicherheit" von Atomreaktoren.

Die unabhängige, moderne und fortschrittliche Wissenschaft stellt fest:

1. **Schon bei Normalbetrieb** eines Atomspaltwerkes gelangt – trotz aller sogenannten Sicherheitsvorkehrungen – Radioaktivität in Luft und Wasser und über die Nahrungskette in den menschlichen Körper, wo sie Strahlungsherde bildet. Sie verursachen Krankheit, Erbschäden (körperliche und geistige Mißgeburten) und Frühtod. Es gibt keinen Vergleich zur natürlichen Umweltstrahlung!

2. **Auch geringfügige Störungen** können sich bei einem Reaktor zur Katastrophe ausweiten und völlige Evakuierung bis zu einer Tiefe von 500 (fünfhundert) Kilometern windabwärts auf Jahre hinaus erzwingen. Materialfehler, menschliches Versagen, Erdbeben, Überschwemmung, Sabotage, Kriegseinwirkung, Entwendung von strahlendem Material durch Terroristen usf. sind Gefahren, gegen die ein Atomkraftwerk nicht gesichert werden kann.

3. **Die tödlich strahlenden Abfälle** eines Reaktors müssen durch mindestens 600 (sechshundert) Jahre bewacht, gekühlt und umgelagert werden. So lange darf es kein Erdbeben, keine Überschwemmung, keinen Generalstreik, keine Kriege und keine Revolutionen geben.

Haben Sie das gewußt? Natürlich nicht, denn die so reklamesüchtigen Atomantreiber verschweigen geflissentlich alles, was dem großen Geschäft abträglich sein könnte. Dafür singen die bezahlten Atom-„Experten" von „Sicherheit"!

Durch den Atom-Müll belasten wir Generationen, die noch nicht geboren sind, mit einer gefährlichen und kostspieligen Hypothek. Hätten unsere Vorfahren im 14. Jahrhundert schon Atomreaktoren gebaut, so müßten wir heute noch ihre Stromrechnungen bezahlen mit Siechtum, Krüppeltum und Frühtod, mit der Überwachung und Abschirmung der strahlenden ausgedienten Reaktor-Ruinen und des Atommülls.

Zum ersten Mal in der glorreichen Geschichte der menschlichen Wirtschaft unterfangen sich die smarten Geschäftsleute der Atomindustrie, eine Ware (nämlich Strom) zu erzeugen und als „billigste" Energie zu kalkulieren und anzupreisen, deren Gestehungskosten (infolge der jahrhundertelang notwendigen Behandlung der Rückstände) zum größten Teil in grauer Zukunft liegen.

Wahnsinn oder Verbrechen?

Schweden, die USA und die Bundesrepublik Deutschland beginnen, zur Vernunft und damit zu den Realitäten zurückzukehren. In Frankreich, in Österreich und in der Schweiz aber verbaut man weiterhin bedenkenlos und unbelehrbar

Milliarden aus dem Volksvermögen

im Dienste einer lebensfeindlichen Industrie, deren Vertreter unter dem verlogenen Vorwand der „Energiekrise" über Gesundheit und Leben der Mitmenschen und kommender Generationen hinweg ihre Geschäfte zu machen versuchen: „Atomenergie – billig, sauber, umweltfreundlich und unerschöpflich!"

Wie lange noch, Herr Staatsanwalt?

Wir fordern

die sofortige Still-Legung aller Atomreaktoren und ein bedingunsloses Halt für alle Bauvorhaben und Bewilligungsverfahren!

Die vom Volk gewählten Politiker sind nicht unsere Zwingherren, sondern sie sind unsere Diener! Wir warnen sie, sich weiterhin dem klaren Willen der Völker zugunsten einer kleinen kapitalstarken und daher einflußreichen Gruppe von Verblendeten zu widersetzen und damit die Demokratie zu verraten!

Die belogenen und betrogenen Völker werden die Schuldigen zu finden wissen!



PROTECTIO VITAE

Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL)

International, unparteilich, überkonfessionell. Gegründet 1960 zu Salzburg, Österreich.
2,5 Millionen Mitglieder in 88 Staaten. Vertretungen in 34 Staaten.

Schreiben Sie noch heute an den WSL

in der B. R. Deutschland	Postfach 801943, D-8 MÜNCHEN 80
in Frankreich	(Union Française pour la Protection de la Vie) 16, rue Claude Bernard, PARIS 5me
in Luxemburg	26, rue des Bleuets, LUXEMBURG-WEIMERSHOF
in Österreich	Postfach 251, A-5010 SALZBURG
in der Schweiz	Splügenstraße 3, CH-8002 ZÜRICH
Internationales Sekretariat	25, rue des Colonies, F-13 MARSEILLE 8me

Die Arbeit des WSL ist wissenschaftlich untermauert durch die Wissenschaftlichen Beiräte der Sektionen, die Internationale Akademie für Lebensschutz, Umwelt und Biopolitik in Luxemburg, der zur Zeit unter anderem 36 Nobelpreisträger angehören, die 400 unabhängigen Gelehrten des Wissenschaftlichen Rates der Internationalen Gesellschaft für die Erforschung von Zivilisationskrankheiten und Vitalstoffen in 54 Staaten.

Werden Sie noch heute Mitglied im Weltbund zum Schutze des Lebens!

Verteilen Sie dieses Flugblatt an alle Ihnen bekannten

Journalisten, Rundfunkleute, Wissenschafter, Ärzte, Apotheker, Lehrer, Pfarrer, Rechtsanwälte, Bürgermeister, Gemeinderäte, Abgeordnete, Wirtschaftstreibende, Bank- und Sparkassendirektoren, Inhaber und Leiter von Fremdenverkehrsbetrieben, Grundstückmakler usf.!

Verlangen Sie die volkstümlichen Atomschriften des WSL,

wenn Sie erfahren wollen, was die Atomgeschäftsleute und die von ihnen Abhängigen verschweigen!

Dies ist ein Flugblatt der biologischen Revolution

Wissen Sie, was Sie trinken, wenn Sie Milch trinken?

Milch ist eine der wertvollsten und köstlichsten Gaben der Natur, wenn man sie so beläßt, wie die Natur sie gibt.
Milch baut auf, schützt, heilt. Sie löscht den Durst besser als Bier und gewisse Kunstgetränke.

Rohmilch

enthält in harmonischer Zusammensetzung höchstwertiges Eiweiß ● Mineralstoffe ● leicht verdauliches Fett ● Milchzucker mindestens 15 Vitamine ●

Rohmilch

macht Zähne und Knochen stark ● wirkt gegen Gärung und Fäulnis im Darm ● nährt Gehirn und Nerven ● schützt Herzkranzgefäße und Leber ● stärkt die Augen ● vermehrt die Abwehrstoffe ● ist bester Kalklieferant ● ist infolge ihres hohen Mineralstoffgehaltes basenüberschüssig und wirkt ausgleichend gegenüber der stark übersäuernden Zivilisationskost ● steigert die Abwehrkraft gegen radioaktive Bestrahlung aus Atomversuchen und Reaktoren ●

Das Milchfett

ist das ideale, den physiologischen Bedürfnissen am besten angepaßte Fett. In der Rohmilch ist es bekömmlicher als im abgesonderten Rahm oder in der Butter.

Die Qualität der Rohmilch

hängt von der Fütterung ab. Fremd- und Giftstoffe, die mit dem Futter aufgenommen werden, gehen in die Milch über. Silofutter kann bei Kleinkindern hartnäckige Durchfälle verursachen, die verschwinden, wenn Milch von Heukühen verabreicht wird.

Stickstoffüberdüngtes Futter

(z. B. von Kunstwiesen) mindert die Fruchtbarkeit der Kühe und beeinflußt den biologischen Wert der Milch. Der naturgemäße Landbau ohne wasserlösliche Düngesalze (Kunstdünger) und ohne chemischen Pflanzen-«Schutz» (Landschaftsgifte) sichert die höchstmögliche Milchqualität.

Jede Bearbeitung der Milch

bringt eine Qualitätsminderung mit sich. Die Pasteurisierung der Milch ist als Schutz vor Tbc, Typhus, Paratyphus und anderen Bakterien gedacht. Aber nicht alle Keime können dadurch vernichtet werden.

Pasteurisierte Milch

zeigt nach Dauer- und Hocherhitzungsverfahren größere, bei Kurzzeiterhitzung geringere Verluste an Gesundheits- und Nährkraft. Neugeborene Kälber, denen man ausschließlich pasteurisierte Milch gab, starben nach vier Wochen. Moderne **unabhängige** Ärzte lehnen die Pasteurisierung von Milch aus gesunden und kontrollierten Viehbeständen ab.

Sterilmilch,

auf 70 Grad vorerhitzt, in Flaschen bis zu 30 Minuten bei 150 Grad sterilisiert, hat lange Haltbarkeit und hohen Preis, zeigt große Qualitätsverluste und wird von modernen **unabhängigen** Ärzten abgelehnt.

Uperisierte Milch

sogenannte U- oder H-Milch, erhitzt auf 160 Grad, zeigt sehr hohe Einbußen an Wert- und Lebensstoffen.

Die Erhitzung der Milch

vermindert oder zerstört lebenswichtige Stoffe umsomehr, je öfter sie wiederholt wird und je höher die Temperatur ist. Enzyme (für Leben und Gesundheit notwendige Wirkstoffe) werden auf weniger als zehn Prozent verringert. Dadurch wird die Aufnahme von Kalk, Eisen und Phosphor erschwert. Einige Eiweißarten werden so verändert, daß sie vom Organismus kaum noch verwertet werden können. Fette und ungesättigte Fettsäuren werden umgebaut. Bei einigen Vitaminen können Verluste bis zu 80 Prozent eintreten («National Health Bulletin», USA; «Health and Happiness», Mai/Juni 1970). Dadurch werden die Abwehrkräfte des Menschen gegen jene Bakterien herabgesetzt, die durch die Erhitzung vernichtet werden sollen. Die Schäden für den Organismus können durch künstliche Vitamine nicht, wohl aber durch täglich 50 bis 75 Gramm Vollkornnahrung einschließlich des Keimlings (Brot, Rohbrei nach Professor Dr. KOLLATH) behoben werden.

Das Kochen der Milch

macht das Milcheiweiß schwer verdaulich. Kalksalze werden ausgefällt, Vitamine und Enzyme werden abermals geschädigt oder unwirksam gemacht. Die Bakterien an der Oberfläche bleiben trotzdem erhalten. Hitzebehandelte Milch (über 45 Grad C) führt im Tierversuch zur Degeneration (Veränderungen an Knochengerüst und Organen, Zahnverfall). Trockenmilch, im Sprühverfahren hergestellt, ist weniger geschädigt als die im Walzenverfahren hergestellte.

Erhitzte und manipulierte Milch

ist kein Gesundheits- und Heilmittel mehr, sondern lediglich ein Nahrungs- und Sättigungsmittel. Sie vermindert die Abwehrkräfte und begünstigt Krankheiten, z. B. Gebißschäden, Verdauungsstörungen, Durchfall, Rachitis, Skorbut u. a. (Nach A. de VRIES: «The Elixier of Life»).

Vorzugsmilch

(unbehandelte Rohmilch) aus gesundem Rinderbestand ist ein **Lebens- und Heilmittel** – besonders bei Magen- und Darmerkrankungen – von höchstem Wert. Sie erhält Vollgesundheit, Widerstandsfähigkeit und Leistungsfähigkeit. Die Zukunft gehört der

Vorzugsmilch.

Der Bundesverband Deutscher Vorzugsmilch-Erzeuger, D-6209 Bärstadt/Taunus, Rosenstraße 12, beliefert jeden Vorausbesteller. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung erhielten im US-Staat Kalifornien viele Molkereien das Recht, naturbelassene, d. h. nicht pasteurisierte Milch zu verkaufen.

Sauermilch

ist ebenso wertvoll wie Frischmilch, aber für manche Menschen leichter verdaulich. Kuhmilch-Yoghurt nach mitteleuropäischem Verfahren ist für die Darmflora unbekömmlich (Prof. Dr. ZABEL, Doz. Dr. RUSCH, Prof. Dr. BAUMGÄRTEL u. a.). Er hat nicht die Qualität des bulgarischen Schafmilch-Yoghurts.

Sanoghurt, Bioghurt und Biogarde

sind darmfreundlich und setzen einwandfreie Ausgangsmilch voraus. Ihre rechtsdrehenden Milchsäuren wirken krebswidrig. Durch Antibiotika geschädigte Darmflora wird durch sie schnell wiederhergestellt. Sie steigern die Abwehrkräfte gegen Infektionen.

Kefir

vermag geschädigte Milch zu regenerieren. Er verhindert Fäulnis im Darm und wirkt dadurch krankheitvorbeugend und lebenverlängernd. Seine Heilkraft bei Erkrankungen der Atmungs-, Verdauungs- und weiblichen Organe, von Galle, Leber, Blase, Nerven, bei Blutarmut und inneren Geschwüren, ist erwiesen.

Der gesunde Mensch

sollte täglich mindest einen halben, höchstens einen Liter körperwarme Frischmilch (nicht heiß, nicht eiskalt!) trinken. Kleine Schlucke und zögerndes Trinken steigern die Verdaulichkeit.

Verlangen Sie von Ihrem Milchhändler

immer wieder und solange naturbelassene Frischmilch, bis Sie Erfolg haben! Ihr Gaumen, Ihr Körper und Ihre Kinder werden es Ihnen danken.

Die „internationale Erfolgsgeneration" bevorzugt Vorzugsmilch! Nur eine gesunde Generation wird eine „Erfolgsgeneration" sein!

PROTECTIO VITAE

Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL)

International, unparteilich, überkonfessionell. Gegründet 1960 zu Salzburg, Österreich.
2,5 Millionen Mitglieder in 88 Staaten. Vertretungen in 34 Staaten.

Schreiben Sie noch heute an den WSL

in der B. R. Deutschland	Postfach 801943, D-8 MÜNCHEN 80
in Frankreich	(Union Française pour la Protection de la Vie) 16, rue Claude Bernard, PARIS 5me
in Luxemburg	26, rue des Bleuets, LUXEMBURG-WEIMERSHOF
in Österreich	Postfach 251, A-5010 SALZBURG
in der Schweiz	Splügenstraße 3, CH-8002 ZÜRICH
Internationales Sekretariat	25, rue des Colonies, F-13 MARSEILLE 8me

Die Arbeit des WSL ist wissenschaftlich untermauert durch die Wissenschaftlichen Beiräte der Sektionen, die Internationale Akademie für Lebensschutz, Umwelt und Biopolitik in Luxemburg, der zur Zeit unter anderem 36 Nobelpreisträger angehören, die 400 unabhängigen Gelehrten des Wissenschaftlichen Rates der Internationalen Gesellschaft für die Erforschung von Zivilisationskrankheiten und Vitalstoffen in 54 Staaten.

Werden Sie noch heute Mitglied im Weltbund zum Schutze des Lebens!

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS (WSL)
Landesdirektion Kärnten
9o2o Klagenfurt, Getreidegasse 13/2

Kl., 24.5.78

BBC plant ZWISCHENLAGERBECKEN für URAN-BRENNELEMENTE

Aufträge zur Planung von Zwischenlagerbecken für abgebrannte Uran - Brennelemente aus Kernkraftwerken erhielt die Braun, Boveri & Cie AG (BBC) in Mannheim, jetzt von der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DKW) in Hannover sowie von der Kernkraftwerks-Planungsgesellschaft mbH in Wien namens der Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld GmbH. In beiden Fällen soll BBC außerdem die Unterlagen für die Genehmigungsverfahren erarbeiten.

Aufgabe der deutschen Anlage wird es sein, ausgediente Brennelemente aufzunehmen, solange das geplante Entsorgungszentrum noch nicht einsatzbereit ist. In jährlichem Rhythmus werden in Kernkraftwerken ausgediente Elemente gegen neue ausgetauscht. In dem geplanten ZWISCHENLAGER werden sie bis zu ihrer späteren Weiterbehandlung in der Wiederaufbereitungsanlage unter den erforderlichen sicherheitstechnischen Bedingungen gelagert. Das Fassungsvermögen der Anlage wird für insgesamt 1500 t ausgelegt. Zum Vergleich: In einem Kernkraftwerk der 1300-MW-Klasse werden jährlich rund 35 t Brennelemente ausgetauscht.

Obwohl das radiologische G e f ä h r d u n g s p o t e n t i a l eines Zwischenlagers um Größenordnungen k l e i n e r ist, wird das rund 1o6 m lange, etwa 4o m breite und 3o m hoch aus dem Boden ragende Lagergebäude aus massivem Stahlbeton im wesentlichen nach den gleichen sicherheitstechnischen Grundsätzen wie ein Kernkraftwerk ausgelegt. Es ist gegen äußere Einwirkungen, wie beispielsweise Flugzeugabsturz, Erdbeben oder Sabotage gesichert, Meß- und Steuersysteme sind aus Sicherheitsgründen mehrfach vorgesehen. Als geplanter Fertigstellungstermin wird 1982 genannt.

Einen Planungsauftrag für ein ähnliches Brennelement-Lagerbecken, das zunächst für die Entsorgung des Kernkraftwerkes Tullnerfeld vorgesehen ist, erhielt BBC auch von der Kernkraftwerks-Planungsgesellschaft mbH in Wien. Mit 53o t Fassungsvermögen wird diese Anlage zwar kleiner, doch ist der Planungsumfang größer als bei der deutschen Anlage, weil dieses Lagerbecken auch Aufgaben übernehmen soll, die Teile eines umfassenden Lagerkonzeptes sind. So soll unter anderem eine Einlagerung von vergossenen Brennelementen ebenso möglich sein, wie die A u f n a h m e von h o c h - a k t i v e n A b f ä l l e n aus der B R E N N E L E M E N T - A U F B E R E I T U N G .

aus "Forum Städtehygiene" 4/78

Abschrift: A.Lorbeer

Ergeht an:

NR Prim.Dr.Scrinzi
Doz.Dr.Lötsch
Dr.Peter Weish
WSL-Landesdirektionen u.Dr.Vergeiner/Innsbruck
SIAG Linz (5 Stk.z.Verteilung an Aktivisten in OÖ nach Ermessen)
Ing.St.Micko, Verein IÖAG (10 Stk.f.Gruppen in NÖ nach Ermessen)
.
.
.
.

Soldaten !
Mitbürger in Uniform !

Ein Teil von Euch mußte schwerbewaffnet die Uran-Brennstäbe für das Atomkraftwerk Zwentendorf bewachen.

In Euren Lehrsälen wurde Euch sicher nicht gesagt, daß aus diesen Brennelementen unweigerlich jener Atommüll entsteht, den kein verantwortungsbewußter Politiker in seinem Land haben will. Es wurde Euch wahrscheinlich verschwiegen, daß der Atommüll nicht sicher gelagert werden kann, daß Atomkraftwerke keine Arbeitsplätze sichern, sondern durch die zusätzliche Energie Arbeitsplätze durch Maschinen ersetzt werden und daß ein Atomunfall gewaltige Opfer an Menschenleben fordert und unsägliches Leid über die Bevölkerung bringt.

Und wenn einmal der Teufel los ist und ein Atomunfall passiert, auf wen kann man dann am leichtesten zurückgreifen? Auf den Bürger in Uniform!

Glaubt nicht, daß wir es darauf abgesehen haben, Unruhe unter Euch und unter die Bevölkerung zu bringen. Laßt Euch nicht dazu verleiten, in den Atomgegnern "Lausbuben" und schlechte Österreicher zu sehen. Unsere wirksamen Waffen sind Aufklärung, Gewaltlosigkeit und Überparteilichkeit.

Laßt Euch das Recht auf beidseitige Information nicht nehmen! Unsere Adresse findet Ihr am Ende des Blattes im Impressum.

Denkt über die Folgen der Atomenergie und über Zwentendorf nach, wenn Ihr das nächste Mal zur Absperrung des Flugplatzes im Rahmen des Brennelementtransportes befohlen werdet.

Österreich ja - Atomkraft nein

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger:
Bürgerinitiative gegen Atomgefahren im Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL), 4o1o Linz, Postfach 167
Eigenvervielfältigung. Für den Inhalt verantwortlich:
Dipl.-Ing. Friedrich Witzany, Im Sommerlandl 7, 449o St. Florian

LSI

LEBENSSCHUTZ-INFORMATIONEN

1 D 20405 E

9. Jahrgang
Dezember 1978
Nr. 12

Monatsschrift zur Pflege und Erhaltung gesunder Lebensgrundlagen für Landschaft, Pflanze, Tier u. Mensch

Herausgegeben vom WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS Bundesverband Deutschland e. V.

Bücher: Wegweiser für die Zukunft

Zum Ausklang des Jahres:

Die Knospen sind schon da!

Ein dramatisches Jahr in der Geschichte der Bewegung für Umwelt und Lebensschutz war 1978 nicht. Keine spektakulären Demonstrationen, keine sichtbaren Erfolge innerhalb der Bundesrepublik. Dennoch ist es möglich, daß 1978 einmal als „das Jahr des Umschwungs" erkannt wird, der sich in der Stille vollzog: Das Pendel, das bisher nach der Seite des industriellen „Wachstums" allzuweit ausschlug, scheint seinen äußersten Punkt erreicht zu haben, es steht still und schickt sich an, zurückzuschwingen. Welches sind die Anzeichen dafür?

Die Kette der Un- oder Ausfälle in Atomkraftwerken hat nicht nur den Widerstand bestätigt, sondern auch die Betreiber verunsichert. Die Frage nach den technologischen Alternativen zur Energiegewinnung ist lautstärker geworden und hat die auf Konjunktur bedachte Industrie mobilisiert: ein zuverlässiger Parameter für das öffentliche Interesse! Der zuständige Bundesminister – zwar immer noch obligatorisch auf Atomenergie verpflichtet – schreibt ein Vorwort zu Amory B. Lovins' „Sanfte Energie" und verbreitet dieses beachtenswerte wissenschaftliche Plädoyer „für eine nichtnukleare Energiezukunft" durch eine Sonderausgabe des Bundesministeriums für Forschung und Technologie. Länderminister zeigen Bedenken gegen eine Fortschreibung des bisherigen Atomenergie-Programms und rangeln sich mit ihren Kollegen um dessen Einschränkung. Und schließlich: Das Volk gibt in Österreich auf eine anders gemeinte Frage eine überraschende Antwort: In einem Lande Europas ist die Atomenergie bereits Vergangenheit geworden, bevor sie begann. Wer hätte all dies vor einem Jahr erwartet? Hat das Opfer Hartmut Gründlers in der Stille weiter gewirkt?

Unbeschadet des geringen Erfolges „grüner Listen", die bei den Landtagswahlen in ihr erstes Manöver zogen, ist die Lebensschutzbewegung mächtig gewachsen: sie geht quer durch alle politischen Formationen und Strukturen, sie hat auch vor den Türen der großen und kleinen Behörden nicht Halt gemacht, und keiner hat Anspruch auf ein grünes Monopol.

Es liegt in der Erscheinung eines Pendelschlages, daß er beim Zurückschwingen von außen nach innen führt. So ist der Protest der Umwelt- und Lebensschützer längst zum „Pro-test" in des Wortes eigentlicher Bedeutung geworden: zum Zeugnis f ü r etwas! Dem „Nein" folgte das „Ja", der Infragestellung der Gegenwart das Bekenntnis zu einer alternativen Zukunft. Das heute viel gebrauchte Wort „alternativ" besagt schlicht: „andersartig", „von anderer Herkunft", und dieses „andere", die „neuen" Vorstellungen quellen nach der Ab-kehr vom herkömmlichen Konsum-Denken aus der „Ein-kehr", aus der Wende nach „innen", aus der Besinnung auf die eigentlichen Werte des Lebens.

Die Gegenbewegung zur Industriellen Revolution, zu welcher das Pendel der Geschichte ausholt – in den Zwanziger Jahren als „Revolution der Seele" artikuliert und heute als „emotionales Verhalten" geschmäht, dieser Aufwand gegen die Große Maschine, die Kultur und Leben zerstört, kann zu einer echten Revolution im Sinne von „Umkehr" werden, wenn zur Bewegung des Herzens die volle Ausbildung des Bewußtseins hinzugefügt wird. Sie kann in der Tat zur Geburt eines neuen Menschseins führen.

Wir erfahren diesen Pendelschlag in der Akademie für Umwelt und Lebensschutz an den immer intensiver werdenden Gesprächen, in denen z. B. die Erörterung der Energie, mit der wir wirtschaften, abgelöst wird durch die Frage: wie und wozu wirtschaften wir? Über die Diagnose der gegenwärtigen Situation hinaus ist längst das Bemühen auf eine wirksame Therapie gerichtet. Insbesondere die Jungen sind immer weniger an der Gegenwart als viel mehr an ihrer Zukunft interessiert.

„Schauet die Bäume an, wie sie jetzt schon Knospen tragen!" Die Natur zeigt uns alle Jahre wieder dieses Bild der Hoffnung: mögen sie kahl in den Himmel starren, so zeigen sie doch schon den kommenden Frühling an: aus dem Tod unserer gegenwärtigen Welt wird aufsteigen eine neue Zeit!

Werner Georg Haverbeck

Koordinierungsausschuß des Deutschen Umwelttreffens (Troisdorf) tagte in Kassel

am 3. Dezember 1978

Auf Einladung von Roland Vogt, BBU, und Werner G. Haverbeck, WSL, kam am 1. Advent der Koordinierungsausschuß in Kassel zusammen. Am Vorabend hatten sich Vertreter von AUD, GAZ und GLU getroffen, um sich über eine Einheitsliste für Schleswig-Holstein zu verständigen. Über diese Einigung wurde von Herbert Gruhl (GAZ), August Haußleiter (AUD) und Georg Otto (GLU) am Sonntag berichtet.

Folgende gemeinsame Erklärung wurde verabschiedet:

Das vom Koordinierungsausschuß einberufene Treffen der Ökologiebewegung in Kassel am 3. Dezember 1978 hält die Einheit der ökologischen und alternativen Bewegung für notwendig. Es begrüßt deshalb die Bemühung von parlamentspolitischen Initiativen der Ökologiebewegung, um gemeinsames Auftreten bei Wahlen unter der Bedingung, daß diese Zusammenarbeit offen bleibt und alle weiteren Gruppen zum Hinzutritt aufgefordert werden, die auch eine parlamentarisch-demokratische Arbeit für notwendig halten.

Diese Zustimmung darf die weitere ernsthafte Suche nach neuen Formen politischer Vertretung nicht beeinträchtigen. Die bisher erfolgreiche außerparlamentarische Arbeit der Bürgerinitiativen und Ökologiebewegung ist weiterhin Ausgangsbasis auch der parlamentarischen Initiativen.

Sozialminister Schnipkoweit bestätigt indirekt Zunahme von Leukämie

Keine Häufung von Blutkrebs gibt es nach Ansicht des niedersächsischen Sozialministers **Schnipkoweit,** der sich dies vom Nuklear-Mediziner Professor **Hundeshagen** – Hannover – und dem Kinderarzt Professor **Landbeck** – Hamburg – bestätigen ließ. Auf Befragen hat Minister Schnipkoweit in der Landespressekonferenz am 8. 11. 78 bekannt gegeben, daß seit Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Lingen vor 10 Jahren von 80 000 Kindern im Emsland-Kreis bisher 30 an Leukämie **gestorben** sind. Nach Professor Landbeck ist mit etwa weiteren 30 **erkrankten** Kindern zu rechnen, die Dank moderner Behandlungsmethoden noch am Leben sind. Damit wären in 10 Jahren insgesamt 60 Kinder im Emsland von Leukämie betroffen.

Privat-Dozent Dr. K. R. **Trott** vom Strahlenbiologischen Institut der Universität München hat das Krebsrisiko in der Kindheit – von der Geburt bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres – „mit einer Zahl zwischen 1 : 3000 und 1 : 5000" angegeben. – Gemeint sind damit sowohl Leukämie wie auch andere bösartige Erkrankungen im Kindesalter. Umgerechnet auf 80 000 Kinder im Emsland dürften dort in 10 Jahren nur zwischen 10,66 bis 17,74 Erkrankungen bei Kindern an Leukämie **und Krebs** aufgetreten sein. Dr. Trott ist mir seit 1974 bekannt, als er auf Einladung der Preußenelektra auf einer Podiumsdiskussion des Ärztevereins Hameln sich zur Problematik der Atomkraftwerke geäußert hat. Nach seinen jetzigen Angaben läßt die Erkrankung von ca. 60 Kindern im Emsland-Kreis eine Zunahme von Leukämie vermuten. Im benachbarten niedersächsischen Kreis Bentheim hat das Sozialministerium nicht recherchiert. Allein aus der Stadt Nordhorn mit 50 000 Einwohnern wurden am 5. 11. 78 mir 7 Fälle von kindlicher Leukämie aus den Jahren um 1974/75 mitgeteilt. Davon sind 5 Kinder bereits verstorben.

Jeder Arzt wird von seinen Standesorganisationen aufgefordert, Nebenwirkungen von Medikamenten sofort zu melden. In diesem Sinne ist mein Artikel im Niedersächsischen Ärzteblatt geschrieben. Gegen diese Publikation hat der Rektor der Medizinischen Hochschule Professor Dr. **Ellen Schmidt,** bei der Schriftleitung protestiert. Darin kann ein Versuch gesehen werden, die in Artikel 5 unseres Grundgesetzes garantierte Pressefreiheit einzuschränken.

Hermann Kater

Literatur zum Thema Lebensschutz

Wie bereits angekündigt, können wir unseren Lesern mit der Dezember-Nummer ein von unserem Mitglied **Helmut Roehrig** sorgfältig zusammengestelltes Literaturverzeichnis vorlegen. Wir hoffen, daß noch manche Anregung daraus für ein Weihnachtsgeschenk gewonnen wird und die Festtage auch unseren aktiven Mitgliedern die Möglichkeit zum ruhigen Informieren und Lesen geben werden – in der Erinnerung an das auch heute noch gültige Wort: „Wissen ist Macht".

Allen, die an der Gestaltung und Verbreitung unserer LSI mitgewirkt haben, zum Jahresende den herzlichen Dank der Schriftleitung. Alleln dieser Zusammenarbeit verdanken wir den Informationswert und die steigende Nachfrage nach unserer Zeitung. Und noch einmal der Hinweis, daß auch die nicht abgedruckten Beiträge innerhalb der Seminararbeit immer wieder gute Verwendung finden.

U. H. W.

AUS DER ARBEIT DES WSL

LV Bremen

Veranstaltungen im Bürgerhaus Vegesack mit E. O. Cohrs, Rotenburg

Zu dem Thema: „Gärtnern ohne Gift, wie macht man das?" sprach vor annähernd 300 Gästen – es waren größtenteils Mitglieder der Kleingartenverbände – E. O. Cohrs im Saal des Bürgerhauses in Bremen-Vegesack.

Cohrs ging aus von der heutigen Umweltsituation, die das im § 2 des Grundgesetzes verankerte Recht auf körperliche Unversehrtheit nicht mehr gewährleisten könne. Insbesondere die Land- und Gartenwirtschaft – heutzutage weitgehend industrialisiert – könne ihre Rekordernten nur noch durch den massiven Einsatz von mit viel Fremdenergie hergestellten Dünge- und Pflanzenschutzmitteln erzielen. Das bedenkliche Ausmaß dieser Entwicklung veranlaßte die Wochenzeitschrift „Der Spiegel" vom 30. 10. 78 sogar zu einem Artikel mit dem brisanten Titel: „Vergiften uns die Bauern?".

Ausführlich ging der Referent auf die Forschungsergebnisse des genialen Chemikers Justus von Liebig ein. Sein 1840 erschienenes Werk „Die Chemie in ihrer Anwendung auf Agrikultur und Physiologie" war angesichts der katastrophalen Hungersnöte um die Wende des 18./19. Jahrhunderts eine Zeitnotwendigkeit. Es erbrachte den wissenschaftlichen Beweis, daß ohne ausreichende Düngung keine guten Ernten zu erzielen seien. Die sich rasch entwickelnde Düngemittelindustrie lieferte den Bauern dann die Mittel, um ihre durch Ungunst der Lage oder falsche Bewirtschaftung verarmten Böden wieder zu aktivieren. Leider fand dadurch in der Folge die Humuslehre Albrecht Thaers nicht mehr die notwendige Beachtung. Dr. Thaer hatte zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit gutem Erfolg einen Fruchtfolgerhythmus entwickelt und durch organische sowie Kalkmergel und Pflanzenaschedüngung die Richtlinien für einen ökologischen Landbau gesetzt.

Liebig selbst hat stets vor einer falschen Auslegung seiner Forschungsergebnisse gewarnt. Kulturböden in China, Japan und Indien, die seit mehr als 4000 Jahren fruchtbar waren, hatten ihm die Erkenntnisse gebracht, daß seine Theorie des Nährstoffersatzes die komplexen Vorgänge im Boden nur in einem Teilbereich erfassen konnte. Nur eine harmonische Düngung könne eine Dauerfruchtbarkeit erhalten. Diese Harmonie werde letztlich von der Natur selbst geschaffen, in deren Gesetzmäßigkeiten sich der Mensch einfügen müsse.

Anhand von Dias gab Herr Cohrs anschauliche Beispiele einer naturgemäßen Landbewirtschaftung; so z. B. in Anlage und Pflege eines Komposthaufens, der mit Kompoststartern aktiviert, in wenigen Monaten reif sein kann. Er demonstriete die Bedeutung der Regenwurmarten, der den Luftstickstoff bindenden Bodenbakterien, Pilzen und Algen und gab Anleitungen zur Herstellung und Anwendung von Spritz- und Düngebrühen aus Pflanzenextrakten.

Die Bilder von Mischkulturengärten widerlegten die weitläufig verbreitete Auffassung, ein naturgemäß geführter Garten sei immer ein schlampiger Garten. Gerade die Zwischensaat von schädlingsabwehrenden Kräutern und Blumen ,die abwechslungsreiche Fruchtfolge zeigten eine farbenprächtige Vielfalt.

Da trotz der vielen Tips, von denen hier nur einige erwähnt werden konnten, noch viele Fragen offen blieben, findet am 4. Dez. ein Ausspracheabend zu dem o. a. Thema statt.

Apel

LV Schleswig-Holstein

WSL-Landesvorstand Schleswig-Holstein bestätigt

Die Landesversammlung des WSL-Landesverbandes Schleswig-Holstein nahm auf ihrer letzten Sitzung einen Bericht des Landesvorsitzenden Baldur Springmann über die ökopolitische Entwicklung in Schleswig-Holstein und die Bestrebungen entgegen, die Grüne Aktion Zukunft (GAZ) und die Grüne Liste zu einem gemeinsamen Vorgehen bei der Landtagswahl 1979 zu bewegen. Sie nahm die neue Satzung einstimmig an und bestätigte den bisherigen Vorstand in seinem Amt. Der engere Vorstand besteht aus Baldur Springmann als Vorsitzendem, Werner Vent als Organisationsleiter und Stellvertreter, Christa Asmussen als Schatzmeisterin sowie Edith Färber und Friedrich Ross als Beisitzer.

Aus dem Inhalt **Seite**

Leukämie durch Radioaktivität 2
Aus der Arbeit des WSL 2
Literaturverzeichnis zum Lebensschutz:
Atomkraft? – Nein danke! / Energielücke? – Phantasielücke! 5
Umwelt des Lebendigen – ein vernetztes System . . . 7
Kritisches Denken – ökologische Chance 9
Alternativen – neue Wege zum Überleben 10
Bewußt werden – Wandel zu neuem Sein 12

LV Nordrhein-Westfalen

Am 18. November fand in Bielefeld die erste ordentliche **Mitgliederversammlung des LV Nordrhein-Westfalen** seit Mai 1975 statt. Die weder ordnungsgemäß einberufene noch ordnungsgemäß durchgeführte Versammlung vom 28. März 1976, bei der R. Kiefer sich widerrechtlich zum Vorstand wählen ließ, wurde inzwischen in allen ihren Ergebnissen anulliert. Die Gerichte brauchten jedoch zweieinhalb Jahre, um eine unrechtmäßige, unter falschen Angaben beim Registergericht trotz Widerspruchs der Mitglieder zustandegekommene Eintragung wieder löschen zu lassen.

Der vom Amtsgericht eingesetzte Notvorstand Wolfgang Teubert konnte im Beisein der den Verband beratenden Rechtsanwälte eine friedliche und zügige Mitgliederversammlung durchführen, deren Hauptaufgabe die Wahl eines ordnungsgemäßen Vorstandes war.

Frau Gerda Degen wurde zur ersten Vorsitzenden gewählt, Schatzmeister ist Wolfgang Teubert. Wir hoffen und wünschen uns allen, daß nun eine gute Arbeit auch in Nordrhein-Westfalen beginnen kann. Erste gemeinsame Leistung: durch eine spontane Sammlung kamen für Kalkar DM 611,– zusammen, die wir der ersten Vorsitzenden gleich übergeben konnten. Anschriften:
Frau Gerda Degen, Zahnstr. 23, 4130 Moers
Herr Wolfgang Teubert sen., Feilenstr. 8, 48 Bielefeld.

Eine friedliche Demonstration

Im Rahmen einer Gruppe von Weltbund-Mitgliedern aus dem lippisch-westfälischen Raum nahm Burkhard Weeke an der Grohnde-Demonstration teil. Weeke, überzeugter Anhänger der Gewaltfreien Aktion, geriet völlig unschuldig unter die Knüppel der Polizei. Er erlitt erhebliche Verletzungen und mußte sich die monatelange Beschlagnahme seines Wagens gefallen lassen, den er dem WSL zur Verfügung gestellt hatte, und zwar in der Absicht, für einen ordnungsgemäßen und friedlichen Ablauf der Demonstration mitzuwirken. Der Wagen wurde schwer demoliert, so daß Weeke erhebliche finanzielle Verluste erlitt, auch durch seine lange Arbeitsunfähigkeit auf Grund der Verletzungen.

Die von ihm und seinem Anwalt angestrebte Gerichtsverhandlung wurde seitens der Behörden umgangen. Dennoch verlangt jetzt die Behörde von Weeke einen Anteil von DM 13 000,– (!) „als Anteil an den durch die Demonstration verursachten Kosten".

Weeke verweigert die Bezahlung – zumal er als Arbeitsloser das Geld auch gar nicht hat.

Wer kann hier helfen, finanziell und beratend?

Anschrift: **B. Weeke, Mittelstr. 51, 4934 Horn-Bad Meinberg**

LV Rheinland-Pfalz

Volkswirtschaftliche Hintergründe der Energiediskussion

Bericht über ein Seminar des Landesverbandes Rheinland-Pfalz im Rahmen des „Bürgerdialogs Kernenergie"

Das Seminar fand am 11. November statt und wurde gemeinsam mit der Heimvolkshochschule Schloß Dhaun über Kirn/Nahe veranstaltet. Von der reizvollen Umgebung dieser Erwachsenenbildungsstätte, die auf einer hoch aufragenden Felskuppe in den Mauern einer alten Ritterburg aufgebaut wurde, sahen die etwa 30 Teilnehmer wegen des nebligen Herbstwetters wenig. Um so mehr konnte man sich auf die beiden einstündigen Vorträge konzentrieren.

Über Zusammenhänge zwischen Umfang und Form der Energieerzeugung, Wirtschaftswachstum, Lebensstandard und Arbeitsplatzbeschaffung sprachen aus der Sicht der Kernforschung Dr. F. **Conrad** von der Abteilung für Angewandte Systemanalyse des Kernforschungszentrums Karlsruhe und aus der Sicht des WSL Ing. grad. **Richard Wahl**, Trier. Die Leitung des Seminars lang in Händen von **Herbert Huff**, der bei der Kreisvolkshochschule Mainz-Bingen als pädagogischer Mitarbeiter tätig ist.

Über die beiden umfang- und inhaltsreichen Vorträge kann in der gebotenen Kürze nicht ohne Vergröberungen berichtet werden. Dr. Conrad gab eine leicht verständliche und klare Einführung in Grundbegriffe und grundlegende Zusammenhänge der Volkswirtschaft, soweit sie im Hinblick auf die oben skizzierte Thematik von Belang sind. Er machte sodann mit dem Stellenwert wirtschaftlicher Prognosen bekannt, die als „bedingte Prognosen" keine Erwartungen ausdrücken, sondern auf vorgegebenen Prämissen beruhen.

Der Referent entwarf für das Jahr 1990 eine solche Prognose. Zu den Prämissen gehörte es, daß unter Beibehaltung des Lebensstandards die Arbeitslosigkeit auf ein akzeptables Maß zurückgedrängt wird und für die in diesem Zeitraum ins Berufsleben eintretenden geburtenstarken Jahrgänge zusätzlich Arbeitsplätze bereitgestellt werden. Dies sei, so betonte der Vortragende, nur mit Hilfe einer Wachstumsstrategie zu erreichen, die auch die Bereitstellung einer ausreichenden Energiemenge erfordert.

Die vom Referenten durchgeführte Modellrechnung, die von einer differenzierten Betrachtung der einzelnen Energieträger ausging (Notwendigkeit, den Ölverbrauch zu drosseln usw.) führte zu dem Fazit, daß die Kernenergienutzung weiter ausgebaut werden müßte und daß eine Steigerung des Anteils elektrischer Energie an der Endenergie zu erwarten ist.

Richard Wahl machte durch einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung seit der Nachkriegszeit deutlich, wie wenig die Arbeitslosigkeit direkt mit der Energieerzeugung zu tun hat, und welch große Rolle in diesem Zusammenhang Rationalisierungsmaßnahmen, Verlagerungen von Produktionsstätten ins Ausland und die Zuwanderung von Gastarbeitern spielen.

Breiten Raum widmete er danach alternativen Formen der Energieerzeugung und ging der Frage nach, inwieweit diese direkt oder durch indirekt miteinander verbundenen Schwerpunktverlagerungen Kernkraftwerke ersetzen können. Auf aktuelle Berichte gestützt, bezweifelte er, daß Kerntechnologie weiterhin ein lohnender Exportartikel für die Bundesrepublik ist.

Angesichts der Tatsache, daß zur Energieerzeugung und zum Energietransport der Wasserstoff an Bedeutung gewinnt, sei die Vorrangstellung elektrischer Energie in der Endenergienutzung gar nicht mehr so sicher, wie dies in derzeitigen Prognosen noch angenommen wird.

Den Vorträgen folgte eine intensive Diskussion, die von Herbert Huff sehr umsichtig geleitet wurde. Es störte nicht, daß der volkswirtschaftlich bewanderte Tagungsleiter hin und wieder eigene Meinungen ins Gespräch einbrachte. Da sich unter den Teilnehmern engagierte Umweltschützer wie auch Mitarbeiter eines Elektrizitätsunternehmens befanden, gab es lebhafte Kontroversen, die aber nie in Anfeindungen ausarteten. Man hatte den Eindruck, daß Lernbereitschaft auf beiden Seiten vorhanden war. Auch ganz grundlegende Fragen wie die, ob die Beibehaltung des derzeitigen Lebensstandards überhaupt wünschenswert oder zu verantworten ist, ob die Hinwendung zu alternativen Lebensformen schon in absehbarer Zeit ganz neue Prämissen für die Prognosen schafft, wurden nicht ausgespart. Hier wichen die Standpunkte der Gesprächspartner doch weit voneinander ab. Daß das Kennenlernen gegenteiliger Ansichten als fruchtbar empfunden wurde, läßt sich aus dem mehrfach geäußerten Wunsch schließen, weitere Tagungen ähnlicher Thematik folgen zu lassen.

Hans Reichert

Liebe Leser!

Sie haben nun wieder einen vollen Jahrgang unserer Zeitschrift erhalten. Manche Informationen werden Sie begrüßt, andere vermißt haben: der Umfang einer solchen Publikation wie der unsrigen ist begrenzt. Andererseits werden Sie auch den Wert einer solchen laufenden Unterrichtung schätzen gelernt haben und auch anderen diese Möglichkeit wünschen. Vorschlag: Geben Sie Ihren Bekannten Anteil durch ein Geschenkabonnement zu Weihnachten. Benutzen Sie dazu umstehenden Vordruck mit dem Vermerk „Geschenkabonnement" und zusätzlich Ihrem Namen. Wir beliefern sodann ab Januar 1979. Danke und frohe Weihnachten.

Ihre Schriftleitung

Ivan Illich: Auruf zur Feier

Manifest eines Freundeskreises

Ich und viele andere, die mir bekannt sind oder auch nicht, rufen euch auf:

zur Feier unserer gemeinsamen Kräfte, damit alle Menschen die Nahrung, Kleidung und Behausung erhalten, derer sie bedürfen, um sich des Lebens zu erfreuen;

zu gemeinsamer Entdeckung dessen, was wir tun müssen, damit die unbegrenzte Macht der Menschheit dazu benutzt wird, jedem von uns Menschlichkeit, Würde und Freude zu verschaffen;

zu verantwortlicher Bewußtheit unserer persönlichen Fähigkeit, unsern Gefühlen Ausdruck zu verleihen und uns dabei zusammenzuschließen.

Wir können diese Veränderungen nur leben; wir können unsern Weg zur Menschlichkeit nicht denken. Jeder einzelne von uns und jede Gruppe, in der wir leben und arbeiten, muß zum Modell des Zeitalters werden, das wir zu schaffen begehren. Die vielen Modelle, die dabei entstehen, müßten jedem von uns eine Umwelt bescheren, in der wir unser Vermögen feiern und den Weg in eine menschlichere Welt entdecken können.

Wir sind herausgefordert, die überholten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnungen aufzubrechen, die unsere Welt zwischen Überprivilegierte und Unterprivilegierte aufteilen. Wir alle – ob Minister oder Protestler, Geschäftsmann oder Arbeiter, Professor oder Student – sind Mitschuldige. Wir haben es unterlassen herauszufinden, wie die notwendigen Veränderungen unserer Ideale und unserer gesellschaftlichen Strukturen herbeigeführt werden können. Daher verursachen wir alle durch unser Unvermögen und durch unsern Mangel an verantwortlichem Bewußtsein das Leiden ringsum in der Welt.

Wir sind alle verkrüppelt – manche körperlich, manche geistig, manche seelisch. Deshalb müssen wir gemeinsam daran arbeiten, die neue Welt zu schaffen. Es ist keine Zeit mehr für Zerstörung, für Haß, für Zorn. Wir müssen aufbauen: in Hoffnung, Freude und Feier. Lassen wir ab davon, die Strukturen des industriellen Zeitalters zu bekämpfen. Suchen wir lieber nach dem neuen Zeitalter des Überflusses mit selbstgewählter Arbeit und mit der Freiheit, der Trommel des eigenen Herzens zu folgen. Laßt uns erkennen, daß das Streben nach Selbstverwirklichung, nach Poesie und Spiel dem Menschen eigentümlich ist, sobald seine Bedürfnisse nach Nahrung, Kleidung und Behausung befriedigt sind, und laßt uns diejenigen Tätigkeitsgebiete auswählen, die zu unserer eigenen Entwicklung beitragen und für unsere Gesellschaft etwas bedeuten.

Wir müssen aber auch erkennen, daß unser Vorstoß zur Selbstverwirklichung grundlegend behindert wird durch überholte Strukturen des industriellen Zeitalters. Gegenwärtig werden wir durch das Gewicht der ständig wachsenden Kräfte des Menschen zugleich eingeengt und angetrieben. Die bestehenden Ordnungen zwingen uns, jedes Waffensystem, das von der Technik ermöglicht wird, zu entwickeln und hinzunehmen. Unsere gegenwärtigen Ordnungen zwingen uns, jede Verbesserung von Maschinen, Ausrüstung, Material und Zufuhren zu entwickeln und hinzunehmen, welche die Produktion steigern und die Kosten senken. Unsere gegenwärtigen Ordnungen zwingen uns, die Werbung und die Verführung der Konsumenten zu fördern und hinzunehmen.

Wir können diesen entmenschlichenden Ordnungen entrinnen. Den Ausweg werden diejenigen finden, die nicht bereit sind, sich von den scheinbar alles bestimmenden Kräften und Strukturen des industriellen Zeitalters einengen zu lassen. Unsere Freiheit und unsere Macht hängen von unserer Bereitschaft ab, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen.

Die Zukunft ist ja bereits in die Gegenwart eingebrochen. Jeder von uns lebt in vielen Zeiten. Die Gegenwart des einen ist die Vergangenheit eines andern und die Zukunft wieder eines andern. Wir sind zu einem Leben aufgerufen, in dem wir wissen und zeigen, daß es die Zukunft gibt und daß jeder von uns, wenn wir so wollen, die Zukunft in Anspruch nehmen kann, um sie gegen die Vergangenheit aufzuwiegen.

Wir rufen euch auf, teilzunehmen am Wettlauf des Menschen um Reife und mit uns zusammenzuarbeiten an der Erfindung der Zukunft. Wir glauben, daß ein großes Abenteuer der Menschheit eben anhebt: daß die Menschheit bisher daran gehindert wurde, ihre erneuernden und schöpferischen Kräfte zu entwikkeln, weil sie von Mühsal überwältigt wurde. Jetzt steht es uns frei, so menschlich zu sein, wie wir wollen.

Feiern wir des Menschen Menschlichkeit, indem wir uns zusammenfinden in der heilenden Gestaltung unserer Beziehungen zu andern und indem wir mehr und mehr ja sagen zu unserer eigenen Natur und ihren Bedürfnissen, dann kommt es offensichtlich zu größeren Konfrontationen mit den vorhandenen Wertbegriffen und Ordnungen. Die Ausweitung der Würde jedes Menschen und jeder menschlichen Beziehung muß notwendigerweise vorhandene Ordnungen herausfordern.

Es geht darum, in der Zukunft zu leben. Schließen wir uns freudig zusammen, um unsere Bewußtheit zu feiern, daß wir unserm heutigen Leben die Gestaltung der morgigen Zukunft geben können.

An die Geschäftsstelle
des Weltbundes zum Schutze des Lebens
Bundesverband Deutschland e. V.

Bretthorststraße 221

4973 Vlotho

Bitte ausschneiden!

Bestellschein

Name: .....

Wohnort (Postleitzahl) .....

genaue Anschrift: .....

.....

☐ bestellt hiermit die monatlich erscheinenden

☐ wünscht ein kostenloses Probeexemplar

LEBENSSCHUTZ-INFORMATIONEN

Den Betrag von 15,– DM habe ich auf das Postscheckkonto Hannover 2949-307/Landessparkasse 29 Oldenburg 012-109 005 überwiesen.

Datum ..... Unterschrift .....

Literatur zum Umwelt- und Lebensschutz

Sonderbeilage der „Lebensschutz-Informationen"

Diese Liste der empfehlenswerten Bücher erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie wird sicher bald ergänzt werden müssen. So nehmen wir Hinweise dankbar entgegen.

Alle genannten Schriften sind im Buchhandel oder bei den genannten Verlegern direkt zu beziehen.

Die Bücher des ökologischen Land- und Gartenbaues finden Sie in dem beigefügten Bücherdienst von Ernst-Otto Cohrs, Fachliteratur zu Sonnen- und Windenergie im Verzeichnis der DGS.

Wir haben mit Absicht nur die Autoren gewählt, die eine ganzheitliche ökologische Denkweise vertreten und sich nicht scheuen, ihre wissenschaftlichen Ergebnisse und praktischen Erfahrungen offen darzustellen.

Die Betreiber von Wirtschaftswachstum und Atomtechnik und ihre systemgebundenen fortschrittsfreudigen Befürworter haben ja genügend Medien, um ihre Argumente aufwendig zu verbreiten: die Wunderwelt des Lebens jedoch wird von ihnen ausgeklammert, da sie dessen Gesetze und Bedürfnisse mit Physik und Chemie allein zu erklären suchen.

In diesen Büchern steckt nicht nur Kritik. Schöpferische Kräfte konzipieren hier Ansätze für eine lebensfähige Zukunft.

Nicht darum geht es, alle diese Schriften zu lesen, alles Wissen zu besitzen, sondern mit Hilfe eines neuen Bewußtwerdens sich neu zu verwirklichen, heute anzufangen, zu den Menschen und zur Natur – zu unserer Mutter Erde – ein neues Freundes-Verhältnis zu gewinnen: **einfach – anders – leben.**

Helmut Fried Roehrig

ATOMKRAFT? – NEIN DANKE!

Dr. med. habil. Bodo Manstein

Strahlen

Gefahren der Radioaktivität und Chemie. Medizin und Wissenschaft im Umbruch. – Ein kritisches Handbuch.

In diesem umfassenden Handbuch hat Bodo Manstein alle seine Hoffnung auf eine Sicherung unserer Lebensgrundlagen zusammengetragen. Er hinterließ uns eine Gesamtdarstellung der zivilisatorischen Vorbelastungen und Zusammenhänge mit der Atomenergie, Untersuchungen der ökologischen, biologischen und erbbiologischen Probleme infolge der großtechnologischen Chemie, Medizin und Atomindustrie.

S. FISCHER VERLAG Frankfurt, 1977, 492 S., Abb., DM 48,–

Arbeitsgemeinschaft gegen Atomkraftwerke am Fachbereich Medizin der Universität Hamburg

Gesundheit oder Atomkraft

Medizinische Argumente gegen Atomkraftwerke – Versuch einer verständlichen Darstellung

Die bereits vorliegenden Ergebnisse – ohne Berücksichtigung der noch unbekannten von der Forschung vernachlässigten Gefahren – gebieten dringend einen Stop des Betriebs von Atomanlagen.

Eigendruck, 4. überarb. Auflage 1978, 68 S., DM 1,50; Ingeborg Möller, Krayenkamp 9, 2000 Hamburg 11

Dr. Hermann Kater

Atomkraftwerksgefahren aus ärztlicher Sicht

„Man kann die Menschen einteilen in solche, die gegen Atomkraftwerke sind, und in jene, die darüber noch nicht nachgedacht haben."

Diese Dokumentation sollte Sie und alle Mitbürger nachdenklich machen und den verantwortlichen Politikern eine Vielzahl ungelöster und unlösbarer Probleme der Atomkraftwerke aufzeigen.
C. W. NIEMEYER Verlag, Hameln 1978, 4. erweiterte und überarbeitete Auflage mit umfassendem Literaturverzeichnis, ca. 200 Seiten, erscheint Ende Dezember 1978.

Bürgeraktion Umweltschutz Unterelbe (BUU) Hamburg

Atomkraft? – Nein Danke

Informationen zur Atomenergie

Grundbegriffe der Atomphysik – Der Brennstoffkreislauf – Radioaktive Belastung bei Normalbetrieb – Unfälle in Atomkraftwerken – Ökonomische und politische Hintergründe der Kernenergienutzung – Die Propaganda der Atomindustrie – Kerntechnologie und Arbeitsplätze – Alternativen zur Atomenergie – Chronik des Widerstandes gegen das AKW Brockdorf.
BUU-EIGENDRUCK, Hans Burmeister, Alsterkrugchaussee 122, 2 Hamburg 60, 144 S., DM 5,–

ENERGIELÜCKE? – PHANTASIELÜCKE!

Hans-Helmut Wüstenhagen

Bürger gegen Kernkraftwerke

– Whyl – der Anfang? –

Bei der Demonstration der Bürger des Rheintals geht es nicht nur um die Gefahr der Atomenergie, es geht auch um die Qualität unserer demokratisch abzusichernden Energie- und Industrie-Planung.

ROWOHLT rororo-aktuell Bd. 1949, 110 S., DM 3,80

Ernst Otto Cohrs/Wolfgang Knigge

Atomenergie – Das Grundgesetz und die Wirklichkeit –

Tatsachen – Hintergründe und die gezielte Irreführung der Öffentlichkeit

Das unmittelbar geltende Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit wird durch das Atomgesetz – von Laien entschieden – in verfassungsverletzender Weise mißachtet. Die ökologische Gesamtsituation läßt eine zunehmende Toxikation unserer Umwelt erkennen, die schon heute keine weiteren Belastungen mehr zuläßt.

Herausgegeben vom WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS Bundesverband Deutschland e. V., Pressestelle, Postfach 1165, 2130 Rotenburg/Wümme, 84 S., DM 5,–

Autorengruppe des Projektes SAIU (Schadstoffbelastung am Arbeitsplatz und in der Industrieregion Unterweser) Prof. Dr. Klaus Bätjer, Prof. K. Begemann, Prof. Dr. Jörn Bleck, Prof. Jens Scheer, Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake, Pere Carbonell, Walther Soyka u. a.

Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie

Kritik des Reklameheftes „66 Fragen – 66 Antworten Zum besseren Verständnis der Kernenergie"

Zu jeder einzelnen Frage und Antwort geben die Autoren eine ausführliche und mit viel Material belegte Erwiderung aus der Sicht der Kernenergie-Kritiker. Dies ist eine wichtige Kampfschrift gegen den Kernenergie-Wahnsinn unserer Zeit.

OBERBAUM VERLAG Berlin, 192 S., DM 7,20

Prof. Dr. Karl Höll

Die Wahrheit über Atomkraftwerke

– sie bedrohen unsere Gesundheit und vergiften unsere Umwelt –

Der Chemiker, Strahlen- und Wasserfachmann zeigt, wie falsch es ist, die Gefahren der radioaktiven Strahlung zu verharmlosen. Schon bei normalem Betrieb eines Atomkraftwerkes ist die Strahlungsintensität unzumutbar. Die Auswirkungen auf das ökologische Gleichgewicht unserer Flüsse sind tödlich.

UDO PFRIEMER VERLAG München 1977, 176 S., DM 29,80

Ökologiegruppe Frankfurt

Kleines Handbuch für Atomkraftwerksgegner

Leitfaden für den Widerstand

Eine gründliche Information über Technik der Atomenergie, biologische Schäden durch Radioaktivität etc.

TRIKONT VERLAG München 1978, 2. Aufl., 220 S., DM 10,–

Bernd Moldenhauer/Hans-Helmuth Wüstenhagen

Atomindustrie in der BRD – Bürgerinitiativen gegen Umweltzerstörung

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen Nr. 26

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG Köln, 48 S., DM 4,–

Dr. jur. Ewald Gaul

Atomenergie – oder Ein Weg aus der Krise

Von der lebensbedrohenden Leichtfertigkeit der Energieplaner

Wissenschaftliche Warnungen gegen die „friedliche" Nutzung der Kernenergie.

Eine Kritik zum Bonner Atomprogramm.

Einer Regierung, für die der Mensch im „Mittelpunkt" steht, dürfte sich die Frage nach der industriellen Verwendung der Atomenergie gar nicht erst stellen. Die Strahlenbelastbarkeit des Menschen ist geringer als vorgegeben wurde. Das Sicherheitsproblem ist nicht gelöst. Die Lagerung des hochradioaktiven Atommülls ist unter humanen und ökologischen Gesichtspunkten überhaupt nicht zu lösen . . .

ROWOHLT rororo-aktuell Nr. 1773, 128 S., DM 3,80

Ralph Graeub (Geleitwort von Dr. M. O. Bruker, WSL)

Die sanften Mörder

Atomkraftwerke demaskiert

I. Der Mensch mißachtet die ökologischen Gesetze.
II. Atomkraftwerke und ihre Gefahren – wer trägt die Verantwortung?
III. Wie kann der Mensch überleben?

– Ein unbequemes Buch, das mit 146 Literaturangaben belegt, daß Wissenschaft und Industrie auf dringende Fragen noch keine Antwort geben.

FISCHER-TASCHENBUCH Nr. 6241, 158 S., DM 3,80

Dr. Bodo Manstein, Prof. Dr. Werner Georg Haverbeck (WSL), Dr. Herbert Gruhl, Dr. Ewald Gaul, Holger Strohm

Atomares Dilemma

Beiträge zu den medizinischen, biologischen, umweltpolitischen, energiewirtschaftlichen, rechtlichen und ethischen Problemen durch Atomenergie.

FISCHER-TASCHENBUCH Nr. 1894, 192 S., DM 5,80

Jürgen Dahl

Auf Gedeih und Verderb – Kommt Zeit, kommt Unrat

Zur Metaphysik der Atomenergie-Erzeugung

Zwei brillant geschriebene Aufsätze zur Energie-Erzeugung aus lebensvernichtender Atomspaltung und zur Hypothek der radioaktiven Müll-Sorge, die selbst in hunderten von Jahren nicht „entsorgt" werden kann.

VERLAG LANGEWIESCHE-BRANDT, Ebenhausen 1977, 54 S., DM 4,80

Arbeitsgruppe „Wiederaufarbeitung" (WWA) an der Universität Bremen

Atommüll – oder Der Abschied von einem teuren Traum

Atommüll wird längst produziert, das Gift wird längst gelagert – eine Beseitigung ist physikalisch unmöglich. Zu all den gegenwärtigen Gefahren kommt die von niemandem zu übernehmende Verantwortung für die Zukunft: ein unheilvoller Traum.

ROWOHLT rororo-aktuell Bd. 4117, 218 S., DM 5,80

Jörg Hallerbach (Hrsg.), Andreas Buro, Klaus Traube, Robert Jungk u. a.

Die eigentliche Kernspaltung

Gewerkschaften und Bürgerinitiativen im Streit um die Atommacht

Die Konflikte zwischen neuer Ökologie- und traditioneller Arbeiterbewegung. Im Kern geht es um die Qualität des technischen Fortschritts.

Die Durchsetzungs-Strategie der Atomwirtschaft, die Arbeitnehmerinteressen und die Technik-Einschätzung der Befürworter („Was Techniker sich so einbilden") gegenüber einer neuen lebensbejahenden Basisdemokratie und Technologiekritik der Bürgerinitiativen.

Ein Buch für alle, die das Gespräch fortsetzen wollen.

SAMMLUNG LUCHTERHAND Nr. 256, 244 S., DM 12,80

Prof. Ernest J. Sternglass

Radioaktive „Niedrig"-Strahlung

(Low Level Radiation)
– Strahlenschäden bei Kindern und Ungeborenen –

Dieses Buch belegt, daß es keine untere Grenze der Gefährlichkeit von Radioaktivität gibt. Selbst die im Normalbetrieb aus Atomanlagen abgegebenen geringen Strahlungsmengen sind viel gefährlicher, als jemals vermutet wurde. Über Luft und Wasser geraten sie in die Nahrungskette und werden im Organismus angereichert.

Totgeburten, Mißbildungen geistige Schäden, Leukämie und Krebs sind die zu verantwortenden Folgen.

OBERBAUM VERLAG Berlin 1977, 142 S., DM 6,80

Arbeitskreis Umweltschutz an der Universität Freiburg

Bedrohung der Landwirtschaft durch das KKW Whyl

Klima-Auswirkung des KKW auf Landwirtschaft – Gefährdung durch Radioaktivität – Folgeindustrie und ihre Auswirkungen – Die Lage der Landwirtschaft – Weinbau – Tabakbau.

EIGENDRUCK AKU, Wilhelmstr. 15, 78 Freiburg, 78 S., DM 3,–

Holger Strohm

Friedlich in die Katastrophe

Eine Dokumentation über Atomkraftwerke

Dies ist wohl die umfassendste Zusammenstellung aller Tatsachen über den Betrieb und die wirklichen und möglichen Gefährdungen durch Atomkraftwerke.

Reihe „Politische Ökologie" – Materialien zu Umwelt und Gesellschaft.

VERLAG ASSOCIATION Hamburg, 500 S., Abb., DM 13,–

Prof. Dr. A. R. Tamplin/Prof. Dr. John W. Gofman

Kernspaltung – Ende der Zukunft?

Wissenschaftler der US Atomenergie-Kommission legen das erschütternde Ergebnis ihrer Forschung zu Langzeitschäden durch Radionuklide vor, das man gerne geheim gehalten hätte.

SPONHOLTZ VERLAG, Hameln, 272 S., DM 19,80

Roland Bohlinger

Im Namen des Volkes?

Wußten Sie, daß sich die Zahl tödlich verlaufender Leukämiefälle bei Kinder erschreckend häuft, vor allem in der Nähe von Atomspaltwerken?

Widerstandspflicht – Strafanzeigen. Dieses Buch ist eine politische und juristische Waffe mit Argumenten und Tatsachen.

VERLAG FÜR BIOLOGISCHE SICHERHEIT, 2251 Wobbenbüll, 3. Auflage, 180 S., DM 7,50

Ralph Nader/John Abbots

Tödlicher Fortschritt

Atomenergie und ihre Folgen

Der weltbekannte Verbraucher-Anwalt Nader und der Kernreaktorspezialist Abbots treten dem Mythos atomarer Sicherheit nicht nur entgegen, sondern widerlegen ihn mit einer Fülle technischer, wirtschaftlicher und politischer Details.

Aus der Einsicht, daß die Entwicklung der Atomenergie nicht mehr allein durch Warnungen unabhängiger Experten, sondern durch einen massiven Bürgerprotest aufzuhalten ist, geben sie dem kritischen Bürger eine verständliche Darstellung der gesamten Hintergründe, aber auch die Ansätze für Widerstand und menschenwürdige Entwicklung.

KINDLER VERLAG München 1978, 343 S., DM 38,–

Holger Strohm, Hrsg. mit Beiträgen von international anerkannten Wissenschaftlern wie Gofman, Tamplin, Thürkauf, Wald u. a.

Schnelle Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen

Reihe „Politische Ökologie" – Materialien zu Umwelt und Gesellschaft, Bd. 7

VERLAG ASSOCIATION, Hamburg 1977, 176 S., DM 10,–

Prof. Dr. Friedrich Wagner

Die Wissenschaft und die gefährdete Welt

Eine Wissenschaftssoziologie der Atomphysik

Wer sich mit den unbewältigten Problemen des Atomzeitalters auseinandersetzen möchte, sollte unbedingt zu diesem Buch greifen. Es dürfte kaum eine gründlichere Arbeit zur Selbstgefährdung durch Atomenergie geben. Dem gebildeten Laien werden Argumente zur Hand gegeben, die in ausführlichen Anmerkungen und Literaturangaben nachgewiesen sind. Die grundsätzliche Ablehnung der Atomtechnik durch den verantwortungsbewußten Wissenschaftler findet hier ihre schlüssige Begründung.

C. H. BECK VERLAG, München, 2. erg. Aufl. 1964, 582 S., DM 38,– (vergriffen, nur noch antqu. bei K. Winter, Jägerstr. 4, 4 Düsseldorf 1, zu DM 19,80 erhältlich)

Hans-Christoph Buchholtz, Lutz Metz, Thomas v. Zabern

„Widerstand gegen Atomkraftwerke"

Informationen für Atomkraftwerksgegner und solche, die es werden wollen.

. . . es geht um die Forderung des „mündigen" Bürgers nach Teilhabe an gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozessen. Beiträge zur Strategiefindung und Theoriebildung von Bürgerinitiativen sowie für die Kampfpraxis der Atomkraftwerksgegner.
HAMMER-VERLAG, Wuppertal, 224 S., DM 10,–

Aktionsgemeinschaft für Umweltschutz Darmstadt

KKW-Fibel für Bürgerinitiativen

Eine zusammenhängende Darstellung des notwendigen kritischen Wissens – und praktische Empfehlungen.

VSA, Berlin 1977, DM 12,–

Projektbereich Ökologie der vereinigten deutschen Studentenschaften

Atomenergie international

Atomprogramme und Widerstand in 28 Ländern

Für eine intensive internationale Kooperation müssen die Machtpositionen, die staatlichen Maßnahmen und die Widersprüchlichkeiten im Atomgeschäft aufgedeckt werden. Die nationalen Bedingungen des Widerstands sind unterschiedlich – besonders im Ostblock. Auch die Erfahrungen aus Japan oder den USA sind für uns wichtig. Berichte, Arbeitsmaterialien.
PROJEKTBEREICH ÖKOLOGIE, Ruhruniversität Bochum 1978, Postfach 102148, 4630 Bochum, 300 S., DM 13,–

Prof. Dr. D. Günter Altner

Atomenergie – Herausforderung an die Kirchen

Texte, Kommentare, Analysen. Herausgegeben unter Mitarbeit von Günter Richter.
Grenzgespräche – Band 7

NEUKIRCHENER VERLAG, 1977, 312 S., DM 10,–

Prof. Dr. Robert Jungk

Atomstaat

Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit

Noch ist es möglich, auf dem Weg ins Plutonium-Zeitalter, in die totale Anpassung, haltzumachen.
Die gesellschaftlichen Folgen wirtschaftlich-technischen Fortschritts wurden bisher von den Politikern vernachlässigt.
Nach La Hague und vor Gorleben bietet sich nur ein Ausblick: der sanfte Weg, das neue Bekenntnis zu einem bescheidenen Leben.
Mit ausf. Literaturverzeichnis, Glossar und Sachregister.

KINDLER VERLAG München 1978, 244 S., DM 19,80

Dr. Peter Weish/Dr. Eduard Gruber

„Radioaktivität und Umwelt"

Dieses hervorragende Buch stellt die vielschichtigen Wechselwirkungsbeziehungen zwischen Radioaktivität und Biosphäre sehr instruktiv dar.

GUSTAV-FISCHER-VERLAG Stuttgart 1975, DM 12,80 Neuauflage Herbst 1978

UMWELT DES LEBENDIGEN – EIN VERNETZTES SYSTEM

Dr. Markus Fritz/Dieter Teufel

100x Umwelt

In der Reihe „klipp und klar" DIE NEUE WISSENSBIBLIOTHEK mit einem Vorwort von Herbert Gruhl

Ein hervorragendes Nachschlagewerk für das unentbehrliche Grundwissen in Umweltfragen, mit übersichtlichen Grafiken, von den ökologischen Grundgesetzen bis zu den notwendigen Folgerungen, nicht zuletzt hinsichtlich der weltweiten Vergiftung durch die Atomindustrie.

BIBLIOGRAPHISCHES INSTITUT/MEYERS LEXIKON VERLAG, Mannheim 1978, 208 S., DM 17,80

Frederic Vester, Dr. rer. nat., habil., Privatdozent, Biochemiker und Leiter der Studiengruppe für Biologie und Umwelt

Unsere Welt – ein vernetztes System

Ein faszinierender Einblick in einen Bereich, der noch wenig erforscht ist. In das, „was die Welt im Innersten zusammenhält": die Gesetzmäßigkeiten von Systemen, die vom Mikrokosmos bis zum Mikrokosmos die gleichen sind. Nur wenn wir diese kennen, werden wir die Folgen unseres Tuns verstehen und richtig handeln können.
Gleichzeitig der Katalog zu einer internationalen Wanderausstellung (1978).

KLETT-COTTA VERLAG Stuttgart, 192 S., DM 15,–

Prof. Dr. Werner Nachtigall

Funktionen des Lebens

Physiologie und Bioenergetik von Mensch, Tier und Pflanze

Energiekreisläufe in der Biosphäre unserer Erde.
VERLAG HOFFMANN + KAMPE, Hamburg 1977, 335 S., DM 34,–

Prof. Dr. Kurt Egger, Dr. Jürgen Bässler, Dieter Teufel

Die Umwelt des Menschen

in der Reihe **„Wie funktioniert das?"**

Herausgegeben und bearbeitet von der Redaktion für Naturwissenschaft und Medizin des Bibliographischen Instituts Mannheim unter Leitung von K.-H. Ahlheim.
Allgemeinverständliche und fundierte Erklärungen zu allen Bereichen dieses lebenswichtigen Themas von der Atmosphäre bis zur Müllverbrennung, vom Naturschutz bis zum Atomkraftwerk.
In der Gegenüberstellung von Text und Bild werden die Wirkungszusammenhänge durchsichtig gemacht und die notwendigen Konsequenzen aufgezeigt.
Ein sehr zu empfehlendes Nachschlagewerk!

MEYERS LEXIKON VERLAG, 552 S., DM 29,80

Umwelt-Schutz-Report

Ein FREUNDE DER ERDE-Buch

herausgegeben von Holger Strohm mit Beiträgen von Prof. Dr. Paul Ehrlich, Prof. Dr. J. W. Forrester, Prof. Dr. Gerhard Kade, Dr. Max Otto Bruker, Dr. Bodo Manstein u.. a. Wissenschaftlern.
Dieses notwendige Buch entstand 1973 in Zusammenarbeit mit dem WSL – es vermittelt Informationen, die auch bis heute noch verschwiegen werden. Die Betroffenen sind wir alle.
MELZER-VERLAG Darmstadt, 380 S., DM 10,–

Prof. Dr. Bernhard Grzimek, Prof. Dr. Joachim Illies, Dr. Wolfgang Klausewitz (Hrsg.)

Grzimeks Buch der Ökologie

Unsere Welt als Lebensraum
Teil 1: Die Umwelt der Tiere

Teil 2: **Die Umwelt des Menschen**

mit Fachbeiträgen von 44 Wissenschaftlern zur Lehre von der Einheit des Lebens auf dieser Erde, der Abhängigkeit aller Lebewesen voneinander und deren Beziehungen zu ihrer Umwelt.

KINDLER VERLAG München 1973, 744 S., DM 112,–

Peter Farb

Die Ökologie

Das farbige TIME LIFE Bildsachbuch

Ökologie – die Wissenschaft, die sich mit den Lebewesen und ihren Beziehungen zueinander und zu ihrer Umwelt befaßt.
„Hoffentlich gelingt es den Ökologen, der Menschheit die Augen zu öffnen, nicht nur für das empfindliche Gleichgewicht der Natur, sondern auch für die vielen und unheilbaren Schäden, die wir täglich und überall unserem Lebensraum zufügen."
Prinz Bernhard der Niederlande im Vorwort.

ROWOHLT rororo-sachbuch LIFE Nr. 63, 192 S., DM 8,80

Prof Dr. Hans Knodel/Prof. Dr. Ulrich Kull

Ökologie und Umweltschutz

Studienreihe Biologie Band 4
Umweltschutz ist letztlich gar kein technisches, sondern ein gesellschaftliches Problem. Das wirtsaftliche Wachstum muß den belastungsgrenzen der Biosphäre angepaßt werden.
Mit Fragen Arbeitsanregungen und Literaturhinweisen als Unterrichtsbuch verwertbar.

J. B. METZLER-VERLAG Stuttgart 1974, 166 S., DM 12,–

Gerhard Winkel/Rudolf Gürtler/Arnold Becker

Unterricht Umweltschutz

Umdenken und Handeln

Herausgegeben von der Projektgruppe „Umweltschutz in der Schule"
Das Buch ist nicht nur eine für den Unterricht unentbehrliche Hilfe, es kann jedem Umweltschützer und Lebensschützer zu einem wirksamen Instrument seiner Arbeit werden.

AULIS VERLAG DEUBNER Köln 1978, 322 S., DM 28,–

Juan Senent

Umweltschutz

Von der Zerstörung der Lebensumwelt zum aktiven Lebensschutz

Das farbige Bildsachbuch zu Themen der Zeit.
Dieses Buch zeigt neben den Ursachen auch die Möglichkeiten auf, die von der Zerstörung der Lebensumwelt zum aktiven Umweltschutz führen.

ROWOHLT rororo-sachbuch Bd. 7060, 122 S., DM 6,80

Holger Strohm

Erziehung zum Umweltschutz

Arbeitsmaterialien für Lehrer und Studenten
I. Bereiche der politischen Ökologie
II. Erfahrungen anderer Länder mit dem Schulfach Umweltschutz
Einleitung von Prof. Dr. Wilfried Voigt
Reihe „Politische Ökologie"
Materialien zu Umwelt und Gesellschaft Bd. 10

VERLAG ASSOCIATION Hamburg 1977, 138 S., DM 11,–

Prof. Dr. Konrad Buchwald/Prof. Dr. Wolfgang Engelhard (Hrsg.)

Handbuch für Planung, Gestaltung und Schutz der Umwelt

Das erste deutschsprachige Hochschul-Lehrbuch für den Gesamtbereich, verfaßt von über 70 Professoren und Wissenschaftlern.
Zum ersten Mal werden hier Verfahren der Planungsmethodik, der Quantifizierung und Bewertung von Umweltbelastungen dargestellt. Dem technologisch-hygienischen Teil konnte jedoch erst voll Rechnung getragen werden nach Vorliegen des Umwelt-Gutachtens 1978 des Rates der Sachverständigen für Umweltfragen.

Band 1: **Die Umwelt des Menschen,** 288 S., DM 86,–
Band 2: **Die Belastung der Umwelt,** 449 S., DM 110,–
Band 3: **Die Bewertung und Planung der Umwelt,** ca. 500 S., DM 110,–
Band 4: **Umweltpolitik,** ca. 260 S., DM 78,–

BLV-Verlagsgesellschaft, München 40, Lothstr. 29

Profs. Max Bächer, Alexander Mitcherlich, Horst Wetterling und weitere 11 Autoren (Sozialwissenschaftler, Architekten, Mediziner, Pädagogen); Dr. Uwe Schultz, Hrsg.

Umwelt aus Beton

oder „Unsere unmenschlichen Städte"

mit Themen wie: Lärm macht krank, Kinder haben keine Lobby, Alte Menschen – hilflos?, Die grüne Großstadt . . .

ROWOHLT TB rororo-aktuell, Bd. 1497, 142 S., DM 4,80

Rachel Carson

Der stumme Frühling

Dieses Buch gab 1962 ein Warnsignal, das selbst Kennedy alarmierte. Ihre Alpträume werden leider wahr: viele Vogelarten wurden bereits durch die bedenkenlose Anwendung von Pestiziden, Herbiziden, Fungiziden u. a. wirtschaftsfördernden Giften ausgerottet. Das empfindsame Gleichgewicht der Natur wird im Interesse des Profits weiterhin mit tödlichen Giften belastet. Setzen wir diesen Kampf mutig fort!

C. H. BECK VERLAG Beck'sche Schwarze Reihe, DM 16,80

Prof. Günter Altner, Dr. Herbert Gruhl, Ernst Weichel, Dr. Frederic Vester u. a.

Landbau heute: Nahrung mit Gift

Referate einer Tagung „LANDWIRTSCHAFT IN DER ÖKOLOGISCHEN KRISE" in der Ev. Akademie Bad Boll 1977 in Zusammenarbeit mit dem Bund Umwelt- und Naturschutz Deutschland

Wenn jemand die Rechnung nicht ohne die Natur machen sollte, dann wären es die Bauern. Doch die moderne Industrie-Gesellschaft unternimmt alles, um die Natur der Maschine und der Agrochemie anzupassen. Der Konsument ist mit seiner vergifteten Nahrung ein betrogener König. Die echte Produktivität der Landwirtschaft muß wieder entdeckt werden.

FISCHER magazin brennpunkte Bd. 1862, 137 S., DM 7,80

Albert von Haller/Wolfgang von Haller

Die Wurzeln der gesunden Welt

Band 1: **Notwendigkeit und Möglichkeit angewandter Ökologie**
222 S., DM 24,–
Band 2: **Ökologie im Landbau**
Dokumentation in Bildern und Berichten
224 S., DM 36,–

Gesundheit ist unteilbar! Landbau – Waldbau – Gartenbau – Weinbau – Entwicklungshilfe ökologisch – Pflanzenernährung – Bodenleben – Bodenfruchtbarkeit – Wirtschaftlichkeit – Geräte – Vereinigungen und Institute – Literaturverzeichnis.

VERLAG BODEN UND GESUNDHEIT, 1978, 7183 Langenburg, Postfach 19

Dr. med. Herbert und Margot Stiller

Tierversuch und Tierexperimentator

In der Bundesrepublik werden täglich etwa 60 000 Tiere geopfert. Ein großer Teil davon für Versuche mit radioaktiven Strahlengiften. Diese Versuche haben für den Menschen keine wissenschaftliche Gültigkeit. Sie haben nur Alibifunktionen für Pharmakonzerne und die Atomindustrie. Diese Tiere leben und sterben bei den Versuchen unter entsetzlichen Qualen. Wer gibt uns das Recht dazu? Auch hier gibt es menschenwürdige Alternativen.

HIRTHAMMER Edition, München 1978, 101 S., DM 8,50

Hornst Stern/Gerhard Thielcke/Frederic Vester/ Rudolf L. Schreiber

Rettet die Vögel . . . wir brauchen sie

Unsere Vogelwelt ist in Gefahr. Fast 45 Prozent der heimischen Vogelarten sind vom Aussterben bedroht. Das darf uns nicht gleichgültig sein. Nie zuvor wurde so ausführlich über die Zerstörung ihrer Lebensräume in Deutschland berichtet.
Täglich fallen in der Bundesrepublik 100 Hektar freie Landschaft der Überbauung zum Opfer. In jeder Minute werden auf der Erde 20 ha Urwald endgültig abgeschlagen. „Was den Tieren geschieht, geschieht bald auch den Menschen."

Ein großartiger Bildband, 240 S., 450 Farbb., HERBIG VERLAG München/Berlin 1978, DM 20,–

Dr. Erhard Eppler

Ende oder Wende

Von der Machbarkeit des Notwendigen

Wollen wir Strukturen oder Werte bewahren? In die 70er Jahre fällt eine historische Zäsur: die Menschheit ist auf Grenzen gestoßen, von denen sie in den zwei Jahrhunderten zuvor nichts wußte oder wissen wollte.
Dieses Buch stellt sich so kräftig in unseren Weg, daß man wahrnehmen muß, was Eppler sagt.

dtv – Deutscher Taschenbuch-Verlag, München 1975, 168 S., DM 4,80

Prof. Dr. Harald Stumpf

Leben und Überleben

Eine Einführung in die Zivilisationsökologie

Diese fesselnd geschriebene strukturelle Analyse umspannt alle Bereiche der Ökologie, Biologie, Technologie, Psychologie, Ökonomie, Physik, Medizin, Hygiene, Ernährungswissenschaften und Politik. Es weist auf Gefahren, die uns bisher kaum bewußt geworden sind.
Wie sollen wir unser persönliches Leben einrichten? Wie kann die Menschheit überleben? Es geht um eine Lebensform von eminenter Dringlichkeit.

SEEWALD VERLAG Stuttgart, 292 S., DM 19,80

Helmut Ostermeyer

Die Revolution der Vernunft

Rettung der Zukunft durch Sanierung der Vergangenheit

Es zählt nur noch eine Parteinahme: für den Tod oder für das Leben. Die Ursache der heutigen Seinskrise liegt Jahrhunderte zurück. Die Revolution der Vernunft legt verschüttete Quellen des Lebens frei. Sie ist eine Revolution des Mutes und der Liebe.

FISCHER TASCHENBUCH Bad 6368, DM 6,80

André Gorz

Ökologie und Politik

Beiträge zur Wachstumskrise

Geradezu beschwörend weist der französische Philosoph und Publizist nach, daß der Wachstumspakt zwischen Gewerkschaften, Staat und Unternehmen die Krise nicht löst, sondern ihre Bedingungen nur von Jahr zu Jahr verschärft. Diese Verschwörung gegen Umwelt, Ressourcen und gegen den Menschen muß durchbrochen werden: von jedem Einzelnen. Die Aufgaben der Arbeiter- und Bürgerbewegungen sind nicht nur gesellschaftliche, sondern heute insbesondere ökologische.

ROWOHLT rororo-aktuell Bd. 4120, 138 S., DM 5,80

Prof. Günther Schwab (WSL-Ö)

Der Tanz mit dem Teufel

Ein abenteuerliches Interview (1. Aufl. 1955)

In Romanform beschreibt Schwab, wie die Menschen sich und ihre lebendige Umwelt vergiften, schädigen und zerstören – so als ob sie die von einer Teufels-Zentrale planmäßig gesteuerte Vernichtung betrieben.
Die Chance ist nicht „an etwas anderes denken", sondern einfach anders denken und leben.

SPONHOLTZ VERLAG Hameln, 12. Aufl. 1977, 496 S., DM 24,–

Holger Strohm

Umwelt-Sch-M-utz

Wir haben nur noch wenige Jahre Zeit, um unsere Welt lebensfähg zu erhalten. Nicht zu reparierende Schäden werden uns eventuell das Leben kosten.
Was kann ich tun? – Ein 60-Punkte-Programm.
Reihe „Politische Ökologie" – Materialien zu Umwelt und Gesellschaft – Band 11

Verlag ASSOCIATION Hamburg, 138 S., DM 9,–

Dr. Herbert Gruhl

Ein Planet wird geplündert

– Die Schreckensbilanz unserer Politik –

Nicht nur der Mensch bestimmt den Fortgang der Geschichte, sondern die Grenzen dieses Planeten Erde legen alle Bedingungen fest für das, was hier noch möglich ist . . .
Die politische Auseinandersetzung wird mehr und mehr zu einem harten Kampf zwischen den Zerstörern dieser Erde und ihren Bewahrern werden.
In der neuen Bewegung treffen sich letzte Häuflein von Christen mit den Ökologen, mit den Freunden der Erde, mit den Müttern, die ihre Kinder lieben – alle in der gemeinsamen Verantwortung für das Leben auf dieser Erde.

FISCHER-Taschenbuch Bd. 4006, 384 S., DM 6,80

Dr. Klaus Traube

Müssen wir umschalten?

– Von den politischen Grenzen der Technik –

Wir werden die Großtechnik nicht abschaffen können, aber wir müssen sie eindämmen. Da sie im Begriff ist, alle menschengerechten Formen des Zusammenlebens zu sprengen, müssen die Grenzen des Wachstums durch eine Begrenzung der Großtechnik akzeptiert werden. Eine demokratische Kontrolle der wuchernden Technik muß den Atomstaat verhindern.

ROWOHLT Verlag, Hamburg, 192 S., DM 18,50

Ivan Illich

Die sogenannte Energiekrise

oder **„Die Lähmung der Gesellschaft"**

– Das sozialkritische Quantum der Energie –
ROWOHLT rororo-aktuell Nr. 1763, DM 3,80

Prof. Dr. Max Thürkauf

Pandorabüchsen der Wissenschaft

– Das Geschäft mit dem Energiehunger –

Energieproduktion und Menschheit wachsen mit zunehmender Geschwindigkeit über alle Grenzen! Ist das eine die Ursache des andern? Eine globale biologische Katastrophe droht.
Atomkraftwerke sind keine Alternative.

VERLAG DIE KOMMENDEN, Freiburg 1974, 116 S., DM 17,–

Carl Amery

Das Ende der Vorsehung

Die gnadenlosen Folgen des Christentums

Die Vernichtung der Natur durch den Menschen läßt die Möglichkeit auftauchen, daß die „Geschichte des Heils" in eine Geschichte des endgültigen Schreckens umschlägt.
ROWOHLT rororo-sachubch 6874, 256 S., DM 4,80

Carl Amery

Natur als Politik

Die ökologische Chance des Menschen

Bisher hat sich der Materialismus damit begnügt, die Welt zu verändern, jetzt kommt es darauf an, sie zu erhalten. In der naturgefährdeten Rücksichtslosigkeit der westlichen und der östlichen Industrie-Systeme sieht Amery die realen Gefährdungen des Öko-Systems. Die Logik des Überlebens der Menschheit erfordert raschestmögliche Zerstörung dieser Industriesysteme und eine Politik der kleinsten Einheit. Dezentralisierung ist eine nicht diskutierbare Grundvoraussetzung und gibt uns unsere Kompetenzen zurück.

ROWOHLT rororo-sachbuch Bd. 7146, 222 S., DM 4,80

Prof. Dr. med. Dr. phil. Konrad Lorenz

Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit

Verwüstung des Lebensraums – Wettlauf des Mnschen mit sich selbst – Wärmetod des Gefühls u. a. Themen.

SERIE PIPER, Nr. 50, 112 S., DM 6,–

Prof. Dr. Friedrich Cramer

Fortschritt durch Verzicht

Ist das biologische Wesen Mensch seiner Zukunft gewachsen?

Unsere Umweltprobleme lassen sich nur dann lösen, wenn die Idee vom ewigen Fortschritt aufgegeben wird. Wir haben die Wahl zwischen Katastrophe und Verzicht, wobei wir lernen müssen, zugunsten von Kreativität und symbolischem Spiel auf „Leistung" zu verzichten.

FISCHER-Taschenbuch Nr. 3000, 240 S., DM 7,80

Daniel Bell

Die Zukunft der westlichen Welt

– Kultur und Technologie im Widerstreit –

S. FISCHER-VERLAG, Frankfurt 1977, 348 S., DM 22,–

Prof. Barry Commoner

Energieeinsatz und Wirtschaftskrise

– Die Grundlagen für den radikalen Wandel –

Der Professor für Umweltfragen Universität St. Louis und Direktor des Center for the Biology of Natural Systems kommt zu dem Ergebnis: wir müssen den Energieeinsatz von Grund auf neu organisieren. Alle Anstrengungen müssen auf die Nutzung der Sonnenenergie gerichtet werden. Atomenergie ist kein Ausweg.

ROWOHLT rororo-aktuell Bd. 4193, 249 S., DM 7,80

Bo Gunnarson

Japans ökologisches Harakiri

oder **Das tödliche Ende des Wachstums**

Eine Warnung an die überindustrialisierten Staaten

Die Quecksilber-Katastrophe: 15 000 Geschädigte in Minamata – Umweltverschmutzung japanisch – Das Recht auf saubere Luft – Plastik-Elend und Abfallberge – Durch Trinkwasser verkrüppelte Kinder – Verseuchte Ozeane – sinkende Städte – Cadmium zerstört Knochen und Nerven – Der Wahnsinn des Spritzens. Japans Zukunft ist düster! (Wie sieht unsere aus?)

ROWOHLT rororo-aktuell Bd. 1712, 140 S., DM 4,80

Carl Amery, Prof. P. C. Mayer-Tasch, Prof. K. Meyer-Abich

Energiepolitik ohne Basis

– Vom bürgerlichen Ungehorsam zu einer neuen Energiepolitik –

Die demokratischen Institutionen müssen sich neu bewähren. Nur so wird es möglich sein, das Vertrauen der Bürger und die soziale Legitimation der weiteren technischen Entwicklung zu erhalten.

Mit sozialer Phantasie ist es durchaus möglich, in diesem Bereich eine „legale Revolution" zu verwirklichen. Der einzelne Bürger muß sich beteiligen.

FISCHER – alternativ – TB Nr. 4007, 110 S., DM 5,80

Egmond R. Koch/Dr. Fritz Vahrenholt

Seveso ist überall

Die tödlichen Risiken der Chemie

Mit einem Vorwort von Erhard Eppler

Gift im Griff? Chemie – ein Segen für die Menschheit? – Störfälle in der chemischen Industrie – Die Dauerbelastung mit langlebigen Giftstoffen – Das Problem Umweltchemikalien – Ungelöste Probleme bei Transport und Lagerung – Beseitigung und Vernichtung chemischer Giftstoffe – Der sog. chemische Fortschritt – Wieviele Sevesos brauchen wir eigentlich noch?

Mit ausführlicher Dokumentation, Quellen, Zitate, Anmerkungen, Personen- und Stichwortverzeichnis

VERLAG KIEPENHEUER & WITSCH, 1978, 439 S., DM 19,80

Franz Weber

Die gerettete Landschaft

Wie ein Einzelner der Zerstörung Einhalt gebieten kann –

Engagierter Kampf und beispielloses Abenteuer eines Schweizer Journalisten, der all denen ein Dorn im Auge ist, deren Spekulationen das ökologische Gleichgewicht der Erde zerstören. „Hier vermag nur noch ein heiliger Zorn etwas auszurichten. Dieser hat eine solide Grundlage: Das gute Gewissen, nicht für sich, sondern für andere, ja für noch gar nicht Geborene zu streiten." (Herbert Gruhl im Vorwort dieses begeisternden Buches, das uns Mut macht, nicht aufzugeben!)

NYMPHENBURGER VERLAG, 320 S., DM 19,80

ALTERNATIVEN – NEUE WEGE ZUM ÜBERLEBEN

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V.

Aktionskatalog

Öffentlichkeitsarbeit, Sympathiewerbung, Presse-, Rundfunk- und Fernseharbeit.

Aktionsbasis – Infrastruktur – Lebensstil – Programm Energiesparkampagne, Einflußnahme auf Politiker, Behörden, Unternehmen, Verbände; Juristisches Vorgehen. Nichtzusammenarbeit, Zermürbung des Gegners. Bügerlicher Ungehorsam und gewaltfreie Konfrontation, Verhalten bei Aktionen des Gegners, gegenüber Polizei etc.

UMWELTWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT des BBU, Schliffkopfweg 31a, 75 Karlsruhe 21, 80 S., DM 3,50

„Dezentrale"/Schweiz

Alternativ-Kataloge 1/2/3

Eine reich illustrierte Fundgrube von Anregungen, Modellen, Erfahrungen für menschlichere, umweltgerechtere Problemlösungen. Am gesellschaftlichen Geschehen ist jeder selber mitverantwortlich. Wir sollten endlich aufhören, jegliche Kompetenz an Dritte zu delegieren. Selber anfangen gibt Mut zum Überleben!

I.
Hausbau – Gemeinschaften – Kommunikation – Transport – Recycling – 100 S., DM 12,–

II.
Energie – Landbau – Körper – Bewußtsein – Gemeinschaften – 300 S., DM 27,–

III.
Freiheit – Wirtschaft und Organisation – Andere Kulturen und Entwicklung – 200 S., DM 25,–

DEZENTRALE, Postfach 223, CH-3098 Köniz

Arbeitsgemeinschaft Umwelt (AGU) beider Hochschulen Zürichs

Umdenken – Umschwenken

Alternativen – Wegweiser aus den Zwängen der großtechnologischen Zivilisation

Ausführlicher, bebilderter Katalog zu der gleichnamigen Ausstellung (1977).

Öko-Labyrinth: Energie – Technologie – Gesellschaft – Politik. Landwirtschaft und Ernährung – Hausbau, Siedlungen.

Öko-Energie, angepaßte Technik, Kehrricht, Recycling, gesellschaftliche Alternativen, Bildung, Organerfahrung, Wasserqualität.

Kreative Ansätze für ein neues Bewußtsein und erarbeitete Modelle für ein Überleben im öko-soz. Sinn.

ACHBERGER VERLAGSANSTALT, 230 S., DM 15,–

Arbeitsgruppe Alternativen (AGA)

Schluß mit der ewiggestrigen Zukunft

Katalog zur Ausstellung UMDENKEN – UMSCHWENKEN in Wien

Hier erhalten Sie viele Interessante Anregungen für mögliche Alternativen in den Bereichen:

Bauen – Wohnen – Siedeln – Energie – Technik – Arbeit – Gesundheit – Heilkunde – Vorsorge – Gesellschaft – Erziehung – Verwaltung – Landbau – Ernährung – Landleben

mit vielen Abbildungen.

AGA Wien, Führichgasse 10/104, ca. 250 S., DM 16,–

Prof. Dr. Hartmut Bossel

Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft

Neue Leitbilder – Neue Werte

30 Szenarien. Ein Alternativ-Bericht des Öko-Instituts Freiburg.

FISCHER Taschenbuch alternativ Nr. 4010, DM 7,80

D. S. Elgin, Prof. Dr. Günter Altner, E. Goldsmith u. a.

Die tägliche Revolution

Möglichkeiten des alternativen Lebens in unserem Alltag

mit Beiträgen einer „Rückkehr zum menschlichen Maß" wie es auch Dr. E. F. Schumacher in seinem Buch „SMALL IS BEAUTIFUL" empfiehlt: Einfachheit als Lebensprinzip, Entindustrialisierung – unsere Überlebenschance, Tips für die Praxis, u. v. a.

FISCHER-TASCHENBUCH Nr. 4005, 176 S., DM 780

Gisbert Bölling

Einfach – Anders – Leben

Ein Erfahrungsbericht nach acht Jahren harter Arbeit auf dem Lande in Südfrankreich. Über Kindererziehung, Landbearbeitung, die Umwelt, das Licht und Dunkel.
Mensch sein – einfach – einfach leben. „Ich bin Teil der Schöpfung und die Erde ist meine Mutter, und das größte, was ich sein kann, ist ihr Diener".

DER GRÜNE ZWEIG Nr. 55, Werner Pieper, 6941 Löhrbach (Redaktion KOMPOST), 30 S., DM 2,50

Dr. Frederic Vester
und die Münchner Studiengruppe für Biologie + Umwelt

Das Überlebens-Programm

Eine sachliche, herausfordernde Auseinandersetzung mit dem Problem Umwelt im Industriezeitalter. Vesters Buch zeigt einen Weg, wie man die unübersehbare Fülle der einzelnen Problembereiche nach einem plausiblen Schema ordnen kann.
Endlich der Schritt zur konkreten Behandlung.

FISCHER-Taschenbuch Bd. 6274, 310 S., DM 9,80

Günter Altner, Werner Beck, Hartmut Bossel u. a.

Alternativen

Anders denken – anders handeln

Zum Selbstverständnis der Bürgerinitiativ-Bewegung
Grundwerte und Orientierung – Mittlere Technologie statt Großtechnologie – Wissenschaft und Verantwortung – Probleme und Aufgaben – Sind Bürgerinitiativen gemeinnützig? – Gutachter und Genehmigungsverfahren . . .
ÖKO 1 – Texte des Instituts für angewandte Ökologie

ÖKO-INSTITUT, Schwaighofstr. 6, Freiburg, 120 S., DM 7,90

Hans Erhard Lauer

Wie können wir überleben?

Die Krise der Zivilisation und der Weg in die Zukunft

Perspektiven der Humanität
Ein zur Lösung taugliches Konzept läßt sich nur aus der Besinnung auf die wahren Ursachen dieser fundamentalen Krise gewinnen. Es geht um die Ganzheit und Wesensstruktur des Menschen.

ACHBERGER VERLAGSANSTALT, 168 S., DM 12,–

Prof. Dr. Hans-Eckehard Bahr, Prof. Reimer Gronemeyer, Prof. Dr. Dieter Senghaas, Prof. Dr. Robert Jungk u. a.

Anders leben – überleben

Die Grenzen des Wachstums als Chance zur Befreiung.

mit Themen wie: Alternative Lebensformen in der Ersten Welt – Aufbau einer neuen politischen Kultur – Wie ist Unterentwicklung zu überwinden – Befreiende Erfahrungen von Solidarität – Partizipation und Selbstverwirklichung als entscheidende Antriebskräfte sozialen Handelns – Erste Strukturen einer brüderlichen Gesellschaft.

FISCHER-alternativ TB Nr. 4002, 192 S., DM 7,80

Ernst Fritz Schumacher

Die Rückkehr zum menschlichen Maß

– Alternativen für Wirtschaft und Technik –

„Small is beautful". Die Ökonomie als Methode der Ausbeutung und Expansion ist an ihre Grenzen geraten. Der britisch-deutsche Ökonom und ehem. Wirtschaftsmanager gilt schon heute als einer der Klassiker für eine alternative wirtschaftliche Denkweise.
Mit einem Beitrag **„Small is possible" – „Mittlere Technologie in der Praxis"** von G. McRobie.

ROWOHLT VERLAG HAMBURG, 318 S., DM 15,80

Prof. Dr. H. C. Binswanger, Prof. Paul Blau, Dr. Herbert Gruhl, Dr. Ernst Koenig, Hubert Weinzierl, Dr. Hermann Schubnell

Langzeit-Ökologie

Die Suche nach einem ökologisch-ökonomischen Gleichgewicht: als Überlebenspolitik.

NATUR & UMWELT VERLAG, 8023 Pullach 128 S., DM 5,50

Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger, Dr. Werner Geissberger, Dr. Theo Ginsburg

Der NAWU-Report

Wege aus der Wohlstandsfalle

Untersuchungen der Schweizer Gruppe „Neue Analysen Wirtschaft Umwelt" (NAWU)
Unserer Generation bleibt die Chance, durch die politische Aktion die soziale Wirklichkeit mit den ökologischen Voraussetzungen auf dem Raumschiff Erde in Einklang zu bringen
Wir müssen unsere Vorstellungen über die industrielle Massenproduktion das Geld, die Eigentumsformen – und unsere Art, miteinander zu leben – von Grund auf neu überdenken

S. FISCHER Frankfurt 1978, 336 S., mit Tab., Illustr. und Literaturhinweisen, DM 28,–

Dipl.-Ing. Karl Werner Kieffer – Stiftung Mittlere Technologie – Stiftung Ökologischer Landbau

Konsequenzen der Krise

Manager vor alternativen Überlegungen

Knappheitspreise auf dem Rohstoff- und Energiesektor. Konsequenz: Die Forderung nach einer tiefgreifenden Umstrukturierung unserer Wirtschaft in Richtung auf hochqualifizierte, aber arbeitsintensive Technologien. Neues Denken in Kreisläufen. Dezentralisierung. Im Mittelpunkt allen alternativen Denkens müssen jedoch mehr als bisher die Menschen und die ganze Biosphäre stehen. Der neue Unternehmer muß diese Fähigkeit zur Strukturveränderung haben.

VERLAG C. F. MÜLLER, Karlsruhe 1978, „Alternative Konzepte" Bd. 24, 108 S., DM 18,–

Prof. Dr. Herbert Bruns

Wie schütze ich mein Leben und meine Gesundheit

400 Ratschläge für umwelt- und lebensschutzgerechtes Verhalten

Unsere Lebensgrundlagen sind bedroht und vergiftet – Was heißt Lebensschutz? – Schutz und Erhaltung der Biosphäre und ihrer Lebewesen – Schutz vor oder gegen Umweltschäden und Umweltgefahren – Lebensführung – Allgemeine Grundsätze – Literaturhinweise

BIOLOGIE VERLAG Wiesbaden, 2. Aufl., 80 S., DM 9,–

Dr. Dipl.-Ing. Ruedi Müller-Wenk

Die ökologische Buchhaltung

Ein Informations- und Steuerungsinstrument für umweltkonforme Unternehmenspolitik

Dieses Buch zeigt den ersten praktisch realisierbaren Vorschlag für eine systematische Erfassung und Steuerung der Umwelteinwirkungen eines Unternehmens. Mit dem Konzept einer ökologischen Buchhaltung auf einzelwirtschaftlicher Ebene wird ein Instrument vorgeschlagen, welches das Wachstum der Unternehmen auf einen Bereich zu beschränken ermöglicht, innerhalb dessen die als zulässig erachteten Umweltbelastungen noch nicht überschritten sind.
Herausgegeben von der STIFTUNG GESELLSCHAFT UND UNTERNEHMEN (Prof. Dr. Meinolf Dierkes)

CAMPUS VERLAG, Frankfurt 1978, 120 S., DM 22,–

Amory B. Lovins

Sanfte Energie

(Soft Energy Paths toward a durable Peace)
Das Programm für die energie- und industriepolitische Umrüstung unserer Gesellschaft

mit einem Vorwort von Klaus Traube und einer Resolution der FRIENDS OF THE EARTH zur Energiepolitik
Lovins bündelt alle sozialen, technischen, ökonomischen, aber auch philosophischen Aspekte des nicht „harten" expansiven energiepolitischen Weges – ähnlich wie E. F. Schumacher.

Teil I: Konzepte – Teil II: Zahlen – Teil III: Wege zu einem dauerhaften Frieden in nicht nuklearer Zukunft.
„Mit der Kernenergiepolitik erlebt Deutschland seine größte politische Katastrophe seit dem 2. Weltkrieg. Die sog. Zivil-Kernindustrie baut gerade die Gesellschaft auf, die durch Atomwaffen-Abschreckung verhindert werden sollte."

ROWOHLT VERLAG Hamburg, 1978, 352 S., DM 19,80

Norbert R. Müllert/Freimut Duve (Herausgeber)
Reihe „Technologie und Politik" Band 11

Sanfte Technik

Veränderungschancen in der Industriegesellschaft – Was können wir tun, was können wir lesen?

Praxis: Gruppen und Projekte in Selbstdarstellungen – Medien – Recycling: Altpapier – Die Stiftungen „Mittlere Technologie", „Ökologischer Landbau" – Gegen-Architektur – Tvind-Wind-Energie – Dezentrale Wärme-Kräfte-Kopplung – Bastelbogen praktischer Alternativen – IPAT entwickelt Windpumpen für die Dritte Welt – Internationale Bibliographie.

ROWOHLT rororo Nr. 4273, 260 S., DM 7,80

Enzyklopädie der Zukunft – Bd. 1

Eine Anstiftung zur praktischen Zukunftsgestaltung

Herausgegeben von Robert Jungk, Rüdiger Lutz, Norbert R. Müller, Bernhard Ziegler
Was sich bereits als handlungsorientierende Vorstellungen in der Bürgerinitiativbewegung niedergeschlagen hat, findet hier ebenso seinen Raum, wie auch die längerfristigen Perspektiven, die sich auf dem Wege zu einer freien Welt von morgen schon zeigen. Die Hoffnungen der Menschen können nur durch das Handeln selbst eingelöst werden.
Ein wichtiges Kompendium.

IVA Initiative Verlagsanstalt, Tübingen 1978, 310 S., DM 22,80

Prof. Dr. Willis W. Harman

Gangbare Wege in die Zukunft

Zur transindustriellen Gesellschaft

Mit einem Vorwort von Robert Jungk und einem Manifest von Ivan Illich.

Der Direktor des Center for Study of Social Policy Stanford ist ein mutiger Humanist und Zukunftsforscher. In diesem anregenden Buch wendet er die Methoden der Zukunftsforschung an, um die gangbaren Wege zu finden, auf denen wir uns selbst und unser Bild von der Menschheit verändern können: Strategien aus den verflochtenen Dilemmas von heute für eine lebenswerte Zukunft. Er vermittelt einen erregenden Blick auf eine mögliche Weltordnung, die auf zwei neuen Ethiken beruht: Ökologie und Selbstverwirklichung.

VERLAG DARMSTÄDTER BLÄTTER, 1978, Haubachweg 5, 6100 Darmstadt, 236 S., DM 25,–

Lindisfarne Association Long Island

Antwort der Erde

Wegweser zu einer planetaren Kultur

Das Bild der ganzen Erde – vom Weltraum gesehen – und das Wiedererwachen religiöser Suche verwandeln das Bewußtsein – Wahlgemeinschaften in der Stadt und auf dem Land – Im Übergang zu erneuerbaren Energiequellen wandelt sich die Architektur zu energietransformierenden Hüllen – Dezentralisation und Einheit sind kein Widerspruch. Welche Alternativen der Weltordnung gibt es jenseits der Nationalstaaten? Die Menschheit beginnt, ihre Einheit und ihren Platz innerhalb der gesamten lebenden Natur zu erkennen. Statt Ausbeutung wird Ehrfurcht die Beziehung der Natur bestimmen. – Die Arbeit an der gesellschaftlichen Veränderung hat ihre Wurzeln in der inneren Veränderung des Einzelnen.

AHORN VERLAG München, 1978, 240 S., mit Fotos, DM 24,–

Ernest Callenbach

Ökotopia

Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahr 1999

Seit seiner Unabhängigkeit 1980 hat Ökotopia – die ehemaligen Weststaaten der USA – in Isolation gelebt. Jetzt kommt der erste Besuch, der Reporter W. Weston, durch Vereinbarungen auf höchster diplomatischer Ebene.
Callenbach hat hier die in aller Welt erdachten oder versuchten Möglichkeiten alternativen Lebens zusammengetragen. Das Buch ist nicht nur hochspannende Science Fiction, sondern Projektion der Realität, denn wir müssen uns bewußt machen, daß – aber auch wie – unser Bild von der Zukunft die wichtigen Entscheidungen von heute beeinflußt.

ROTBUCH VERLAG Berlin 1978, 224 S., DM 12,–

BEWUSST WERDEN – WANDEL ZU NEUEM SEIN

Prof. Dr. Werner Georg Haverbeck, Präsident des WSL-D

Die andere Schöpfung

Technik – ein Schicksal von Mensch und Erde

Es ist lebensnotwendig, nach dem Wesen und Sinn der Technik zu fragen. Wer das Wesen der Technik verstehen will, muß den Menschen zu erkennen suchen. Jeder Bürger, der Anspruch auf Mitbestimmung und individuelle Freiheit erhebt, trägt die Verantwortung für unsere zukünftige Existenz.

Robert Jungk: „Das Werk von Werner Haverbeck hat mich angeregt zu neuen Einsichten und zur Auseinandersetzung. Daß sich der Autor über die notwendige Kritik hinaus bemüht, eine positive Veränderung der Technik geistig einzuleiten, erscheint mir besonders wichtig. Er gehört damit zu den geistigen Vätern einer Wende, die herbeizuführen mit jedem Tage dringender wird."

VERLAG URACHHAUS Stuttgart 1978, 400 S., DM 32,–

Johannes Hemleben

Das haben wir nicht gewollt ...

Sinn und Tragik der Naturwissenschaft

Der Autor spannt den Bogen der Betrachtung über die ganze Geschichte der Wissenschaft von Natur und Mensch: von Pythagoras über Kopernikus, Newton, Goethe, Humboldt bis zu den Materialisten der Atomphysik und Genetik mit ihren katastrophalen Folgen.

VERLAG URACHHAUS, Stuttgart 1978, 314 S., DM 32,–

Prof. Dr. Erich Fromm

Haben oder Sein (To Have or to Be)

– Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft –

Zwei Arten der Existenz streiten um die Seele der Menschen: der Modus des HABENS, der sich auf materiellen Besitz konzentriert, auf Gewinnsucht, Macht, Aggression – verursachend Gier, Neid und Gewalt.

Der Modus des SEINS gründet sich auf Liebe, auf die Lust zu teilen und sich in wesentlicher – nicht verschwenderischer, sondern schöpferischer – Tätigkeit auszudrücken.

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT, Stuttgart, 212 S., DM 24,–

Dr. med. Lothar Vogel

Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus

Sozialanthropologische Studien zum Kultur-, Rechts- und Wirtschaftsleben

Die soziale Krise wird zur Bewußtseins- und Lebenskrise jedes Einzelnen. Einzig auf sein Individuelles Ich gestellt, tritt er von neuem den Weg in die Zukunft an. Die Freiheitserfahrung wird zur Existenzfrage. Ohne diesen Maßstab sind alle sozialen Reformen auf Sand gebaut – die drohende Alternative ist dann die vollkommene Technokratie.

FRAGEN DER FREIHEIT, Eckwälden 1973, 378 S., DM 25,–

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe LSI mit Adreß-Büchern, Literatur zur Gesundheit, Zeitschriften, Informationsschriften, Filme, Schallplatten, Aufkleber u. v. a.

LEBENSSCHUTZBEWEGUNG

Veranstaltungen und Seminare

– Erstes Quartal 1979

5.–7. Januar

„Notwendigkeiten des Umwelt- und Lebensschutzes 1979"

Fazit der Bemühungen um Zusammenarbeit in der Ökologiebewegung IV/1

8.–11. Januar

„Alternative Lebensformen"

Praktische Möglichkeiten für ländliche Wohngemeinschaften VII/1

12.–14. Januar

„Bürger planen Umwelt"

Das Modell Planungszelle von und mit Prof. Dienel, Wuppertal IV/2

27.–28. Januar

„Entspannung im Alltag"

Yoga, rhythmische Bewegung und meditativer Tanz V/1

5.–8. Februar

„Alternative Wirtschaftskonzeption"

Wie löst eine ökologisch orientierte Volkswirtschaftslehre die heutigen gesellschaftspolitischen Probleme? mit Prof. Binn, Düsseldorf IV/3

10.–11. Februar

„China-Report XVI"

Lu Hsün, Schriftsteller und Denker zwischen dem alten und neuen China – Zeuge eines weltgeschichtlichen Umbruchs IV/4

17.–18. Februar

„Entspannung im Alltag"

Yoga, rhythmische Bewegung und meditativer Tanz V/2

20.–23. Februar

„Landwirtschaft und Umweltverantwortung XVII"

„Qualitätsbestimmungen" – Das Lebensmittel aus der Sicht von Produzent, Konsument und Medizin III/1

24.–25. Februar

„Seminar für Kleingärtner"

Dein Garten – Gesunde Ernährung und Naturverstehen III/2

27. Februar bis 1. März

„Macht Euch die Erde untertan . . .!"

Ist das Christentum verantwortlich für Kapitalismus und Umweltzerstörung? VII/2

16.–18. März

„Geisteswissenschaftliche Hintergründe der Atomenergie" XI

III/3

19.–22. März

„Ökologie im Unterricht"

Didaktische Dimension und schulische Aufgabe IV/5

23.–25. März

„Alternative Technologie"

Energieanlagen zum Selbstbau III/4

30. März bis 1. April

„Die Jahrhundertfrage: Zurück oder vorwärts zur Natur?"

Kritische Betrachung der letzten 50 Jahre IV/6

Einzelprogramme bitte anfordern beim COLLEGIUM HUMANUM Akademie für Umwelt und Lebensschutz, 4973 Vlotho-Valdorf, Ruf 0 57 33-26 80.

Das delikate Ur-Brot

Einfach: Roggenschrot, Wasser und Salz, das ist die ganze Rezeptur. Und dazu ein Batzen Sauerteig.

Sauber: Korn aus biologischem Anbau, d. h. ohne Spritzung und ohne chemischen Dünger. Und auch beim Backen gibt es keinerlei Zusätze.

Schmackhaft: Die schonende westfälische Backweise (bei nur 95° C) läßt sogar den nußartigen Eigengeschmack des Kornschrotes weitgehend unversehrt. Das Brot wurde zur internationalen Delikatesse.

Und sogar haltbar! Das ist der Beitrag unserer Generation: Eine Vakuumpackung, die das Brot so bewahrt, wie es gebacken wurde, monatelang, ohne Zusätze und Behandlung. "Frischbrot auf Abruf", solange die Verpackung dicht ist.

Bioland® Brot MODERSOHN

Wo Sie das Brot nicht bekommen, schicken wir es Ihnen per Post.

Bestellen Sie ein 9-Pfd.-Paket (frei Haus u. Zust.) aus biologischem Anbau: 9x1,90 DM (17,10 DM) od. aus normalen Anbau: 9x1,40 DM (12,60 DM)

Modersohn, 4780 Lippstadt/Westf., Südertor 15/17

Körperliche Arbeit bewahrt vor Herzerkrankung

Regelmäßig harte körperliche Arbeit halbiert das Risiko von Herzerkrankungen. Das ist das Ergebnis einer 22jährigen wissenschaftlichen Beobachtung kalifornischer Hafenarbeiter. Die Ursache: Körperliche Arbeit, die Herz und Kreislauf aktiviert, verstärkt zugleich die Funktionsfähigkeit dieser und anderer Organe. Entscheidend ist dabei die Regelmäßigkeit der körperlichen Betätigung. Der Versuch ergab, daß Männer mit leichterer Arbeit ein dreifach höheres Risiko an Herzanfällen laufen als Schwerarbeiter. Das Risiko verzwanzigfacht sich, wenn Mangel an körperlicher Arbeit mit überhöhtem Zigarettenkonsum und erhöhtem Blutdruck zusammentreffen.

In einem weiteren amerikanischen Versuch wurde sogar nachgewiesen, daß körperliche Tätigkeit schlaffe, kränkliche Menschen zur vollen Gesundheit zurückbrachte, vor allem durch eine Stärkung des Herzmuskels.

Quelle: Ärzteblatt Baden-Württemberg, 3/78
Referat Öffentlichkeit, Diagnosen 15. 8. 78

Gesundheit und Erholung

– AUSLAND –



Ruhe — Erholung — Genesung

Im Diät- und Kneippsanatorium Dr. Feldermayer A-6793 Gaschurn/Montafon, 996 m, Österreich

Heilfasten, Darmbehandlung nach Dr. F. X. Mayr, vegetarische Vollwerternährung, Kneippkuren, Heilmassagen (Schnitt'sche Atemmassage, Fußpunktreflexzonenmassage, Bindegewebsmassage), finn. Sauna, naturgemäße Ganzheitsbehandlung, gepflegte Atmosphäre, Konzerte, Vorträge. Geöffnet von Mitte Dez. bis Ende Okt. Telef. 0043/5558/617, Telex 52 145 sanfel a

– INLAND –

9 erholsame, schöpferische Fortbildungstage
mit Wanderungen, moderner Vollwerternährung, autogener Entspannung

5 Kurstage „Moderne Vollwerternährung"
in Theorie und Praxis

Anfragen: Gesundheitszentrum Dr. D. Geißler
Postfach 349 – 3353 Bad Gandersheim – Telefon 0 53 82/17 28

Fitness u. Regeneration durch Entschlackung mit Kneipp-Lehm- und Schlenzbäder
Diät-, Fasten-, Schroth- u. **Mayr-Kuren.** Blutegelbehdlg., Indv. Behdlg. d. Wirbelsäulen, Gelenk-, Krampfader-, Geschwulst-, Durchblutungs-, Verdauungs- u. Stoffwechselerkrankungen. Regenaplex-Zellulartherapie.

Geschw. Hollingshaus, Telefon 0 64 34/89 66
Kurheim „Brigitta", Telefon 0 64 34/83 84
Hausprosp. Ltg. Arzt f. Naturheilverf. Kneippheilbad, 6277 Camberg/Ts.

Die Freie Kunst-Studienstätte Ottersberg

nimmt Gäste auf, die für beliebig lange Zeit zu ihrer *Freude* oder *Erholung* malen, zeichnen oder plastizieren möchten. Ebenso sind in unserem *Therapeutikum* noch Gastplätze frei (Ärztliche Versorgung möglich). Verlangen Sie bitte Prosp.

Freie Kunst-Studienstätte, Am Wiestebruch 66–68
2802 Ottersberg 1, Telefon 0 42 05/5 96

Erholung

Veg. Kost, Ruhe
Waldhaus Lange-Altfeld
5779 Eslohe-Oberbremscheid Hochsauerlandkreis

Kurpension Haus Gaab

D-7744 Königsfeld, Telefon 0 77 25/75 34
Ruhige Lage am Waldesrand und Kurpark. Christl. Haus. Gepflegte, komfortable Unterbringung. Attraktive Küche mit versch. Menüs.
Wir verneinen Evolution, bekennen Jesus Christus als Herrn und einzige Alternative zu allen Weltproblemen. Tägl. pers. Stunde, Seminare. Suchen Sie Antwort auf offene Fragen? Probieren Sie es doch einmal mit der Bibel! Wir haben es gefunden.
Ihre Fam. Werner und Edith Gaab.

Urlaub in Vollpension oder komfortabler Ferienwohnung

BAUCKHOF

2124 Sottorf-Amelinghausen, Lüneburger Heide,
Tel. 0 41 32/10 21
Demeter-Nahrung aus dem eigenen biologisch-dynamischen Hof, neuzeitliche Ernährung – veg. Kost – Diäten – Bäder – Massagen.

Haus auf der Wacht

oberhalb der Felsenpartien des Donaudurchbruches in reizvoller Höhenlandschaft der Schwäb. Alb. Veget. Vollwertkost Massagen u. a. Heilbehandlungen. Ruf Beuron (0 74 66) 3 64. Fam. M. Hald, **7201 Irndorf, zwischen Sigmaringen u. Tuttlingen. – Wandern, Ruhen, Erholen, Gesunden**

Alpensee-Sanatorium Trumpp

beihilfefähig – Arzt für Naturheilverfahren
Individuelle Betreuung in familiärer Atmosphäre während einer Kur, die Herz u. Kreislauf stärkt, die Sie mit jeder Diät verwöhnt, die Ihnen mit gemeinsamen Spaziergängen und Fahrten, mit Vorträgen u. Musikabenden zu dem gewünschten Kontakt verhilft.
Wir sind besonders eingerichtet, die 7 Risikofaktoren des Herzinfarktes abzubauen mit Saft-fasten, Atem- und Bewegungstherapie, biologischer Kost und anderen Therapiemöglichkeiten (HOT, Akupunktur etc.). Wir leben in herrlichster Voralpenlandschaft mit Blick auf den See und die Berge, mit sehr großer Liegewiese und direktem Zugang zum Wald und eigenem Badestrand.
Zimmer mit WC, Dusche und Telefon.
Bitte Prospekt anfordern.
8959 Hopfen am See bei Füssen im Allgäu – 800 m ü. d. M.
Telefon 0 83 62/5 11-13

Diäthelm Winter, 7744 Königsfeld, Postfach 60

Modernes, ruhiges Haus mit allem Komfort für Erholungssuchende, heilklimatische, schöne Lage. Bircher-Benner-Verpflegung, Demeter-Produkte. Telefon (0 77 24) 75 04

KNEIPP-SANATORIUM v. Thümen/Teutoburger Wald
Ärztl. gel. biol. Erneuerungskuren, bes. bei Schilddrüs.- und Bandscheib.-Erkrank., Skoliosebehandl., Fußsanierung., Rheuma, Herz/Kreisl., Galle/Leber-, Bronchien-, Schlafstörg., Erschöpf., Migräne, Krampfadern, off. Beinen, Diabetes, Heildiäten (Demeter-Erz.) Akupunktur, man. Lymphdrainage – Dauerbrause – künstlerische Therapie. Pauschalkuren ab 1 218,– DM, beihilfefähig.
493 Detmold 17 – Hülsenweg 13 – Telefon (0 52 31) 8 85 35

Ferien am Edersee. Ferienwohnungen in Bringhausen für 2 bis 4 Pers., idyll. Lage, beste Ausstattung, Terrasse, Liegewiese, preisgünstig zu vermieten. Lensch, Hugo-Wolf-Str. 18, 6700 Ludwigshafen-Oppau, Tel. (06 21) 65 24 86.

Kurheim für Naturheilwesen AM VOGELSTOCK
6741 Vogelstockerhof (über Landau/Pfalz)
Moderne Ganzheitsbehandlung – biol.-veget. Vollwerternährung – Entgiftung – Entschlackung – Regeneration – Prospekt Telefon (0 63 45) 5 53

Kur Hickethier

die große Erholung auch für Nerven und Augen.

Veg. Erholungsheim L. Depke
5421 Kemmenau, Telefon 0 26 03 / 21 41.

Gesund durch makrobiotische Vollkost und Meeresschlickbäder. Kurpension **Dr. W. Henning, 2242 Büsum (Nordsee),** Hummergrund 4–6.

KURHEIM SONNENBLICK 600 m ü. M.
Bad Liebenzell-Unterlengenhardt, Joh.-Kepler-Straße 19
Telefon 0 70 52/5 87
Ruhe u. Erholung, gesunde Ernährung, Diäten, eigene Demetergärtnerei, ärztl. Behandlung auf Wunsch, Massagen, Inhalationen, Thermal-Badekuren.
Besitzer: Ludwig Heim und Dr. med. Elisabeth Heim-Will, Badeärztin u. Fachärztin für innere Medizin.

W a e r l a n d - S a n a t o r i u m

HAUS FRIEDBORN

über 7880 Säckingen, Postfach 205, Tel. Rickenbach (0 77 65) 2 40 und 5 70

25 Jahre Erfahrung in:

Naturheilverfahren (Naturheilarzt im Hause)
Ernährungs- und Fastentherapie (Obst u. Gemüse aus biol. Anbau)
Atem- und Bewegungstherapie (Grelm'sche Zielübungen in würziger und staubfreier Schwarzwaldluft)
Massage-, Bäder-, Dauerbrause-, Kneipp-Therapie (gesch. Therapeuten)
50 gesundheitsfördernd eingerichtete Komfortzimmer
Beihilfefähig (staatl. anerkannte private Krankenanstalt)

Gesundheit und Erholung im Odenwald

Haus Hasenruh ab 1. Oktober d. J. Odenwaldlage – mit angeschlossener Naturheilpraxis (alle priv. Kassen). Regeneresen n. Prof. Dyckerhoff, Akupunktur, Eigenblutbehandlg., Ozonbehandlg., physikalische Anwendungen. Prospekt/Auskunft: E. Schwerdtner, 6949 Hartenrod üb. Waldmichelbach/Odenwald.

Geschäftliche Empfehlungen

SCHACH DEN ZIVILISATIONSKRANKHEITEN

Verschaffen auch Sie sich Höhenluft in Ihren Räumen mit in- und ausländischen pat. Klimaleuchten.

Näheres: A. Hornig, Bio-Med-Electronic
8991 Achberg/Duznau bei Lindau/B.
Telefon (0 83 80) 5 58

LOHELANDSTIFTUNG

Gymnastikseminar

Berufsausbildung zur Gymnastiklehrerin (-lehrer) päd.-künstlerisch-pflegerisch orientiert. 6 Semester, staatl. Abschluß, Wohnheim, Aufnahme ab 18 Jahren. April und Oktober

Ferienkurse für Erwachsene, Jugendliche, Kinder.

6411 Künzell 5, Loheland, Telefon (06 61) 69 09

Donath-Vollgetreide

aus biologisch-dynamischer und organisch-biologischer Landkultur von 55 Höfen und Erzeugnisse daraus im Reformhaus

Donath-Mühle

8939 Stockheim bei Bad Wörishofen

Privatklinik Staudach

8217 Staudach/Chiemgau, Hardergasse 26, Tel. 0 86 41/20 81 Frischzellentherapie nach Prof. Niehans (keine Eis- oder Trockenzellen). Biologische Behandlung nach Dr. Feldweg u. a. bei Athrosen. Durchblutungsstörungen, Glaukom, Depressionen, Kreuzschmerzen usw. Steinach'sche Operation bei Prostatabeschwerden. Operation bei Sehnenverkürzung der Handfläche. Bruchbehandlung ohne Operation. Gratis-Prospekte. Ärztliche Leitung.

STOFF NATURTEXTILIEN

Wir verkaufen Naturtextilien aus Jute, Baumwolle, Leinen und Wolle, ohne sythetische Beimischungen und ungefärbt. Geeignet für Kleidung, Wandbespannung und -behang, für Bezüge, Taschen, Tischtücher, Vorhänge, Zelte und vieles andere.
Prospekt bei **Anita Pletsch, Gut Neuhof 36, 6301 Leihgestern** Telefon 0 64 03/16 51

INSTITUTION GANYMED 6000 FRANKFURT/M-90

Ruf 06 11/78 39 70 Breitlacher Straße 55

Nutzen Sie die *schöne Möglichkeit* unserer SKIFREIZEIT bei *idealen* Schneeverhältnissen an einem wirklich *märchenhaften Platz* im *Steinberghof* zu *Werfenweng/Österreich.*

Auch Langlauf/Schneewandern. Schmackhafte Vollwertkost!
Zeit: 20. 1.–3. 2. 1979 – DER-Sonderzug –

Dem Ernst des Lebens auch die heitere Seite gegenüberstellen: FASCHINGSTREFFEN *mit buntem Programm* im Fritz-Emmel-Haus zu *Kronberg* bei Frankfurt/Main.
Zeit: 24.–25. 2. 1979.

GESELLIGE FREIZEIT *10.–23. 6. 1979 am Annaberg* zu Wienerbruck mit vielerlei Möglichkeiten.

FINNLAND-FREIZEIT *zu Luontole* mit Finnjet *8.–27. 8. 1979.*

Bitte Merkblatt zukommen lassen!

Cembali

kunsthandwerklich gearbeitet unter Anlehnung an historische Instrumente.

Fideln – Kantelen
preisgünstig direkt aus der

Werkstätte Rudolf Schüler
In der Breite 8, 7801 Umkirch, Telefon 0 76 65/66 68

Naturtextilien Schmuck Mineralien

Verl. Sie bitte unseren **Versandkatalog**

neuman

CH-4143 Dornach (Schweiz)
Herzentalstr. 40, Tel. 0 61/72 38 28
Versand auch ins Ausland!

Livos

Pflanzenfarben für Pädagogik, Kunst und Therapie
Aquarellfarben, Knetwachs, Wachslasurstifte, Märchenwolle, Farbpflanzen und Extrakte

Holzveredelungs- und Pflegemittel
naturreine Wachse, Lacke, Öle

Natürliche Wandfarben
aus edlen Substanzen für den Innenraum

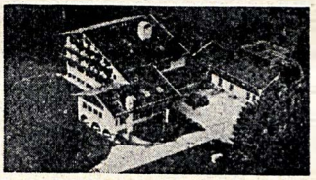
LIVOS GmbH u. Co. KG., Neustädter Straße 23/25
D-3123 Bodenteich, Telefon 0 58 24/13 44

Camphill Werkstätten GmbH Lehenhof
(Früher Produktionsbetriebe Lehenhof)
7774 Deggenhausertal 2 - Wollwäsche Werkstatt

Wir stellen in unserer Wollwäsche-Werkstatt Unterwäsche und Pullover aus
100 % reiner, naturbelassener Merino-Schurwolle
für Babys, Kinder und Erwachsene her.

Falls Sie interessiert sind, fordern Sie bitte unsere Preisliste an.

STAHMER-SCHULEN, 8213 Aschau/Obb.



Wohn- u. Studienheim
Telefon (0 80 52) 4 49
Haushaltungs- und Kinderpflegerinnen-Schule – auch Haushaltungskurzkurse – Fachakademie für Sozialpädagogik Sekretärinnenschule bis Fremdspr.-Europa-Sekretärin Staatl. Zuschüsse

HANDGEARBEITETE PUPPEN aus Naturmaterial (Schafwollfüllung). Bitte Prospekt anfordern. Frauke Bocksch, Waldstraße 18, 2262 Leck-Klintum, Telefon 0 46 62/8 74.

Bauckhof-Postversand

DEMETER

Schlüssel zum gesunden Leben
bietet an: Wurst- und Fleischwaren, Mehl Grieß, Getreideflocken, Teig- und Backwaren, Kaffee, Sirup, Obstsäfte, Gemüsekonserven, Trockengemüse, Kindernährmittel, Kosmetika und Elixiere der Wala.
Verlangen Sie die Preisliste vom
Bauckhof, 3111 Klein-Süstedt
Telefon (05 81) 34 35

VERLAG GRUNDLAGEN UND PRAXIS GMBH & CO.
Wissenschaftlicher Autorenverlag KG. Bergmannstr. 40,
Postfach 1507, Tel. 0491/61886

F. Asbeck, *Naturmedizin in Lebensbildern,*
382 S., mit Bildern, 1978 DM 30,–
1979 DM 35,–

K. Kötschau, *Naturmedizin - Neue Wege, Mensch und Natur sind ein Ganzes,*
182 S., Einführungspreis DM 17,–
1979 DM 25,–

BUCHHANDLUNG FREIES GEISTESLEBEN, STUTTGART

Ihre Bücherwünsche

erfüllen wir postwendend und zuverlässig.

Neben einem vollständigen Lager der anthroposophischen Literatur führen wir ein breitgefächertes Angebot aus den folgenden Gebieten: Archäologie - Asien - Jugendbücher - Kunst - Literatur - Naturwissenschaften - Mythologie und Märchen - Philosophie - Vor- und Frühgeschichte - Geographie und Völkerkunde.

Wir kaufen stets gebrauchte und alte Bücher.

BUCHHANDLUNG FREIES GEISTESLEBEN
7000 Stuttgart 1
Postfach 728 - Alexanderstr. 11 und Rotenbergstr. 4 - Tel. 07 11/24 04 93
Buchhandlung - Antiquariat - Versand

„Der Tanz mit dem Teufel" von Günther Schwab ist ein **zutiefst revolutionäres Buch,** weil es alle Probleme an der Wurzel faßt, die im Verhalten des einzelnen ankert, und weil es keine Lösung sieht als in einer Umkehr von Grund auf."

Der Tanz mit dem Teufel

492 Seiten. öS 174,–, DM 24,–, sfr. 29,–

In allen guten Buchhandlungen

Der Gemeinnützige Verein für Lebenskunde,
Postfach 6, A-5033 Salzburg, Österreich,
besorgt Ihnen dieses Buch durch eine Buchhandlung mit einem Autogramm des Autors

Verlag Adolf Sponholtz, Hameln

Schach dem Krebs, Diabetes, Gallensteine

Näheres: **Martin Bilgerle, 899 Lindau (B.), Postfach 1106**

Gesundheitsbedarf

Nach 10jähriger Arbeit in der Naturheilkunde haben wir mit Freunden aus der Ärzte- und Heilpraktikerschaft erstmalig ca. 1700 Artikel naturgemäßer Lebensweise zusammengefaßt: Bettwaren · biol. Gartenbedarf · Filzschuhe · Gesundheitsliteratur · Gesundkost · Kur- und Fitnessbedarf · Naturkosmetik Naturtextilien · Reformküchengeräte Umwelt- und Lebensschutz
Gesundheitskatalog üb. ☎ 02122-73316
BILDUNGS- UND GESUNDHEITSZENTRUM
Heilpraktikerschule · Naturheilpraxis
Dipl.-Kfm. R. Hardt · Heilpr. Ch. Hardt
Waldhof Krüdersheide - 5650 Solingen 11

Ein gesunder Garten durch

Gärtnern ohne Gift!

Wir sagen Ihnen wie man das macht!

Sie erhalten ausführliche Unterlagen gegen Voreinsendung von DM 2,50 in Briefmarken.

Keine kranken Tomaten
Möhren ohne Möhrenfliegen
Äpfel ohne Schorf
Qualitätskartoffeln aus eigenem Garten
Obst und Gemüse von feinstem Aroma
Rosen ohne Mehltau
und vieles andere mehr

Gleichzeitig empfehlen wir Ihnen das hervorragende Fachbuch:
„Gärtnern, Ackern – ohne Gift" von Prof. Alwin Seifert
mit vielen Abbildungen, – 210 Seiten DM 12,80
Unsere Bücherliste „Biologischer Garten" erhalten Sie gratis.

Ernst-Otto Cohrs
Lebenfördernde Pflegemittel für Boden, Pflanze und Tier
213 Rotenburg/Wümme, Postf. 1165, Am Bahnhof, Ruf (04261) 3106

Kurt Eggenstein

DER PROPHET JAKOB LORBER

verkündet bevorstehende Katastrophen und das wahre Christentum

Die Menschheit wird zunehmend von Unruhe und Sorge ob der bedrohlichen Veränderungen in allen Bereichen des Daseins und nicht zuletzt auch in der Natur erfüllt. Viele denkende Menschen fragen sich, ob in der beunruhigenden Entwicklung ein Trend zu einer unheilvollen Zukunft liegt. Es gibt eine nachweisbare echte Prophetie, die Aufschluß gibt, was „nahezu 2000 Jahre nach dem Erdenleben Jesu" für die gesamte Menschheit zu erwarten ist. Der Prophet Jakob Lorber erhielt diese Kenntnis Mitte des vorigen Jahrhunderts durch eine innere Stimme, die er 24 Jahre lang täglich vernommen hat. In der oben genannten Schrift legt Kurt Eggenstein umfassendes Beweismaterial, das ins subtilste Detail geht, dafür vor, daß Lorber ein supranaturales Charisma besaß und er als ein echter Prophet angesehen werden muß. Deshalb sollten seine Kundgaben über die bevorstehenden furchtbaren Katastrophen, die auf die Menschheit zukommen werden, ebenso ernstgenommen werden wie seine Verkündigung der unverfälschten wahren Heilslehre Jesu, worüber sich das Werk Lorbers ausführlich verbreitet.

Das monumentale Werk Lorbers, das 10 000 Druckseiten umfaßt, vermittelt nie gekannte Einsichten und steht – wie Theologen versichern – „auf göttlichem Grund". Damit alle von den für unsere Zeit höchst aktuellen Kundgaben Kenntnis erhalten können, wurden die wichtigsten Aufzeichnungen Lorbers – deren handschriftliche Originale noch vorliegen und eingesehen werden können – in dem Werk von Kurt Eggenstein auf 500 Seiten zusammengefaßt. Das Buch kostet DM 19,–.

Lorber-Verlag
Postfach 225 · 7120 Bietigheim/Württ.

Schafwolle

in den Naturfarben weiß und braun
ungewaschen 10,– DM/kg
gewaschen 15,– DM/kg
kariert als Krempelband
z. Spinnen u. Weben 20,– DM/kg

Ilse Stegemann, 2251, Schobüll, Telefon 0 48 41/47 27

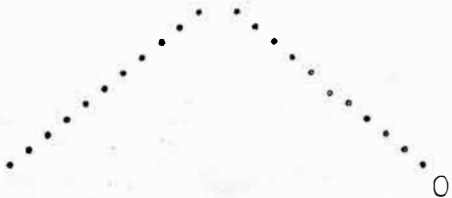
Abdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Herausgeber, Verleger: Weltbund zum Schutze des Lebens, Bundesverband Deutschland e. V., Vlotho, Bretthorststraße 221
Bankverbindung: Landessparkasse zu Oldenburg, 29 Oldenburg, Konto Nr. 012 - 109 005. Postscheckkonto Hannover Nr. 2949-307
Schriftleitung: Ursula Haverbeck-Wetzel, D-4973 Vlotho, COLLEGIUM HUMANUM
Anzeigen: Dr. Fr. Ross, D-2370 Rendsburg, Hainstraße 21
Bezugsgebühr: jährlich 15.– DM einschl. 6% MWSt. Erscheint einmal monatlich
Druck: Dreischild GmbH Druckerei und Verlag, D-4937 Lage, Lippe, Schötmarsche Straße 280, Telefon (0 52 32) 6 22 37
Umweltschutzpapier aus 100% Altpapier - hergestellt ohne Gewässerbelastung, Bleichung oder Färbung

H a l l o M ä d c h e n !

H a l l o B u r s c h e n !

Zwei Wege zur Wahl



Entweder

? ------ in den Tag hineinleben

? ------ zwischen Leichtsinn und Untergang

? ------ mit der Devise: "Nach mir die Sintflut!"

O d e r

* Wissen gewinnen über die Gefährdung des Lebens,
* eintreten für die Rettung des Lebens,
* kämpfen für eine menschenwürdige Zukunft!

E s r u f t E u c h d i e

U M W E L T S C H U T Z J U G E N D

S A L Z K A M M E R G U T ,

eine Gemeinschaft, die sich bewußt -- neben Sport und Spiel -- in den Dienst d e s L e b e n s u n d d e r Z u k u n f t stellt.

Meldungen an:

Alois Gruber (21), Pettenbacher Straße 6, 4655 Vorchdorf, Tel. 07614 - 402 (ab 18.00)

Helmut Wittmann (19), Mühldorf 168, 4644 Scharnstein, Tel. 07615 - 550 (9.00-17.00)

Georg Strobl (19), Linzerstraße 117c, 4810 Gmunden

Leopold Gföllner, Flachbergweg 42, 4810 Gmunden, Tel. 07612 - 23092

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Aktionsgemeinschaft Umweltschutz Salzkammergut. Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Helmut Leithner, Traunsteinstr. 29, 4810 Gmunden

Gedanken zum Umweltschutz

Man kann die gegenwärtige Sicht der Zukunft im Vergleich zu der Sicht vor 5 Jahren durch ein Bild veranschaulichen. Damals standen sich zwei verschiedene Auffassungen von der Zukunft grundsätzlich gegenüber. Die einen meinten, der Weg in die Zukunft sei -- wie die Jahre vorher -- eine gerade Autobahn, auf der man mit Vollgas in der gleichen Richtung wie bisher weiterfahren könnte; und die anderen meinten, der Weg in die Zukunft führe in eine Sackgasse, bei der nur ein Einbremsen bis zum völligen Stillstand möglich sei.

Heute haben wir mehr den Eindruck, daß wir weder eine gerade Autobahn noch eine Sackgasse vor uns haben, sondern eine scharfe Kurve, vor der wir kräftig vom Tempo heruntergehen müssen, um nach der Kurve weiterfahren zu können. Würden wir allerdings diese Notwendigkeit des Einbremsens und der Kursänderung nicht erkennen, käme es wahrscheinlich auch zu keinem zügigen Weiterfahren, sondern wir würden im Straßengraben der Geschichte landen.

(Zitiert nach DI Dr. Johann Millendorfer, Wien)

Was wichtig für unsere Zukunft und für unser Überleben ist, kann nicht von Wissenschaftlern, Technikern und Wirtschaftlern allein entschieden werden. Im Gegenteil: eine wichtige Aufgabe besteht darin, "Physikern und Wissenschaftlern überhaupt ein schlechtes Gewissen zu machen. Soweit sie es noch nicht haben, sind sie Schädlinge" (C.F.v. Weizsäcker).

(Aus Bodo Manstein, Strahlen, S.Fischer, 1977)

Empfehlenswerte Bücher:

Améry Carl, Natur als Politik, rororo aktuell

Arbeitsgruppe Univ. Bremen, Atommüll oder der Abschied von einem teuren Traum, rororo aktuell

Bossel u.a., Energie richtig genutzt, C.F.Müller Verlag

Bruns Herbert, Wie schütze ich mein Leben und meine Umwelt?, Wiesbaden 1975

Fetcher Irving, Überlebensbedingungen der Menschheit, Universitätsverlag Konstanz

Gruhl Herbert, Ein Planet wird geplündert

Gunnarsson, Japans ökonomisches Harakiri, rororo aktuell

Katholische Sozialakademie Österreichs, Heraus aus der Krise, Wien 1977

Taylor G. R., Das Selbstmordprogramm, S. Fischer TB

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS
Sektion Österreich
A-5010 SALZBURG, Postfach 251

An alle verantwortungsbewußten Staatsbürger, die bisher noch in der Verwendung der Atomenergie einen Nutzen für die Menschheit sehen.

Die sogenannte „friedliche" Nutzung der Atomenergie ergibt für uns sowohl kurzfristig wie auf Dauer gesehen nur Nachteile:

○ *Abhängigkeit vom Ausland bei der Brennstoff-Beschaffung von wenigen Lieferstaaten (Preisdiktat).*

○ *Gefährdung der Bevölkerung schon bei Normalbetrieb von Atomanlagen durch radioaktive Verseuchung (siehe Bericht der Universität Heidelberg).*

○ *Todesgefahr für große Bevölkerungskreise bei einem atomaren Unfall (siehe Studie des Instituts für Reaktorsicherheit Köln, Katastrophenpläne von Karlruhe, Fessenheim u. a. m.).*

○ *Gefährdung der Nachkommenschaft durch Veränderung der Erbanlagen, was schwerer wiegt als die Millionen Toten beider Weltkriege (über 12.000 Wissenschafter warnen eindringlich).*

○ *Jeder konventionelle Krieg im Bereich von Atomanlagen wird von selbst zum Atomkrieg (NATO-Generale).*

○ *Gefährdung großer Bevölkerungskreise durch Saboteure und Erpresser, die mit entwendetem strahlenden Material jedes Verbrechen straffrei mittels Erpressung durchsetzen können (siehe Massenmedien).*

Salzburger Volksblatt
5. November 1977

Gedächtnisprotokoll zur Landesvorstandssitzung, 16.5.1977:

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit, stellt der Landesführer, Bernhard Müller, den Antrag, Ulrike Unterbruner aus der ÖNJ nach §6 der Landesstatuten auszuschließen, da U.U. das Ansehen und die Unabhängigkeit der ÖNJ durch ihr Verhalten innerhalb und außerhalb der ÖNJ gefährdet.

Bernhard Müller (B.M.) will sofort zur Abstimmung kommen, ohne vorhergehende Diskussion. Dann aber werden doch - u.a. durch Einspruch von Peter Lovcik (ich war nicht dabei, bin der Meinung, daß man etwas darüber sagen sollte) - Stellungnahmen der Stimmberechtigten toleriert.
(Stimmberechtigt sind: B.M., Emmerich Riesner, Embacher Günter, Uli Fleischer, Peter Helfer, Bernhaupt Peter, Lovcik Peter, Blatnik Hans, Ulrike Unterbruner)

U.U.: Kann ich den §6 der Landesstatuten hören?

B.M.: nach §6 hat der Landesführer und der Landesvorstand (?) das Recht, Mitglieder auszuschließen. (der §6 wird nicht wörtlich genannt, sondern nur sinngemäß.)

(Vor Beginn der Vorstandssitzung gab mir B.M. auf mein Ersuchen hin die Landesstatuten nicht!)

B.M.: Ich habe es schon öffentlich kundgetan, im ORF-Interview, daß das Ansehen und die Unabhängigkeit der ÖNJ aufs Spiel gesetzt werden.
In der ÖNJ sind 10 bis 14/16-Jährige, können sich noch kein Bild machen, sind in diesem Alter gut manipulierbar. Jugendliche sind sehr gut dorthin zu führen, wohin man sie haben will.
Es hat den Anschein, als sei die Unabhängigkeit gefährdet, die ÖNJ mißbraucht; sollte fast gezwungen werden, in irgendeine Richtung hineingezogen werden. Dagegen verwehre ich mich ausdrücklich.

U.U.: liest den Passus aus dem Bericht der Landesrundschau vom Sonntag, 15.5.1977, vor, wo es heißt:
"Was aber sagen Eltern, die ihre unmündigen Kinder in einer

erklärtermaßen unpolitischen und unabhängigen Organisation gut aufgehoben glauben und sie plötzlich bei Demonstrationen Schulter an Schulter mit Kommunisten marschieren sehen. So geschehen vor wenigen Tagen bei einer Protestkundgebung in Salzburg, wohin eine Gruppenführerin der Naturschutzjugend Buben und Mädchen führte, wo sie sich dann in Gesellschaft verschiedenster Gruppen, darunter aber auch des Kommunistischen Bundes fanden."

Ich möchte dazu folgendes klarstellen: 1.) falsch sind die Ausdrücke "Demonstration" und "marschieren".

2.) Ich habe lediglich an die Mitglieder meiner Gruppe die Mitteilung gemacht, daß um 18Uhr eine Kundgebung stattfindet, die von der ČNJ unterstützt wird. In der Heimstunde wurde dann über Alkoholgenuß diskutiert und ich bin nachweislich - ich habe dazu 2 Zeugen - allein zur Kundgebung gegangen. 3 Burschen (Stüber Wolfgang, Günter Fuchs und Christian Reisner) erschienen dann zu meinem Erstaunen auf der Kundgebung.

Ich erwäge auf grund dieser Aussagen, gegen die ich mich schärfstens verwahre, eine Beschwerde beim Intendanten gegen Herrn Mück vorzubringen. Außerdem verstehe ich nicht, warum das Primitivste, nämlich mich selbst zu fragen, was los war, nicht gemacht wurde.

E.R.: Ich kann nur bestätigen, was B.M. gesagt hat. Ich befürchte Tendenzen, streng parteipolitische. Bin ein Mann, der Schüler in die ČNJ bringt und kann mir nicht leisten, daß es heißt, daß es auch Leute mit dementsprechenden Parolen am Mirabellplatz gegeben hat. Das kann ich mir als Lehrer nicht leisten.

B.M.: Unser großes Vorbild, unser Bundeskanzler, sagt sogar:-- (er liest aus SPÖ-Statuten den Passus vor, der auch im Bericht der Landesrundschau erwähnt wurde, nämlich daß es SPÖ Mitgliedern verboten sei, gemeinsam mit Angehörigen anderer Parteien an Kundgebungen und Demonstrationen teilzunehmen, auch bezogen auf Planungsstadium solcher Aktionen.) und das sagt eine politische Partei, was soll erst eine unabhängige sagen?!

Lovcik: das ORF-Interview war nicht im Sinne des Erfinders.

Fortsetzung Lovcik: Das Engagement ist eindeutig, es stellt sich nicht die Frage nach der Realität, sondern wie die ÖNJ nach außen erscheint. Absolut nicht in unserem Sinne ist Parteipolitik, Gesellschaftspolitik. Dafür gibt es Organisationen, die sich dafür verschrieben haben. Wir sind naturkundlich, naturwissenschaftlich,... Daneben haben wir geistig und charakterlich gesunde Menschen heranzuziehen, dafür sind ja Jugendgruppen gut geeignet.
Es hat verschiedene politisch engagierte Leute in der ÖNJ gegeben, z.B. einen Erzkommunisten als Gruppenleiter in Wien, der hat das aber streng getrennt. Jede dieser scheinbaren Einflußnahmen (Bezug auf U.U.) muß uns zu Reaktionen veranlassen...

U.U.: Heißt das, daß du für meinen Ausschluß bist?

Lovcik: Nein, das heißt es nicht, ich gebe hier nur Grundsätzliches zu bedenken.

U.U.: Ich habe mit namhaften ÖNB-Funktionären aus verschiedenen Bundesländern gesprochen, weil ich diese Leute unter anderem für objektiv halte. Damit ihr wißt, daß ich nicht im Luftleeren Raum schwebe.

E.R.: Soll das eine Drohung sein?

U.U.: Nein, ich wollte euch das nur sagen. Ihr habt ja auch ein Recht darauf, das zu wissen.

Ulrich Wacht als Außenstehender schaltet sich ein, nach Kopfnicken von Lovcik Peter genehmigt es Bernhard Müller.

U.W.: Ein Ausschluß von U.U. bringt doch nichts mehr!

Lovcik: Leider geht es um das Ansehen der ÖNJ in der Öffentlichkeit und eine Klarstellung wird erwartet - oder eine Reaktion.

U.U.: Zur Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) möchte ich Folgendes sagen: es stimmt, was ich dem Landesvorstand am 18.April 1977 über die IÖAG berichtet habe.

Fortsetzung U.U.: Die IÖAG ist eine Gemeinschaft von Gruppen und Organisationen, die gegen Atom-kraftwerke arbeiten. In der IÖAG sind keine politischen Organisationen als solche (z.B. Kommunistischer Bund) vertreten. Wohl aber sind Einzelpersonen mit verschiedenster politischer Meinung in diesen Gruppen - ist ja ihr demokratisches Recht.
Als Zeugen dazu kann ich euch Herrn Med.rat Dr.Tisserand Vizepräsident des ÖNB, und Herrn Baurat Dipl.Ing.Witzany nennen.

Manfred Nagl (ebenfalls als Nicht-Stimmberechtigter): Warum ist es überhaupt so weit gekommen? Mit einem Ausschluß von U.U. ist doch nichts erreicht. In 2 Wochen kann man wieder vor so einer Situation stehen.

Er erwähnt den Bericht vom 15.5.1977, Landesrundschau.

Ulrich Wacht:(geht darauf ein) Das kann man nicht machen, öffentlich zu sagen, daß eine Gruppenleiterin mit ihren Kindern zu einer verdächtigen Veranstaltung geht. Das gefährdet doch unser Ansehen!

Bernhaupt Peter: Wir wissen ja, worum es geht! Uli (Fleischer), wir wissen ja, was gespielt wird!

Uli Fleischer: Sie (=U.U.) ist ja Mück auf die Nerven gegangen! Wer ist den 3 oder 4mal hingerennt? Sicher war er von mir vorinformiert.

Bernhaupt Peter: Uli (Fleischer), das kannst du nicht machen. Du kannst deinem Freund nicht erzählen, was du willst.

Ähnliche Sätze werden noch zwischen Uli Fleischer und Bernhaupt Peter gewechselt, Bernhaupt Peter scheint sich dem"Spiel"nicht anschließen zu wollen.

Uli Fleischer: Mück hat nur mit Stüber telefoniert. Ich, Emmerich Riesner, Berhard Müller und Weinmeister waren zufällig bei Stüber. Schließlich ist ja sie (=U.U.) hingegangen und hat alles in Gang gebracht.

U.Fl. erhebt den Vorwurf gegen U.U., weil Manfred Pum ge-

sagt haben soll, daß die ÖNJ und der ÖNB in der IÖAG seien.

U.U.: Wenn Manfred Pum einen Blödsinn sagt, was kann denn da ich dafür?!

weist auf Indiskretionen hin, warum weiß ein Außenstehender wie der ORF-Redakteur Mück so viel, warum weiß er über intimste Details aus dem Landesvorstand Bescheid?

Emmerich Riesner: Warum soll ich das nicht erzählen? Schließlich ist das ja mein Recht, und vertraulich ist bisher noch nichts behandelt worden!

Lovcik: Ja, man müßte eventuell den Antrag auf Vertraulichkeit stellen. War ja schon einmal der Fall ...

er problematisiert die Rolle von Journalisten, z.B. Bericht über die Reise des Jugendbeirates nach Ägypten.

Oft sind 80% dazugemacht, und das zieht dann seine Kreise. Verschiedene Leute mußten halt dann wegen dieser 20% - verdiente Leute - gehen (Hinweis auf Funktionär im Jugendbeirat)

Manfred Nagl: Woher kommen denn eigentlich die 20%, die der Reporter ausgeschlachtet hat?

Lovc ik: Weiß ich nicht.

Bernhard Müller: Unabhängigkeit, Ansehen,...
Ich sehe die Gefahr, durch Sachen, wie sie am Sonntag gesagt worden sind (zu Bernhaupt: du hast dich ja dagegen gewehrt).. Wenn ein ORF-Reporter dazukommt, wird das ausgeschlachtet. Es geht um Grundsätzliches.

Lovcik: Es handelt sich hier um 2 Paar Schuhe, wobei wir hier das erste Paar diskutieren. Wir sind leider nicht auf Tatsachen angewiesen, sondern auf die Situation, die entstanden ist, daß es den Anschein hat, daß die ÖNJ sich solidarisiert hat mit Gruppen, die - man darf nicht alle in einen Topf werfen - aber in der BRD einen schlechten Ruf haben,.. gesehen in diesem Sinne extrem linke Agitation. Wenn wir uns dazu-

Fortsetzung Lovcik: ..stellen, werden wir mit diesen in einen Topf geschmissen.
Die Verantwortung über die eigenen Kinder an jemanden anderen abgeben, gehört zu den schwersten Dingen, es ist eine Überwindung.
Vor dieser Situation stehen wir, darüber haben wir zu befinden.

Manfred Nagl: Ja, ändert sich denn die Situation durch Ausschluß?

Lovcik: Sehr deutlich. Nicht persönlich nehmen (zu U.U.), aber die ČNJ hat darauf zu reagieren, zur Diskussion gestellt wurde es, jetzt werden die Konsequenzen gezogen.

U.U.: Wo seht ihr durch mich eine Gefahr der Manipulation? (bezogen auf den Vorwurf des schädigenden Verhaltens innerhalb der ČNJ)
Bernhard Müller: Ich brauche dir darauf keine Antwort geben, es muß genügen, daß ich diese Gefahr sehe.

Emmerich Riesner: Ich weiß ja nicht, was du in deiner Gruppe machst, aber...

U.U. bietet Bernhard Müller und Emmerich Riesner ihre Protokolle von den Gruppentreffen an, Bernhard Müller sagt, das interessiere ihn nicht.
Auf weiteres Drängen von Seiten U.U. erklärt Bernhard Müller dann weiter zu den Vorwurf der Manipulation:
ČNJ-Mitglieder waren bei der Kundgebung dabei.

U.U.: Aber wieso dürfen denn auf eine Kundgebung, die die ČNJ unterstützt, keine ČNJ-Mitglieder gehen?

Emmerich Riesner: Über Grundsätzliches kann man nicht diskutieren. Entweder man hat Grundsätze, oder man hat keine.

nennt dann als einen 2.Punkt für die Gefahr der Manipulation, daß U.U. Bücher mit Linkstendenz gekauft hätte, Bücher von einem ultralinken Verlag.

U.U. möchte noch weitere Argumente für den Vorwurf, erfährt aber nichts Genaueres mehr.

Ulrich Wacht: Aber beweist denn nicht gerade der Öffentlichkeit der Ausschluß, daß diese Tendenzen da sind?!

Manfred Nagl: Was ist mit der Aussendung der Kundgebung an alle ÖNJ-Mitglieder, so wie das vorgeschlagen wurde? -vgl.Protokoll vom 9.5.1977, Punkt 11.3.

Emmerich Riesner: Das war höchstens ein Angebot, Leute einzuladen, als Privatmenschen dorthin zu gehen, nicht als Vertreter der ÖNJ.

U.U. versucht noch einmal die Anschuldigungen wegen der Beteiligung drei ihrer Gruppenmitglieder zu problematisieren, es nützt aber nichts.

Bernhard Müller, Emmerich Riesner und Günter Embacher weisen auf das Protokoll hin, wo steht, daß gemeinsam mit der Distanzierung von der Kundgebung auch die Einladung der Mitglieder abgelehnt wurde. (Protokoll von der Landesvorstandssitzung am 9.5.1977).

U.U.: Das war raffiniert. Ich dachte mir gleich beim Durchlesen des Protokolls, daß das beabsichtigt so formuliert war.

Es will niemand mehr eine Stellungnahme abgeben, bei der Abstimmung darf U.U. mitstimmen.

Ergebnis der Abstimmung: 8 Stimmen für den Antrag (B.Müller, Lovcik P., Riesner E., Fleischer U., Embacher G., Bernhaupt P., Helfer P., Blatnik H.)

1 dagegen (Unterbruner U.)

U.U. nimmt das Urteil nicht an, wird beim ÖNJ-Schiedsgericht Berufung einlegen.

B.Müller teilt U.U. noch mit, daß sie bis zur Entscheidung des Schiedsgerichtes vom Dienst suspendiert ist.

- -

Bernhard Müller zum ORF-Interview vom 15.5.1977 (Zeitpunkt der Äußerung nicht mehr genau rekonstruierbar):

(B.M.:) Ich bin in den CRF beordert worden, habe den Vorspann von Mück auch nicht gekannt, habe ihn mir auch erst am Sonntag angehört!

- -

Zusatz: Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit möchte Ulrike Unterbruner zum letzten Protokoll (vom 9.5.1977) Stellung nehmen. Dies wird aber von Bernhard Müller abgelehnt.

- -

Dieses Protokoll stellt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, es gibt jedoch die Diskussion in den wesentlichen Zügen wider.

Eberhard Wagl

Franz Ulrich Wacht

Ulrike Unterbruner

Ulrike Unterbruner
Georg-von-Nissenstr.25
5020 Salzburg

Salzburg, 25.5.1977

An die Bundesleitung der ÖNJ
Schiedsgericht der ÖNJ

Lederertурm
4600 Wels

Sehr geehrtes Schiedsgericht!

Ich ersuche um Behandlung meiner Berufung gegen meinen Ausschluß aus der ÖNJ.

Meinem Berufungsschreiben lege ich einen Entwurf der Arbeitsgruppe Atomenergie bei, sowie ein Gedächtnisprotokoll von der Landesvorstandssitzung vom 16.5.1977. (Das versiegelte Original des Gedächtnisprotokolls ist in meiner Verwahrung.) Die Protokolle zu den Landesvorstandssitzungen bitte ich Sie bei der Landesleitung Salzburg anzufordern.

Da ich bis Mitte Juni nicht in Salzburg bin, bitte ich einen eventuellen Verhandlungstermin nach dieser Zeit festzusetzen.

Hochachtungsvoll,

Ulrike Unterbruner

1 Kopie ergeht auch an die Landesleitung Salzburg

Am 16.5.1977 wurde ich auf einer Landesvorstandssitzung der ÖNJ Salzburg auf einen Antrag von Bernhard Müller aus der ÖNJ ausgeschlossen.
Der Antrag lautete:"Da Ulrike Unterbruner das Ansehen und die Unabhängigkeit der ÖNJ durch ihr Verhalten innerhalb und außerhalb der ÖNJ gefährdet, beantrage ich laut §6 der Statuten den Ausschluß."

Da ich diesen Beschluß nicht akzeptieren kann, lege ich beim Schiedsgericht der ÖNJ gegen diesen Beschluß Berufung ein.

Vorausschicken möchte ich folgende Erklärungen:

1. Ich gehörte und gehöre zum Zeitpunkt dieser Ausführungen keiner politischen Partei oder Organisation an.
   Im besonderen lehne ich die politische Konzeption des Kommunistischen Bundes ab.

2. Ich habe immer im Sinne der ÖNJ gearbeitet - entsprechend der im §2 (Abs.1-6) der ÖNJ-Satzungen angeführten Ziele. D.h. ich habe versucht, das Verständnis der Jugendlichen für die Aufgaben des Natur- und Umweltschutzes zu fördern, ihnen Grundzüge ökologischer Zusammenhänge zu vermitteln und sie zu Selbständigkeit, Kameradschaft und Verantwortungsbewußtsein zu erziehen.

Zum Vorwurf, ich würde das Ansehen und die Unabhängigkeit der ÖNJ gefährden:

1. durch mein Verhalten innerhalb der ÖNJ:

In der Diskussion am 16.5.1977 wurde diese Anschuldigung nicht wesentlich präzisiert. Bernhard Müller und Emmerich Riesner sagten, sie würden "Gefahren einer Manipulation" sehen. Dies sei zum Beispiel daraus ersichtlich, daß ich für die ÖNJ Bücher mit Linkstendenz gekauft hätte.
Weitere Begründungen wurden nicht angeführt.

Diese drei Bücher, die ich mit Erlaubnis des Landesvorstandes für die Bibliothek der ÖNJ gekauft habe, sind:

1) Holger Strohm: Friedlich in die Katastrophe. Eine Dokumentation über Kernkraftwerke. Hamburg 1973.

Dieses Buch ist eine ausführliche Materialiensammlung zum Thema Atomkraftwerke. Es wird von sehr vielen Bürgerinitiativen und Umweltschutzgruppen als fundierte Informationsquelle empfohlen. Holger Strohm wurde übrigens auf Grund dieses Werkes als Sachverständiger in Fragen der Atomenergie vor den Deutschen Bundestag geladen.

2) Frey, Stottele, Weichert: Bäume sterben leise. Schüler kämpfen gegen den Baumtod. Weinheim/Basel 1976.

Dieses Jugendbuch wurde von Schülern für Schüler geschrieben. Es beschreibt die Aktivitäten einer Schülergruppe, die sich mit dem "Grün" in ihrer Stadt auseinandersetzen. Es enthält die wichtigsten ökologischen Fakten zu diesem Themenbereich, beschreibt aber auch die Probleme, die in einer Gruppe auftauchen, wie auch im Umgang mit Behörden.

3) Palmstierna, L.u.H.: Unsere geplünderte Welt. Weinheim/Basel 1976.

Dieses Jugendbuch informiert ebenfalls in umfassender und verständlicher Weise über die Probleme des Umweltschutzes. z.B.: Überbevölkerung, Nahrungsbeschaffung, Energie und Rohstoffe, Müll, Lärm, Schädlingsbekämpfung, etc.

Diese Anschuldigung der Manipulation dürfte sich wahrscheinlich auch auf meine ÖNJ-Gruppe "Bio-frogs" bezogen haben.

Mein Angebot (während der Diskussion über meinen Ausschluß), die Protokollmappe der "Bio-frogs" - wir fassen jeweils am Ende unseres Treffens das Wesentliche zusammen - als Diskussionunterlage zu verwenden und an Hand der von den "Bio-frogs" behandelten Themen die Anschuldigung zu präzisieren, wurde aber vom Landesvorstand, im bes. von Bernhard Müller abgelehnt. (vgl. Gedächtnisprotokoll)

2. durch mein Verhalten außerhalb der ÖNJ:

Dieser Anklagepunkt ist ebenfalls unklar, es wurde auch im Landesvorstand nicht differenzierter darauf eingegangen.
Ich möchte die wesentlichen Ereignisse skizzieren, die mit dem Konflikt zusammenhängen dürften.

13.4.1977: Ich machte auf einer Fahrt nach Bruck (mit der Landesleitung) den Vorschlag, daß die ÖNJ einen Beobachter zur Tagung der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) schicken sollte. Bernhard Müller, Emmerich Riesner, Peter Lovcik und Harald Holl waren anwesend. Daraufhin wurde ich als Beobachter zur IÖAG-Tagung nach Tulln delegiert.

16.4.1977: Tagung der IÖAG in Tulln

18.4.1977: Landesvorstandssitzung:
Ich berichtete - wie vereinbart - über die Ergebnisse der IÖAG-Tagung (vgl. Protokoll vom 18.4.1977, 3.1.)

25.4.1977: Landesvorstandssitzung:
Ulrich Wacht, Artur Sikora und ich stellten unseren Entwurf zur "Arbeitsgruppe Atomenergie" vor. (Entwurf beiliegend)
Über den Entwurf wurde ausführlich diskutiert, besonders auch über den Punkt 3d) - über eine Beteiligung an der IÖAG.

Auf die Frage, wer in der IÖAG sei, erklärte ich bereits am 18.4. daß die IÖAG eine Gemeinschaft von Gruppen und Organisationen sei, die gegen Atomkraftwerke arbeiten.

Den Gruppen gehörten Mitglieder mit verschiedensten politischen Meinungen an. In der IÖAG seien aber keine politischen Organisationen als solche vertreten.

Herr Med.rat Dr.Tisserand, Vizepräsident des ÖNB und Herr Baurat Dipl.Ing.Witzany, Vorsitzender des ÖNB Oberösterreich, erklären sich bereit, die Richtigkeit meiner Aussage über die IÖAG zu bestätigen.

Ich setzte mich sehr für ein Engagement der ÖNJ (Arbeitsgruppe Atomenergie) in der IÖAG ein, da ich eine Koordinierung der Bürgerinitiativen und Arbeitsgruppen für einen positiven Schritt halte, der eine konstruktivere Arbeit ermöglichen kann - auch wenn die IÖAG keine Satzungen oder dgl. besitzt. Außerdem erscheint es mir günstig, an gesamtösterreichischen Aktionen gegen Atomkraftwerke planend und gestaltend mitzuwirken.

25.4.1977 (Fortsetzung): Der Entwurf der Arbeitsgruppe Atomenergie wird mit geringfügigen Änderungen mit 9 Stimmen dafür und 1 Enthaltung angenommen.
Damit wurde die Gründung der Arbeitsgruppe Atomenergie beschlossen, wie auch die Beteiligung in der IÖAG.
(vgl. Protokoll vom 25.4.1977, Punkt 3.1.)

Anfang Mai bereitete die IÖAG in Salzburg eine Kundgebung gegen den IAEA-Kongreß vor. Auf dieser Kundgebung (12.5.1977) sollte Prof.Robert Jungk sprechen.

Ich beteiligte mich als Einzelperson in der IÖAG und nahm an den Vorbereitungen zur Kundgebung teil (Flugblattkonzipierung, Verteilung der Flugblätter,u.ä.). Ich wurde gebeten, beim ORF die Kundgebung mit Prof.Jungk anzugeben.
Deshalb ging ich am Montag, 9.5.1977, ca.17 Uhr, ins ORF-Studio und traf dort auf Herrn Mück, der für die Landesrundschau zuständig war. Ich teilte ihm mit, daß die IÖAG eine Kundgebung veranstaltete. Er fragte mich, wer in der IÖAG sei und ich nannte ihm - mehr oder weniger wahllos herausgegriffen - ein paar Gruppen wie Weltbund zum Schutze des Lebens (Bürgerinitiative gegen Atomverseuchung), Arbeitskreis Ökologie, Aktion Schöneborn und sagte, ich selbst sei zum Beispiel ein Vertreter der ÖNJ in der IÖAG.
Herr Mück wies mich dann zurecht, das sei nicht wahr, daß die

Arbeitsgruppe Atomenergie der ÖNJ in der IÖAG sei. Ich verwies auf den Beschluß des Landesvorstandes vom 25.4.1977.
Herr Mück war aber bereits besser informiert und wußte bescheid über den Beschluß des ÖNB, nämlich, daß der Passus über die Beteiligung an der IÖAG in einer Sitzung des ÖNB wiederum rückgängig gemacht worden war.

Die Frage, ob die ÖNJ nun in der IÖAG sei oder nicht und meine unbeabsichtigt falsche Aussage darüber scheinen aber insofern belanglos, als Herr Mück lediglich hätte melden sollen, daß die IÖAG eine Kundgebung veranstaltet.
Meinerseits wurden am 9.5.1977 keine Anstalten gemacht, die ÖNJ in dieser Rundfunkmeldung zu nennen.

Folgende Fragen aber stellen sich:

- Wieso ist ein Außenstehender wie Herr Mück so gut über ÖNJ-interne Angelegenheiten unterrichtet?
- Warum weiß Herr Mück vor den Landesvorstandsmitgliedern der ÖNJ über Beschlüsse des ÖNB bescheid?

9.5.1977: Landesvorstandssitzung:
Die Beschlüsse des ÖNB betreffs der Änderungen des Entwurfes zur Arbeitsgruppe Atomenergie wurden dem Landesvorstand mitgeteilt.
Ich entschuldigte mich, daß ich den Landesvorstandsbeschluß vom 25.4.1977 für verbindlich gehalten hatte, wodurch es zu der Aussage gekommen war, die ÖNJ (Arbeitsgruppe Atomenergie) sei in der IÖAG.
(Änderungen - vgl. Protokoll vom 9.5.1977, Punkt 11.1.)

Ein weiterer Punkt war die Stellung der ÖNJ zur Kundgebung mit Prof.Jungk.

Nach lnager Debatte wurde der Antrag gestellt, die ÖNJ sollte sich von der Kundgebung distanzieren. Dieser Antrag wurde mit 7:5 Stimmen abgelehnt. Es wurde daraus dann folgender Schluß gezogen: Die ÖNJ unterstützt die Kundgebung. (vgl.Protokoll 9.5.77 Punkt 11.3.)
Es war in der vorangegangenen Diskussion der Vorschlag gemacht worden, alle ÖNJ-Mitglieder schriftlich von der Kundgebung zu verständigen. Dieser Vorschlag wurde dann aber nach der oben genannten Abstimmung nicht mehr extra aufgegriffen.

Im Protokoll vom 9.5.1977 heißt es aber: (11.3.)

> "Der Landesführer stellt den Antrag, die ÖNJ möge sich von der Aktion distanzieren, erklärt sich aber bereit, die Mitglieder durch ein Rundschreiben einzuladen, an dieser Kundgebung teilzunehmen, um möglichst viel Publikum zu erhalten. -dem.Abstimmung! -
> Mit 7:5 Stimmen wurde dieser Vorschlag abgelehnt."

Diese Kombination entspricht nicht der tatsächlichen Abstimmungssituation und ist zudem widersinnig (distanziert sich die ÖNJ, lädt sie ein und umgekehrt!)

Dem Versuch meinerseits, am 16.5.1977 nach Feststellung der Beschlußfähigkeit, einige Änderungen des Protokolls vorzubringen, wurde nicht stattgegeben. Bernhard Müller stellte nach Abweisen meiner Wortmeldung zum Protokoll sofort den Antrag auf meinen Ausschluß. (vgl. Gedächtnisprotokoll)

10.5.1977: Ich berichtete(wie vereinbart)Herrn Mück vom Landesvorstandsbeschluß, daß die ÖNJ die Kundgebung unterstützen würde. Herr Mück ist bereits wieder über genaue Details der Landesvorstandssitzung unterrichtet.
Am 12.5.1977 mußte ich wiederum zu Herrn Mück - was aber für den weiteren Verlauf ohne Belang ist. Ich erwähne es nur der Vollständigkeit halber.
Ich ersuchte ihn, die Presseaussendung der IÖAG zur Kundgebung als Grundlage für die Ankündigung in der Landesrundschau zu verwenden. Es war wegen eines Details in der Ankündigung (am Vortag) von seiten des Weltbundes zum Schutze des Lebens dahingehend ersucht worden. Den Passus der Rundfunkmeldung, der über die ÖNJ und den ÖNB handelte, habe ich mit keinem Wort erwähnt.

zu Herrn Mück:
Ein möglicher Fehler meinerseits bestand darin, Herrn Mück keine schriftlichen, sondern nur mündliche Angaben gegeben zu haben. Zeugen waren meiner Erinnerung nach während unserer Gespräche nicht vorhanden.
Herr Mück erscheint mir überdies befangen, da er mit der Pressereferentin des ÖNB, Uli Fleischer, eng befreundet ist.

Die Kundgebung mit Prof.Jungk (12.5.1977, 18Uhr, Mirabellplatz) wurde von ca. 300 Personen besucht. Prof.Jungk sprach über den IAEA-Kongreß, vor allem aber über die gesellschaftlichen Auswirkungen der Atomenergiegewinnung (Atomstaat - Polizeistaat). Nach seiner Rede entspann sich eine anregende Diskussion, an der

sich neben vielen Salzburger Atomkraftwerksgegnern auch ein Teilnehmer am IAEA-Kongreß zu Wort meldete.
Die Kundgebung verlief in einer angenehmen Atmosphäre.
Einen kleinen Zwischenfall lediglich gab es, als 2 Mitglieder des Kommunistischen Bundes (?) ein Transparent aufstellen wollten, dabei aber von einer Teilnehmerin an der Kundgebung gehindert wurden.

15.5.1977: 13 Uhr, Landesrundschau ÖR, Interview mit Bernhard Müller, verantwortlicher Redakteur Werner Mück:

Es geht über die Probleme bei der Zusammenarbeit von unpolitischen und unabhängigen Jugendorganisationen - wie die ÖNJ - mit anderen Gruppen, z.B. bei Veranstaltungen gegen den Bau von Atomkraftwerken.

Unter anderem heißt es dann aber im Vorspann zum Interview:

> "Was aber sagen Eltern, die ihre unmündigen Kinder in einer erklärtermaßen unpolitischen und unabhängigen Organisation gut aufgehoben glauben und sie plötzlich bei Demonstrationen Schulter an Schulter mit Kommunisten marschieren sehen? So geschehen vor wenigen Tagen bei einer Protestkundgebung in Salzburg, wohin eine Gruppenführerin der Naturschutzjugend Buben und Mädchen führte, wo sie sich dann in Gesellschaft verschiedenster Gruppen, darunter auch des Kommunistischen Bundes, befanden."

Dazu folgende Klarstellung meinerseits, wie ich sie bereits am 16.5.1977 gegeben habe: (denn mit dieser Gruppenführerin dürfte wohl ich gemeint sein. Meines Wissens waren, abgesehen von den 3 "Bio-frogs" (siehe unten!) und älteren ÖNJ-Mitgliedern wie z.B. Bernhard Müller, keine Mitglieder anderer Spatzengruppen auf der Kundgebung.)

- Falsch (und überdies polemisch) sind die Ausdrücke "Demonstration" und "marschieren".
- Ich machte lediglich an die Mitglieder meiner Gruppe die Mitteilung, daß die Kundgebung stattfinden würde. Nach Beendigung unserer Heimstunde ging ich allein (ich habe dafür zwei Zeugen) zur Kundgebung auf den Mirabellplatz.

  3 Burschen meiner Gruppe erschienen dann auf der Kundgebung, dürften sich aber nur ganz kurz dort aufgehalten haben.

Es verwundert mich, daß in einer derartigen Weise gegen mich vorgegangen wird!

1) Warum behauptet man, ich hätte meine Gruppe zur Kundgebung geführt?
Fürs eine ist diese Behauptung falsch und fürs andere ist mir nicht einsichtig, daß weder von Herrn Mück, noch von Bernhard Müller oder anderen ÖNJ-Funktionären bei mir selbst Rückfragen dazu stattfanden!

2) Warum sollte ich als Gruppenleiterin meiner Gruppe von einer Kundgebung, die von der ÖNJ unterstützt wird, nichts erzählen?

3) Selbst wenn ich meine Gruppe auf die Kundgebung mit Prof.Jungk geführt hätte - das durchschnittliche Alter meiner "Bio-frogs" ist 15 bis 16 Jahre - wäre mir ein Vorwurf deswegen nicht ganz einsichtig.
Was sollte denn eine Unterstützungserklärung durch die ÖNJ in so einem Fall dann bedeuten?

4) Es widerspricht den Prinzipien der Demokratie nicht, wenn sich auf einer Kundgebung auch Mitglieder politischer Parteien oder Organisationen, wie z.B. Mitglieder des Kommunistischen Bundes, befinden. Daß die ÖNJ dadurch in Mißkredit in der Öffentlichkeit geraten sollte, ist nicht zwingend.
Überdies erscheint es mir sonderbar, wenn ich für eine Situation wie diese verantwortlich gemacht werde.(vgl.Gedächtnisprotokoll)

5) Es wurde nicht versucht, diese Konflikte (?) auf kollegialer Basis zu klären, d-h. zum Beispiel durch ein Gespräch im Landesvorstand oder im privaten Bereich.

6) Es wurde immer wieder von "der Situation" gesprochen, in die ich die ÖNJ gebracht hätte. Wurde aber diese "Situation" durch das Interview vom 15.5.1977 mit den offensichtlich falschen Aussagen nicht erst geschaffen?

Wer ist eigentlich verantwortlich für diese falschen Aussagen? Warum werden nicht der- oder diejenigen, die dafür verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen?

Abschließend möchte ich feststellen:

- Ich habe die Ereignisse mit bestem Wissen und Gewissen dargestellt.

- Ich bin mir keines Vergehens bewußt, das meinen Ausschluß aus der ÖNJ rechtfertigen würde.

Ich habe immer im Sinne der ÖNJ gehandelt.

Ich habe mich stets an Beschlüsse des Landesvorstandes gehalten.

Daß ich an "der Situation", die das Ansehen und die Unabhängigkeit der ÖNJ gefährdet (!) "schuld" sein soll, ist mir völlig uneinsichtig, insbesonders auch, weil die ÖNJ die Kundgebung mit Prof.Jungk mit Landesvorstands-Beschluß vom 9.5.1977 unterstützte.

Die Gründe meiner Aussage, daß die ÖNJ (Arbeitsgruppe Atomenergie) in der IÖAG sei, habe ich zu erklären versucht.

Die Vorwürfe, es bestünde eine "Gefahr der Manipulation", ersichtlich durch den Ankauf der drei genannten Bücher, erscheint mir ebenso haltlos.

Ulrike Autenbrunner

16.5.77

Lieber Fritz!

Ich schicke dir je 2 Exemplare Berufung, Sachverständigenprotokoll u. Entwurf. Ich habe mit "Tiss" ausgemacht, dass ihr dann einen Text an die NÖn weitergebt. Ich hoffe, es nützt etwas (obwohl ich es nicht glaube.)

Ich fahre jetzt ca. 14 Tage fort. Zuerst nach Kopenhagen und dann event. nach Paris. Ich freue mich jetzt schon riesig darauf, nach diesen Hetzen! Wenn sich was Wichtiges ergibt, dann ruf bitte Fernot an (ich habe nämlich sonst allein!)

oder wenn sie noch Unterlagen brauchen

Bis zum 12. Juni!

Alles Liebe und vielen Dank für eure Hilfe. Ilse

ich lege eben noch den Text zum Interview bei. Übrigens, am 18./19.6. soll - nach Pfitzner - auf der Bundesvorstandssitzung d. ÖNJ

ein einheitl. ÖNS-Standpkt. zur Atomenergie
erarbeitet werden. Soweit ich interpretiere,
heißt das: ÖNS wird zwar auch gegen
Atomenergie sein, sich aber an keinerlei
Aktionen beteiligen. ?!

RETTET DIE ERDE!

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS (WSL)

Aktionsgemeinschaft zum Schutze von Natur, Landschaft, Tier und Mensch

Gegründet 1960 zu Salzburg, Österreich

Sektion Österreich

A-6800 Feldkirch, den 29. Juni 1978
Postfach 300

Herrn
Generaldirektor Dr. Heinz Kienzl
Österreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3
1090 Wien

Sehr geehrter Herr Generaldirektor!

Dürfen wir Sie darauf aufmerksam machen, daß mit Ihrem Angriff, den Sie anläßlich der 28. "Schattenburg-Tagung" in Feldkirch gegen die größte Vorarlberger Tageszeitung - die VORARLBERGER NACHRICHTEN - gerichtet haben, nicht nur diese schwer und zu unrecht beleidigt wurde, sondern fast die gesamte Vorarlberger Bevölkerung, zumindestens über neunzig Prozent davon, die sich gegen Atomkraftwerke erklärt haben.

Es würde mich sehr interessieren, über Ihren Standpunkt in der Atomenergie-Frage mit Ihnen zu diskutieren. Deshalb komme ich auf meine Aufforderung vom 20. Dezember 1977 (Anlage) zu einer öffentlichen Konfrontation zwischen Ihnen und mir im ORF-Studio Dornbirn zurück. Da Sie bis heute keine Stellung dazu genommen haben, wiederhole ich meine Einladung und erwarte, daß Sie sich dieser Herausforderung nicht entziehen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS
Landesverband Vorarlberg

Robert Par
Vorsitzender

1 Anlage

RETTET DIE ERDE!

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS (WSL)

Aktionsgemeinschaft zum Schutze von Natur, Landschaft, Tier und Mensch
Gegründet 1960 zu Salzburg, Österreich
Sektion Österreich

A-6800 Feldkirch, den 29. Juni 1978
Postfach 300

Herrn
Generaldirektor Dr. Heinz Kienzl
Österreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3
1090 Wien

Sehr geehrter Herr Generaldirektor!

Dürfen wir Sie darauf aufmerksam machen, daß mit Ihrem Angriff, den Sie anläßlich der 28. "Schattenburg-Tagung" in Feldkirch gegen die größte Vorarlberger Tageszeitung - die VORARLBERGER NACHRICHTEN - gerichtet haben, nicht nur diese schwer und zu unrecht beleidigt wurde, sondern fast die gesamte Vorarlberger Bevölkerung, zumindestens über neunzig Prozent davon, die sich gegen Atomkraftwerke erklärt haben.

Es würde mich sehr interessieren, über Ihren Standpunkt in der Atomenergie-Frage mit Ihnen zu diskutieren. Deshalb komme ich auf meine Aufforderung vom 20. Dezember 1977 (Anlage) zu einer öffentlichen Konfrontation zwischen Ihnen und mir im ORF-Studio Dornbirn zurück. Da Sie bis heute keine Stellung dazu genommen haben, wiederhole ich meine Einladung und erwarte, daß Sie sich dieser Herausforderung nicht entziehen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS
Landesverband Vorarlberg

Robert Par
Vorsitzender

1 Anlage

RETTET DIE ERDE!

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS (WSL)

Aktionsgemeinschaft zum Schutze von Natur, Landschaft, Tier und Mensch
Gegründet 1960 zu Salzburg, Österreich
Sektion Österreich

Feldkirch, den 20. Dezember 1977

Redaktion
ARBEIT & WIRTSCHAFT
Hohenstaufeng. 10
1010 Wien

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Ich danke für die Veröffentlichung meiner Entgegnung auf den Artikel "Die Gefahren der Kernkraftwerksgegnerschaft" von Nationalbank-Generaldirektor Dr. Heinz Kienzl. Was Dr. Kienzls Stellungnahme in der Dezember-Ausgabe Ihrer Publikation betrifft, so wäre es interessant zu erfahren, welchen Informationsquellen er seine Behauptungen entlehnt hat.

1. Im Zusammenhang mit seiner Feststellung, die "friedliche" Atomkernspaltung habe bisher keine Todesopfer gefordert, verweise ich auf das bei der Vorarlberger Landesregierung aufliegende Fachgutachten "Über die Gefährdung von Vorarlberg durch das bei Rüthi/Schweiz geplante Kernkraftwerk" vom 19.8.73, das der langjährige Vorsitzende des Ausschusses für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft im Deutschen Bundestag, Bonn, Univ.-Prof. DDr. Karl Bechert, erstellt hat. In diesem Gutachten präzisiert Prof. Bechert die von Leo Godman (Atomtechnikausschuß der Gewerkschaften, AFL-CIO, Washington) zusammengestellte Liste von Personen, die bei Unfällen in der Atomspaltindustrie ums Leben gekommen sind.

2. Entgegen Dr. Kienzls Anschauung hält Univ.-Prof. Dr. Bruckmann, Wien, eine 5%ige Deckung des Energiebedarfs durch Sonnenenergie keineswegs für utopisch. Das EWG-Forschungsprogramm (Universum 11/77 Seite 456) spricht sogar von 5 bis 10%. In der BRD wurden bisher rund 20 Milliarden DM an Steuergeldern für die Entwicklung der Atomenergiegewinnung ausgegeben; für die Erschließung anderer Energiequellen dagegen nicht mehr als 0,15 Milliarden DM. Seibersdorf allein kostet den österreichischen Steuerzahler jährlich rund 200 Millionen Schilling. Ich bitte Dr. Kienzl die Beträge zu nennen, die die Atomkernspalter in Österreich bisher Jahr für Jahr erhalten haben, bzw. jene Summen die der Sonnenenergieforschung bisher zugeführt wurden. - Hier schließt sich in logischer Folge die Frage an, weshalb Dr. Kienzl als Finanzfachmann und Generaldirektor der Nationalbank die wirtschaftlichen Aspekte des Atomspaltwerks Zwentendorf unberührt läßt. Zwentendorf, mit rund 3 Milliarden Schilling veranschlagt, hat bis heute das Doppelte gekostet und dürfte bis zur Erstellung eines improvisierten Atommüll-Zwischenlagers insgesamt 9 Milliarden Schilling kosten.

3. Ich bitte Dr. Kienzl um Nennung der wissenschaftlichen Arbeit, aus der er ableitet, daß pro Gigawattjahr erzeugter Kohlenenergie 3 000 Menschen sterben. Die von mir in der A & W vom Dezember 1977 zitierten Zahlen stammen von Univ.-Prof. Dr. Robert O. Pole, Institut für Physik an der Cornell Universität, Ithaca, NY, USA. Was Dr. Kienzl als "Fieberphantasien" bezeichnet, ist übrigens dem Bericht des Bundespressedienstes (Bundeskanzleramt, Wien) vom April 1977, Nr. 8, Seite 85, entnommen.

4. Was die Auslandsabhängigkeit betrifft, so betragen nach dem Bericht der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, BRD, vom November 1976 die abbauwürdigen Uranreserven 5,445 Millionen Tonnen, das ergibt 153 Milliarden Tonnen Steinkohleeinheiten (t SKE). Berücksichtigen wir die Tatsache, daß das Uran nur zu einem Drittel genützt werden kann, reduzieren sich die Uranvorräte auf rund 51 Milliarden t SKE. Dagegen haben wir an fossilen Brennstoffen immer noch 886 Milliarden t SKE (Stein- und Braunkohle 545 Mrd t SKE, Erdöl 141 Mrd t SKE, Ölsande und Ölschiefer 104 Mrd t SKE, Erdgas 96 Mrd t SKE). Wir müssen damit rechnen, daß das Uran noch vor dem Öl zu Ende gehen wird. Der Schnelle Brüter als Alternative ist so gefährlich, daß sogar die USA die Finger davon lassen wollen.

5. Dr. Kienzl bemüht sich, die sogenannte "friedliche" Atomkernspaltung von der militärischen zu trennen. Es haben jedoch anerkannte Fachleute anläßlich der Pugwash-Konferenz in Baden bei Wien 1974 (Vorsitzender: Nobelpreisträger und Physiker Univ.-Prof. Dr. Hannes Alfvén) eindeutig erklärt:"Der große Konflikt der Gegenwart besteht nicht zwischen Kapitalismus und Kommunismus, nicht zwischen reich und arm, sondern zwischen der Massenproduktion von Plutonium und Atomreaktoren und uns, die wir überleben wollen... Plutonium entsteht praktisch in jedem Reaktor und es ist völlig unmöglich, die "friedliche" und militärische Nutzung der Atomenergie voneinander zu trennen... Uns allen droht der Tod, nur eine kleine Gruppe der Menschheit gewinnt Macht und Reichtum aus der Atomenergie..."

Im März 1977 hat der Bundesbezirksrichter James McMillan (North Carolina, USA) erklärt, daß die Entschädigung bei Unfällen in Atomanlagen, die mit 560 Millionen Dollar (rund 9 000 Millionen Schilling) begrenzt ist, einer Enteignung von Privateigentum ohne ordentliches gerichtliches Verfahren gleichkomme und deshalb verfassungswidrig sei. Für das Atomspaltwerk Zwentendorf haften die Versicherungsgesellschaften nur bis zu einer Höhe von 130 Millionen Schilling, der Bund schießt aus Steuergeldern noch 370 Millionen Schilling zu. Angenommen, es werden bei einem Unfall in Zwentendorf eine Million Menschen geschädigt, so bekommt jeder 500 Schilling! Ist Dr. Kienzl, der sich für Atomspaltwerke derart engagiert, bereit, aus seinem Privatvermögen den Opfern eines Unfalls finanzielle Hilfe zu spenden? Ist er bereit, das schriftlich mit Nennung der Summe zu bestätigen?

Und abschließend die Frage: Ist Dr. Kienzl zu einer Fernseh-Konfrontation mit mir im ORF-Studio Vorarlberg, Dornbirn, bereit, um über das Thema "Atompropaganda und Tatsachen" zu diskutieren?

Ich bitte um Veröffentlichung dieser Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS
Landesverband Vorarlberg
Postfach 300 A-6800 Feldkirch

Robert Par
Vizepräsident

UNION MONDIALE POUR LA PROTECTION DE LA VIE (UMPV)
WORLD UNION FOR THE PROTECTION OF LIFE (WUPL)
WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS (WSL)
ВСЕМИРНЫЙ СОЮЗ ДЛЯ ЗАЩИТЫ ЖИЗНИ (ВЗЖ)
DIRECTION INTERNATIONALE

Salzburg, den 12. Jänner 1976
RP

Offener Brief

Herrn Dr. Hans Matthöfer
Bundesminister für Forschung
und Technologie
Bonn/BRD

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Für die Zusendung der Broschüre "Kernenergie - Eine Bürgerinformation" danken wir. Leider gibt die Broschüre eine einseitige Darstellung von AKW, indem sie einen utopischen Normalbetrieb schildert, und muß deshalb als irreführend abgelehnt werden.

Die "friedliche" Nutzung der Atomenergie läßt sich von der militärischen nicht trennen, da bei der Spaltung von Uran Plutonium anfällt. Nach Dir. Kellermann (Institut für Reaktorsicherheit, TÜV) steht ferner ein Engpaß bei qualifizierten AKW-Arbeitern bevor, da die langjährigen Mitarbeiter mittlerweile eine Dosis aufgenommen haben, welche die Grenzwerte für berufsmäßige "Strahlenempfänger" bei weiterer Belastung bald überschreiten könnte (FAZ v. 5.11.75).

Der Vergleich zwischen der Strahlenbelastung durch AKW und der natürlichen Umgebungsstrahlung ist irreführend. Bei der natürlichen Strahlung handelt es sich vorwiegend um Strahlen; bei der Spaltung von Uran dagegen um strahlende Substanzen, die inkorporiert und gespeichert werden können; die Anreicherung in der Nahrungskette kann ins Vielhunderttausendfache gehen. Die von der Atomindustrie geschätzte Strahlenbelastung durch AKW von einem Millirem pro Jahr stellt bestenfalls einen Mittelwert dar. Auch beruht diese Angabe zu einem wesentlichen Teil auf Berechnung, nicht auf Messung. Bei der Schätzung bzw. Berechnung können Fehler vorkommen, die an den Faktor 100 heranreichen. Bei einer Reihe von AKW wurden viel höhere Werte gemessen (Dresden, Humboldt-Bay, Shippingport). In Karlsruhe war sogar die Werksleitung gezwungen zuzugeben,

Veuillez adresser votre réponse à

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS
Sektion Österreich
A-5010 SALZBURG, Postfach 251

Sections
Comités et
Représentants

Allemagne
Rép. Argentine
Australie
Autriche
Belgique
Brésil
Bulgarie
Canada
Corée du Sud
Egypte
Espagne
Etats-Unis
Ethiopie
Finlande
France
Grande-Bretagne
Hongrie
Indes
Israël
Italie
Japon
Luxembourg
Maroc
Mexique
Norvège
Pays-Bas
Pologne
Rép. Sud-Africaine
Roumanie
Suède
Suisse
Tchécoslovaquie
Turquie
Yougoslavie

daß 1973 am Werkszaun 1,5 rem gemessen worden waren. Bei 1,5 rem/a erhöht sich nach Schätzung der amerikanischen Akademie der Wissenschaften das Krebsrisiko bereits bis zu 40%; dazu kommen noch die Erbschädenopfer.

Ihre Broschüre vermittelt den Eindruck, daß mit der Endlagerung in Asse II das Atommüllproblem völlig gelöst sei. Sie werden sich erinnern können, daß Ende Juni 75 in dem Kalisalzbergwerk Ronnenberg bei Hannover nach einem Erdbeben in der DDR in einem Kalisalz-Gebirge bei Fulda in Hessen derart starke Wassereinbrüche vorgekommen sind, daß das Bergwerk aufgegeben werden mußte. Das Atommüll-Lager Asse II liegt nur 60 km östlich von Ronnenberg und gleich weit wie Ronnenberg vom Erdbebenherd in der DDR entfernt (etwa 170 km).

Ihre Broschüre läßt eine ehrliche Darstellung der Gefahrenkette vermissen, angefangen bei der erhöhten Lungenkrebsrate unter den Uranbergarbeitern bis zur unbefriedigend gelösten Atommüllagerung. Wir erlauben uns deshalb, Sie an Ihr hohes Amt zu erinnern, das Ihnen die Pflicht auferlegt, im Interesse der Bevölkerung für die Wahrheit einzutreten und diese ohne Retusche der Öffentlichkeit zu vermitteln.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Prof. Günther Schwab
WSL-Präsident

Robert F. Par
WSL-Vizepräsident

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS
— Sektion Österreich —
A-5010 SALZBURG, POSTFACH 251

Gesundes Leben

Schriftleitung und Verwaltung: 4040 Linz a.d. Donau, Hafenstr. 7
Reformhaus: 4040 Linz a.d. Donau, Gruberstraße 55
Fernruf: [illegible]
Postscheckkonto: Wien 85.999

Organ des Bundes für Volksgesundheit / OÖ
Schriftleitung und Verwaltung: Drillgasse 17, 1238 Wien

Herrn
Prof. Paul Blau
Kammer für Arbeiter und Angestellte

Prinz Eugen Str. 20
1040 Wien

Wien, 76 11 22

Sehr geehrter Herr Professor Blau!

Ich erlaube mir mitzuteilen, daß ich über ein Tonband verfüge, auf dem Augen- und Ohrenzeugenberichte über die Vorgänge am 13. und 14. November 1976 in und um die Geschehnisse auf dem AKW-Bauplatz Brokdorf an der Unterelbe festgehalten sind.

Eingestreut sind Kommentare zum teilweise positiven, telweise negativen - Verhalten der Polizei, der Gerichte, der Politiker in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein und in Bonn. Es wird der Gewissenskonflikt jener Atomgegner ganz deutlich, die sich bisher ganz strikte an den Rechtsweg gehalten haben, um im Rahmen der Gesetze das Recht zu erhalten und die erkennen müssen, daß die Macht sich vielfach mit dem Unrecht verbündet, um Atominteressen noch eine kleine Weile durchsetzen zu können (Entwicklungskosten des Nuklearwaffenprogrammes auf dem Umweg über die sogenannte friedliche Anwendung der Atomenergie wenigstens teilweise wieder hereinzubringen). Gewissenskonflikt, ob nicht unter diesen Umständen z.B. das Anzwicken des Nato-Stacheldrahtes rund um das Brokdorfer Gelände, also der außergesetzliche Weg, nötig sei, um der verbrecherischen Atomkamarilla das Handwerk zu legen.

Ein Staat, der in breiten Bevölkerungsschichten einen solchen Gewissenskonflikt entstehen läßt, wäre gut beraten, den Ursachen nachzugehen und nicht mit "ordnender Hand" solches Brodeln zuzudecken.

Das Tonband ist geeignet, Entscheidungsträgern Information zu diesem Thema zu liefern. Da die Laufzeit des Bandes 7 Stunden beträgt, habe ich eine Auswahl getroffen, die in 60 oder 90 Minuten abgespielt werden kann. Auf Wunsch kann natürlich auch das ganze Band gehört oder auch überspielt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ing. Stefan Micko
Bund f. Volksgesundheit O.Ö.
Monatszeitschrift "Gesundes Leben"
in der Initiative Österr. Atomkraftwerksgegner.

Rsf 88-333-75

Linz, 6.April1976

In ganz Oberösterreich ist das Zusammenwirken der Behörden gegen Teichhalter und Fischzuchtbetriebe annähernd gleich.

Zuerst werden mit widernatürlichen und dilletantischen Regulierungsmaßnahmen Fließgewässer und Grundwasser zerstört und abgesenkt und dann wird alles versucht, um das einmal Geschehene behördlich zu kaschieren und Schadenersatzansprüche auf die lange Bank zu schieben.

Der augenblicklich gravierendste Fall befindet sich in Schalchen bei Mattighofen, wo eine Fischzuchtanlage, nachdem ihr der Wasserzutritt durch verschiedene Maßnahmen fast versiegt ist, auch noch Schwierigkeiten bei der Bewilligung entsprechender Not- und Ersatzmaßnahmen gemacht werden.

Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren und sind nicht auf das Innviertel beschränkt, sodaß die Vermutung nahe liegt, daß private Ansprüche - die nicht dem Landesfischereiverein gehören - einfach ignoriert werden.

Die zuständigen Behörden, Ämter und sonstige befaßte Personen mögen bedenken, daß hier weit über wirtschaftliche Einzelinteressen hinaus unser Heimatland unersetzbare ideelle Schäden erleidet, für die Zukunft dringend erforderliche Wasservorräte verliert und vergeudet und die Verantwortung hiefür von niemandem getragen wird.

Daß manche Behörden gegen die langfristigen Interessen des Landes arbeiten, sei als Ironie am Rande vermerkt.

Hochachtungsvoll

Linz, 6.April 1976

Herrn

Magister Lothar Bodingbauer

Braunauerstr.15

4950 A l t h e i m

Lieber Lothar!

In der Beilage übermittle ich Dir das Konzept eines Leserbriefes in Angelegenheit Fischzuchtanlage Achleitner,Schalchen, und ersuche Dich, mehrere Leserbriefe in ähnlicher Form von verschiedenen Personen an verschiedene Zeitungen richten zu lassen.
Es sollte darin auch zum Ausdruck kommen, daß die Behörde sogar umliegende Brunnenbesitzer als durch die Fischzuchtanlage geschädigt hinstellt, während sie praktisch nicht zu behebende Fehler jahrelang aneinandergereiht hat.

Mit bestem Dank für Deine Mühe und herzlichen Grüßen verbleibe ich

Dein

Beilage.

DR. RUPERT HARTL
LANDESHAUPTMANN-STELLVERTRETER

4020 Linz, im Februar 1978
Landstraße 36

Sehr geehrter Herr Dr. Roschall!

Die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung ist auf Grund weltweiter Schwierigkeiten auch in unserem Bundesland einer verstärkten Belastungsprobe ausgesetzt. Zusätzlich ist durch das Eintreten geburtenstarker Jahrgänge in den Arbeitsprozeß in den nächsten Jahren mit einem stark vermehrten Bedarf an Arbeitsplätzen zu rechnen.

Die Bewältigung dieser sicher nicht leichten Probleme ist nur durch Zusammenarbeit und durch gemeinsame Anstrengungen aller am Wirtschaftsleben Beteiligten - im besonderen der Sozialpartner und der öffentlichen Hand - möglich.

Es ist mir nun gelungen, zu diesem Problemkreis Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky, Herrn Vizekanzler Dkfm. Dr. Androsch, sowie namhafte Vertreter der Bundesregierung zu einer großen Wirtschaftsdiskussion nach Oberösterreich zu holen. Ich darf daher Ihr Interesse auf den 17. März 1978 lenken und Sie zu dieser Veranstaltung, die weit über die Parteigrenzen hinausgeht, einladen. Sie haben bei dieser Veranstaltung auch Gelegenheit, Anfragen zu stellen und sich an der Diskussion zu beteiligen.

Mit besten Grüßen
Ihr

Hartl

Beilage:
1 Einladung

BÜRGERINITIATIVE GEGEN ATOMGEFAHREN
im Weltbund zum Schutze des Lebens
4o1o Linz, Postfach 167

28. März 1978

Sehr geehrte Frau,
sehr geehrter Herr,

nachdem wir uns längere Zeit nicht mehr gerührt haben, erscheint es uns gerade jetzt besonders wichtig, wieder auf diesem Wege mit Ihnen in Verbindung zu treten. Wir glauben, daß Sie uns in keiner schlechten Erinnerung haben, allein schon wenn wir an die hohe Beteiligung bei der Befragung der Gemeindebürger von St. Pantaleon denken und an die überwältigende Ablehnung des Atomkraftwerkprojekts.

Sie wissen, daß wir keine politischen Extremisten sind, sondern daß wir das Atomkraftwerk aus Sorge um unsere Umwelt und Heimat, unsere Gesundheit und die der Kinder und Kindeskinder verhindern wollen.

Im großen und ganzen haben sich unsere Argumente bestätigt. Mehr als die Hälfte der Österreicher ist heute gegen Atomkraftwerke. Im westlichen Ausland ist die Situation nicht anders. Heute wissen die Bürger, daß es noch keine Lösung für den Atommüll gibt, daß er ein Problem für Tausende von Jahren ist, daß das Krebsrisiko rund um Atomanlagen erhöht ist...und daß der Atomstrom (oder überhaupt immer mehr Energie) keine Arbeitsplätze schafft.

Regierung und Parlament tun sich bei der Atomentscheidung recht schwer. Diejenigen, die an oberster Stelle die Atomkraft befürworten, begreifen andererseits, daß es überall Widerstand geben wird, wo ein atomares Projekt auftaucht. Es ist also keine Rede davon, daß die betroffene Bevölkerung mit der Zeit einsehen wird, daß jedes Aufmucken gegen die Atombetreiber sinn- und erfolglos ist.
(Denken Sie an die Waldviertler Bürgermeister und an die Bürgermeister im Sauwald, an die Affäre rund um Alberndorf, an die Bauern im Tullnerfeld, an die starke Anti-Atom-Bewegung innerhalb des Gewerkschaftsbundes, an die kritische Haltung der Kirche).

Gerade an dieser Stelle möchten wir einhaken, um Ihnen mitzuteilen, daß die Planungen für St. Pantaleon abgeschlossen sind und der Baubeginn bevorsteht. Wer also der Meinung war, das Atomkraftwerk ist für viele Jahre aufgeschoben, der ist einer gezielten Einschlummerungstaktik zum Opfer gefallen.

In aller Stille haben die Betreiber einmal einen meteorologischen Meßturm aufgestellt. Hätte man Ihnen nicht offiziell sagen können, wozu der Turm gut sein soll? Nach dem Anschlag ist anzunehmen, daß das Kraftwerksgelände sehr bald eine stacheldrahtbewehrte Umzäunung erhalten wird.

Wir haben uns nun jahrelang erfolgreich gegen Zwentendorf und St. Pantaleon gewehrt. Bei der Demonstration im Juni 1977 machten uns die Zwentendorfer den Vorwurf: Warum kommt ihr erst jetzt, warum seid ihr nicht schon vor sechs Jahren gekommen?

Freilich war damals der Stand der Aufklärung noch ganz anders! Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung zweifelte an der Notwendigkeit und Gefahrlosigkeit eines Atomkraftwerks.

Aber heute, da die verheerenden Folgen und Zwänge der Atomenergie bereits so gut bekannt und absehbar sind, darf man da untätig zusehen, wie in der eigenen Gemeinde ein so schicksalhaftes Projekt verwirklicht werden soll? Am nachhaltigsten sind bisher dort Kraftwerksprojekte zu Fall gebracht worden, wo der Widerstand von der ortsansässigen Bevölkerung getragen wurde.

Wir sind davon überzeugt, daß Sie nach wie vor das Atomkraftwerk nicht haben wollen. Trotzdem liegt der Gedanke nahe, nichts dagegen zu unternehmen, weil gegen die Macht der Atombetreiber angeblich ohnehin kein Kraut gewachsen ist.

Diese Meinung stimmt sicher nicht. Das läßt sich durch viele Beispiele belegen. Wenn ich aus voller Überzeugung etwas nicht will, dann versuche ich mit allen Mitteln, es nicht zu bekommen. Dabei kommen einem oft Dinge zu Hilfe, die man sich nie hätte träumen lassen. Glauben Sie nicht, daß an dem Sprichwort etwas Wahres dran ist: Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott.

Nehmen Sie doch Ihr Schicksal in die eigenen Hände!
Wenn Sie es nicht tun - wer dann?
Die Zeit drängt.

Mit freundlichen Grüßen

Dipl.-Ing. Friedrich Witzany e.h.
für die Bürgerinitiative

Postgebühr bar bezahlt

AN EINEN HAUSHALT
IN DER GEMEINDE ST. PANTALEON

D r u c k s a c h e

Impressum: Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bürgerinitiative gegen Atomgefahren im Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL) 4o1o Linz, Postfach 167. Eigenvervielfältigung. Für den Inhalt verantwortlich: Dipl.-Ing. Friedrich Witzany, Im Sommerlandl 7 449o St. Florian

Block 07 Archiv 79097

AVB - INSTITUT Konr.-Vogelstraße 13 A 4020 LINZ

AVB - INSTITUT Konr.-Vogelstraße 13 A 4020 LINZ

Entwurf Umfrage Witzany

1) Wie beurteilen Sie die wirtschaftlichen Aussichten Europas?
sehr optimistisch ( ) gut ( ) gefährdet ( ) schlecht ( ) aussichtslos ( )

2) Ist das heutige Wirtschaftssystem Ihrer Meinung nach
konsolidiert ( ) gefährdet ( ) muß zusammenbrachan ( )

3) Was halten Sie vom Wirtschaftswachstum?
es ist fundiert und gesichert ( ) es ist gefährdet ( )
es ist unhaltbar ( )

4) Steht das Wirtschaftswachstum mit der Sicherung des Arbeitsplatzes in direktem Zusammenhang oder nicht? ja ( ) nein ( )

5) Ständiges Wirtschaftswachstum bedeutet ständige Produktionssteigerung und bedeutet ständig steigenden Verbrauch. Glauben Sie, daß wir immer mehr verbrauchen müssen, um immer mehr produzieren zu können? ja ( ) nein ( )

6) Steigende Produktion und steigender Verbrauch bedingen steigende Inflation. Was halten Sie für wichtiger:
Sicherung der Arbeitsplätze ( ) oder
Bekämpfung der Inflation ( )

7) Der Raubbau an Rohstoffen, der durch jedes Wirtschaftswachstum bedingt ist, nimmt den kommenden Generationen die Rohstoffbasis weg. Glauben Sie, daß man diese gegenwärtige Lebensauffassung vertreten kann? ja ( ) nein ( )

8) Rohstoffprobleme und Nahrungsmittelversorgung sind weltweite Probleme, die eine weltweite Lösung erfordern. Die Menschheit hat sich in den letzten 70 Jahren verdoppelt, sie zählt heute über 4 Milliarden. Sind Sie der Meinung, daß diese Entwicklung
unaufhaltsam ist ( ) gesteuert werden muß ( ) abgebaut werden muß ( )

9) Wenn diese Entwicklung gesteuert oder abgebaut werden muß, sind Sie der Ansicht, daß die wirtschaftlich hochentwickelten Nationen mit der Geburtenbeschränkung den Anfang machen müssen? ( )
daß die unterentwickelten Länder damit beginnen müßten? ( )
daß alle gleichzeitig und gleichartig diese Entwicklung zu stoppen haben? ( )
daß alles keinen Sinn mehr hat? ( )

10) Sind die Rohstoff- und Nahrungsmittelprobleme Ihrer Meinung nach friedlich durch den Einsatz der Vernunft zu regeln? ( ) oder
gewaltsam durch den Ausbruch von Wirtschaftskriegen ( )

11) Glauben Sie, daß der Kommunismus die Lösung dieser Probleme herbeiführen kann? ja ( ) nein ( )

12) Glauben Sie, daß der sogenannte freie Westen diese Probleme lösen wird? ja ( ) nein ( )

13) Glauben Sie, daß sich Europa zu einem Machtblock zwischen Ost und West konsolidieren kann, um seine Probleme eines reibungslosen Zusammenlebens selber zu lösen? ja ( ) nein ( )

14) Und nun zu Österreich.
Glauben Sie, daß die Oppositionsparteien die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen wir uns befinden, besser meistern könnten als derzeit die Regierungspartei? ja ( ) nein ( )

15) Wissen Sie schon heute, welche Partei Sie bei der nächsten Nationalratswahl wählen werden oder sind Sie noch unschlüssig?

ich weiß es schon ( ) bin unschlüßig ( )

16) Finden Sie, daß unsere Politiker eine offene und ehrliche Politik betreiben und den Dialog mit der Bevölkerung suchen?
ja ( ) nein ( )

17) Finden Sie, daß unsere Politiker über die nächste Wahlperiode hinaus denken oder nur darauf aus sind, die laufende Wahlperiode zu überleben? Denken weiter ( ) denken nicht weiter ( )

18) Sind unsere Politiker echte Volksvertreter und arbeiten Sie auch in diesem Sinne oder brauchen sie die Wählerstimmen, um ihren Stuhl die nächsten vier Jahre zu behalten?

echte Volksvertreter ( ) keine echten Volksvertreter ( )

19) Es stehen uns Entscheidungen bevor, die nicht nur für Generationen, die für Jahrtausende hinaus wirksam werden (Atomkraftwerke). Wissenschaft und Politik können hier fundiert oder fahrlässig entscheiden. Die Einführung der Verantwortlichkeit dieser Entscheidungen gehen weit über das Leben und das Vermögen des Wissenschaftlers und Politikers hinaus. Eine Verantwortung für diese Entscheidungen muß es aber geben. Sind Sie dafür, daß auf fahrlässige Entscheidungen dieser Art die Todesstrafe steht? ja ( ) nein ( )

20) Hätten Sie gegebenenfalls für unpopuläre Maßnahmen Verständnis?

Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge ja ( ) nein ( )

Spitalselbstbehalt ja ( ) nein ( )

Wasserschilling ja ( ) nein ( )

Sondersteuern ja ( ) nein ( )

21) Würden Sie gegebenenfalls auch eine Partei wählen, die keine Steigerung des Wohlstandes und des Lebensstandards mehr verspricht, sondern sich für eine Gesundung der menschlichen Umwelt, für den Leistungslohn, für eine Besinnung auf die echten Lebenswerte einsetzt?

ja ( ) gegebenenfalls ( ) nur unter bestimmten Umständen ( )

eher nicht ( ) bestimmt nicht ( )

AVB - INSTITUT
Konr. - Vogelstraße 13
A 4020 LINZ

22) Würden Sie einer Partei überhaupt eine Chance geben, die sich in erster Linie für die Schaffung eines gesunden Lebensraumes einsetzt (statt quantitatives qualitatives Wachstum)?

ja, das würde ich ( )

so etwas hat keine Aussichten ( )

23) Wieviel Prozent der Wählerstimmen würde Ihrer Meinung nach eine solche Partei erhalten können?

5 ( ) 10 ( ) 15 ( ) 20 ( ) 30 ( ) 50 ( ) mehr ( )

24) Würden Sie ungeachtet Ihres sonstigen parteipolitischen Bekenntnisses selbst eine solche Partei wählen?

ganz bestimmt ( ) nur fallweise ( ) vielleicht ja ( )

wahrscheinlich nicht ( ) bestimmt nicht ( )

Vorschläge für eine Meinungsumfrage in Hinblick auf eine evtuelle politische, ökologisch orientierte Bewegung

Die Fragen mit ihren Formulierungen geben lediglich den Umfang des Themenkreises an und bedürfen einer fachkundigen Modifizierung.

Was halten Sie für wichtiger: Sicherung der Arbeitsplätze
Bekämpfung der Inflation

Glauben Sie, daß zur Sicherung der Arbeitsplätze ein ständiges Wirtschaftswachstum notwendig ist?

Glauben Sie, daß die Oppositionsparteien die wirtschaftlichen Schwierigkeiten besser meistern könnten als die Regierungspartei?

Glauben Sie, daß das heutige Wirtschaftssystem weltweit einem Zusammenbruch entgegengeht?

Glauben Sie, daß der Kommunismus kommen wird?

Glauben Sie, daß weltweit die Probleme mit den Rohstoffen und mit der Nahrungsmittelversorgung gelöst werden

a) gewaltsam durch Ausbruch von Wirtschaftskriegen
b) friedlich durch den Einsatz der Vernunft

Wissen Sie schon heute, welche Partei Sie wählen werden?

Sind Sie der Meinung, daß die Politiker die Wähler als Stimmvieh betrachten oder daß sie als echte Volksvertreter entscheiden?

Finden Sie, daß die Politiker offen und ehrlich sind und den Dialog mit der Bevölkerung suchen?

Würden Sie eine Partei wählen, die keine Steigerung des Wohlstandes und Lebensstandards mehr verspricht?

Haben Sie für unpopuläre Maßnahmen Verständnis? (z.B. Autosondersteuer, Wasserschilling, Spitalsselbstbehalt, Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge)

Geben Sie einer Partei eine Chance, die in erster Linie die Erhaltung eines gesunden Lebensraumes betont (und vom quantitativen zum qualitativen Wachstum schwenkt)?

Wieviel Prozent der Stimmen würde Ihres Erachtens eine solche Partei erhalten?

Würden Sie selbst eine solche Partei wählen?

Verteiler

- APA Linz
- ORF Linz
- -"- Wien
- Kurier
- Presse
- Kronenzeitung Wien
- -"- Linz
- Salzburger Nachr.
- Arbeiterzeitung Wien
- OÖN
- Volksblatt
- Tagblatt
- L. Kirchenzeitung
- Kurier NÖN. u. Seiten
- VN
- Rieder
- WSL - Vorarlbg
- Mürzbg
- Schmitz
- Boltzmann Inst.

PROTECTIO VITAE

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS (WSL)

Aktionsgemeinschaft zum Schutze von Natur, Landschaft, Tier und Mensch

Gegründet 1960 zu Salzburg, Österreich

Sektion Österreich

Postanschrift
[redacted]

Zeitschrift
„Lebensschutz"
„Der stille Weg"
Postschließfach 6
A-5033 Salzburg

Sektionen, Vertretungen
und Ausschüsse
in 35 Staaten

BÜRGERINITIATIVE GEGEN ATOMGEFAHREN
4o1o Linz, Postfach 167

Tag: 27. Okt. 1977

Zeichen:

Herrn Bundeskanzler
Dr. Bruno Kreisky

Ballhausplatz 2
1o1o W i e n

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler !

Es ist uns bekannt, daß Sie auf offene Briefe nicht reagieren. Wir stellen lediglich fest, daß Ihre Äußerungen im Zusammenhang mit der gestrigen Demonstration das Tischtuch noch mehr zerschnitten haben. Es wird Ihnen aber trotzdem nicht gelingen, den Großteil der Atomgegner in jenes linke und extreme Eck zu drängen, in dem Sie sie gerne sehen würden.

Die Verbitterung darüber ist groß. Dieses überhebliche und ungerechtfertigte Abqualifizieren leistet eher dem Terrorismus Vorschub, den Durchschnittsösterreicher läßt es allerdings vermuten, daß in der Atomfrage ohnehin bereits alles gelaufen ist. Trifft es also zu, daß die Regierung "manövriert"?

Wenn die von Ihnen angekündigte Enquete eine Alibifunktion erfüllen soll, würden wir das überaus bedauern. Wenn Sie sich mit der Fortsetzung der Diskussion für die Entscheidung ein Hintertürl offen lassen wollen, würde das für Ihren Weitblick sprechen. Ihnen wird die tatsächliche Stimmung der Bevölkerung zu Atomkraftwerken bekannt sein, und Sie werden sicher daran nicht scheitern wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Dipl.-Ing. Friedrich Witzany)
für die Bürgerinitiative

Durchschrift an:

Presse, Rundfunk und
Atomgegnergruppen

Bürgerinitiative gegen Atomgefahren im
WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS (WSL)
4010 Linz, Postfach 167

Linz, 18.10.1977

An die
Redaktion

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die österreichische Atomgegnerschaft, die sich aus verschiedenen Gruppen, Vereinen, Initiativen, Institutionen und nicht zuletzt aus der Vielzahl sonst nicht "organisierten" Bürger zusammensetzt, beabsichtigt, am 26.10.1977 in Wien gegen die geplante Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf und darüber hinaus überhaupt gegen die Installierung und den weiteren Ausbau der Kernenergie in Österreich zu demonstrieren.

Eben da - auch von den Politikern erkannt - die Frage der Atomenergie von eminenter staatspolitischer Bedeutung ist, wurden als Termin der Nationalfeiertag und als Ort der Demonstration die Bundeshauptstadt gewählt. Dieser Aspekt soll auch Stil und Ablauf der Demonstration bestimmen.

Die Vielschichtigkeit der Atomenergieproblematik findet neuerdings auch in Publikationen verschiedener, ideologisch grundsätzlich nicht einmütiger Institutionen ihren Niederschlag (z.B. von der Katholischen Sozialakademie und der Jungen SPÖ).

Über die erwähnten Aktionen und Fragen wollen wir in einer Pressekonferenz informieren. Wir erlauben uns, Sie dazu höflich einzuladen.

Ort: Presseclub, Landes-Kulturzentrum Ursulinenhof

Zeit: Mittwoch, 19.10.1977 um 12 Uhr 30

i.V. Asta Krejci e.h.
für die
Bürgerinitiative gegen Atomgefahren
im WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS

Anwesenheitsliste der Linzer Aktionseinheits-Besprechung am 8.7.1978

Name	Anschrift
Peter Kastner	Arbeitskreis gg.Atommüll, Waldviertel
Wolfgang Maister	3910 Zwettl 02822/2436
Roland Leicht	4813 Altmünster 357
Slavik Berta; BIAG Wien	1060 Wien, Grabnerg. 1; 57 79 14
Müller Rosa; BIAG Wien	1123 Wien, Postfach 14; 83 73 894
Dr. Wolfgang E.Katzenberger BIAG Wien	1060 Wien, Eggerthgasse 7/1/5 57 68 843
Walter Schauberger Jörg Schauberger	4821 Lauffen/Bad Ischl-Engleithen Tel. Bad Ischl 3262
Par Robert, WSL	6800 Feldkirch, Postfach 300
Dr. A.Tisserand	4020 Linz, Mozartstr. 19
Walter Mayer; BI Weinsberg-Forst	3665 Gutenbrunn, Fach 5 02874/35596 0222/55 85 593
Heinz Novak; Init.Gewerkschafter geg.AKW	1160 Wien, Reizenpfenninggasse 4/2
Friedrich Witzany	4490 St.Florian, Im Sommerlandl 7 ÖNB Landesgruppe O.Ö.
Alois G. Englander	1010 Wien, Graben 27; 52 89 00,52 74 23
Alois Horner Physiker gg.AKW/WOGA/IÖAG	1090 Wien, Säulengasse 18/2 34 45 592
Josef Reichmayr	1060 Wien, Esterhazygasse 23/10 Zentralkomitee d.Komm.Bundes Österreichs
Thomas Höhne	1030 Wien, Custozzagasse 13/18;73 85 61 WOGA/IÖAG
Ameshofer Hubert	5083 Gartenau, Eisteichstr. 12 02646/28 0 95
Klaus Peter Herndl; IDÖAG u. Wr.IÖAG	1080 Wien, Kupkagasse 6/5 9020 Klagenfurt, Universitätsstr. 56
Heinz Stockinger	5020 Salzburg,Egger-Lienz-G.23/12 06222/21 87 35 4775 Taufkirchen/Pram 64 07719/610
Harald Probst; Komitee Salzburg	5020 Salzburg, Schranneng. 7a/II
S.A.G.A. Scharnstein	p.Adr.Reinhilde Soyka, Viechtwang 83, 4644 Scharnstein
Karl Schulz, WSL O.Ö.	4861 Schörfling, Aurach, Kasten 20
Vera G.Heinrich; Schöneborn	1190 Wien, Boschstr.3/32; 36 28 785
Ch. Pröll, Aktion f.Umweltschutz u.gegen Atomgefahren Innsbruck	6020 Innsbruck, Schneeburggasse 49 a
Anna Fessler; BI Innsbruck	6020 Innsbruck, Höhenstr. 25a Tel.Innsbruck 33 05 22
Etzmannsdorfer Grete, WSL Sbg.	Walserberg 64, 5071 Wals; Sbg./36 18 85
Matthias Reichl; Begegnungszentrum f.aktive Gewaltlosigkeit	4820 Bad Ischl, Wolfgangstr. 26 Tel. Sbg.Landesreg.06222/24541-398

Anwesenheitsliste/2

Name	Anschrift
Mayr Roswitha; Aktion Umwelt	5020 Salzburg, C.v.Nissenstr. 25
Aspöck Hubert; Aktion Umwelt	--- " ---
Georg Pischer; Aktion Umwelt	--- " ---
A.G.A. Vorchdorf, Adolf Ursprunger	4655 Vorchdorf, Postfach 31 (Lindacherstr. 4)
Wolfgang Weiß	Arbeitskreis gegen Atommüll, Waldviertel
Günther Pfaffenwimmer; WOGA	Burggasse 12/10, 1070 Wien; 93 40 472
Hermann Soyka; Bund f.Volksgesundh.	2601 Sollenau, Ulmeng.14; 0222/2610-972
Stefan Micko; Bund f.Volksgesundh.	1238 Wien,Drillg.17; 0222/88 21 73
Lauber Walter; Gewerksch.Initiative	3400 Klosterneuburg, Buchkammerl 11 02243/70 3 64
Hannes Minich; ÖNB Landesgr.Wien	1190 Wien, Billrothstr. 1-3/1/7/34 31 27 094; 42800/2078)
Lanzl Josef	1050 Wien, Schönbrunnerstr. 36/3/57
Meissner-Blau	Wien
Irmi Tatzber	1160 Wien, Reizenpfenninggasse 4/2 72 92 660 od. 94 84 783
Woltsche Johanna	1150 Wien, Sechshauserstr. 49/1
Karl Manzano; IÖAG (GÖK)	1110 Wien, Felsgasse 8/17; 74 67 243
Herbert Kohout	WOGA Gruppe 4/5
Erich Lendorfer	WOGA, Gruppe 16
Josef Köberl; AK Linz	4020 Linz, Zibermayrstr. 83
Palmisano Elisabeth; Initiativgruppe Klagenfurt	9020 Klagenfurt, Villacherstr. 16
Wolfgang Schöner, WOGA	1080 Wien, Josefstädterstr. 25/29
Bernhard Amanshauser, WOGA	1020 Wien, Glockeng. 13/1/4/7
Ingeborg Trummer, WOGA	1120 Wien, Steinbauergasse 36/19
Susanne Schermann, IÖAG-WOGA	1030 Wien, Messenhausergasse 4/8
Ing. Krejci N.; BIAG Linz	4470 Enns, Zieglerstr. 13
Karl Sengstschmid, BI WSL	4224 Wartberg/Aist, Steinbichl 20
Madersbacher Fritz	6130 Schwaz, Karwendelstr. 7
Glatz Lorenz u. Hedwig	1080 Wien, Josefstädterstr. 29/2/30
Liane Micko; Gesundes Leben	1238 Wien, Drillg. 17
Heinzle Wilfried; IÖAG-Vbg. GÖK	6340 Götzis, Appenzellerstr. 32
Bächle Gabi; -- " --	6845 Hohenems, Goethestr.6; 05576/2672
Christian Mayr; Arbeitskreis Atomkraft u.Umwelt, Ried/Innkr.	4753 Taiskirchen 84; 07764/444
Karl Jetzinger	4971 Aurolzmünster; 07752/47 8 74
Irmgard Wunderer; BIAG Mödling	2340 Mödling, Joh.Straußg.23; 02236/81 18 54
Hans Rummel	5020 Salzburg, Schloßstr. 28 02622/21 54 72

Gesamtösterreichische Zusammenkunft (Aktionseinheits-
tagung) in Linz

Samstag, 8. Juli 1978

Beginn einberufen 9 Uhr, tatsächlich 9,30 Uhr. Es begrüßt Witzany. Tagung soll informellem Gedankenaustausch dienen. Nach Möglichkeit gemeinsame Basis finden, auf der die einzelnen Gruppen bzw. Zusammenschlüsse von Gruppen oder Einzelkämpfer aufbauen können.
Manzano: Jeder Redner soll sich vorstellen.
Lauber teilt Grüße von Prof. Jungk mit und seine Wünsche: Einbeziehen der Bevölkerung rund um Zwentendorf, Abhalten von kleinen Veranstaltungen ohne große Demonstrationen.
Horner: St.Pantaleon ist derzeit zurückgestellt. Forciert wird derzeit der Standort Edling in Kärnten (3.AKW nach 2.Block in Zw.). Quelle ist ein Geograph. der derzeit Standortuntersuchungen für kerntechnische Anlagen durchführt.
Höhne: Der GÖK (Gesamtösterr. Koordinationsausschuß) der IÖAG (Initiative Österr. Atomkraftwerksgegner) hat bis 5.11. 4 Phasen veranschlagt, die er auf dem beiliegenden Arbeitspapier geschildert hat.- Weiters besteht der Wunsch nach einer gemeinsamen Parole, die eine Geschlossenheit der Gegnerschaft und des Zieles ausdrückt. - Der Vorschlag eines Prominentenkomitees wird bejaht von der IÖAG - Sie schlägt auch Großveranstaltungen vor z.B. in der Endphase ein "Tribunal" in Wien mit prominenten Wissenschaftern aus der ganzen Welt.
Woltsche Die Einzelgruppen sollen möglichst autonom bleiben. - die Bundesländergruppen sind ~~ein~~ leider sehr isoliert. Gewerkschafter schlagen vor gemeinsame Plakate, um optisch für die Bevölkerung präsent zu sein. Ein Signum, dann viele weiße Fläche zur Gestaltung durch die verschiedenen Gruppen bei den aktuellen Anlässen. - Weiters schlagen die Gewerkschafter vor X Werbung in den Medien, Einschaltung im Werbefernsehen.
Hüttling: Slogan "Atomkraft? Nein danke" ist gut. - Hüttling hat zahlreiche Plakate gemacht, die handgemacht sind und von den einzelnen Leuten dann koloriert werden könnten. Anfordern bei ihm. Tel. Wels 21.676. - Vorschlag: Schaukasten am eigenen Haus.
Manzano: Man soll in dieser Vorabstimmungszeit Forderungen an Bundes- und Landesregierungen stellen: Austreten aus der Gesellschaft für das 2.KKW., Zwischenlagerung! Keine Teilbetriebsgenehmigung (Vorsicht geboten wegen Staribachers Hinweis, daß für ihn 30 MW noch keine 'Inbetriebnahme' sei. - Ausnützen, daß der Gemeinderat von Zwentendorf gegen die Errichtung eines Zwischenlagerbeckens ist. - Manz. schlägt Aufmarsch im Tullnerfeld vor, die Tullnerfelder sollen dazu aufrufen, wendet sich dabei an Micko und andere um Hilfe, die T. zu gewinnen. - Achtsam Versuche auf Probebohrungen verfolgen - Alles das seien Unterstützung für die "Nein"-Kampgane.
Witzany: Wir sollten uns jetzt klar darüber werden, ob wir uns in dem jetzigen Stadium an die Regierung oder an die Bevölkerung wenden sollen. Nach oben oder nach unten.
Ursprunger: Die Arbeit in ganz Österreich muß unbedingt geographisch koordiniert werden. - Fordert weiters eine Verleihstelle für Filme, Tonbänder usw. - Eine Liste von Vortragenden - schlägt einen Info-Zug vor, z.B. hat er seinen Kastenwagen als einen solchen Zug hergerichtet. - Eine Teilnehmerin der BI Scharnstein, R.Soyka, habe gefordert, man solle vom ORF Zeit für Belangsendung fordern, da wir Interessen zu vertreten haben wie der Gewerkschaftsbund.

Mayer (Waldv.): Waldviertel mit 60 hat sich teilweise koordiniert. Fordert österreicheinheitliche Flugzettel.
Kurier hat versprochen, eine Reportage jeweils bei größeren Veranstaltungen mit Bildern zu bringen.
Chancengleichheit im Rundfunk soll nicht nur Dorner, Wien, verfolgen.
Stockinger: Gruppenarbeit sollte jetzt, in der 2. Phase, koordiniert, ja systematisiert werden..Georgraphisch ordnen.
Micko: Argumentieren jetzt im Hinblick auf die Stimmabgabe so, wie es in der Bevölkerung ankommt, nicht abschrecken durch zu weit herbeigeholte Argumente oder totales Systembekämpfen.
N.N., Graz: Wie wirbt die Gegenseite? Psychologie einsetzen, mit Angst sollen auch wir argumentieren, Schocktherapie, Konkret werden auf jeden Fall.
Tatzber: Wir wollen heute unsere Ideen aussprechen und finden, was wir Gemeinsames haben.
Das Wichtigste ist, Information an die Bevölkerung heranzutragen.
Slogans werden hier zu viel Diskussion führen.
Der ORF hat Werberecht nur für Parteien oder Interessenvertretungen und wir sind weder das noch jenes.
Die Gewerkschafter gegen AKW ist übereingekommen, keine Dachorganisation gleich welcher Couleur oder Richtung zu akzeptieren, keinerlei Struktur, seien es nun Vorsitzer, Präsidenten oder Sprecher.
Krejci: Bevölkerung richtig ansprechen, Chancengleichheit fordern. Da dies nicht erreicht wird, den Ausgang der Volksabstimmung schon im voraus nicht anerkennen.
Woltsche: Fordert bis 5.11. "seriöse Aktionen".
Proost: Es gibt tausenderlei Flugblätter. Eine Arbeitsgruppe mit viel Leuten sollte über ein Wochenende ein gemeinsames Fl.Bl. entwerfen, auch Plakate.
Ihm hat viel gebracht die Zeitschrift "Lebensschutz" WSL BRD, die als einzige über den Unfall in Brunsbüttel berichtet hat; gut gemacht sind die Flugblätter der BI Weinsberg/Horst.
Pfaffenwimmer: erläutert das Zweifachblatt, welches die IUNG vorgelegt hat und das alle Teilnehmer bekommen haben.
Lauber: Schlägt vor ein Koordinationskomitee mit je einem Teilnehmer aus den Gruppen.
Slogans: "Sicherheitshalber Nein zu Zwentendorf"
"Sicherheitshalber Nein zur Atomenergie"
Plakatieren in 4 Wochen viermal.
Das allgemeine Plakat mit viel Information versehen, die wechselt.
Flugblätter bundesweit auf Plakate abstimmen.
Roswitha aus Salzburg: Entscheiden, wo ist Zusammenarbeit wichtig, wo nicht. - Wichtig ist sie bei den Medien.
Finanzierungsplan! - Chancengleichheit fordern.
Mit zentralen Werbemitteln vorsichtig sein: Landschaften, Schichten, Lager wollen verschieden angesprochen sein!
Par: Stimmt zu. Wichtig ist die regionale Differenzierung der Argumente. - 2 Dingen muß man hieb- und stichfest begegnen:
a) Arbeitsplatzargument und b) AKW-an-den Grenzen.
Stimmt mit Kromp überein "Sicherheitshalber Nein zu Zwentendorf".
Ursprunger: Wie wirklich dem '..An den Grenzen' begegnen?
Engländer: Appeliert vehement für eine Zusammenschluß bis zum 5.November und Beiseitestellen aller Sonderinteressen.
Wir müssen in den ORF eindringen!
Gemeinsame Publikationnn und gemeinsam als Zeitschrift mit Minimalkosten versenden.

Manzano: Man muß gar keine neue Taktik suchen, da in den vergangenen 1-2 Jahren die Zusammenarbeit immer wieder gesucht und gefunden wurde. Gemeinsamer Slogan muß so sein, daß er wirklich von allen aufgenommen wird.
Das Plakatieren bei z.B. Gewista, wie vorgeschlagen, ist aus Kostengründen sinnlos.
Die IÖAG hält ab sofort halbtags ein Sekretariat offen, bis 5.11. Dort soll stattfinden die Veranstaltungskoordination, das Verteilen von Werbematerial. Telefon derzeit noch nicht, vielleicht bei Stefan Cazenove.
Zeitschrift "Initiativ" derzeit 4600 Stück, soll verdoppelt werden. Es sollen noch 4 Nummern erscheinen.
Micko: Man muß wissen, daß die Forderung "Chancengleichheit" zwar berechtigt ist, aber eine taktische Ford. im Hinblick auf die Bevölkerung ist, der man sagt: Seht, sie benachteiligen uns. - Bringt Grüße der Frau Dr.Schmitz, die heute aus Anlaß des Sadat- und Brandt-Besuches in Wien demonstriert, und meldet die Absicht, ein riesige Postwurfsendung über ganz Österreich zu veranstalten, dies zweite Hälfte September.
Wolfgang Schöner: "Fortschritt"-Argumentation benutzen. AKW-Technik ist kein Fortschritt, ist Rückschritt. Also Slogan: "Fortschritt ja - Zwentendorf Nein!"
Woltsche: Patenschaften verkaufen (für bestimmte Vorhaben der Aufklärung.
Tisserand: Einfache Texte, die das Volk versteht. - Mitleid heischen - Es gibt im ORF jedoch eine Möglichkeit, Recht auf objektiven Bericht zu erzingen.
Meißner-Blau: Hat mit Peter Huemer vom Club 2 gesprochen. Chancengleichheit ist theoretisch da, ist aber de facto von Abteilungsleiter zu erteilen. D.h. an Chef Oberhammer und an Weis und Kreuzer schreiben.
Diese Forderung soll in heutige Resolution hinein.
Par: Wir hatten Präzedensfall in Vorarlberg und haben Erfolg gehabt.
Pfaffenwimmer: Faßt nun erstmals und weiterhin immer wieder zusammen, ohne daß die nun immer schleppender und ziellosser werdende Diskussion konkrete Ziele erreicht.
1) Parolen gibt es viele, aber keine Übereinstimmung.
2) Resolution: Es wird eine kleine Gruppe zur Erarbeitung bestimmt, die einen Entwurf vorlegt, der diskutiert, abgeändert und schließlich beschlossen wird.
3) Organisation eines Prominentenkomitees. Meißner-Blau, Lidia Branstätter und Günter Pfaff werden bestimmt. Mithilfe aller.
4) Tribunal, das nun "Tribunal" heißt, weil die Mehrheit diesen Titel nicht wünscht. Tisserand: der Gedanke eines solchen Tr's ist ganz ausgezeichnet.
Diskussion über Prominentenkomitee: Karikaturisten einspannen.
Höhne: Prominente sollen aber dann auch benutzt werden, nicht nur einsam auf einer Liste stehen. Sie sollen uns persönlich Türen öffnen, z.B. zu Geldern für Plakaten, Flugblättern, Inseraten, Pressberichten.
Meißner-Blau: Keine Politiker in der Prominentenliste! Dies wird grundsätzlich gutgeheißen, aber es gibt Ausnahmen, denn: wo ist die Grenze? Wenn, dann soll der nichtpolitische Titel oder Beruf genannt werden. - Z.B. den Bauernbundobmann aus Allentsteig brauchen wir unbedingt! Höhne: Ausgewogenheit, viel SP!
Pfaffenwimmer: Die Prominenten sollen sich selber vermehren!

- 4 -

Friedrich Witzany
Im Sommerlandl 7
4490 St. Florian

2. Teil des Protokolls der Konferenz vom 8. Juli 78 in Linz
(ca. 11.00 bis 13.00)

Tagesordnungspunkt: Tribunal

Tisserand: Tribunal nur dann zielführend, wenn öffentlich, Fernsehen
Lauber und Novak: Stimmen dem zu. Diese Meinung wird später durchwegs vertreten
Micko: Internationale (3-sprachige) Nachrichtenweitergabe-organisation (WISE) möchte uns helfen, ev. auch finanziell
Manzano: 2 Großveranstaltungen mit je 5 bis 10.000 Leuten bundesweit wären angebracht
Horner und Pfaffenwimmer: Bei Veranstaltungen Ausländer als Referenten miteinbeziehen, Kontakte bestehen
Stockinger: Bietet seine Englisch- und Französischkenntnisse an. Schlägt vor, Flugblätter in (Pendler-)züge zu legen. Leute haben zum Lesen Zeit.
Treffen von 300 Kernphysikern Ende August in Graz. Einlader ist das Institut für theoret. Physik an der Uni Graz
FPÖ Salzburg würde Säle und Bildungseinrichtungen für Veranstaltungen zur Verfügung stellen.
Müller: Ausländische Kapazitäten sollen herumgereicht werden. Sie hat Kontakte mit Holger Strohm und Herbert Gruhl
Lauber: Spricht sich für eine massive Veranstaltungsreihe erst eine Woche vor der Volksabstimmung aus, mit Einbeziehung des ORF. Primär muß aber die Information im Kleinen erfolgen.
Micko: Großveranstaltung soll (nach Vorschlag des GÖK) von der IÖAG allein organisiert werden.

Tagesordnungspunkt: Juristenkomitee

Von mehreren Rednern wurde eine Beratungs- und Anwaltshilfe-stelle angeregt. (Lauber, Englander)..
Horner: z.B. findet sich im Tullnerfeld kein Brunnenbesitzer, der bereit wäre, Klage einzubringen bzw. zu berufen, obwohl Parteienstellung anerkannt werden müßte und Eingabe mit Sicherheit erfolgreich wäre. Wer kann einen Brunnenbesitzer ausfindig machen? Rücksprache mit Horner oder Prof. Tollmann

Müller: Zwentendorf steht ohne Baubewilligung. Parteistellung der 3 Parteien von Höchstgericht bestätigt. Sie bleibt auch aufrecht, wenn eine Betriebsbewilligung gegeben werden sollte. Daher ist der Ausgang der Volksabstimmung nicht so wichtig, durch die Parteistellung kann jeder weitere Verfahrens- und Bewilligungsschritt blockiert werden.
Dr. Zörnlaib steht zur Verfügung, ist besonders auf dem Verwaltungssektor bewandert.
Kastner: Anträge der GKT zu weiteren Bohrungen liegen vor in Allentsteig und Zwettl. Rechtsunsicherheit darüber, ob Bohrungen bewilligungspflichtig oder nur meldepflichtig sind. Bürgermeister bestehen auf ersterem. Wer kann beraten?
Tatzber: Es könnte auch in Anspruch genommen werden:

Dr. Schaffer
Rahlgasse 3, 1060 Wien

Tagesordnungspunkt: Pressedienst und Presseversorgung

Von mehreren Rednern für unbedingt notwendig erachtet, wobei bisherige Kontakte (persönliche) zu den Medien ausgebaut werden sollen (Englander, Woltsche...)
Manzano: Versorgung sowohl zentral als auch dezentral (Lokalzeitungen)
Herndl: Fernschreiber sollten benutzt werden, billig, in einigen Landeshauptstädten und in Wien (Börseplatz) vorhanden
Lauber: Gruppen sollen ihre eigenen Aussendungen machen, spezielle Themen werden eigenen Gruppen vorbehalten sein

Tagesordnungspunkt: Gemeinsame Parolen

Micko: "Atomkraft - nein danke" ist zu wenig derzeit
Meissner-Blau: "Sicherheitshalber nein zum AKW Zwentendorf" Gewerkschafter-Beschluß für diese Parole steht bereits fest.
Witzany: Der Name Zwentendorf gehört in die Parole, ins Kurzprogramm
Höhne: "sicherheitshalber" ist zu defensiv und zu minimal
Micko: Mit "sicherheitshalber" können sich auch Randschichten identifizieren, die angesprochen werden sollen.

Mehrere Wortmeldungen bis 13 Uhr zu "sicherheitshalber", wobei Pro und Kontra etwa gleichmäßig aufgeteilt. Diskussion darüber wird nachmittags fortgesetzt.

Witzany: Man müsse versuchen, einen Konsens zu finden. Keine gewollte Abgrenzung nach links.

Soyka: Verweist darauf, daß trotz Uneinigkeit die erste Volksabstimmung erreicht wurde. Methode: einer prescht vor und zieht einige mit sich. Schlägt ein Adressen- und Telefonzentrum vor. Wichtig sei auch eine gemeinsame Flugblattbesprechung und ein gemeinsamer Plakatentwurf. Bietet sich selbst dafür als zentrale Stelle an.

Stockinger: Vorschlag zu einem gemeinsamen Seminar über zweieinhalb Tage zur Hebung des Informationsstandes der Aktivisten. Termin : 4.-6. August 1978. Organisation: Heinz Stockinger, 4775 Taufkirchen 64, Tel. 07719/610

Fehlinger: Kritisiert Methoden und Mißtrauen von Witzany. Schlägt vor, den Widerstand in der Bevölkerung aufzubauen und sich voll auf die Frage der Volksabstimmung zu konzentrieren.

Pfaffinger: Erinnert, daß die Frage der Finanzierung noch offen sei.

Horner: Gibt zu bedenken, daß der Preis von 40,- für die geplante Broschüre (etwa 100 Seiten Text und 100 Seiten Graphiken) bei der geringen Auflage von 2000 bis 3000 Stück nicht zu halten sei.

Manzano: Vertritt die Meinung, daß ein zentraler Ausschuß als Generalstab (Vorschlag Katzenberger) nicht möglich, da nicht gewollt sei.

Micko: Zählt einige Finanzierungsvorschläge auf. Stellt zur Diskussion, die Preise für Plaketten und Abzeichen auf 10,- zu erhöhen

Tisserand: Meint zu der vorangegangenen Diskussion über Sinn und Zweck fachlicher Publikationen, daß eine derartige Broschüre sehr sinnvoll sei, da man dann in Diskussionen besser bestehen könne

Englander: Stellt nochmals zur Diskussion, warum es nicht möglich sei, eine gemeinsame Basis zu schaffen sowie einen gemeinsamen Namen. Man solle sich außerdem nicht nur auf das Tullnerfeld beschränken, sondern müsse vielmehr den gesamtösterreichischen Aspekt hervorheben.

~~Pfaffenzeller~~:

Manzano: Wozu ein neuer Name, hinter dem wieder nichts steht. Es sei doch nicht einmal möglich gewesen, sich auf einen gemeinsamen Slogan zu einigen. Es sei das Höchstmaß an inhaltlicher Koordination erreicht

Lauber: Die Konferenz sei positiv, da ein Erfahrungsaustausch stattgefunden habe

Folgende Slogans wurden vorgeschlagen:

Sicherheitshalber - Nein zu Zwentendorf
Sicherheitshalber - Nein zur Atomenergie
Atomkraftwerk Zwentendorf - Nein am 5.11.
Die Regierung kann die Verantwortung für die Inbetriebnahme nicht übernehmen. Können Sie das? Im Zweifel Nein
Im Zweifel - Nein zu Zwentendorf
Fortschritt Ja - Zwentendorf Nein
Wer für Zwentendorf stimmt, macht sich mitschuldig
Ja zu Zwentendorf heißt nein zum Leben
Allen ist schon sonnenklar, Zwentendorf ist umstellbar
Sicherheit zuerst - Zwentendorf Nein
Unser Kampf hat den Zweck, das Atomprogramm muß weg
AEIOU Atomenergie ist ökologischer (oder Österreichs) Untergang
Fortschritt? Sonnenenergie!

ATOMKRAFTWERKSGEGNERTREFFEN VOM 1.7.1978

TEILNEHMERLISTE

Hermann Soyka	2601 Sollenau, Ulmengasse 14, 2610/Kl.972 Dw.
Dr. Herbert Klaar	1050 Wien, Nikolsdorfergasse 1, von 15^{30} - 18^{30}: 55 85 344
Gertrud Reimer	1160 Wien, Lienfeldergasse 63a/15, 45 19 913
Maria Hillebrand	3400 Klosterneuburg, Wienerstraße 144 9o4 / 7949
Hans Hillebrand	- " -
Christian Thalhammer	1090 Wien, Liechtensteinstr.13, 34 65 18 / 18
Josef Lanzl	1050 Wien, Schönbrunnerstraße 36/3/57
Lorenz Glatz	1080 Wien, Josefstädterstraße 29/2/30
Peter Weish	1200 Wien, Brigittagasse 23/7, 35 34 652
Dr. Alexander Tollmann	1180 Wien, Scheibenbergstraße 53/6, 47 25 184
Freda Meissner-Blau	1180 Wien, Starkfriedgasse 11, 47 59 202
Paul Blau	- " -
Alois G. Englander	1010 Wien, Graben 27, 52 89 00, 52 74 29
Irmi Tatzber	1160 Wien, Reizenpfenninggasse 4/2 94 84 783 (tagsüber: 72 92 660)
Berndt Lötsch	1010 Wien, Institut f. Umweltwissenschaften und Naturschutz d. Akademie d. Wissenschaften, Burgring 7, 93 64 78
Hannes Minnich	1190 Wien, Billrothstraße 1-3/1/7/34 31 27 094, 42800/2018
Dr. Elisabeth Schmitz	KÖF-Wien, 1010 Wien, Krugerstraße 3 52 58 00
Rosa Müller	1123 Wien, Postfach 14, 83 73 894
Kurt Fritscher	NÖ.Naturschutzbund, 1010 Wien, Herrengasse 9
Walter Lauber	3400 Klosterneuburg, Buchkammerl 110 65 46 56 / 311
Franz Schallmeiner	1010 Wien, Schottenring 35/1, 34 26 93 47 16 545
Bernhard Etz	- " -
Alfred Jocher	1200 Wien, Dresdnerstraße 48/4/7
Dr. Fritz Roschall	4020 Linz, Am Stadlfeld 10
DI. Friedrich Witzany	4490 St. Florian, Im Sommerlandl 7
Tobias Kühne	1238 Wien, Jesuitensteig 19
Ing. Hans Warnung	3400 Weidling, Kierlingerg.26, 02243/5972
Med.Rat DDr. Rudolf Drobil	3400 Weidling, Löblichgasse 13, 02243/5204
Ing. Stefan Micko	1238 Wien, Drillgasse 17, 88 21 73
Mag.Reglindis Micko	1140 Wien, Satzbergg. 9/4/4, 94 24 522

ATOMKRAFTWERKSGEGNERTREFFEN VOM 1.7.1978

PROTOKOLL

---

1. Allgemeine Situation nach dem Volksabstimmungsbeschluß - 2. Form und Namen der neuen Organisation und Frage der Abgrenzung nach links - 3. Finanzierung - 4. Argumentationsschwerpunkte und Werbeeinsatz

---

Nach kurzen einleitenden Worten von Micko kommt es zu einer kurzen Diskussion über Geheimhaltung oder Offenlegung der zukünftigen Treffen und Pläne gegenüber den AKW-Befürwortern. Die Tendenz geht in Richtung Geheimhaltung wegen Vereitelungsgefahr. Allerdings wird ein späterer Vorschlag, erst im letzten Monat mit Aktionen an die Öffentlichkeit zu treten (Englander), allgmein abgelehnt.

Schriftlicher Tagesordnungsvorschlag von Roschall wird eingebracht. Da kein Gegenvorschlag, bleibt er Diskussionsgrundlage:

1. Allgemeine Situation nach Volksabstimmung-Beschluß. Erfolgsaussichten (a) ohne Taus-Hilfe, (b) mit Taus-Unterstützung, (c) falls die Vorarlberger Aufschub-Wünsche Aussicht auf Erfolg hätten
2. Voraussetzungen: (a) straffe Organisation, event. mit Bildung eines eigenen Verbandes, (b) Klärung des Verhältnisses zu den Linksextremen (klare Trennung!)
3. Mittel der Propaganda: Flugblätter, Plakate, Versammlungen und, soweit möglich, Hilfe der Massenmedien
4. Möglichkeiten der Finanzierung
5. Hauptargumente unserer Propaganda und Aufklärung
6. Ungefährer Zeitplan

1. Allgemeine Situation nach dem Volksabstimmungsbeschluß

Jeder der Anwesenden gibt Stellungnahme ab. Im wesentlichen werden folgende Aussagen gemacht (die allerdings nicht immer ganz mit dem obengenannten Diskussionspunkt in Einklang stehen):

Kreisky hat die Zusage über die Gewährleistung der Sicherheit vor der Inbetriebnahme von Zwentendorf gebrochen (Drobil). Die Volksabstimmung ist ein Betrug. Sie wird zu einer parteipolitischen Abstimmung umfunktioniert (Lauber).

Die Feststellung, daß die Situation für uns ernst, ja ungünstig sei, wird von vielen geteilt. Man fürchtet die große Propagandawelle des ÖGB (Meissner-Blau) und mangelnde Unterstützung durch die Medien. Die Kronenzeitung, die bei der Sternwarteparkbefragung entscheidende Bedeutung erlangte, schweigt (Schmitz) bzw. ist durch Nowotny eher pro (Lanzl).

Dennoch sollte man die Volksabstimmung nicht anfechten, das könnte als Flucht ausgelegt werden (Weish). Man muß aus der Situation das Beste machen. Einige sehen doch bestimmte Erfolgschancen (Roschall, Weish). Grundsätzlich gilt es aber einfach, einen möglichst hohen Prozentsatz an Nein-Stimmen zu erhalten. Auf jeden Fall hängt

der Erfolg allein von unser aller Einsatz ab.

Einheitlich ist die Meinung auch darüber, daß man sich nicht den Parteien anbiedern soll und die Atomfrage entpolitisiert werden muß. Forderung nach Sachlichkeit der Argumentation, nach eigener, unabhängiger Darlegung des Problems, ohne auf die Gegenseite zu schielen oder sich auf Contra-Argumente zu beschränken. Indem wir unpolitisch argumentieren, können wir vielleicht die bestehenden politischen Fronten aufbrechen (Lanzl). In Österreich herrscht starke Loyalitätsbindung an die Interessengemeinschaften, auch sie muß aufgebrochen werden (Blau). Wir müssen den Autoritätsglauben der kleinen Leute anknacken, indem wir ihnen sagen, daß die Mächtigen nicht mehr wissen, was sie tun sollen. Da sie sich angesichts der vielen Unstimmigkeiten bei dieser Sache nicht mehr ja zu Zwentendorf zu sagen trauen, müße nun das Volk den Mächtigen erklären: im Zweifel nein (Weish). Man muß das Selbstbewußtsein des Bürgers heben und ihm klar machen, daß er nicht Vorschläge von Gremien befolgen muß (Micko).

Das bedeutet nach einhelliger Meinung, daß wir uns jetzt direkt ans Volk, an die einfachen Leute wenden sollten. Und vor allem auch an die Unentschlossenen. Keine großen Insider-Versammlungen, sondern kleine Diskussionsgruppen mit Fremden. Am besten sollte Österreich aufgeteilt und systematisch bearbeitet werden (Meissner-Blau). Es sollte sich unsere Arbeitsmethode überhaupt möglichst von der geldintensiven und zentralistischen Methode der Gegenseite unterscheiden (Blau). Wichtig wäre noch eine intensivere Bearbeitung des Burgenlandes (Reimer).

In der Frage über die Arbeit mit den Medien gibt es unterschiedliche Meinungen: Die Chancen sind gut, es wird gerade eine große Fortsetzungsserie geplant (Tollmann). Die Journalisten haben zu wenig Freiheit, um uns wesentlich unterstützen zu können (Glatz). Die Medien werden den großen Institutionen (Gewerkschaft etc.) mehr Sendezeit einräumen, mit der Begründung, daß diese die Mehrheit der Bevölkerung vertreten (Blau). In den Medien werden Informationen manipuliert (Warnung). Hillebrand verweist dabei auf das ORF-Interview mit dem deutschen Gewerkschaftsführer Vetter, dessen der Richtung des ÖGB zuwiderlaufende Aussagen verschwiegen wurden. Wichtig sei es, möglichst viele Briefe an den ORF zu schreiben (Lötsch: Waschkörbe voll! - die Medien müssen das Gefühl haben, von einer wachen Bevölkerung kontrolliert zu werden), entweder an die Generalintendanz oder an die Intendanten Weis und Kreutzer (Warnung).

Chancengleichheit in der Informationsmöglichkeit der Bevölkerung forderten bereits die "Mütter" und die "Gewerkschafter" in einem Fernschreiben.

Auf die hier schon mehrfach aufgetauchte Überlegung, eventuell eine gemeinsame Plattform für die kommenden Monate zu errichten, wird später genauer eingegangen (s. Punkt 2), ebenso auf die Finanzierungsfrage (s. Punkt 3) und die Abgrenzung von links (s. Punkt 2). Die Haltungen zu diesen Fragen sind jedenfalls recht widersprüchlich.

An konkreten Aktionsvorschlägen bzw. -programmen tauchen schon jetzt folgende auf (Genaueres unter Punkt 4: Werbeeinsatz!):

Die "Ärzte" haben ein Flugblatt vorbereitet, das in Wartezimmern aufliegen soll (Klaar). Auch die Mutter-Kind-Pass-Frauen sollen damit erreicht werden. Klaar fordert besonders die "Mütter" auf, die Ärzte zu besuchen. Drobil fordert ein Plakat für Wartezimmer und teilt mit, daß er einen Aufsatz in der Österreichischen Ärztezeitung geschrieben habe ("Atomkernspaltung und ärztliche Ethik"). In diesem sollte ein Aufruf an die Ärzte enthalten sein, sich zu melden. Diese Meldungen wären dann eine Grundlage für eine Kartei von AKW-Gegner-Ärzten. Leider wurde ihm der Aufruf gestrichen. Müller teilt mit, daß sie eine Liste aller Ärzte habe. Reimer teilt auf Drobils

Plakatforderung mit, daß eine Graphikerin bereit sei, kostenlos Plakatentwürfe zu machen.

Aufruf, persönliche Briefe an Bekannte zu schreiben (Kühne): Multiplikatorwirkung!

Schmitz, die wieder der ÖVP beigetreten ist, wird Volksabstimmungsgesetz mittels zweier Rechtsanwälte gerichtlich anfechten (auch Landeshauptmann Maurer sprach kürzlich von einem solchen Plan).

Tollmann teilt mit, daß er mit Weish an einem möglichst anschaulich gehaltenen Buch über die wissenschaftlichen Argumente gegen Zwentendorf arbeitet, daß er eine Wissenschaftlergruppe bilden will und daß er den bereits eingeschlagenen Rechtsweg bezüglich Grundwasserverseuchung durch das AKW in Zwentendorf weiterverfolgt. Außerdem äußert er den Wunsch nach einer Gegenregierungscampagne.

Müller berichtet von ihren großen Postwurfsendungen, die sie fortsetzen will. Sie ersucht um Mitarbeit.

Einige interessante Bemerkungen:

Die Junge SPÖ überlegt, sich vielleicht auf einer Landeskonferenz öffentlich als AKW-Gegner zu deklarieren (Reimer).

Die ÖVP habe laut Information von zwei Nationalratsabgeordneten in der letzten Phase der Auseinandersetzung mit der SPÖ bereits intern beschlossen gehabt nachzugeben, sei aber dann vom Volksabstimmungsbeschluß der SPÖ überrascht worden (Soyka).

Der Vorsitzende der Jungen ÖVP, Höchtl, hat auf langdauerndes Betreiben der dortigen Bürgerinitiative in der Klosterneuburger Lokalpresse einen Contra-AKW-Artikel geschrieben (Frau Hillebrand).

Auf Grund einer neuen IFES-Studie seien 36% gegen AKW, aber 50% fürchten sich vor Arbeitslosigkeit (Englander).

Nachdrücklich und immer wieder wird der Wunsch geäußert, hier bei dieser Besprechung eine einheitliche Linie zu erarbeiten, um bei der Linzer Konferenz am 8.7. mit einem Programm geschlossen auftreten zu können.

Zum Abschluß dieses Tagesordnungspunktes fasst Nicko nochmals einige der aufgeworfenen Fragen zusammen und weist u.a. noch darauf hin, daß man in die Vorfeld- und Unterorganisationen von Parteien, Kirchen etc. eindringen müsse. Zweck: Diese Unterorganisationen sollen die Hauptorganisationen beeinflussen.

Zu Beginn der nachmittägigen Fortsetzung der Sitzung berichtet Roschall noch über den Wunsch Vorarlbergs nach einer Hinausschiebung der Volksabstimmung und Einschiebung einer Denkpause. Schallmeiner teilt mit, daß auch die Gewerkschafter weiterhin eine zweijährige Denkpause fordern. Der Gedanke stößt auf allgemeine Ablehnung.

2. Form und Namen der neuen Organisation und Frage der Abgrenzung nach links

Organisationsform

Hier herrschen anfangs sehr unterschiedliche Meinungen.

Eher bejahende Äußerungen: Gemeinsame Aktionsplattform ist notwendig, um Dritten gegenüber auftreten zu können (Thalhammer). Wir müssen uns deklarieren können (Drobil). Einheitlicher Name zur Repräsentation nach außen und um leichter auf sich aufmerksam machen zu können (Soyka). Lose Arbeitsgemeinschaft mit festumrissenem Programm (Englander). Wir müssen uns sofort formieren, da Zeitnot (Schmitz).

Eher ablehnende Äußerungen: Niemand soll sich gedrängt und verpflichtet fühlen, daher keine Organisation mit Abstimmungen; es ist besser, sich anhand konkreter Pläne zu einigen (Schallmeiner). Keine neuen Organisationsformen, das lenkt ab, wir sollten besser arbeiten, arbeiten, arbeiten (Weish). Die IÖAG war auch nicht angemeldet und hat doch funktioniert (Micko). Getrennt marschieren, vereint schlagen (Witzany).

Allmählich formt sich der Kompromiß zu einem lockeren Zusammenschluß (also kein fester Dachverband).

Etz, Weish und Micko sollen weiterhin als Einlader fungieren, Koordinationsgespräche führen und die Arbeitsgemeinschaft nach außen vertreten, allerdings nur im Rahmen gemeinsam gefasster Beschlüsse. Es soll keinen offiziellen Sprecher geben.

Die Autonomie der einzelnen "Gruppen" soll voll gewahrt werden. Zu den Zusammenkünften werden nur "Personen" eingeladen, sodaß gar keine für Gruppen verbindliche Vereinbarungen gefasst werden können. Das Erscheinen Nichteingeladener muß von Eingeladenen verantwortet werden (Micko). Man soll andere Gruppen, insbesondere aus den Bundesländern, auffordern, sich uns anzuschließen (Micko), sodaß wir "österreichweit" werden (Schmitz).

Arbeitsgrundsatz: Sachlichkeit. Wir kommen zusammen, weil das Haus brennt - wenn es gelöscht ist, gehen wir wieder auseinander (Blau). Die Arbeitsgemeinschaft darf nicht Spielball parteipolitischer Agitation sein (Schmitz, die diesen Satz auf sich bezieht, wird versichert, daß das nicht auf sie gemünzt war). Jede Gruppe soll ihre Vorschläge einbringen. Zur Ausarbeitung einzelner Projekte sollen sich jeweils einige Personen zusammensetzen (Soyka).

Namen der Organisation

Auch hier gibt es verschiedene Standpunkte. Ein Name ist Voraussetzung für ein echtes Zur-Kenntnis-Nehmen (Tollmann). Der Name soll zugleich Programm sein (Meissner-Blau). Die Organisation sollte ihre Zielsetzung nicht auf Zwentendorf einschränken, sondern allgemeiner bleiben - daher als Vorschlag "Arbeitsgemeinschaft gegen Atomgefahren" (Lauber, Roschall). Man soll die Namengebung auf die Zeit nach der Linzer Konferenz verschieben, um kein Präjudiz zu schaffen (Schallmeiner) und die Spaltungsgefahr zu verringern (Witzany). Wenn wir uns keinen Namen geben, können wir uns in Linz nicht durchsetzen (Soyka).

Man einigt sich schließlich auf den folgenden Namen, der ab sofort verwendet werden kann:

Arbeitsgemeinschaft
Nein zu Zwentendorf

Abgrenzung nach links

Die Meinungen prallen hart aufeinander. Zur gegenwärtigen Einschätzung der Linken meint Micko, daß sie zwar leisertreten werden, daß aber eine Übereinstimmung wohl kaum zu erreichen sein werde.

Pro Abgrenzung: Wenn ich den Naturschutzbund aktivieren soll, ist Abgrenzung zu den Linken unbedingt notwendig (Fritscher). Robert Jungk bestätigt bei Vortrag in Linz auf Befragung, daß uns die Linke schadet (Roschall). Wir müssen in Linz geschlossen gegen die Linksextremen auftreten und die Initiative an uns reißen: wir machen das und das, machts ihr mit? (Jocher)

Contra Abgrenzung: Man soll immer wieder mit jedem Übereinstimmung suchen (Lauber). Distanzierung bewirkt Spaltung (Lanzl), fördert die Politisierung (Weish). Die Frage nach der Abgrenzung überhaupt beinhaltet auch die Frage nach dem "wie" der Abgrenzung: sie sollte daher nur "in der Sache" erfolgen, gefärbte Initiativen müssen unterdrückt

werden (Weish). Nur feste Dachorganisationen müssen sich distanzieren, lockere Gruppierungen nicht (Schallmeiner).

Man einigt sich darauf, daß sich die neue Arbeitsgemeinschaft als solche nicht distanzieren solle, daß es aber jeder Einzelgruppe freistehe, dies zu tun.

3. Finanzierung

Auf allgemeinen Wunsch wird dieser Punkt vorgezogen. Es gilt, Wege zu finden, um mit wenig Geld möglichst effektiv zu werden.

Tatzber teilt mit, daß ein ihr bekannter Grafiker kostenlos Entwürfe und Druck von Plakaten, Flugblättern, Klebern etc. in beliebiger Zahl übernimmt. Papierspenden seien allerdings willkommen.
Es handelt sich um

Erwin Puls
Schelleingasse 8
1o4o Wien
Tel. 65 82 325

Tatzber stellt noch klar, daß der Grafiker der neuen Arbeitsgemeinschaft zur Verfügung stehen will, nicht aber einzelnen Gruppen.

Soyka schlägt vor, daß Gruppen in gemeinsame Kassa spenden. Wird allgemein abgelehnt.

Lötsch schlägt Einrichtung eines "Krisenkontos Volksabstimmung" vor. Stößt zuerst auf Ablehnung, dann Umdenken: Krisenkonto, weil wir darauf angewiesen sind. Es soll die breite anonyme Masse ansprechen. Das Geld soll nur für gemeinsame Aktionen (Plakate etc.) verwendet werden. Das Konto kann für uns Stimmungsbarometer sein.
Allgemeine Diskussion über die Trägerschaft über das Konto (Vorschläge: Österr.Naturschutzbund; Die Herren Etz, Weish, Micko).
Ergebnis: Durch Tatzber und Herrn Hillebrand werden bis zum nächsten Mal noch genaue Erkundigungen eingezogen. Wahrscheinlich werden zwei Konten eröffnet - bei der Zentralsparkasse und bei der Postsparkasse. Die Spender sollen dann in Adressenlisten erfasst und persönlich angeschrieben werden.

Meissner-Blau schlägt Straßensammlung vor.

Roschall legt Finanzierungsplan in zwei Stufen vor: 1. Alle Organisationen, die hier beteiligt sind, sollen ihre Mitglieder anschreiben. 2. Mit diesem Geld soll man Anzeigen in Zeitungen finanzieren, die das Krisenkonto ankündigen.

Micko: Jeder soll zehn Firmen besuchen oder anschreiben und um Spenden bitten. Eventuell gegen Abgabe einer Bestätigung für die Abschreibung.

4. Argumentationsschwerpunkte und Werbeeinsatz

Argumentationsschwerpunkte

Tatzber nennt ihr wichtig erscheinende Diskussionsbereiche: Arbeitsplatzsicherung - Energiebedarf - Gesundheitsgefährdung - nichtgelöste Entsorgungsfragen - gesellschaftspolitische Aspekte.

Roschall sieht zwei große Schwerpunkte, wobei das größere Gewicht auf Punkt 2 liegt: 1. Gefährlichkeit - 2. Gesellschaftspolitische Aspekte im Sinne einer Beeinträchtigung der Menschen und ihrer Umwelt. Er zitiert dabei in diesem Zusammenhang aus seinem auch schriftlich vorliegenden Programm (daß man wahrscheinlich von ihm beziehen können müßte?!).

Laut Etz gibt es vier Pro-Argumente, die am nachhaltigsten in der Bevölkerung wirken: 1. Die Tschechen haben auch ein AKW - 2. Das AKW ist so teuer, wir können es nicht stehen lassen - 3. Arbeitsplatzsicherung - 4. Wir brauchen das AKW, wir brauchen elektrischen Strom.

Micko erzählt von den jüngsten Erfahrungen aus einem Gespräch, in de vor allem vier Pro-Argumente auftauchten: 1. Das AKW darf keine Ruine werden - 2. Wir sind durch Ölimporte vom Ausland abhängig - 3. Wir brauchen die Energie - 4. Gegen Atombomben, Satelliten etc. seid ihr ja gar nicht.

Lanzl weist auf zwei immer wiederkehrende Politikerargumente hin: Arbeitsplatzsicherung - Energiesicherung.

Nach Reimer ist das häufigste Argument: Das AKW hat schon so viel gekostet.

Schmitz macht aufmerksam, daß für den Herbst angeblich eine 3,6%ige Arbeitslosigkeit prognostiziert werde.

Micko meint, daß man sich in der zukünftigen Strategie die Erfahrungen der üblichen Wahlen zunutze machen solle: Zuerst setzten die Parteien Arbeitsgemeinschaften ein und halten tiefschürfende Reden. Zum Schluß kommt es dann zu platten, eingängigen Vereinfachungen. Seiner Meinung nach brauchen 80% der Wähler solch einfache Argumente. Seine Vorschläge für die Volksabstimmung: Die Politiker sind unsiche - Atomkraftwerke bringen Krebs - Im Zweifel nein - Wir brauchen kein AKW. Überdies solle man nie sagen, daß nach der Volksabstimmung alles aus sei.

Im Zuge der Diskussion tauchen immer wieder <u>eingängige Argumente auf. Hier eine kurze Zusammenstellung:</u>
Man soll den Müll dort lagern, wo bei der Volksabstimmung am meisten Ja-Stimmen abgegeben werden (Etz). Das einzig Inländische am AKW ist das Risiko (Lötsch). Wir müssen mit der Angst der Parteien vor Stimmenverlusten arbeiten (Schmitz). Zur Arbeitsplatzsicherung: Man muß Branchen fördern, die arbeitsintensiv sind, nicht solche, die Arbeitsplätze wegrationalisieren (Lötsch). Zum Grenzlandatomkraftwerk in der Tschechoslowakei: Wenn an der Grenze Ungeziefergefahr droht, muß man sich selber besonders rein halten (Roschall) - Wir können nur dann gegen Grenzlandkraftwerke protestieren, wenn wir selber keine haben (Micko) - Zwentendorf ist noch näher bei Wien (Roschall) - Wir sollten die ersten sein, die umdenken (Roschall) und zeigen, daß man auch ohne AKW auskommen kann (Micko) = Beispielswirkung!

Zum Abschluß schlägt Etz vor, daß jeder bis zum nächsten Mal zu den gängigsten Pro-Argumenten Gegenargumente vorschlagen solle. Als Fundgrube für Pro-Argumente nennt er die "Solidarität" (Zeitschrift der Gewerkschaft).

Lötsch meint noch, daß Weish und er in Zukunft nicht allzuoft im Vordergrund stehen sollten (neue Gesichter sind nötig, außerdem müssen auch andere Aufgaben des Instituts bewältigt werden), sie seien aber zur Argumentationsschulung bereit.

<u>Werbeeinsatz</u>

(Siehe auch den Absatz über konkrete Aktionsvorschläge, Seite 2f.)

Etz regt an, daß man den Zeitpunkt des Hervortretens vor die Öffentlichkeit mit einem Werbemann beraten solle.

<u>Prominentenkomitee:</u>
Der Vorschlag kommt von Weish. Das Komitee soll als Möglichkeit zur Entpolitisierung besonders aus politisch unverdächtigen Künstlern

bestehen. An Namen werden von verschiedenen Anwesenden genannt: Brauer, Sobotka, Schneyder, Schratt, Ott, Eybner. Blau will auch Ärzte, Schmitz auch Wissenschaftler dabei haben. Kühne teilt auf Grund eines Telefongespräches mit Schratt mit, daß kaum viele Schauspieler zu gewinnen sein werden.
Beschluß: Blau, Lötsch, Schmitz und Etz sollen sich damit näher befassen.

Hiroshimatag am 6. oder 7. August:
Der Vorschlag kommt von Weish. Es sollten Aktionen stattfinden, in denen besonders die engen Beziehungen zwischen kriegerischer und sogenannter friedlicher Atomenergienutzung herausgestellt werden (Alfen: "Siamesische Zwillinge"), natürlich aber auch der Zusammenhang zu Zwentendorf. Hier bietet sich die Möglichkeit zu zeigen, daß wir auch gegen Atomrüstung sind (Blau).

Plakat- und Flugzettelaktion:
Kühne meint, wir sollten das schöne Angebot von Erwin Puls (s. Seite 5) nützen und große Aktion setzen (jede Woche oder alle 14 Tage neues Plakat!).
Zu der von Schmitz aufgerollten Impressumfrage wird festgelegt: Bei allen gemeinsamen Werbemitteln soll zuerst in größerer Schrift "Arbeitsgemeinschaft Nein zu Zwentendorf" aufscheinen, dann kann gegebenenfalls in kleinerer Schrift die jeweilige Bürgerinitiative genannt werden, die ein Werbemittel in Eigenregie verschicken will (also Mutation beim Druck!).
Micko fordert auf jedem Werbemittel einen freien Raum, auf dem einzelne Bürgerinitiativen zu lokalen Veranstaltungen einladen können.

Beschluß: Bildung eines Ausschusses für die Detailarbeit, bestehend aus Tatzber, Schmitz, Soyka, Nowack, Meissner-Blau (?). Erste Zusammenkunft am 3.7.

Etz fordert Nachdruck des Flugblattes "Wir klagen an"

Witzany gibt zu bedenken, daß unsere Plakate von den Linken wahrscheinlich nicht plakatiert werden (sind aber gute Plakatierer).

Lötsch: Wir sollten die Plakate der Gegenseite "mit dem Farbtopf" lächerlich machen, z.B. "Lüge", "Konsumvertrottelung"

Referentenliste:
Schmitz wird immer wieder zum Mitmachen bei Veranstaltungen aufgefordert, ihre Kräfte haben Grenzen. Sie fordert Referentenliste als Hilfe. Micko wird Weish anrufen und Namen erbitten.
Witzany teilt mit, daß Jungk zur Verfügung steht: Dr. Robert Jungk, Steinstraße 31, 5o2o Salzburg.

Bezirksveranstaltungen:
Kühne fordert solche - die Gruppe in Mauer tut das schon! - mit Straßendiskussion und Bücherangebot. Micko erklärt Anmeldungsformalitäten für Wien: Anmeldung als "politische Kundgebung" mittels einfachen Briefes an die Bundespolizeidirektion, Abteilung 1.
Lauber unterstützt den Vorschlag und meint, man solle in Wien mehrere Zentren schaffen. Er fordert zu diesem Zweck ein Komitee für kleine Veranstaltungen.
Lanzl hält dabei den persönlichen Kontakt für wichtig, außerdem brächten kleinere Versammlungen weniger Kräftevergeudung.

Großversammlungen:
Sie sollten erst in den letzten sechs Wochen stattfinden (Roschall, Lanzl). Gegen Schluß könnte auch die neue Arbeitsgemeinschaft eine solche veranstalten (Micko).

Kleber, Plaketten:
Micko fordert auf, die Plaketten und Kleber mit Sonnensymbol weiterzuverwenden (sie sind bei ihm erhältlich!).

Witzany schlägt Druck eines Klebers "Nein zu Zwentendorf bei Volksabstimmung" vor.

Nächste Zusammenkunft:

Mittwoch, 12.7., 17 Uhr, am gleichen Ort

Reginalds Mido

Zum Protokoll:

1.) (Ist dzt bei Buchmann zur Kenntnisnahme)
Ich merke anlässlich eine negative Einstellung zur ÖVP. (Bemerkung über Hrdlitschka, dass er „unter Druck" eine negative AKW-Stellungnahme abgab, dass die ÖVP knapp vor dem Nachgeben war, als Kreisky die Abstimmung verschieb, dass man „unpolitisch" sein will, um SPÖ-Wähler zu gewinnen)

2. Wibmer hat gesagt: „Die Linken würden unsere Plakate nicht anfassen (warum ?.?)

sind aber gute Plakatierer". Folge: es wird nur „linke" Plakate geben. Wenn Wirtzung es nicht über sich bringt, Leute einzusparen, wird alles von den „linken" gemacht.

Ergebnis: siehe Protokoll (ist angeblich irreführend. Bringt manche Passagen gar nicht anders entstellt) vom Linken gemacht.

3 Wirtzung hat am 1.7 gesagt, „noch links keine Grenze ziehen". Warum??

links stehen die Befürworter, Mitte und rechts die Gegner (ÖVP, FPÖ).

Ich habe bei den Aktionen gegen Abtreibung mitgearbeitet. Die Abtreibungsdebatte war mitten in der Wahlzeit.

Die Kirche hat empfohlen, die Abtreibung nicht ins Wahlprogramm zu nehmen, um die katholischen Soz nicht

aus dem Kopf zu stossen. Die katholischen Soz (Salcher-Tirol z. B.) haben ein Parlament für die Abtreibung gestimmt. Kurz sind sie Soz, Soz, Katholiken nebenbei. Übertragen in die AKW Lage: Zuerst sind sie ~~AKW~~ Soz, erst in zweiter Linie AKW-Gegner. Nein sagen sollen jene, die nicht hinter Kreisky stehen.

Somit steht Taus mit einer halben ÖVP diesmal genauso verlassen da (die AKW-Gegner wollen ja unpolitisch sein) wie bei der Abtreibungsfrage ohne Kirche. Und darum ist jetzt für Dr Kreisky die einzige Stütze für Taus.

Ich verfolge die politische Welt-szene intensiv, versäume keinen

„Leib II" (22-24 h). Die in den
Augen Wizanys (und der 4er Bande
natürlich) unentbehrlichen Linken
werden die Rechnung nicht dem
Wizany übergeben sondern dem (und)
freien Österreich. Eine „Teilzahlung"
haben sie bereits in der Person des
ÖVP-Gemeinderatsspröpslings V. Karwik.

V. Karwik ist die deutlichste
Widerlegung eines Tiss-Spruchs:
„Das ist doch kein Kommunist,
ich kenne doch seinen Vater,
einen Bürgerlichen!"

Daß man erst 6–8 Wochen um den
Wirbel arbeiten muß ist typisch.
Da besteht für die Leiter Hoffnung,
daß den Leitern AKW-Befürwortern
nichts geschieht. Man macht einige
Feinzeichnungen und dann wird alles zu
Atomenergie u. Arbeitsplätze"

Dr. Fritz Rothschädl
4020 Linz, Am Stadtfeld 16

Überlegungen und Vorschläge

zum Volksentscheid über die Atomenergie

1.) Wertvolle Chance: Nun wieder die positiven Kräfte entscheidend zu aktivieren, die in letzter Zeit mangels wirksamer Aktionsmöglichkeiten und konkret erreichbarer Ziele schon fast zu erlahmen drohten.
Nun besteht das klare Ziel, einen möglichst hohen Prozentsatz von Nein-Stimmen zu erreichen!

2.) Auf uns allein gestellt (d.h. ohne event. gleichlautende Empfehlung einer großen Partei) wäre die Erreichung eines Drittels oder wenigstens 30 % der abgegebenen gültigen Stimmen schon ein Erfolg und jedes Prozent darüber hinaus wäre geradezu ein "Sieg".

Falls Taus bei der angedeuteten Partei-Empfehlung für Nein-Stimmen bleibt (– und diese nicht unter dem Druck seiner Parteifreunde sehr abschwächt und verwässert, was wahrscheinlich sein dürfte –) dann könnte natürlich eine Mehrheit von Nein-Stimmen und damit der volle Abstimmungssieg möglich sein. (obwohl von der anderen Seite manche potentielle Nein-Stimmen dadurch verlorengehen könnten). Wenn aber dann (bei eindeutiger offizieller ÖVP-Unterstützung) gleichwohl keine Nein-Stimmen-Mehrheit zustande käme – was durchaus möglich wäre – so wäre dies sowohl für uns als auch für Taus und seine Partei eine ganz entscheidende Niederlage – was wahrscheinlich Taus noch sehr von seinen Freunden vorgehalten wird.

3.) Auf alle Fälle müssen wir uns primär auf die eigene Kraft verlassen und auch im Falle einer Unterstützung von anderer Seite so arbeiten, als ob wir allein wären.
Die Voraussetzungen für einen höchstmöglichen Erfolg wären m.E.

a) möglichst rasche Aufstellung einer straffen Gesamt-Organisation mit kleiner, einheitlicher Führungsspitze – eventuell mit Bildung eines eigenen vereinsrechtlich angemeldeten Verbandes (unbeschadet der zahlreichen bestehenden Einzelorganisationen) – z.B. etwa: "Verband gegen Atomenergie und für neue Ziele des Wachstums" oder ähnlich,

b) eine eindeutig klare, auch in aller Öffentlichkeit erkennbare Trennung und Distanzierung von den linksextremen Gruppen, die uns schon bisher

in der breiten Öffentlichkeit wahrscheinlich mehr geschadet als genützt haben, beim Abstimmungskampf aber unseren Erfolg schwerstens beeinträchtigen würden ! (Diese Distanzierung würde wahrscheinlich durch eine eigene Verbandsbildung wesentlich erleichtert.)

4.) Wichtigste Mittel der Propaganda im Abstimmungskampf:
a) Flugblätter (häufige und verschiedenartig), b) eventuell (wenige) Plakate, c) Abstimmungsversammlungen (nach Muster von Wahlversammlungen) nach einem genauen Terminplan möglichst auch in mittleren und kleineren Orten mit je zwei Rednern und einigen sicheren Sympathisanten (Diskussion !); Hiefür einige Musterreden als Richtlinie für weniger geübte Redner, die gerade noch herangezogen werden können; event. Lichtbildmaterial ! d) Versuch der Wirkung durch Massenmedien, soweit für uns erreichbar.

5.) Finanzierung: Wenn wir auch den zig-Millionen Propagandamittel der Atom- und Elektroindustrie nichts annähernd Gleiches entgegensetzen können, muß doch ein gewisses Minimum als Grundlage erreicht werden:

a) Zunächst Spendenaufruf durch pers. Anschreiben (mit Erlagschein) an alle bis jetzt bei uns und sämtlichen nahestehenden Vereinen vorhandene Adressen,

b) wenn die Mittel dafür (event. vorschußweise) aufgebracht werden können, Spendenaufruf durch große - mindest halbseitige - Zeitungsinserate in den Massenblättern Kronenzeitung, Kurier und den größten Landesblättern,

c) selbstverständlich persönliches Ansprechen uns nahestehender etwas geldkräftigerer Personen.

6.) Ausarbeitung der wichtigsten Propaganda-Argumente und Gegenargumente gegen die Lügen der Atom- und Elektrizitätswirtschafts-Lobby's; - in erster Linie für Redner, aber auch für sonstige Aktivisten, die uns in die Versammlungen begleiten, um die Diskussion anzuheizen, sowie für diesbezügliche Gespräche unserer Anhänger in Büros, Betrieben und privaten Kreisen. (Siehe auch beiliegende Vorschläge als Beispiel - selbstverständlich ist hiebei nicht gedacht, daß das darin auf Grund unserer reichen bisherigen Literatur ausgearbeitete relativ vollständige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Programm, etwa in einer Versammlung vollständig dargelegt werden soll, jedoch müssen wir uns bzw. alle unsere Aktivisten und Mitarbeiter sich über die zweifellos sehr schwerwiegenden wirtschaftspolitischen Konsequenzen und Notwendigkeiten, die eine bewußte Wachstumsbegrenzung und Stabilitätspolitik erfordert, voll im klaren sein, um auf alle Anfragen und Einwände entsprechend antworten zu können.)

28. 6. 78

Österreichischer [illegible]schutzbund
Landesgruppe [illegible]reich
Schulringhof 11 - P. 906
4010 Linz, Postfach 184

Dr. Fritz Roschan
4023 Linz, Am Stadtfeld 11

Vorschläge zur Propaganda für den Atomkraft-Volksentscheid

Allgemein: Keineswegs a u s s c h l i e ß l i c h auf Gefährlichkeit der Atomenergie (im Normalbetrieb, bei Unfällen oder Terrorakten) hinweisen, diese Gefahren vielmehr als selbstverständlich gegeben voraussetzen unter Berufung auf die Glaubwürdigkeit j e n e r Wissenschaftler, die wirklich unabhängig und nicht als Angestellte, Konsulenten oder geschäftliche Partner der Atomwirtschaft befangen sind.*)

Schwerpunkte der Propaganda vielmehr auf gesellschafts- und wirtschaftspolitische Argumente legen; Widerlegung der Argumente über Notwendigkeit des Energie- und Wirtschaftswachstums, der Gefährdung der Arbeitsplätze sowie des "Lebensstandards":

1) Wir brauchen nicht m e h r Energie!

Wirtschaftswachstum und damit Energieverbrauchssteigerung kann in engsten Grenzen gehalten werden, weil

a) unsere Bevölkerung fast nicht mehr wächst,

b) zu erwartende Rohrstoffknappheit eine Wachstumsbeschränkung ohnedies erfordert,

c) eine Begrenzung des Pro-Kopf-Verbrauches k e i n e Beeinträchtigung echten Lebensstandards bedeuten muß, vielmehr eine Erhöhung der Lebensqualität bedingt (siehe Punkt 4).

2) Möglichkeiten der Energieeinsparung:

Für einzelne Landesteile oder Bevölkerungsschichten, für die wirklich echter Nachholbedarf und daher zusätzlicher Energiebedarf besteht, kann dieser leicht durch Einsparungen vom bisherigen Energiekonsum gedeckt werden:

A) Verminderung von unnötigen oder schädlichen Produktionszweigen sowie Herstellungsweisen

a) Umstellung der Produktion von kurzlebigen Wegwerfwaren auf Langzeitwaren (Autos, Kühlschränke, Textilien, usw., usw.).

b) Einschränkung der energieaufwendigen und teilweise schädlichen Kunststofferzeugung auf das wirklich notwendige Maß, desgleichen Kunstdünger, Pestizide und sonstige chemische Gifte.

c) Umstellung von energie-intensiven auf arbeits-intensive Produktionsweisen (was in vielen Fällen ohne wesentliche Verteuerung möglich wäre).

d) Durch alle Maßnahmen a) bis c) Verminderung des weiteren Anwachsens der Mülldeponien.

B) Teilweise Umstellung des motorisierten Individualverkehrs (besonders auch Lastkraftwagenverkehrs) auf öffentliche Massenverkehrsmittel, die für gleiche Personen- oder Güter-Beförderungsleistungen oft nur einen Bruchteil an Energie benötigen.

C) Durch technische und bauliche Maßnahmen:

a) Wärmedämmung bei Wohnbauten und Industrieanlagen,

b) Abwärmenutzung (als Teil des Recycling),

c) Verstärkung des Wirkungsgrades der Energienutzung,

d) Wahl der geeigneten Energieform für die verschiedenen Energieanwendungen (für Heizzwecke z.B. keine Elektrizität, sondern Gas oder Koks).

*) hiebei besonders betonen, daß nach d e r e n übereinstimmender Aussage nicht nur der Katastrophenfall ganz verheerende Auswirkungen hätte, sondern auch bei Normalbetrieb in der Umgebung die Krebs- und Leukämie-Rate usw. bedeutend erhöht wird, wie bereits in USA z.T. statistisch erwiesen!

3) Alternativen für neue Arbeitsplätze:

Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Arbeitskräften, die durch Verminderung unnötiger oder schädlicher Produktionszweige (Punkt 2/A) freiwerden, sowie Schaffung event. nötiger zusätzlicher Arbeitsplätze:

1) Maßnahmen zur Wasserreinhaltung durch Parallelkanalisation von Flüssen und Seen und wirksame Kläranlagen, naturnaher Wasserbau;

2) Müllabfuhrtrennung zwecks teilweiser Wiederverwertung, Müllkompostierung zugunsten der Landwirtschaft;

3) Ausbau und attraktive Gestaltung (dichtes Dargebot) von öffentlichen Verkehrsmitteln zur Reduzierung des Individualverkehrs (Punkt 2/B);

4) Abbau von unnützer Über-Automatisierung (die durch Reparatur- und Investitionserfordernisse und sonstiges Nachteile die Kostenersparnis an Arbeitskräften z.T. wieder wettmacht);

5) Ausbau des Telefonnetzes, Leistungsverbesserungen im sonstigen Postdienst, sowie bei anderen öffentlichen Dienstleistungen;

6) Förderung echter Kleinhandelsbetriebe im Interesse der Nahversorgung, anstatt von "Super- und Maximärkten" sowie sonstige Dezentralisierung auf allen Gebieten (Verwaltung, Gerichtswesen, Schulwesen, usw.);

7) Wirksame Straßenüberwachung und Verbrechensbekämpfung;

8) Planmäßige Förderung des Kleinwohnungs- und Siedlungsbaues statt von Wohnsilos;

9) Revitalisierung erhaltungswürdiger Stadtteile und Einzelbauten;

10) Förderung des biologischen Landbaues - entsprechende Forschungsaufträge;

11) Intensive Forschung zur Entwicklung umweltfreundlicher Produktionsweisen, einer maßvollen gewaltlosen Kleintechnik, sowie Erschließung neuer zukunftsträchtiger Energiequellen (Sonnenenergie, geothermische Energie, Windkraft, usw. - besonders in Kleinanlagen);

12) Gesellschaftspolitische Erfordernisse:
   a) Maßnahmen zu echten Verbesserungen im Erziehungs- und Bildungswesen vom Kindergarten bis zur Hochschule und Volkshochschule
   b) Intensivierung der Alten- und Krankenbetreuung
   c) Förderung der nicht nur von Hausfrauen, sondern häufig auch von Spät-Studierenden und Pensionsnahen gewünschten Teilzeitbeschäftigung.

In den meisten Maßnahmen zur Einschränkung unnötiger und schädlicher Produktion liegt bereits die Voraussetzung für sinnvolle Beschäftigung der freiwerdenden Kräfte (z.B. mehr Reparaturarbeiten und entsprechende Werkstätten bei Förderung der Langzeitwaren).

Durch eine derartige umweltfreundliche Wirtschaftspolitik würden wahrscheinlich m e h r Arbeitsplätze neu geschaffen, als durch Verringerung umweltfeindlicher Produktionszweige freigesetzt werden!

4) Problem Lebensstandard und Lebensqualität:

Unser Lebensstandard wird tatsächlich n i c h t verringert,

a) durch längere Benützung von entsprechend hochwertigen und haltbaren Gütern;

b) wenn wir auf Scheinvorteile oder Scheinbequemlichkeiten verzichten (z.B. elektr. Brotschneidemaschine statt der mit der Hand bedienten, Schuhputzmaschine, usw.);

c) wenn durch gut geführte und ausreichende öffentliche Verkehrsmittel t e i l w e i s e die Benützung des eigenen Autos ersetzt werden kann;

d) wenn man auf Verpackungen, die oft mehr kosten als das Produkt selbst und dann auf den Müllhalden landen, sowie auf sonstigen Pflanz und Plunder verzichtet.

Im Gegenteil: Mit den dadurch ersparten Mitteln können wir uns viel wirklich wertvolles und sinnvolles leisten.

5) Mittel zur Durchsetzung umweltfreundlicher Wirtschaftspolitik:

(Muß nicht unbedingt - etwa in einer Versammlungsrede - gesagt werden, jedoch in der Diskussion für Anfragen bereit sein.)

1) Aufklärung und Propaganda (Massenmedien);

2) Steuerpolitik, z.B. anstatt Mehrwertsteuer (nutzlose Arbeit sowohl in Privatbetrieben wie in den Finanzämtern), sozial abgestufe Energiesteuer, Besteuerung von einzuschränkenden Produktionszweigen und Produktionsmethoden,

3) Tarifpolitik (z.B. Spalttarif, höhere Tarife für steigenden Verbrauch), Koordination der Tarifpolitik für a l l e Energiearten, abgestuft nach der Umweltfreundlichkeit;

4) nur ausnahmsweise direkte Verbote und Gebote (z.B. bei schwer gesundheitsschädlichen Produkten);

5) strenge Auflagen für Bewilligungen von Wohnbauten, Industriebetrieben usw. (z.B. hinsichtlich Wärmedämmung, Abwasser- und Abgasbeseitigung);

6) Subventionspolitik: Arbeitsplatz- statt Produkt-Subventionierung, insbesondere wo bereits mit Förderungsmitteln gearbeitet wird;

7) weitgehende Ausschaltung der Reklame und Ersatz durch echte Konsumenteninformation (gegen Weckung von Scheinbedürfnissen, sinnlose Verteuerung der erzeugten Waren bzw. Dienstleistungen, Landschafts- und Städteverschandelung).

Elastische indirekte Wirtschaftslenkung nach klarem Konzept mit einem Minimum von Zwangsmaßnahmen, verbunden mit entsprechender Aufklärung und Begründung.

28.6.78

Sehr geehrter Passant,

wir demonstrieren gegen Atomkraftwerke.
Wenn unsere gewählten Volksvertreter wirklich unsere Interessen vertreten würden, müßten wir nicht auf die Straße gehen.
Wenn sie aber z.B. ein Strahlenschutzgesetz gutheißen und anwenden lassen, das der Bevölkerung kein Mitspracherecht sichert, dann müssen wir auf die Straße gehen.
Wenn Sie über die Problematik der Atomenergie informiert sind, werden Sie unser Anliegen verstehen, das auch das Ihre sein wird.

Besten Dank

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Drucker: Bürgerinitiative gegen Atomgefahren, 4010 Linz, Postfach 167 im Verein Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL), 5020 Salzburg Rosengasse 11. Für den Inhalt verantwortlich: Dipl.-Ing. Friedrich Witzany, 4490 St. Florian, Im Sommerlandl 7

WO UNRECHT ZUM RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT

Wir wollen aus vielen Gründen keine Atomkraftwerke, und wir kennen die Gründe, warum wieder andere danach schreien und mit dem Kienspan und mit dem Stromabschalten drohen - und auch uns Demonstranten drohen, nämlich mit der Staats- und Polizeigewalt.

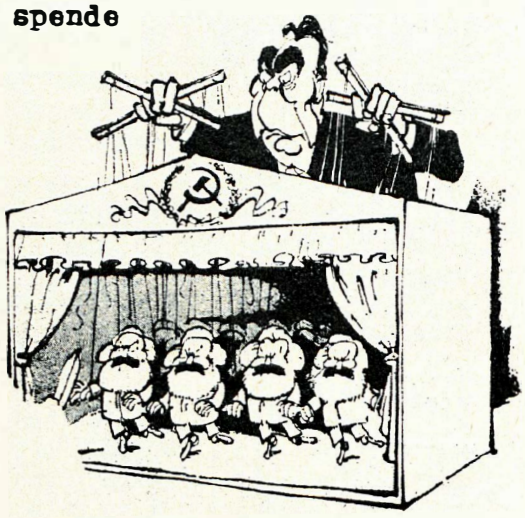
Lieber Demonstrant,

daher dieser Aufruf. Wir demonstrieren heute doch nicht wegen des Wirbels und wegen der Gaudi. Dem Anliegen entsprechend soll auch Dein Verhalten sein.
Du bist doch daran interessiert, daß die Veranstaltung in Ruhe abläuft. Wir wollen ja zeigen, daß die Diskussion in der Stadthalle zu unrecht abgesagt wurde.
Würden Schlägereien und Verhaftungen der Sache dienen? Wozu führt die Gewalttätigkeit?
Laß Dich nicht provozieren, befolge die Anordnungen der Polizei. Polizisten sind Menschen wie wir und erfüllen gerade jetzt genauso ihre Pflicht, wie wir sie zu erfüllen glauben. b.w.

Richtung

XXXII

1.– Mindest-spende



Willst Du mittanzen ?

Viele tanzen mit, nur wenige so offen wie KP und KSV, die meisten swingen viel dezenter mit : Die Regierung,wenn sie Linksextremisten Vorschub leistet und marxistische Gesellschaftspolitik betreibt, die Journaille,wenn sie unverschämt rote Propaganda betreibt, die Schulen,wenn unsere Geschichte dreist gefälscht wird,die Massenmedien, die gegen alles Rechte hetzen und marxistische Verbrechen verniedlichen; aber auch jeder,der aus Faulheit oder aus Feigheit kuscht und mitmacht, um "in" zu sein.....
Wohin sie tanzen, kann man wenige Meilen östlich von Wien genau bewundern.Doch die Linksverseuchung Österreichs schreitet täglich weiter fort. Also : TANZ MIT

ODER WEHR DICH ENDLICH !!

KP und KSV verbieten !

Die Hochschulgruppe der A N R fordert das Verbot der KPÖ und des KSV. Grund dafür ist der bolschewistische Charakter dieser Organisationen,die in ihrer Hofberichterstattung für die Sowjetverbrecher ihre menschenrechtsfeindliche Gesinnung ausreichend dokumentieren.Anlaß ist ihre offene Sympathieerklärung zu kriminellen Übergriffen :Als eine Horde roter"Soziologen" zwei Flugblattverteiler überfielen und damit-wiewohl vergeblich (Bericht innen)eine ANR-Aktion verhindern wollten,veröffentliche die KP-Volksstimme folgende KSV-Äußerung.

Keine Agitationsfreiheit für Neonazi auf der Uni! Der KSV stellt sich vollinhaltlich hinter die Aktion der Ökonomen und fordert alle Studenten auf, weiterhin die Naziprovokationen zu unterbinden."

Damit beweisen KPÖ und KSV daß sie eine Gefahr für die Rechte und Freiheiten unseres Volkes, im besonderen Fall der Studenten darstellen.Wir fordern wirksame Bestrafung linkskrimineller Elemente samt ihrer Hintermänner sowie Verbot der KPÖ und des KSV !

Kampf der Linkskriminalität !

Der kriminelle Charakter der Linken ist nicht auf "anerkannte Verbrecher" wie die Baader-Meinhof-Bande beschränkt - auch dabei fiel auf,wie lange die Linksjournaille und sogenannte Sozialdemokraten diese Leute deckten - sondern ist integraler Bestandteil marxistischer Praxis.Terrorakte und Ausschreitungen bei Demonstrationen z.B. SP-KP-Spaniendemo Okt.75, Störungen von Versammlungen und Überfälle auf nicht genehme Personen sind auch in Wien keine Seltenheit und herkömmliche Bürgerliche lassen sich auch als brave Schafe einschüchtern. Mit dem Auftreten der NEUEN RECHTEN mußten die Linkskriminellen auf der UNI Wien erstmals ernsthaften Widerstand zur Kenntnis nehmen :

18.Mai 76 : Kärnten-Versammlung

Schon zweimal hatten Linksradikale einen vom RFS geplanten Scrinzi-Vortrag gewaltsam verhindert.Diesmal entschloß sich die NEUE RECHTE zur Teilnahme, um den linken Terror zu brechen. Die ANR-Abordnung verhinderte das Einsickern roter Störer bereits im Vorraum,im Gegensatz zu Zeitungsmeldungen schritt die Polizei erst ein , als der Versuch linker Schläger, einzudringen,bereits gescheitert war und die roten Rotzer ein Gerangel mit der Polizei einem neuerlichen Angriff auf die Stellung der ANR vorzogen. Das konsequente Auftreten der ANR und befreundeter Nationaler hatte die Durchführung dieser Versammlung gesichert,nicht die Polizei !

16.Juni 76 : Linker Störversuch

Ihre schwere Schlappe vom 18.5. wollen die Linkskriminellen offenbar durch Überfälle auf einzelne Flugblattverteiler übertünchen : Als die A N R am 16.6. zum Tag der deutschen Einheit (17.6.) RICHTUNG XXVIII mit einem Sprüchband auf der Rampe verteilte, bekundeten während der Hauptver - teilzeit zahlreiche Studenten ihre Solidarität mit der NEUEN RECHTEN. Als später nur mehr zwei Flugblattverteiler anwesend waren, unternahm eine Horde Linker einen feigen Überfall,wobei sie eine Kiste Info-Material raubten.Doch wenige Minuten später stellten ANR-Aktivisten wieder Ordnung auf der Rampe her und die Aktion wurde mit Ersatzmaterial erfolgreich abge - schlossen.Einige Verdächtige konnten von ANR-Aktivisten im UNI-Gebäude gestellt werden,doch verhinderte Rektor Seitelberger -als braver "nützlicher"- ihre Übergabe an die Polizei.....

Kärnten - Flugblatt
erfolgreich verteilt

Wie kläglich der Versuch der Linken, die NEUE RECHTE zum Schweigen zu bringen,gescheitert ist, beweist die Verteilaktion der ANR zu Kärnten. In ganz Ö wurden Verteilaktionen mit 100.000 Flugblätternfür Deutsch-Kärnten durchgeführt, über 10000 an Studenten. Doch abgesehen von einzelnen -im wesentlichen rasch abgemahnten Provokateuren - verlief das ordnungsgemäß und vor allem Jugendliche - Schüler,Studenten ebenso wie Lehrlinge-äußerten ihre Befriedigung darüber,daß der Linksagitation endlich deutlich begegnet wird.Damit hat die ANR nicht nur ihren Bekanntheitsgrad und Profilierung entscheidend beschleunigt, sie hat insbesonders die Funktionsfähig - keit ihres Kaders deutlich unter Beweis gestellt.

Auf zur ÖH-Wahl 77

Die NEUE RECHTE wird sich an der ÖH-Wahl Mai 77 beteiligen,dies trotz der grundlegenden Ablehnung der ÖH,aber nicht um die Spesen-ÖH zu erweitern,sondern um sowohl die Linksagitation wirksam zu bekämpfen , eine Antikorruptionsalternative zu bieten und den nationalen Standpunkt profiliert zu vertreten.
Wir fordern alle nationalen und antikom - munistischen Studenten auf, aktiv mitzuwirken, zumindest unseren Wahlvorschlag mit ihrer Unterschrift zu unterstützen.

GEGEN DEN EINFLUß ROTER ROTZER UND DER DEKADENTEN NACHWUCHSPFRÖNDNER DER MITTE !

FÜR SAUBERE HOCHSCHULEN !!

KEIN LINKER STINKER WIRD VERHINDERN,
DAß DIE NEUE RECHTE KOMMT !

RICHTUNG erscheint monatlich - Probehefte sind kostenlos - Jahresbezugs - kostenbeitrag öS 50.- DM 10.-

SPENDEN : PSK 2371.696
Konto R/RICHTUNG

Eigentümer, Vervielfältiger, Herausgeber,Verleger : Aktion Neue Rechte - ANR,für den Inh. verantw.: Thomas Fellerer , alle 1080 Wien, Lenaugasse 5

Elsaß-Lothringen

Während Österreichs Linksjournaille um noch mehr Privilegien für die Slowenen in Kärnten kämpft,bleibt die Lage deutscher Volksgruppen weitgehend unebachtet.Ein Beispiel für deren Unterdrückung durch das - angeblich soo zivilisierte - Frankreich ist die über 1,2 Mio starke dt Bevölkerung des Elsaß und Lothringens.

Im Elsaß und großen Teilen Lothringens lebt seit der Völkerwanderung eine geramnische Bevölkerung. Die Sprach - grenze ist seit dem 8.Jh stabil,die völkische,kulturelle und wirtschaftliche Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum deutsch-oberrheinischen Raum stand nie in Zweifel. Durch die Ereignisse der franz.Revolution und die napoleoni - schen Raubkriege von Frankreich besetzt,kehrte Elsaß-Lothringen 1871 in den deutschen Staatsverband zurück,wurde jedoch 1918 und 1945 neuerlich französisch besetzt.

Wie in anderen Kolonialgebieten zeigte sich Frankreich in Elsaß-Lothringen keineswegs als "Kulturnation" : 1945 wurden zahlreiche Deutsche ausgewiesen oder interniert , wesentliche Teile der deutschen Bevölkerung wurden ihrer bürgerlichen Rechte verlustig erklärt.Die Zwangsromani - sierung - vor allem der Jugend - läuft seither mit voller Kraft :

- Es gab bis 74 keinerlei Schulunterricht in deutscher Sprache, seit 1974 gibt es in manchen Orten 1/2 Wochen stunde als "Schulversuch"...
- Vom 3.Lebensjahr an werden die Kinder in Vorschulhorte gedrängt,in denen ausschließlich französisch gespro - chen werden darf,
- Als Amtssprache ist nur französisch zugelassen.
- Es gibt gesetzliche Bestimmungen,wonach Überschriften, Tages- und Sportmeldungen in französisch erscheinen müssen und der deutsche Text einen bestimmten Bruch - teil des Inhalts nicht überschreiten darf.
- Auf der Straßburger Universität,einer der traditions - reichsten Städten deutscher Kultur,darf nur in französisch gelehrt werden.....

Doch um diese Unterdrückung schert sich keine UNO. Die "deutsche" SPD-FDP-Regierung allerdings noch weniger.... Während Frankreich bereits eine Kolonie nach der anderen verloren hat,und Korsen,Bretonen und andere Minderheiten ihre Rechte allmählich erkämpfen,wird im Elsaß weiter zwangsromanisiert....

WIR FORDERN VOLLE NATIONALE RECHTE FÜR DIE DEUTSCHEN ELSÄSSER UND LOTHRINGER !!!

==========

Schriftleitung RICHTUNG in eigener Sache

Diese RICHTUNG erscheint mit einiger Verspätung.Wir bitten unsere Bezieher,dies zu entschuldigen.Grund dafür war die ANR-Verteilaktion mit

100.000 Kärnten-Flugblättern

in Wien,Graz,Linz,Salzburg,Hallein,Wels,Krems,St.Pölten, Wr.Neustadt,Klosterneuburg,Korneuburg,Stockerau, Baden, Tulln,Mödling sowie mehreren weiteren Orten. Wir danken gleichzeitig allen Förderern dieser Aktion.

Welche Verfassungsfeinde aus Steuermitteln subventioniert werden, geht aus einem Geheimerlaß der Bundes-Finanzminister hervor. (In Nordrhein-Westfalen beispielsweise trägt er das Aktenzeichen S 1292-507-VB2.) Zu den einzeln aufgeführten bevorrechtigten Gruppen gehören u.a.: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), Kommunistischer Bund Westdeutschlands (KBW), Sozialistische Einheitspartei Westberlin (SEW) und Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KDP/ML). Zur letzten Gruppe gehört beispielsweise der Terroranwalt Horst Mahler.

In Österreich steht es kaum besser : Linksextremistische und slowenische Organisationen zählen zu den wohlsubventioniertesten Personen, auch ihre Unterbringung im öffentlichen Dienst fällt auf, wo ie vornehmlich im Lehramt und "Jugendsozialarbeit" als wohldotierte Berufsmanipu - lanten werken...
Die Sozialdemokratie erfüllt ihre Rolle als Förderer,Wegbereiter und Steigbügelhalter des totalitären Marxismus mit Konsequenz,ihre Tarnung im freundlichen Kinderfreunderosa vermag ihren wahren Charakter nicht zu übertünchen.
Die NEUE RECHTE ist zum Kampf gegen die Linksverhetzung unseres Volkes angetreten.
Gerade an den Hochschulen ist das heute notwendiger denn je. Wenn etwa an der juridischen Fakultät hunderte "Soziologen" in einer Linksmentalität heranwachsen,die sogar in offener Kollaboration "linksschwarzer" ÖSU-Funktionäre mit dem KSV zum Ausdruck kommt, ist es Pflicht jedes anständigen Menschen, insbesonders jedes Studenten bzw.Akademikers,aktiv einzugreifen.

UNTERSTÜTZT
DIE NEUE RECHTE !

Wir erhalten keinen Groschen Subvention von diesem Staat.

==========

Aktivisten melden sich bei:
A N R - Hochschulgruppe
A-1080 Wien, Lenaugasse 5

Aktion Neue Rechte - ANR



Die Aktion Neue Rechte - A N R ist eine unabhängige gesamtdeutsche nationale und antikommunistische Organisation. In Österreich und in der BRD bestehen Standorte von ANR-Aktivisten. Wir kämpfen gegen die Linksverseuchung und Überfremdung des öffentlichen Lebens und für eine SAUBERE POLITIK FÜR UNSER VOLK. Die Weltanschauung der NEUEN RECHTEN entspricht den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie,Genetik und Verhaltensforschung. Daraus entsteht unsere Überzeugung,daß nur eine lebensrichtige Weltanschauung aus der Sackgasse, in die die lebenswidrigen Ideologien Marxismus und Liberalismus treiben,führen kann.

Es ist Ziel der NEUEN RECHTEN,die Scheinalternative zwischen liberal-dekadentem und bolschewistisch-marxistischem System durch aktive Vertretung des nationalen Standpunktes zu widerlegen.Die Geschichte der europäischen Völker - die spanische,italienische, ungarische und kroatische ebenso wie unsere deutsche - beweist,daß es Ansätze zu diesem Weg gibt. Die NEUE RECHTE ist nicht bereit, die Dogmen und Tabus der verlogenen Umerziehungs gesellschaft zu respektieren, sondern gewillt,für eine gerechte Wertung der Vergangen - heit, eine klare Sicht der Gegenwart und eine nationale Bewältigung der Zukunft zu kämpfen. Gerade der Fortschritt der NEUEN RECHTEN in der Jugend beweist,daß unsere Bewegung, der Wille zur nationalen Einheit und Freiheit nicht tot ist,sondern lebt.

WIR SIND NICHT DIE LETZTEN VON GESTERN, SONDERN DIE ERSTEN VON MORGEN !

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

A K T I O N N E U E R E C H T E - A N R 1080 Wien,Lenaugasse 5 (Hof)

Sprechstunden : jeden Freitag 19 Uhr

A N R - Hochschulgruppe / Aktionsverband für Mittelschüler - A V M

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Richtung

Zuschriften, Bestellungen
Droh- und Leserbriefe
nur an :

RICHTUNG 1080 Lenaugasse 5

Jahrespostbezugsunkosten : 50.-

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

A N R in den Bundesländern

Meldungen für A N R-Standorte

Klosterneuburg/NÖ,Baden,Krems
Mödling, Linz/OÖ, Graz /Stmk.
Oberschützen/Bgl,Salzburg und
München/Oberbayern über die

Bundesführung der A N R

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Spenden !

Jeder Schilling Spende bedeutet
eine RICHTUNG mehr in die Jugend

Auch auf IHRE SPENDE kommt es an!

Psk.: 2371.696
(Heinrich Brim Konto R/RICHTUNG)

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

P.b.b. Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1080

Rünzler Manfred
Kellaweg 18
6922 Wolfurt

Wolfurt, 6. Mai 1978

Herrn
Dipl.Ing. Friedrich Witzany
Im Sommerlandl 7
4490 St.Florian

Lieber Herr Witzany !

Vielen Dank für Ihren letzten Brief mit den interessanten Beilagen. Ich entnehme daraus mit Befriedigung, daß Sie als Vertreter des Naturschutzbundes am Atomhearing, das am 17. ds. M. stattfinden soll, teilnehmen.

Überraschenderweise sind auch wir zu dieser zweiten Gesprächsrunde geladen worden (p. Adresse "Präsidium des WELTBUNDES ZUM SCHUTZE DES LEBENS - Landesgruppe Vorarlberg z. Hd. Herrn Direktor Karl Liepert, Meiningen"). Nachdem von Vorarlberg aus seinerzeit nur Teilnahmeansuchen für die WSL-Sektion Österreich und die Aktion "Mütter gegen Atomkraftwerke im WSL" an den Parlamentsunterausschuß gerichtet wurden, stellen wir uns hier die Frage, welche taktischen Überlegungen mit der Einladung des Landesverbandes verbunden sein könnten und ob wir nicht eine Teilnahme unter Hinweis auf die nicht erfolgte Beantwortung der von Dr. Tisserand für den WSL vorgebrachten 5 Forderungen ablehnen sollten. Daß hier niemand große Lust verspürt, eine von vornherein ergebnislose Reise nach Wien zu machen, die auf Grund der großen Entfernung für Berufstätige doch mit beträchtlichen Umständen verbunden ist, können Sie sicher verstehen. Vielleicht ergeben sich aus Ihrer Sicht gesehen einige Aspekte, die uns die Entscheidung leichter machen könnten, wobei wir natürlich wissen, daß alles 2 Seiten hat.

Ich bitte Sie daher sehr, mir postwendend Ihre Ansicht hiezu mitzuteilen. Eventuell ist es Ihnen möglich zu eruieren, welche Gruppen und vorallem wieviele zur Anhörung geladen sind. Der Parlamentsausschuß wird sich wohl nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, den Großteil der AKW-Gegner-Organisationen nicht gehört zu haben! Daher rechnen wir auf jeden Fall mit wesentlich

·/.

mehr Teilnehmern als bei der ersten Runde, wodurch unsere Nichtanwesenheit wiederum von geringer Bedeutung sein sollte.

Ihre geschätzte Nachricht erwartend, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Ihr

Telefon. Rücksprache 11.5.78

RETTET DIE ERDE!

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS (WSL)
Sektion Österreich

Landesverband Vorarlberg (LVV)
Postfach 300 — A-6800 Feldkirch

Feldkirch, den 1. Mai 1978

Herrn
Dipl.-Ing. Friedrich Witzany
WSL-Vizepräsident
Im Sommerlandl 7
4490 St. Florian

Lieber Herr Witzany!

Vielen Dank für Ihren Brief vom 16. April und für die Überlassung der Broschüre "Kernenergie und Sicherheit - Eine Information des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, Wien 1978".

Ich war vier Wochen verreist und bin derzeit sehr im Rückstand mit der WSL-Arbeit, aber ich versuche beiliegenden Artikel in den VORARLBERGER NACHRICHTEN und in der Zeitschrift LEBENSSCHUTZ unterzubringen.

Herzliche Grüße an alle

Ihr

Robert Par

Anlagen

Der WSL vertritt die wissenschaftliche Meinung der Internationalen Gesellschaft für die Erforschung von Zivilisationskrankheiten und Vitalstoffen e. V., gegründet 1953, D-3000 Hannover-Kirchrode. Die Gesellschaft ist sowohl in ihrer wissenschaftlichen Aussage wie in ihrem Handeln und finanziell unabhängig von Industrie, Wirtschaft und Staat. Seit der Gründung hat die Gesellschaft in 88 Ländern Fuß gefaßt. Dem Wissenschaftlichen Rat gehören über 400 Persönlichkeiten aus aller Welt, darunter Nobelpreisträger, an. 121 akademische und andere Organisationen, die dem Lebensschutz dienen, sind korporativ angeschlossene außerordentliche Mitglieder der Gesellschaft.
Der WSL ist international, unparteilich und überkonfessionell. Alle WSL-Funktionäre sind ehrenamtlich tätig und stehen tagsüber im Beruf.
Sparkasse der Stadt Feldkirch, Kto.-Nr. 0000021006 — Postsparkassenkonto Nr. 2379234

Feldkirch, den 1. Mai 1978

Berichterstatter: R. Par

Redaktion
VORARLBERGER NACHRICHTEN
Kirchstr. 35
6901 Bregenz

WIRD GESUNDHEITSMINISTERIUM SEINER VERANTWORTUNG GERECHT?

Mit einer Atompropaganda-Broschüre, betitelt "Kernenergie und Sicherheit", werden jetzt vom Gesundheitsministerium "schon entstandene Ängste abgebaut" ("Umweltschutz" 4/78, S. 77). Die 144 Seiten umfassende Aussendung, die auf Kosten der Steuerzahler geht, enthält zwar im Vorwort die Feststellung, daß das Gesundheitsministerium keine Kernkraftwerksinteressen vertrete; da die Gefahren durch AKW aber auch in dieser Broschüre verharmlost oder übergangen werden, fragt man, in wessen Interesse sonst noch eine solche Beruhigungsschrift entstanden sein mag.

Auf Seite 75 steht, daß für Strahlenarbeiter 5 rem/a als höchstzulässige Dosis erlaubt seien und daß diese Dosis keineswegs eine Grenze darstelle, bei deren Überschreiten Strahlenschäden auftreten müssen. Nach Gofman, Tamplin et al. ist jedoch bei 5 rem/a bereits mit einer Erhöhung der Krebs- und Leukämierate um 300% zu rechnen und mit einer Vermehrung der Erbschäden um 150 bis 1500%.

Auf Seite 78 wird angedeutet, daß die mittlere Strahlenbelastung im Umkreis von 3 km von kerntechnischen Anlagen weniger als 0,1 mrem/a betrage. Am 7. Mai 1977 hat der WSL das Gesundheitsministerium mit einschlägigen Unterlagen darauf aufmerksam gemacht, daß die Angaben der Atomindustrie über radioaktive Abgaben aus AKW nicht der Wahrheit entsprechen, daß die tatsächlichen Meßwerte geheimgehalten werden und daß z.B. beim AKW Obrigheim Belastungen von 50 bis 250 mrem/a (ohne Berücksichtigung der inkorporierten Radionuklide) registriert worden seien, beim Atommüllager in Karlsruhe sogar 260 bis 1750 mrem/a. Diese Information wurde vom Gesundheitsministerium bei der Herausgabe der Informationsbroschüre übergangen.

Fast gleichzeitig mit dem Erscheinen der Broschüre des österreichischen Gesundheitsministeriums wurde in der Schweiz eine Erklärung der "Schweizerischen Gesellschaft der Kernfachleute" (SGK) veröffentlicht. Diese Veröffentlichung hatte lebhaften Protest seitens 125 unabhängiger schweizerischer Wissenschafter, darunter 29 Universitätsprofessoren, zur Folge. In einer von ihnen unterschriebenen Resolution heißt es unter anderem, daß es nicht statthaft sei, technische Entwicklungen

Feldkirch, den 1. Mai 1978

Berichterstatter: R. Par

Redaktion
VORARLBERGER NACHRICHTEN
Kirchstr. 35
6901 Bregenz

WIRD GESUNDHEITSMINISTERIUM SEINER VERANTWORTUNG GERECHT?

Mit einer Atompropaganda-Broschüre, betitelt "Kernenergie und Sicherheit", werden jetzt vom Gesundheitsministerium "schon entstandene Ängste abgebaut" ("Umweltschutz" 4/78, S. 77). Die 144 Seiten umfassende Aussendung, die auf Kosten der Steuerzahler geht, enthält zwar im Vorwort die Feststellung, daß das Gesundheitsministerium keine Kernkraftwerksinteressen vertrete; da die Gefahren durch AKW aber auch in dieser Broschüre verharmlost oder übergangen werden, fragt man, in wessen Interesse sonst noch eine solche Beruhigungsschrift entstanden sein mag.

Auf Seite 75 steht, daß für Strahlenarbeiter 5 rem/a als höchstzulässige Dosis erlaubt seien und daß diese Dosis keineswegs eine Grenze darstelle, bei deren Überschreiten Strahlenschäden auftreten müssen. Nach Gofman, Tamplin et al. ist jedoch bei 5 rem/a bereits mit einer Erhöhung der Krebs- und Leukämierate um 300% zu rechnen und mit einer Vermehrung der Erbschäden um 150 bis 1500%.

Auf Seite 78 wird angedeutet, daß die mittlere Strahlenbelastung im Umkreis von 3 km von kerntechnischen Anlagen weniger als 0,1 mrem/a betrage. Am 7. Mai 1977 hat der WSL das Gesundheitsministerium mit einschlägigen Unterlagen darauf aufmerksam gemacht, daß die Angaben der Atomindustrie über radioaktive Abgaben aus AKW nicht der Wahrheit entsprechen, daß die tatsächlichen Meßwerte geheimgehalten werden und daß z.B. beim AKW Obrigheim Belastungen von 50 bis 250 mrem/a (ohne Berücksichtigung der inkorporierten Radionuklide) registriert worden seien, beim Atommüllager in Karlsruhe sogar 260 bis 1750 mrem/a. Diese Information wurde vom Gesundheitsministerium bei der Herausgabe der Informationsbroschüre übergangen.

Fast gleichzeitig mit dem Erscheinen der Broschüre des österreichischen Gesundheitsministeriums wurde in der Schweiz eine Erklärung der "Schweizerischen Gesellschaft der Kernfachleute" (SGK) veröffentlicht. Diese Veröffentlichung hatte lebhaften Protest seitens 125 unabhängiger schweizerischer Wissenschafter, darunter 29 Universitätsprofessoren, zur Folge. In einer von ihnen unterschriebenen Resolution heißt es unter anderem, daß es nicht statthaft sei, technische Entwicklungen

weiterzuführen, ohne sich über ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft Rechenschaft zu geben. Das sei speziell gültig für die Atomindustrie. Wenn Nuklearingenieure in einseitiger Weise ihre Technik propagieren, sei das ein Versuch, die öffentliche Meinung in einer Frage zu beeinflussen, die weit über ihr Spezialgebiet hinausreiche. Dies sei besonders schwerwiegend, wenn die vorgebrachten Argumente auf Halbwahrheiten beruhen. Die Unterzeichner der Resolution, Physiker und andere Wissenschafter, seien nicht einseitig einer bestimmten Technik verpflichtet. Im Bewußtsein, auch einen Teil der Verantwortung in der Gesellschaft zu tragen, lehnen sie eine unausgewogene und tendenziöse Information ab. Die Probleme bei der Wiederaufbereitung des atomaren Brennstoffes und der Lagerung der radioaktiven Abfälle seien nicht gelöst. Diese schwierige Situation werde heute von den Behörden in der Schweiz offen eingestanden und sei das selbstverschuldete Resultat der bisher forcierten Entwicklung. Zu behaupten, die Risiken von Atomunfällen seien minimal und deren Konsequenzen tragbar, sei eine grobe Entstellung des Problems. Unter anderem werden alle politischen und sozialen Folgen verschwiegen.

Sehr bedauerlich, daß diese Anklage und Warnung auch auf unser Gesundheitsministerium und seine Einstellung zur Atomindustrie zutreffen.

R. Par
WSL-Vizepräsident

Friedrich Witzany
Im Sommerlandl 7
4490 St. Florian

21. April 1978

Herrn
Manfred Rünzler

Kellaweg 18
6922 Wolfurt

Lieber Herr Rünzler !

Ihren Brief vom 15.4. habe ich mit Dank erhalten. Die Informationen waren recht wichtig. Ich glaube, ich habe den jüngsten Brief an Staudinger in Ihrem Sinn abgefaßt. Die Meinung von Stix wurde im gleicher Weise uns gegenüber auch von Frau Eypeltauer vertreten. Wir in Linz haben im Hinblick auf die Falschheit der Politiker diesbezüglich einigen Zweifel. Angeblich soll es im Mai noch eine zweite Gesprächsrunde mit Atomgegnern im Unterausschuß geben. Ich wäre der nominierte Vertreter des Naturschutzbundes. Bisher wissen wir nichts Konkretes. Die Ansichten von Peter Weish vor dem Unterausschuß wurden in der Presse völlig falsch wiedergegeben. Angeblich braucht es in Zwentendorf bis zur endgültigen technischen Fertigstellung noch immer Monate.

Die Waldviertler Gemeinden Allentsteig und Zwettl haben die Ansuchen der KKWP bzw. GKT um Probebohrungen abgelehnt. Der Instanzenzug dauert vorläufig einmal bis September. Dann fängt der Instanzenzug nach der Bauordnung nach Darstellung der Waldviertler von vorne an. Die Waldviertler (die Exponenten sehr stark ÖVP-orientiert) sind übrigens die ärgsten Linksgegner. In den eigenen Linksreihen soll es nach der faden Demonstration in Wien auch starke Unzufriedenheit geben. Uli Unterbruner wußte heute bereits von einer demnächst stattfindenden Delegiertenkonferenz IÖAG. Ich weiß nicht, ob das alles noch zusammenzuhalten ist. Der Linzer KB, getarnt als Arbeitskreis, versuchte eine Veranstaltung in einem Gasthaus in St. Pantaleon - niemand kam.

Da gehört natürlich auch die Situation Micko-Soyka besprochen. Solange es im alten Fahrwasser geht, würden wir auch sagen: dabeibleiben. Eine Umschichtung ist wahnsinnig riskant. Wie ich die Lage einschätze würde die Basis kaum zu verbreitern sein, selbst wenn garantiert werden könnte, daß nicht ein Kommunist dabei ist. Gerade in der derzeitigen Phase dürfen wir unsere Kräfte nicht verzetteln. Vielleicht gelingt ein nochmaliger Aufschub für Zwentendorf. Am Baubeginn von Stein ist wirklich was dran. Die Betreiber setzen alles auf eine Karte.

Auch die Repressionen werden ärger. Frau Mayr (Gattin des BI-Mayrs aus dem Waldviertel) wurde aus der Verbundgesellschaft gefeuert. Auch Frau Tollmann ist ihren Arbeitsplatz los. Uli berichtete von der Uni Salzburg: Die Angst unter den kommenden Akademikern, keinen Arbeitsplatz zu erhalten, ist be-

reits so groß, daß sich niemand mehr aufzumucken traut. Selbst in der Kleidung wäre das schon spürbar. In der BRD wäre das nöch ärger. Robert Jungks Atomstaat wirft in vielerlei Hinsicht die Schatten voraus.

Ist Herr Par noch auf Kur? Ich habe ihm eine Leodolter-Studie geschickt, in der sich auch die Balken biegen. Vielleicht kann er etwas dazu sagen. Peter Weish hat offenbar Hemmungen.

Die personelle Situation in Linz hat sich nicht verbessert. Die Arbeit lastet auf ganz wenigen Leuten. Tisserand ist unangefochten Turm in der Schlacht. Die Eigenwilligkeit von Frau Gruber geht weit über das tolerierbare Maß hinaus. Baurecker ist mit dem Hausbau voll ausgelastet. Den Naturschutzbund vernachlässige ich gewaltig, aber auch Atom kommt zu kurz. Die heranwachsenden Kinder brauchen halt einen Vater. Meine Frau ist manchmal schon recht bös. Ihr fallen fast ganz allein Haus und Garten zu. Seit mehr als einem haben Jahr haben wir ein fünftes Kind, ein sechsjähriges Mäderl (von einem Atomgegner), dessen Mutter vor einem Jahr gestorben ist; das geht aber problemlos.

MEDIZINALRAT
Dr. ALFRED TISSERAND
4020 LINZ, MOZARTSTR. 19

Rp. 28. III 74

Lieber Wolfgang

In der Beilage

1) Brief N. R. Handlinger
unterfertigt

Erbitte Abschrift prüfen
ev. noch etwas ergänzen
pro domo

2) WSL Stellungnahme
unterfertigt, ebenso
zu den Akten von F. W.

Herzlichen Gruß

Alfred.

FriedrichWitzany
Im Sommerlandl 7
4490 St.Florian

16. April 1978

Herrn
Manfred Rünzler

Kellaweg 18
6922 W o l f u r t

Lieber Herr Rünzler!

Rasch ein paar Zeilen zur Vergewisserung:

Wir haben die Stellungnahme des WSL betreffend die Anhörung vor dem parlamentarischen Unterausschuß am 28. Feber 1978 zugleich mit einem Begleitschreiben am 6.3.1978 an Nationalrat Rudolf Staudinger mit der Bitte um Mitteilung gerichtet, in welcher Form der Dialog weitergeführt werden soll und inwieweit die Forderungen des WSL dabei Berücksichtigung finden werden. Sich kreuzend haben wir von Staudinger einen sehr allgemeinen Brief vom 2.3.1978 erhalten, wobei wir vermuten, daß auch Sie dieses nichtsagende Schreiben bekommen haben. Diese Anwort können wir unmöglich als Ein Eingehen auf unsere Forderungen betrachten, daher müssen wir in diesem Falle nachstoßen. Unsere Frage ist nun: haben Sie inzwischen von Staudinger eine konkrete Anwort erhalten, da auf der Stellungnahme des WSL vom 4.3.1978 Ihre Adresse in Feldkirch angegeben war. Bitte teilen Sie uns umgehend mit ob es eine diesbezügliche Anwort gibt.

Ich war gestern mit einigen Insidern bei der Demonstration in Wien und kann Ihnen sagen, daß die Sache völlig im alten Fahrwasser verläuft und das der 12. Juni 1977 in Tulln unwiederholbar sein wird. Die Veranstaltung verlief lustlos, ohne Höhepunkte und ohne Konsequenzen. Wir sind froh nicht mehr Leute mobilisiert zu haben. Auf der anderen Seite fällt es schwer, beim heutigen Stand der Dinge aus dem bürgerlichen Lager konstruktive Alternativen anzubieten. Leider wird es bei uns höchst aktuell in dieser Hinsicht alle Hebel in Bewegung zu setzen, da uns ein jüngster Brief vom Vorstandsdirektor Bandhauer in Schrecken versetzen müßte: die Inbetriebnahme von St.Pantaleon ist für frühestens 1986 geplant. Das heißt, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Baubeginn unmittelbar bevorsteht. Brief folgt in Ablichtung demnächst.

NATIONALRAT
DER
REPUBLIK ÖSTERREICH
Abg. Rudolf Staudinger

Wien, 2. März 1978

Euer Wohlgeboren!

Da es mir nicht möglich ist, die Zuschriften betreffend den Im Handelsausschuß zur Beratung stehenden Kernenergie-Bericht der Bundesregierung einzeln zu beantworten, erlaube ich mir, zum wesentlichen Inhalt der Zuschriften im Wege dieser Sammelbeantwortung Stellung zu nehmen:

1. Abgesehen von zahlreichen Einzelpersonen, hatten sich insgesamt 35 Gruppen von Bürgerinitiativen bzw. Kernkraftwerksgegnern mit dem Wunsch gemeldet, beim Hearing am 28.2. im Handelsausschuß-Unterausschuß gehört zu werden. Der Unterausschuß hörte tatsächlich die Vertreter der nachstehend genannten Gruppen:

   + Initiative österr. Kernkraftwerksgegner, Wien (Herr Horner)
   + Katastrophenhilfe österr. Frauen, Wien (Frau DDr. Elisabeth Schmitz)
   + Umweltschutzzentrum, Österr. Gesellschaft zur Förderung von Umweltschutz und Energieforschung, Wien (Herr Schmutzer)
   + Mütter gegen Atomenergie, Wien (Frau Dr. Meißner-Blau)
   + Bürgerinitiative Tullnerfeld, Tarsdorf (Gemeinderat Mandl)
   + Weltbund zum Schutz des Lebens (Med.Rat Dr. Tisserand, Linz)

2. Da mehrere Zuschriften erst eintrafen, nachdem der Unterausschuß über die anzuhörenden Gruppen entschieden hatte, werde ich an Hand einer Aufstellung über die nicht eingeladenen Gruppen die Frage eines neuerlichen Hearings bei der Unterausschuß-Sitzung am 10.3. zur Diskussion stellen. Es stellt sich dabei freilich die Frage, ob von einer weiteren Anhörung wirklich wesentliche Ergebnisse zu erwarten wären: So eindrucksvoll die Darlegungen der Sprecher der obgenannten Gruppen auch waren, so wäre es doch außerordentlich verwunderlich gewesen, wenn dabei ein Argument vorgebracht hätte werden können, das den Unterausschuß-Mitgliedern - und gerade diesen - noch nicht bekannt gewesen wäre. Dazu dauert die internationale und auch die innerösterreichische Diskussion über diesen Gegenstand doch schon zu lange.

3. Aus diesem Grund sind auch die Hinweise darauf, daß ein Gegenstand von unerhörter Wichtigkeit, Tragweite und Komplexität in einem Hearing von 3 Stunden Dauer hätte abgeführt werden müssen, irreführend: Es wäre grotesk, anzunehmen, daß ausgerechnet die Mitglieder des Unterausschusses nicht schon eingehenden Informationen über das Für und Wider der Kernenergie-Nutzung gehabt hätten, ehe die Beratungen darüber im Parlament begannen.

4. Der Protest darüber, daß mit parlamentarischen Beratungen erst zu einem Zeitpunkt begonnen werde, zu welchem das Kernkraftwerk Zwentendorf bereits erbaut sei, richtet sich, soweit er an das Parlament gerichtet ist, an die falsche Adresse: Das Parlament wurde von der Regierung erst jetzt durch Zuleitung des "Berichtes der Bundesregierung betreffend die Nutzung der Kernenergie für die Elektrizitätserzeugung (III-99 der Beilagen)" mit dem Gegenstande befaßt. Dieser Bericht wird nun im Handels-Unterausschuß gemeinsam mit dem "Antrag 56/A (II-2392 der Beilagen) der Abgeordneten Dkfm. DDr. König und Genossen betreffend energiepolitische Maßnahmen" behandelt.

5. Auf Grund des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrates beraten Ausschüsse grundsätzlich in nichtöffentlicher Sitzung. Es war daher aus gesetzlichen Gründen nicht möglich, dem Wunsch zu entsprechen, das Hearing in öffentlicher Sitzung abzuhalten. Über die Zweckmäßigkeit dieses Anliegens erfolgte daher keine Beratung. Gleiches gilt von dem Wunsch, Tonbandaufzeichnungen von dem Hearing herzustellen: auch dies verbietet das Geschäftsordnungsgesetz. Der Unterausschuß hat jedoch - wie schon bekannt - die Vertraulichkeit seiner Beratungen aufgehoben, damit die Öffentlichkeit über Fortgang und Inhalt der Beratungen ständig auf dem Laufenden gehalten werden kann.

6. Ich sehe meine Aufgabe als Ausschuß-Obmann darin, zu gewährleisten, daß die beiden Beratungsgegenstände (Kernenergie-Bericht der Bundesregierung und Initiativantrag DDr. König) mit aller gebotenen Gründlichkeit beraten werden und in diesen Beratungen alle maßgeblichen Gruppen, Einzelpersonen und Experten die Möglichkeit erhalten, ihre Meinung in irgendeiner Form - mündlich oder schriftlich - darzulegen. Speziell bei der Anhörung von Experten achtet der Unterausschuß sorgfältig auf Ausgewogenheit: Zu jedem Sachgebiet wird je ein Experte sowohl der Pro= wie auch der Contra-Seite gehört.

Ich bitte alle Adressaten dieses Briefes, mir zu glauben, daß die Mitglieder des Unterausschusses mit großen Ernst und durchaus im Bewußtsein der überragenden Bedeutung des Gegenstandes ihren Beratungen obliegen. Ich kann nicht im voraus sagen, was das Ergebnis der Beratungen sein wird, doch verbürge ich mich dafür: der Unterausschuß wird seine Arbeit nicht abschließen, ohne sich eingehend und gründlichst mit jedem Argument - mit jedem! - befaßt zu haben, das bisher zum Gegenstande vorgebracht wurde und/oder noch vorgebracht werden wird.

In vorzüglicher Hochachtung

NR Rudolf Staudinger
Obmann des Handelsausschusses

6.3.1978

Herrn
Abgeordneten zum Nationalrat
Rudolf Staudinger
Parlament
1017 W i e n

Sehr geehrter Herr Nationalrat !

Wir erlauben uns, Ihnen als Vorsitzendem des parlamentarischen Unterausschusses, der sich mit der Atomenergie beschäftigt, nochmals die Forderungen vorzulegen, die vom Vertreter des WSL am 28. Feber vorgebracht wurden.

Zugleich ersuchen wir Sie als Hauptverantwortlichen der Debatte, daß Sie alles unternehmen, damit unsere Forderungen alle kompetenten Stellen erreichen.

Wir dürfen Sie höflich um Mitteilung ersuchen, wie die Forderungen und Empfehlungen aufgenommen wurden und in welcher Form der Dialog mit dem Bürger weiter gepflegt werden wird.

Hochachtungsvoll

(Dr. Wolfgang Aistleitner)
für die Bürgerinitiative

Anlagen

RETTET DIE ERDE!

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS (WSL)
Sektion Österreich

Landesverband Vorarlberg (LVV)
Postfach 300 — A-6800 Feldkirch

Wolfurt, 11. April 1977

Herrn
Dipl.Ing. Friedrich Witzany
Im Sommerlandl 7
4490 St.Florian

Vertraulich!

Sehr geehrter Herr Witzany !

Frau Gruber äußerte sich am vergangenen Donnerstag sehr besorgt über den offensichtlichen Linkstrend in der IÖAG. Sie hat Ihnen sicher über das Telefongespräch mittlerweile berichtet.

Hiezu folgendes schriftlich: Wir werden an der Konferenz in Tulln am 16. April nicht teilnehmen. In einem kurzen Schreiben an den AKAE Wien haben wir ein eventuelles Fernbleiben bereits angekündigt. Kopie liegt bei.

Leider war es uns zeitlich nicht mehr möglich, eine Aussprache mit den Vorstandsmitgliedern der BIAKG Tirol zu führen. Wir hatten jedoch Gelegenheit, am Freitag, den 8. ds. M. mit Dipl.Ing. E. Heinzle von der AKKW-Ö Graz und einem Mag. Beno Heinzle, der an der Universität Innsbruck tätig ist und über die Verhältnisse in der Tiroler Bürgerinitiative bestens Bescheid weiß, zu sprechen.

Der Vorstand in Graz besteht aus 5 Mitgliedern, wovon eines dem KB angehört und ein weiteres (Journalist) als Links-Sympathisant eingestuft werden könnte. Schwierigkeiten gab es nach Heinzle, der Vorsitzender ist, bisher keine. Im Falle eines zu großen Einflusses der Linkskräfte würde er seine Funktion zurücklegen, wobei er eine solche Gefahr derzeit nicht sieht. Die Initiative arbeitet überparteilich.

In Innsbruck kam es vor kurzem zum Ausschluß des KB aus der Bürgerinitiative. Unmittelbarer Anlaß bildete ein Flugblatt, in dem der KB im Namen der BI zur Demonstration am 24.3.1977 aufgerufen hatte. Dies geschah entgegen den Absprachen in den vorausgegangenen Sitzungen, wobei selbst der Vorsitzende, Univ. Ass. Dr. Vergainer, erst durch die per Post zugestellte Flugschrift hievon Kenntnis erlangte. Der KB hatte bereits wiederholt gegen die gemeinsam festgelegten Grundsätze verstoßen. Die Tiroler haben angeblich den Wunsch, in Hinkunft die Zusammenarbeit mit Vorarlberg zu inensivieren, wobei ein späterer

Der WSL vertritt die wissenschaftliche Meinung der Internationalen Gesellschaft für die Erforschung von Zivilisationskrankheiten und Vitalstoffen e. V., gegründet 1953, D-3000 Hannover-Kirchrode. Die Gesellschaft ist sowohl in ihrer wissenschaftlichen Aussage wie in ihrem Handeln und finanziell unabhängig von Industrie, Wirtschaft und Staat. Seit der Gründung hat die Gesellschaft in 88 Ländern Fuß gefaßt. Dem Wissenschaftlichen Rat gehören über 400 Persönlichkeiten aus aller Welt, darunter Nobelpreisträger, an. 121 akademische und andere Organisationen, die dem Lebensschutz dienen, sind korporativ angeschlossene außerordentliche Mitglieder der Gesellschaft.
Der WSL ist international, unparteilich und überkonfessionell. Alle WSL-Funktionäre sind ehrenamtlich tätig und stehen tagsüber im Beruf.
Sparkasse der Stadt Feldkirch, Kto.-Nr. 0000021006 — Postsparkassenkonto Nr. 2379234

Beitritt zum WSL nicht ausgeschlossen erscheint.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt der Konferenz in Tulln wird die Festlegung des Abstimmungsmodus sein. Wir schließen nicht aus, daß es diesbezüglich zu keiner Einigung kommt, womit die Konferenz und damit der Weiterbestand der IÖAG in Frage gestellt wäre. Für die eindeutig links orientierten Gruppen wird dieser Punkt zu einer Existenzfrage schlechthin, denn diese brauchen die Plattform der IÖAG dringend zum Unterschied von den bürgerlichen bzw. gemäßigten Gruppen.

Leider stand uns der letzte Vorschlag (Schreiben v. 6.4.1977) des AKAE Wien bei der Besprechung noch nicht zur Verfügung. Eine Stimmenverteilung proportional der Zahl der verkauften Broschüren unter Mitberücksichtigung des Aktionstages bzw. dem Umfang der geleisteten Arbeiten in den letzten Monaten müssen wir ablehnen. Wir sind der Meinung, daß es keinen stichhältigen Grund gibt, die schon seit Jahren im Atomabwehrkampf geleistete Aufbau- u. Pionierarbeit außer Betracht zu lassen und hätten uns auf die Gefahr hin, als unbescheiden zu gelten, folgenden Schlüssel vorgestellt:

Stimmberechtigt bei der gegenständlichen Konferenz können nur die in der Broschüre (3. Auflage) genannten Bürgerinitiativen, Arbeitskreise und Organisationen sein, wobei anstelle der Kontaktadressen für Kärnten und Vorarlberg der WSL zu stehen hat. Inwieweit die Zuerkennung einer Stimme für Herrn Fehlinger (AK Linz) gerechtfertigt erscheint, entzieht sich unserer Kenntnis. Welche Organisation W. Wintersteiner, Klagenfurt hinter sich hat bzw. vertritt, ist uns nicht bekannt. Von der Existenz eines Arbeitskreises der Kernenergiegegner Vorarlbergs (AKG) weiß man hier ebenfalls nichts. Von einer Bürgerinitiative Großfeldsiedlung hören wir zum erstenmal, sodaß sie bei der Stimmenzuerkennung nicht berücksichtigt werden konnte, was jedoch auf keinen Fall heißen soll, daß damit allfällige Aktivitäten nicht entsprechend gewürdigt werden.

Unser Vorschlag also:

Wien	(AKAE + alle anderen Gruppen)	5 Stimmen
Oberösterr.	(BIAG + evtl. AK Linz)	4 "
Vorarlberg	(WSL)	4 "
Niederösterr.	(AK Klosterneuburg, BI Mödling)	2 "
Salzburg	(AKÖ Salzburg + ?)	2 "
Steiermark	(AKK-Ö Graz)	2 "
Tirol	(BIAKG Tirol)	2 "
Kärnten	(WSL + ?)	2 "
	zusammen:	23

Beschlüsse in wichtigen Angelegenheiten, die alle in der IÖAG vertretenen Gruppen betreffen, müssen mit einer mindestens Dreiviertel-Mehrheit gefaßt werden, um bindend zu sein. Das heißt bei obigem Stimmschlüssel, daß zwei der Bundesländer Wien, Oberösterreich und Vorarlberg sowie 4 der übrigen Bundesländer zusammen einen Beschluß blockieren können.
Die Mehrheitsverhältnisse müssen bereits für die Konstituierung der Konferenz gelten. Kann keine Einigung erzielt werden, dann

sollte zumindest der Versuch unternommen werden zu eruieren, inwieweit eine intensive Zusammenarbeit zwischen einzelnen Bundesländern und Gruppen möglich ist. Es wäre sehr schade, wenn das Zusammentreffen der Atomkraftwerksgegner ergebnislos bleiben würde. Für die Öffentlichkeitsarbeit wäre eine Presseaussendung mit einem positiven Konferenzergebnis äußerst wichtig!

Der WSL-Vorarlberg erklärt sich bereit, mit allen, die sich zu den Grundsätzen der Überparteilichkeit, der Gewaltlosigkeit und der Verbindlichkeit von Mehrheitsbeschlüssen bekennen, zusammenzuarbeiten und gemeinsame Aktionen durchzuführen.

Zur 2. Phase der Aufklärungskampagne haben wir folgende alternative Vorschläge, nachdem das Handelsministerium auf die Beschlüsse der Salzburger IÖAG-Konferenz nicht eingegangen ist. Zweifellos war es ein schwerwiegender Fehler des Arbeitskreises Wien, im Namen aller Atomkraftwerksgegner beim Bundesministerium vorstellig zu werden, ohne sich vorher die schriftliche Zustimmung aller geben zu lassen. Die öffentliche Distanzierung der ÖGEFU von einer "politisch abhängigen" Initiative bzw. eines Arbeitskreises kam dem Sektionschef Frank wie gerufen und war vorauszusehen. Wenn der Arbeitskreis Wien nunmehr glaubt, die ÖGEFU "mit allem Nachdruck" zu einer ihm genehmen Haltung zwingen zu können, so geht dies einfach an jeder Realität vorbei. "Als größte und die an Mitgliedern und Förderern zahlreichste Organisation " (Selbstbezeichnung) wird die ÖGEFU nur einen Gesprächspartner akzeptieren, der sich den Grundsätzen der Gewaltlosigkeit und der Überparteilichkeit nachweislich verpflichtet fühlt.

Zunächst schließen wir uns der Meinung an, daß die Symposien vor den Augen der Öffentlichkeit stattzufinden haben und für jeden Interessierten zugänglich sein müssen.

Nachdem die Einführung der Kernenergie die fundamentalen Lebensinteressen der Bürger berührt, sind die Veranstaltungen zeitlich so anzusetzen, daß eine Teilnahme von Arbeitern, Angestellten, Hausfrauen usw. ohne Verdienstentgang möglich ist bzw. durch berufliche Unabkömmlichkeit nicht verhindert wird.

Die Protokolle des 1. Teiles der Kampagne sind sofort zu veröffentlichen, spätestens 1 Monat vor Beginn der 2. Phase.

6 Experten (2 Interessenvertreter und vier Wissenschafter) werden von der Bundesregierung und ebensoviele von den Atomgegnern nominiert. Unter den Wissenschaftern hat sich je ein Atom-Physiker, ein Arzt und ein Biologe zu befinden. Die Kosten der geladenen Experten übernimmt der Veranstalter.

Die Veranstaltungen sind in den Massenmedien entsprechend anzukündigen.

Zu den Veranstaltungen sind die jeweiligen Volksvertreter der Bundesländer zu laden, denen letzlich die Entscheidung über die Einführung der Kernenergie in Österreich obliegen soll.
Die Nationalratsabgeordneten haben dabei die Gelegenheit, vor den Augen und Ohren derer, die sie zur Vertretung ihrer Interessen berufen haben, alle notwenigen Informationen zur Entscheidungsfindung abzufragen.

Schließlich halten wir die Aufnahme des Probebetriebes in Zwentendorf vor Abklärung aller Fragen und inmitten der Aufklärungskampagne für eine unerhörte Brüskierung der Bürger dieses Landes, die einzig und allein die derzeitige Bundesregierung zu verantworten hätte.
Wir meinen, daß dies in einem Bericht an die Presse nachhaltigst unterstrichen werden müßte.

Dies alles ist mit den eingangs genannten Herren besprochen worden. Dipl.Ing. Heinzle wird vorbehaltlich der Zustimmung der übrigen Ausschußmitglieder, den Abstimmungsmodus-Vorschlag entsprechend vertreten.

Nachdem Sie und Herr Dr. Tisserand lt. Frau Gruber an der Konferenz teilnehmen werden, bitten wir Sie, unsere Vorstellungen im dargelegten Sinne den Teilnehmern zur Kenntnis zu bringen, insbesonders was die qualifizierten Mehrheitsbeschlüsse, das Bekenntnis zur Zusammenarbeit unter den festgelegten Voraussetzungen und unsere Alternativvorschläge zur 2. Phase der Kampagne betrifft. Eine schriftliche Vollmachtserklärung über die Vertretungsbefugnis des WSL-Landesverbandes Vorarlberg liegt bei.

Sicher verfolgen Sie die laufende, groß aufgemachte Artikelserie "ATOMKRAFT - Irrweg oder Ausweg" in der "KRONEN-Zeitung". Der von Frau Müller im Namen des WSL seinerzeit mit der auflagenstärksten Zeitung Österreichs verursachte Konflikt scheint, so hoffen wir jedenfalls, keine negativen Auswirkungen mehr zu haben.

Der Aktion "Mütter gegen Atomkraftwerke" sollten wir unsere Aufmerksamkeit schenken, da sie geeignet erscheint, neue Bevölkerungsschichten anzusprechen. Über unsere diesbezüglichen Schritte das nächste mal mehr.

Übrigens trafen wir uns kürzlich mit Dr. Harless (Vorsitzender des WSL-Landesverbandes Bayern), Dr. Korf, ehem. Vorsitzender und Doz. Manstein zu einem ersten Kontaktgespräch.

Mit freundlichen Grüßen

Günzkofer

INFORMATIONSBLATT DER INITIATIVE ÖSTERREICHISCHER ATOMKRAFTWERKSGEGNER VOM 1.12.1977

(Ergeht nur an die Gruppen, nicht zur öffentlichen Verteilung bestimmt)!

Nach der Demonstration vom 26.10. gab es in fast allen Gruppen der IÖAG heftige Debatten und Meinungsverschiedenheiten über die Durchführung und den Inhalt der Demonstration, aber auch darüber, wie wir in Zukunft unseren Kampf gegen das Atomprogramm weiterführen sollen. Dazu beigetragen hat auch das Verhalten von Bundeskanzler Kreisky vor allem sein Terroristengerede, das als weiterer massiver Versuch anzusehen ist, unsere Bewegung zu diffamieren und zu spalten. Als weiterer Versuch deshalb, weil dies von der Regierung und den Betreibern schon immer versucht wurde (z.B.2. Regierungsveranstaltung Linz, 30.10.1976, Linz.. Wie schlossen sich den AKW-Gegnern an, und übernahmen sofort mit Lärm und Sprechchören das Kommando, ohne sich im geringsten um Argumente zu kümmern". Hauptgeschrei: Das Volk will kein AKW, dem muß sich Kreisky beugen!) Damals ist ihnen das nicht gelungen und es darf ihnen auch jetzt nicht gelingen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß diese Spaltungsversuche umso massiver werden, je bewußter und je fester unsere Bewegung an ihrem Ziel festhält, das ganze Atomkraftwerksprogramm zu verhindern. Dazu ist es von größter Wichtigkeit, daß wir in allen Gruppen darüber Klarheit gewinnen, wie wir unseren Kampf führen müssen.

Im "Bericht des GOK zu den letzten Wochen", der auf der Linzer Konferenz den Delegierten vorgelegt wurde, steht am Schluß:
"Wir müssen am 26.10. Regierung und Parlament die Entscheidung für die Inbetriebnahme streitig machen und werden den Menschen klarmachen, daß auch ein für das Atomkraftwerk Zwentendorf lautender Parlamentsbeschluß unsere Bewegung nicht aufhalten kann und daß wir alles daransetzen werden, die Fertigstellung und die Inbetriebnahme zu behindern und aufzuhalten." Daraus ging bereits hervor, daß sich diese Demonstration in erster Linie gegen die Regierung richten würde. Dieser Bericht wurde von der Konferenz angenommen.
Ferner wurde mit 34 Stimmen und einer Enthaltung angenommen, daß die Delegation zum Bundeskanzler einzig und allein die Aufgabe hätte, Kreisky und die Regierung aufzufordern, vor den Demonstranten Rechenschaft abzulegen.
Es mußte so jedem klar sein, daß diese Demonstration keine Volksbelustigung und kein harmloser Bittgang zum Bundeskanzler sein würde, was ja auch niemand wünschte, sondern eine hochpolitische Angelegenheit.
Wenn unter einem Teil der Demonstranten Unklarheit über die Zielrichtung der Demonstration herrschte, so trifft das Verschulden nicht den GOK, sondern diejenigen Gruppen, die es vorzogen nicht den beschlossenen Aufruf zu verwenden, sondern eigene Flugblätter mit verschwommenem Inhalt und der Meinung waren, auf diese Weise breitere Schichten ansprechen zu können.
Es hat allerdings in der Vorbereitung Fehler gegeben, die wird man genau analysieren müssen, um sie das nächstemal zu vermeiden.
Sicher ist auch, daß wir keine positiven Reaktionen in den Massenmedien zu erwarten hatten. Die Demonstration wurde von vornherein totgeschwiegen. Auch in der bürgerlichen Presse der BRD begann die Gleichsetzung der AKW-Gegner mit Terroristen ungefähr Ende August und erreichte nach der Schleyer-Affäre seinen Höhepunkt. (Bild, Zeit, Südd. Zeitung).

Wir haben die Regierung am 26.10. zur Verantwortung gezogen und vor aller Öffentlichkeit klargestellt, was sie für Interessen vertritt und es ist nichts als ein Zeichen der Schwäche dieser Regierung, wenn sie auf Demonstranten, die die Interessen der Bevölkerung vertreten, derart reagiert und sie nurmehr massive Spaltungsversuche als Ausweg sieht. Das wird auch in den meisten Gruppen der IÖAG so gesehen.
In vielen Gruppen wurde nach der Demonstration die Arbeit intensiviert, manche Gruppen haben sich vergrößtert, der Wiener Arbeitskreis z.B. wird sich mit allen anderen Wiener Gruppen zusammenschließen. In all diesen Gruppen wird erstens versucht, noch mehr in die Tiefe zu arbeiten und über offene Fragen unseren Widerstand betreffend, größere Klarheit zu gewinnen und zweitens vor allem innderhalb der Arbeiterschaft und der Gewerkschaft größere Einbrüche zu erzielen. Ein guter Anfang dazu war eine Betriebsveranstaltung in Wien; zu dieser Veranstaltung kamen etwa 30 Arbeiter aus einem Wiener Betrieb, die sich sehr für die Demonstration und für die Initiative interessierten. (Siehe auch Zeitung).
Auch in Graz wird versucht, die Gewerkschaftsmitglieder stärker in die Arbeit miteinzubeziehen, die Arbeitsgruppe Gewerkschaft der BIGA Graz wird in der nächsten Zeit ihre Anstrengungen dahingehend verstärken.

Beide Aufgaben hängen aber eng zusammen, denn man wird die Arbeiterschaft und die Gewerkschaft nur dann gewinnen können, wenn wir unseren Kampf richtig führen und dessen Notwendigkeit gerade diesen Menschen noch klarer machen; wenn wir aus unseren Erfahrungen klar aufzeigen, daß wir uns nur auf uns selbst verlassen können. Das Jahr 1978 - vor allem die erste Hälfte - wird gerade in diesem Punkt sehr entscheidend für unseren weiteren Kampf sein.

In einigen Gruppen gibt es gerade in diesen Fragen viele Unklarheiten und Schwierigkeiten. Der GÖK bedauert, den Gruppen mitteilen zu müssen, daß sich ein kleinerer Teil der "Mütter gegen AKW" von der IÖAG abgespalten hat. Ein gut entwickelter Teil der "Mütter" (etwa 14 Frauen) arbeitet aber weiterhin innerhalb der IÖAG und verstärkt seine Aktivitäten. Von beiden werden Stellungnahmen an die Gruppen ergehen.

Im Waldviertel gibt es ebenfalls Schwierigkeiten. Der GÖK sieht es als seine Aufgabe an, den Waldviertlern zu helfen, über ihren Widerstand und ihre Arbeit die nötige Klarheit zu gewinnen, um ihre Schwierigkeiten zu bewältigen. Er wird sich in der nächsten Zeit verstärkt darum bemühen.
Gerade im Waldviertel hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, sich auf die eigenen Kräfte zu verlassen, die Bevölkerung, vor allem die Bauern, zum Widerstand zu ermutigen und sich auf sie zu stützen. Das ist seit der Allensteiger Demonstration im Juni vernachlässigt worden. Die jetzigen Schwierigkeiten sind ganz sicher auch darauf zurückzuführen.

Insgesamt jedoch haben wir Fortschritte gemacht und es wird verstärkt weitergearbeitet. Gerüchten und Spaltungsversuchen müssen wir jedoch entschieden entgegentreten. Wir müssen ehrlich und offen sein, sagen was es für Schwierigkeiten gibt und versuchen sie zu bewältigen.
Der Regierung und den Betreibern aber müssen wir sagen und dies tun , wie wir es in der Protestresolution geschrieben haben: Die Regierung sagt, am Atomkraftwekksprogramm führt kein Weg vorbei - wir sagen, an unserem Widerstand gegen das Atomprogramm führt kein für sie kein Weg vorbei!

(In den Hauptpunkten vom GÖK beschlossen, Formulierung CF).

KONFERENZ

Die nächste Delegiertenkonferenz wird voraussichtlich Ende Jänner stattfinden:
Dazu wird der GÖK wie das letztemal ein Diskussions-INFO mit wichtigen Fragen unseren Widerstand betreffend und den Rechenschaftsbericht an die Gruppen ausschicken. In diesem Zusammenhang bitten wir alle Gruppen, sich an der Diskussion zu beteiligen und Beiträge an den GÖK zu schicken. Insbesondere die Fragen, die in obigem Beitrag angeschnitten wurden, werden für uns entscheidend sein. Was die Konferenz betrifft, verweisen wir auch auf die Zeitung, wo ein Beitrag enthalten sein wird.

ZEITUNG

Wie schon im letzten INFO angekündigt, gibt der GÖK diesmal ein Informationsblatt heraus, das auch öffentlich verkauft werden soll. Die Zeitung wird in der Woche vom 4. bis 10. Dezember fertig. Verschickung an die Gruppen erfolgt wie beim INFO. BITTE ALLE GRUPPEN MÖGLICHST SCHNELL STÖCKZAHL BEKANNTGEBEN!
Umfang der Zeitung 16 Seiten, Preis S 5,--

Nochmals zu den Brennelementen:

Es wird ein neuer und genauerer Organisationsplan ausgearbeitet. Weiters wird ein Plakat gedruckt, das in ungefähr zwei Wochen zu haben sein wird. BITTE ALLE GRUPPEN SO SCHNELL WIE MÖGLICH STÖCKZAHL BEKANNTGEBEN!

FINANZEN :

Der GÖK fordert alle Gruppen mit Zahlungsrückständen auf, diese DRINGEND zu begleichen. Die IÖAG muß noch einige Schulden bezahlen.

Brief des "Bund für Volksgesundheit" zur Demonstration am 26.10. an den GÖK.

Der Bund für Volksgesundheit protestiert energisch gegen gewisse Vorfälle während der Demonstration vom 26.10., die geeignet waren, das Bild der Geschlossenheit und Einheit das die Atomkraftwerksgegner in der Öffentlichkeit bisher boten, zu zerstören, Vorfälle, die eindeutig darauf hinausliefen, das Ziel der Demonstration - Protest gegen das AKW-Programm der österrr.Bundesregierung - umzufälschen in ein allgemein-politisches Ziel mit marxistisch-klassenkämpferischer Ausrichtung.

- So enthielten z.B. mehrere Transparente, offensichtlich vom KB oder anderen marxistischen Gruppen gestellt, rein politische Forderungen, ohne in irgendeiner Weise auf Atomkraftwerke Bezug zu nehmen. Diese Transparente hätten, wie vereinbart, sofort vom Ordnerdienst entfernt werden müssen.

- So wurden z.B. auf einem Flugblatt mit der Überschrift "Rufparolen der IÖAG und darüberhinsausgende vorgeschlagene Rufparolen des "Kommunistischen Bundes Österreichs" Parolen an die Ordner und Lautsprechenerbu-Fahrer ausgegeben, die niemals in der IÖAG oder im GÖK beschlossen worden waren und die dennoch mit dem Anschein eines gemeinsamen Beschlusses darüber der Demonstration unterschoben wurden.

- Obwohl der Ordnerdienst eindeutig Auftrag hatte, verbale Angriffe von Demo-Teilnehmern gegen andere Gruppen, die im Demonstrationszug mitmachten, sofort zu verhindern, wurden immer wieder Parolen wie z.B. "Atomgegnerschaft der FPÖ ist ein aufgelegter Schmäh" gerufen und von den Ordnern stillschweigend geduldet.

- Obwohl für die Sprecher vor dem Parlament vorher vom GÖK einheitlich drei bis fünf Minuten Redezeit vereinbart worden waren, wurden dem Sprecher des KB die dreifache Redezeit zugebilligt und ihm außerdem gestattet, eine an der Demo teilnehmende Gruppe - Freiheitliche gegen Atomkraft - in seiner Rede direkt anzugreifen.

- Unter dem falschen Vorwand, diese Anordnung sei von Ing.Micko gegeben worden, forderte ein Ordner Fr. Schmitz auf, ihre KGF-Zeichen sofort zu entfernen (obowhl dieses Verbot in den vorangegangenen GÖK-Sitzungen nur für politische Symbole gemeint war und z.B. die Gewerkschafter gegen Atomkraft sehr wohl als solche auftreten durften.

- Wir sehen in diesen Ereignissen eine sich anbahnende Entwicklung, die geeignet ist, die Bewegung der IÖAG von ihren eigentlichen Zielen - Verhinderung von AKW in Österr. abzubringen und auf Ziele der marxistischen Gruppen - revolutionäre Umformung der Gesellschaft auszurichten.

Mit einer solchen Entwicklung sind wir - und mit uns viele andere Gruppen der IÖAG - absolut nicht einverstanden. Wir fordern daher alle den GÖK auf, sich in einer offiziellen Stellungnahme von diesen Vorfällen zu distanzieren und diese Stellungnahme allen Gruppen, die an der Demonstration teilgenommen haben, zur Kenntnis zu bringen.

STELLUNGNAHME DES GÖK ZUM BRIEF DES BUNDES FÜR VOLKSGESUNDHEIT UND ZU EINIGEN VORFÄLLEN AUF DER DEMONSTRATION AM 26.10.

(Diese Stellungnahme wurde auf einer Sitzung des GÖK von allen seinen Mitgliedern gemeinsam formuliert.)

Das Bild der Demonstration am 26.10. war in der Hauptsache durch unsere gemeinsamen Parolen "beugen" und ..." Schmäh" geprägt. Es waren diese Parolen, die die heftigen Reaktionen Kreiskys und der Presse hervorgerufen haben. Diese heftigen Reaktionen sind angesichts der Verschärfung der Auseinandersetzung unvermeidlich. Von der Presse wurden diese Parolen zum Teil bewußt verfälscht (so wenn die Arbeiterzeitung eine Karikatur mit der Parole "Nieder mit dem Parlament" - eine Parole, die weder von der IÖAG noch etwa vom KB aufgestellt wurde - bringt). Die Grazer SP-Zeitung nannte die Parole "Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht" eine undemokratische Parole.

Für die Freiheit der Agitation der einzelnen Gruppen galten dieselben Festlegungen wir für den 12.Juni (vgl. Beschluß der Linzer Konferenz). Diese Festlegungen lauteten damals:

Es ist ein Kennzeichen unserer Bewegung, daß sich hier Menschen der verschiedensten politischen Anschauungen und von verschiedener sozialer Herkunft im Kampf um ein gemeinsames Ziel zusammengefunden haben. Das bringt naturgemäß manchmal gewisse Schwie-

rigkeiten mit sich, aber unsere Stärke ist es immer gewesen, diese Schwierigkeiten zu erfolgreich zu überwinden. Voraussetzung dafür sind gegenseitiger Respekt und eine klare gemeinsame Grundlage unserer Arbeit: das sind unsere Forderungen und weiters die Beschlüsse der Konferenz der IÖSG. Darüber hinaus muß jeder das Recht haben, seine eigene Anschauung vertreten zu können, solange sie nicht im Widerspruch zu unserer gemeinsamen Plattform stehen. Das ist schon allein deshalb notwendig, weil wir als Initiative ja keine "Alternative" anzubieten haben, keine gemeinsamen Vorschläge zur Lösung der wirtschaftlichen und politischen Probleme, auf die jeder gestoßen wird, der sich mit dem Problem der Atomkraftwerke auseinandersetzt. Deshalb können und wollen wir niemand verbieten, rund um die Demonstration für seine eigenen, über die Plattform hinausgehenden Anschauungen zu werben, wobei wir wiederum von jedem verlangen, Rücksicht auf das Ganze zu nehmen und die einheitliche Aktion in den Vordergrund zu stellen.
(Beschlossen vom GÖK, am 18.5.1977).

Daß diese am 12. Juni bewährten Festlegungen am 26.Oktober nicht überall wurden, liegt in erster Linie in der Verantwortung des GÖK. Er hat diese Festlegungen nicht allen teilnehmenden Gruppen eingehend erläutert. So widerspricht es eigentlich auch diesen Festlegungen, wenn die FPÖ Plakate mitträgt, mit der Aufschrift "Wir sind die einzige Partei.....". Die Ordner wurden diesbezüglich nur oberflächlich instruiert und hatten keinen genauen Oberblick über die zu erwartende politische Zusammensetzung der Demonstration. Zu den einzelnen Punkten:

1) Der Bund für Volksgesundheit nennt auf Aufforderung als konkrete Parolen:

"Eine Front mit der DRitten Welt, bis der Imperialismus fällt!"
"Vorwärts im Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes"!
"Vorwärts im Kampf für die sozialistische Revolution!"
" Vorwärts im Kampf gegen die imperialistische Energiepolitik"!

Es gibt eine Reihe von Forderungen und Losungen, die von einem Teil der AKW-Gegner als Alternative bzw. Perspektive des Kampfes gesehen werden, von anderen Teilen der Bewegung aber abgelehnt werden. Dazu gehören die genannten Parolen ebenso wie Forderungen nach einer "alternativen Energiepolitik" oder "Setz auf Sonne statt auf Kernkraft"!

Solche Parolen dürfen nicht so stark im Vordergrund stehen, daß sie das Bild beherrschen.

2) Der GÖK mißbilligt, daß auf dem Parolenzettel des KB, der nach Auskunft des KB für seine eigenen Leute gedacht war, nicht eindeutig zwischen den mehrheitlichen KB-Parolen und den nachfolgenden IÖAG.Parolen unterschieden wird. Er muß aber selbstkritisch feststellen, daß dieIÖAG-Parolen an den drei Treffpunkten nicht zur Verfügung standen.

3) Der GÖK bedauert, wenn es zu Auseinandersetzungen zwischen teilnehmenden Gruppen kommt.

4) Der GÖK bedauert, daß die festgelegte Redezeitbeschränkung von einer ganzen Reihe (auch prominenter) Redner nicht respektiert wurde, hat aber davon abgesehen, die einzelnen Redner am Weitersprechen zu hindern.

5) Das KÖF-Zeichen fällt eigentlich unter das Verbot von Organisationszeichen, die nicht einen Zusammenschluß von AKW-Gegnern in einem regionalen oder "Ständischen Bereich ausdrücken.

Wir halten die bisherigen Festlegungen nach wie vor für geeignet, wir müssen uns aber in Zukunft mehr um ihre formale und sinngemäße Befolgung bemühen.

(Beschlossen vom GÖK am 13.11.1977).

Bezüglich aller Stellungnahmen vom GÖK die die Demonstration betreffen, ist festzustellen, daß sie sehr spät erfolgen. Dazu ist zu sagen, daß es auch innerhalb des GÖK genauso wie in den Gruppen nach der Demonstration zu Diskussionen und Auseinandersetzungen gekommen ist. Der GÖK hat sich bemüht, ~~dieses Schwierig~~ und wird sich weiter bemühen, solche Schwierigkeiten durch Gespräche und inhaltlishe Debatten zu lösen. Die gemeinsamen Stellungnahmen (wenn die auch relativ spät vorliegen) spiegeln diese Bemühungen wider.

IMPRESSUM: Eigentümer,Herausgeber,VerlegerDruck: Christa Frankfurter, Sparbersbachg.40 8010 Graz.

I N F O

Informationsblatt des Koordinationsausschusses der IÖAG.
Postanschrift: Postfach 138 , 1071 W i e n .

Die Vorarbeiten für die Sternfahrt zur Kundgebung in Tulln und in Zwentendorf gehen nun zügig voran. Der Koordinationsausschuß der in der IÖAG versammelten Gruppen ist am 18.Mai zum drittenmal zusammengekommen - und wieder ist es eine Sitzung bis zur Morgenstunde geworden....

Es bleibt uns zentralen Organisatoren, aber auch Euch Mitkämpfern draußen in den Gruppen noch sehr viel zu tun übrig, wenn die Tullnerfelder Tage zu einem Erfolg werden sollen. Das wichtigste ist eine gute Form und eine Große Teilnehmerzahl!

Es ist jetzt sehr wichtig, daß alle Aktivisten die folgenden Ausführungen sehr genau lesen, sich alle Einzelheiten des Programmes und alle notwendigen Maßnahmen fest einprägen.

Sternfahrt zur Kundgebung nach Zwentendorf 11./12.6.77

Die Veranstaltung wurde bei der Bezirkshauptmannschaft in Tulln angemeldet.

Die Teilnehmer aus ganz Österreich treffen sich, wie bereits auf dem zentralen Flugblatt angegeben, am 12.Juni in Tulln.

Ort: Parkplatz vor dem Hallenbad am Südufer der Donau (neben Donaubrücke stromabwärts).

Zeit: Eintreffen ab 9 Uhr.

P r o g r a m m i n T u l l n :

9.30 Uhr Feldmesse
10 - 12 Uhr Kundgebung mit Ansprachen und Kulturprogramm
danach: Zug durch die Stadt Tulln.

Marsch in Richtung Zwentendorf: Da es sich um eine längere Strecke handelt, werden die Teilnehmer durch die vorhandenen Autobusse, die im Kreispendelverkehr fahren, nach und nach an Zwentendorf herangebracht.

(Achtung! Alle Autobusse sollen für diesen Transport selbstverständlich zur Verfügung stehen. Sie werden von der Demo-Leitung dirigiert. Die Autobusse sollen auch nach Ende der Demo in Zwentendorf zum Abtransport zur Verfügung gehalten werden, vielleicht mit Ausnahme deR Vorarlberger und der Tiroler).

In Zwentendorf marschieren wir durch den langgestreckten Ort und ziehen daraufhin möglichst nah am Kraftwerk vorbei und zurück in den Ort, wo die Endkundgebung stattfindet (voraussichtlich 15 Uhr, wenn keine Verzögerung eintritt).

Rückfahrt: Pendelverkehr nach Tulln bzw. zur Bahnstation Moosbierbaum (Zug in Richtung Tulln und Wien).

Diese Route ist deshalb gewählt worden, weil dadurch ein Maximum an Aufmerksamkeit unter der Bevölkerung erreicht wird und weil sonst kaum ein großer öffentlicher Platz zu finden ist, auf dem eine größere Zahl von Demonstranten sich versammeln kann.

E r l ä u t e r u n g e n

Die Demonstrationsleitung wird vom Koordinationsausschuß gestellt. Das Rückgrat des Ordnerdienstes, der der Demonstrationsleitung untersteht, wird von Wien organisiert. Die großen technischen Hilfsmittel

(Lautsprecherwägen) werden ebenfalls der Demo-Leitung unterstellt.

Man muß unbedingt damit rechnen, daß von Seiten der Behörden einiges versucht werden wird, Sternfahrt und Protestmarsch auf die verschiedenste Weise zu behindern. Dabei muß man vor allem mit Einschüchterungsmaßnahmen und mit den verschiedensten bürokratischen Schikanen rechnen. Die beste Voraussetzung, mit diesen Behinderungen fertig zu werden, ist:

1. ein klaren Bewußtsein, daß die Demonstration am 12. Juni für uns unbedingt notwendig ist, daß der Probebetrieb verhindert werden muß und verhindert werden kann, daß ein Nichtzustandekommen der Demo. eine schwere Niederlage für unsere Bewegung bedeuten würde.
2. eine gute Organisierung der Demonstranten. Ein loser Haufen kann sehr leicht durcheinandergebracht werden. Deshalb sollte jeder in der Demonstration einen bestimmten Platz haben - unter seinen Freunden und Bekannten, die er kennt, auf die er sich verlassen kann. Der Zug wird nach Gebieten geordnet werden (nach Bundesländern und nach Orten), sodaß der ganze Zug eine organisierte Struktur bekommt. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die gemeinsame Anfahrt. Die Teilnehmer können sich schon im Autobus zusammenfinden und sollten dann am besten den ganzen Tag beieinander bleiben.

Für die gemeinsame Anfahrt sprechen noch andere wichtige Gründe. Die Demonstration beginnt nicht erst in Tulln. Schon die Sternfahrt selbst muß für unsere Ziele genutzt werden. Das kann man aber kaum wenn jeder einzeln durch die Gegend fährt, wie ein normaler Tourist.
Schließlich beugt man durch eine organisierte Anfahrt einem möglichen Verkehrschaos und einer Verstopfung durch private Pkws, die von der Polizei auch geschickt gefürdert werden könnte, in Tulln/Zwentendorf vor. Der organisierte Fahrkartenverkauf ist weiters ein ausgezeichnetes Agitationsmittel, und die Zahl der voraussichtlichen Teilnehmer läßt sich leichter abschätzen.
Deshalb sollte auch in den kleinen Orten eine gemeinsame Abfahrt organisiert werden, wobei man mit dem Koordinationsausschuß oder mit den "großen Gruppen" im Bundesland in Kontakt treten kann.

Bei der Vorbereitung der Demonstration müssen wir eng mit allen befreundeten Organisationen zusammenarbeiten. Dort, wo noch keine Aktionseinheitstreffen stattgefunden haben, sollten sehr bald welche stattfinden. Z.B. hat sich in Wien eine ganze Reihe von Organisationen bereiterklärt, beim Plakatieren, Flugblattverteilen, Fahrscheinverkauf mit uns zusammenzuarbeiten, uns durch Ankündigungen in ihren eigenen Publikationen und durch technisches Gerät zu unterstützen. Von großer Bedeutung ist es auch, wenn Organisationen, die über Fraktionen und Einfluß in der Gewerkschaft, oder auch z.B. in der Österr.Hochschülerschaft verfügen, diesen Einfluß nutzen, um in diesen Organen Beschlüsse in unserem Sinn herbeizuführen, die bis zur direkten politischen und finanziellen Unterstützung der Sternfahrt gehen können.

Es ist ein Kennzeichen unserer Bewegung, daß sich hier Menschen der verschiedensten politischen Anschauungen, und von verschiedener sozialer Herkunft im Kampf um ein gemeinsames Ziel zusammengefunden haben. Das bringt naturgemäß manchmal gewisse Schwierigkeiten mit sich, aber unsere Stärke ist es immer gewesen, diese Schwierigkeiten erfolgreich zu überwinden. Voraussetzung dafür ist gegenseitiger Respekt und eine klare gemeinsame Grundlage unserer Arbeit: das sind unsere Forderungen, wie sie in der gemeinsamen Broschüre dargelegt werden und weiters die Beschlüsse der Konferenz der IÖAG. Darüber hinaus muß jeder das Recht haben, seine eigene Anschauung vertreten zu können, solange sie nicht im Widerspruch zu unserer gemeinsamen Plattform stehen. Das ist schon allein deshalb notwendig, weil wir als Initiative ja keine "Alternative" anzubieten haben, keine gemeinsamen Vorschläge zur Lösung der wirtschaftlichen und politischen Probleme, auf die jeder gestoßen wird, der sich mit dem Problem der Atomkraftwerde auseinandersetzt. Deshalb können und wollen wir niemanden verbieten, rund um die Demonstration

für seine eigenen, über die Plattform hinausgehenden Anschauungen zu werben, wobei wir wiederum von jedem verlangen, Rücksicht auf das Ganze zu nehmen und die einheitliche Aktion in den Vordergrund zu stellen. Diesbezüglich gibt es bereits eine Reihe von positiven Erfahrungen, vor allem bei der letzten erfolgreichen Demonstration in Wien am 24.3. wobei es zu einer breiten Aktionseinheit kam.
Die Form, die dabei gefunden wurde, und die sich bereits mehrmals bewährt hat, wurde auch diesmal von den 18 Organisationen, die bei der Wiener Aktionseinheitssitzung am 17.5. ihre Teilnahme an der Sternfahrt beschlossen hatten, gemeinsam auch für den 12.Juni vorgeschlagen.

Der Koordinationsausschuß hat in seiner letzten Sitzung festgelegt, daß für den 12.Juni die selben Richtlinien gelten sollen, wie sie für die Demonstration am 14.3. in Wien festgelegt wurden.
Das heißt: Die gemeinsamen Parolen (die noch vom KA festgelegt werden müssen) werden schriftlich von den Ordnern an alle Demonstranten ausgegeben. Die Lautsprecherwägen werden der Demonstrationsleitung unterstellt und die gemeinsamen Parolen verbreiten.
Darüber hinaus hat natürlich jeder das Recht, eigene, abgewandelte oder über die Plattform hinausgehende Sprechchöre zu rufen, die mit dem Kampf gegen die AKW aber in engen Zusammenhang stehen sollen.
Für Transparente gilt dasselbe: wiederum sollen die gemeinsamen Losungen im Vordergrund stehen, abgewandelte und über die Plattform hinausgehende Parolen sollten sich auf den Kampf gegen AKW beziehen und nicht zu der Plattform in Widerspruch stehen. Rund um die Demonstration hat jede unterstützende Gruppe das Recht, ihre Publikationen zu vertreiben, Da es sich ja um Organisationen handelt, die unseren Kampf unterstützen, wird naturgemäß die Frage der AKw in diesen Publikationen einen entsprechenden Raum einnehmen.
Parteiabzeichen, durch die sich einzelne Gruppen in den Vordergrund spielen könnten, sind auf dem Transparent nicht erwünscht. Wohl sollte man aber aus den Transparenten sehen können, daß die Teilnehmer aus allen Teilen Österreichs gekommen sind.

Um den christlich orientierten Menschen das Bewußtsein zu geben, daß die Atomfrage gerade auch eine Gewissensfrage für den denkenden Christen ist, wird vor Beginn der Sammlungskundgebung eine kath.Feldmesse (Dauer 20-30 Minuten) auf dem Kundgebungsgelände gelesen. Man sollte diese Messe als Werbemittel für Unentschlossene verwenden.

W e i t e r e M i t t e i l u n g e n

Demo-Leitung: Postfach 138, 1071 Wien.

1) Lautsprecherwagen bitte der Demo-Leitung bis 3.Juni mit Type, Kennzeichen, Besitzer, Fahrer usw. zu nennen.
Und extra,ob die Anmeldung bei der Behörde selbst vorgenommen wird oder ob zentral gemeldet werden soll.

2) Wer vermittelt für 11./12.6. große Lautsprecheranlage (Überdeckung von einigen Tausenden Demonstranten) samt dazupassendem Versorgungsgerät? (Ruf Wien 74-67-243)

3) Wer kann LKW (als Tribüne auf der Kundgebung) beistellen? Wenn ja, bitte Kenndaten des Wagens melden (Ruf Wien 74-67-243).

4) Welche Gruppe stellt einen Wagen mit Schreibmaschine, mit Schreibkraft und mit kleinerer Abziehmaschine zur Verfügung? (Ruf Wien 88-21-73)

5) Sprechfunkgerät (Walkie-Talkie) gesucht! Meldung nach Linz (R.73-91-43)

6) Zahl der Megaphone soll jede Gruppe der Demo-Leitung melden.

7) Alle Autobusse und sonstige Massentransportmittel mit namentlich genannten Transportführer und Verantwortlichem der Demo-Leitung bitte bis 3.6. melden.

Die voraussichtliche Teilnehmerzahl jeder Region sollte erfaßbar sein. Dann kann man erst richtig planen!

Aus Wien geht voraussichtlich ein verstärkter ÖBB-Zug ab Franz-Josefs-Bahnhof. Vielleicht kann auch ein Trupp das Donaupassagierschiff für

eine Eroberung von Tulln auch von Wasser her benützen (Abfahrt 7.30)

8) Traktore und andere Landwirtschaftsfahrzeuge fahren im Zuge mit!

9) Wer kann einen Rechtsanwalt bewegen, die Demonstration zu begleiten und notfalls die Interessen der AKW-Gegner zu vertreten? Meldung Wien Ruf 88-21-73.

10) Der Volksmarsch von Salzburg nach Zwentendorf (21.-30-Mai, 9 Tage lang) hat bereits begonnen. Es wirbt für den großen Tullnerfelder Tag am 12.Juni.
Etliche Gruppen unterstützen die 10 Tiroler und 10 Anderen durch Mitmarschieren, beim Empfang an den Tagesendorten, durch Reklame.

11) Andere Werbeveranstaltungen finden laufend und an vielen Orten statt, so in Klosterneuburg (7.6.), im Waldviertel nahezu jeden Tag, in Wien, in Tulln (11.6.abends gar zwei).

Besonders gepflegt werden die Werbetrommelfahrten durch die Orte des Bezirkes Tulln. Viele Gruppen und Einzelpersonen haben sich dafür begeistert. Derzeit werden vorschlagsweise Routen ausgearbeitet, damit diese Fahrten durch die einzelnen Orte gut koordiniert werden können.

Bitte um Anmeldung solcher Fahrten bei der Demo-Leitung, Route wird kurzfristig mitgeteilt.

12) Für das kulturelle Programm sind die Nennungen noch sehr dürftig Es fehlen noch Theater, Kabarett, es fehlen gute Musikgruppen und Kapellen. Bitte eilig melden!

13) Nächtigungen sind für eine große Zahl von Personen möglich auf Schloß Droß bei Krems (20 Minuten Fahrt von Zwentendorf). Mitzubringen sind Luftmatratze, Schlafsack und/oder Decken, Verpflegung. Eine Zeltmöglichkeit wird noch erkundet.

14) Die Demo-Leitung bemüht sich, eine Würstelbude und einfache Verpflegung im Zentrum des Geschehens, aber vielleicht auch im Schloß Droß zu bieten.

15) Plakate: Sind jederzeit abzurufen unter der Rufnummer Wien 96-16-50.

16) Flugblätter: desgleichen.

17) Ansteck-Abzeichen: Die IÖAG hat 5000 eigene Abzeichen hergestellt, sie stehen ab Donnerstag 26.5. zur Verfügung.

Sie enthalten den Text:
"Sternfahrt nach Zwentendorf 12.Juni 1977"
und den bekannten Kleber "Atomkraft? Nein danke!" (lach. Gesicht).

Das Abzeichen kostet S 10,- per Stück, der Betrag soll nach Abdeckung der Unkosten zur Gänze den zentralen Aufwand (wie Lautsprecher, Material, Organisation, Telefon, Gebühren) decken helfen.

Diese Anstecker sollen sofort verkauft und sofort getragen werden, als Werbung für den Sternmarsch. Natürlich sind sie auch das Abzeichen für den 12. Juni.

18) Spendenaufruf-Wiederholung

Bereits im letzten INFO haben wir alle Aktivisten aufgefordert, je S 50,- für den "Zwentendorf-Tag" auf das zentrale Konto zu spenden. Bisher einziger Eingang: S 500,- FÖJ Wien.

Das Konto lautet: "Initiative Österreichischer Atomkraftwersgegner, 1238 Wien, Drillgasse 17" Österr. Länderbank Wien, Kt.Nr. 216-100-979/00 . Zahlschein liegt bei.

Also: Plakatieren! Flugblätter verteilen! Abzeichen verkaufen!
Spenden sammeln und einzahlen!
W e r b e n f ü r d e n 12. J u n i ! !

A l l g e m e i n e ö f f e n t l i c h e L a g e

Der Koordinationsausschuß hat die Lage beraten und es nicht für notwendig gefunden, Haltung, Pläne und Argumente zu ändern. Gerade jetzt ist ein machtvolles Auftreten vor Zwentendorf notwendig!

Der Arbeitskreis Atomenergie Wien verfaßt ein Flugblatt, indem er die Haltung der Gewerkschaft geißelt; er verfaßt ebenfalls einen offenen Brief an die Gewerkschaft. (Siehe Anhang).
Im übrigen ergießt sich eine Flut von Briefen an die Politiker, aus allen Schichten der Bevölkerung. Die "Neue Klasse" der Atomkraftwerksgegner hebt sich immer deutlicher von der Schicht der Ewiggestrigen ab, sie wird fast schon parteifähig.

Letzte Mitteilung: Die zentrale Broschüre "Wie ist das mit den Atomkraftwerken wirklich?" wird nachgedruckt und ist in Kürze wieder erhältlich.

Das nächste INFO sollte am 4. Juni erscheinen.

A n h a n g

Gewerkschaft: Der Vorstand des ÖGB hat vor wenigen Tagen einen Beschluß gefaßt, indem er sich für die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf einsetzt. Dieser Beschluß widerspricht den Interessen und dem Willen der Arbeiter und Angestellten. Das geht auch deutlich aus einem Leserbrief des Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrates der Firma DÜNSER in Götzis in der Kronenzeitung vom 7.5. 77 hervor:
"Der Koloß ÖGB.. Es ist noch gar nicht so lange her, da hieß es: "Der Mangel an Arbeitskräften zwingt die Industrie und das Gewerbe zu immer weiterer Rationalisierung und Automatisierung, wozu es mehr Energie bedarf". Strom also zum Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen! Jetzt, da die Arbeitslosenraten überall im Steigen begriffen sind, hört man es von denselben Leuten anders: "Atomkraftwerke brauchen wir, um die Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen". Man hat die Argumente schnell an die veränderte Wirtschaftslage angepaßt.
Energie wurde immer dazu verwendet, menschliche Arbeit zu ersetzen. AKWs bedeuten daher langfristig gesehen nicht mehr, sondern eindeutig weniger Arbeitsplätzen.
Daß der ÖGB angesichts dessen sowie der unbestrittenen Tatsache, daß die Atomenergiegewinnung mit großen Risken für die Sicherheit,das Leben und die Gesundheit der Menschen verbunden ist, immer noch keine klare Position bezogen hat, bleibt für die arbeitenden Bürger dieses Landes unverständlich. Vielleicht bedarf es auch hier des Druckes von unten, um den, wie es scheint, schwerfällig gewordenen Koloß ÖGB die entsprechenden Schritte tun zu lassen."

Dazu schreibt der Redakteur der Kronenzeitung:"Aus vielen Briefen, die bei uns täglich einlangen, spricht ähnliche Enttäuschung über die Haltung der Gewerkschaftsführung."

Der KA hat dazu folgenden offenen Brief an den Bundesvorstand des ÖGB und an den ÖGB beschlossen:

Dieser Brief wird an den ÖGB-Vorstand gesandt und über Fernschreiber an die Presse durchgegeben. Jeder Aktivist sollte sich nach Kräften bemühen und dabei alle seine Verbindungen einsetzen, um auf die Basis der Gewerkschaftsmitglieder einzuwirken, um diesen Vorstandsbeschluß aufzuheben. Dabei ist es besonders wichtig Beschlüsse bei Betriebsversammlungen, in Betriebsräten und Gewerkschaftsgruppen zu erreichen, die unsere Forderungen unterstützen. Der KA schlägt den Gruppen vor, ein Flugblatt abzuziehen, auf dem vorne der offene Brief an den ÖGB und auf der Rückseite ein Vorschlag für eine im Betrieb zu beschließende Resolution abgedruckt ist. Dieses Blatt kann man Interessierten zur Unterstützung mitgeben.

-.-.-.-.-.-.-

Zum 12. Juni.... (Text von Carl Manzano)

Für die politische Vorbereitung der Demonstration ist es besonders wichtig, den Menschen, die wir gewinnen wollen, Ziel und Zweck der Aktion zu erklären, ihnen genau sagen, warum es jetzt notwendig ist nach Zwentendorf zu gehen.

Die Demonstration am 12. Juni ist

1. ein wichtiger Schritt im Aufbau unserer Bewegung. Durch die Zusammenfassung aller Kräfte zeigen wir unsere Stärke? Vor allem können wir aber hoffen, durch die Vorbereitung und Durchführung des 12.Juni viele neue Menschen aktiv in unsere Bewegung einzubeziehen, sie zu gewinnen, vielleicht das erste Mal für unsere Sache zu demonstrieren. Vor allem für die Bevölkerung des Tullnerfeldes muß die Sternfahrt ein großer Ansporn sein (und ist es bereits, sonst hätten sich nicht jetzt dort neue Gruppen gebildet) ihre Resignation zu überwinden! Diese Resignation ist verständlich, wenn man jahrelang mitansehen mußte, wie der Bau ungehindert weitergeht! Auch die strene Bewachung des AKW, das Abhalten von Polizei- und Bundesheermanövern soll die lokale Bevölkerung einschüchtern.
   Bisher kennt die Bevölkerung fast nur das freche Auftreten der KWU-leute, von Polizei und Politikern! Am 12.Juni werden sie die andere Seite sehen: die zahlreichen, disziplinierten und entschlossenen AKW-Gegner!

2. Hat die Demonstration ein ganz konkretes Teilziel: den drohenden Probebetrieb aufhalten. Das ist unbedingt notwendig, denn durch das Kritischwerdenlassen des Reaktors wollen die AKW-Betreiber vollendete Tatsachen schaffen und unsere Position dadurch entscheidend schwächen. In der "Presse" vom 18.5. ist wieder zu lesen, daß der Probebetrieb im Juni (!) beginnen soll. (Seite 1). Nicht nur die E-Wirtschaft, sondern auch die Industriellenvereinigung, ÖGB-Vorstand, Handels- und Finanzminister und Nationalratspräsident haben sich entschieden gegen jede weitere Verzögerung der Inbetriebnahme ausgesprochen! Das hat Gewicht und muß von uns sehr ernst genommen werden. Dennoch können wir sagen, das heute gute Bedingungen dafür vorhanden sind, unser Teilziel zu erreichen. Trifft unsere Demonstration die verantwortlichen Politiker an einer äußerst empfindlichen Stelle: Riecht es nicht nach Betrug, wenn man auf der einen Seite der Bevölkerung erklärt, daß sie auf das Parlament vertrauen soll, daß die ganze Sache im Interesse des Volkes entschieden wird und man auf der anderen Seite mit dem Probebetrieb beginnen will. Allein die Tatsache, daß dieses betrügerische Vorgehen durch eine starke Demonstration öffentlich aufgedeckt wird, bedeutet einen schweren Schlag für alle derartigen Versuche.
   Müssen doch die Politiker fürchten, daß im Volk die Ansicht sich ausbreitet, das Parlament sei kein Instrument zur Durchsetzung der Interessen des Volkes, sondern ein Mittel, ihre Durchsetzung zu verhindern.

Schon in der Aufklärungskampagne wurde von vielen Diskussionsrednern immer wieder aufgezeigt, welchen Interessen die Abgeordneten eigentlich verbunden sind. Das Umsichgreifen solcher Anschauungen bedeutet ein unkalkulierbares politisches Risiko für Regierung und Parlamentsparteien, das sie zwingen kann, ein vorläufiges Zugeständnis zu machen und den Probebetrieb aufzuschieben. Wir werden dann die Zeit nützen müssen unsere Bewegung weiter aufzubauen um endgültig unser Ziel durchzusetzen.

Allein die Ankündigung unserer Demonstration hat die Politiker schon in große Unruhe versetzt. Die vielen Erklärungen, die jetzt abgegeben werden, sind als Antwort auf die Beschlüsse der Tullner Konferenz zu verstehen. Von der Aufklärungskampagne ist kaum mehr die Rede! Offensichtlich will man die erlittenen Niederlagen vertuschen. Es wird so getan, als ob jetzt die Diskussion beginnen wird. Man lädt wieder einmal Wissenschaftler ein (übrigens sind Eklund, Häfele, Weisskopf und Weizsäcker alte schlimme Befürworter). Krampfhaft bemüht man sich so zu tun, als ob die ganze Diskussion in den letzten Tagen nicht von den Aktionen der AKW-Gegner sondern von den Politikern ausgelöst worden sei.

Die verschiedenen (auch einander widersprechenden Erklärungen) machen den Eindruck eines abgekarteten Spiels. Was soll damit erreicht werden? Ändert sich doch nichts an der Notwendigkeit, mit aller Kraft den 12.Juni vorzubereiten. Läßt doch niemand den geringsten Zweifel daran, daß in Zwentendorf fertiggebaut werden soll. Das Strahlenschutzgesetz, das den Bau von AKW gesetzlich sanktioniert, ist weiter in Kraft. Ebenso der Energieplan. Weiß doch heute jeder AKW-Gegner, daß man sich nicht auf irgendwelche Versprechungen, sondern nur auf die eigene Kraft verlassen kann.

Mit den Erklärungen der Politiker soll vor allem verhindert werden, daß neue Teile der Bevölkerung in die Bewegung hineingezogen werden! Das steckt hinter allen Erklärungen (auch von Gratz)
Wir müssen besonders folgenden Behauptungen entgegentreten:

die Bevölkerung sei in dieser Frage nicht kompetent:

Staberl "99% derer die gegen AKW protestieren, verstehen nichts von der Materie",
Gratz: "Die Mitwirkung der Bürger findet bei den Wahlen statt, aber dort müssen sie mehr als bisher das Gefühl (!) haben, über möglichst viele Dinge zu entscheiden, die sie überschauen können. Wo der kleine Bereich aber überfordert ist - bei der Standortplanung für Industriebetriebe , beim Umweltschutz, beim Strahlenschutz - müssen die Entscheidungen auf höherer Ebene fallen".
Benya auf die Frage, ob man die Bevölkerung fragen solle: "S˘hauen Sie, wenn man andere Dinge so gemacht hätte, dann hätte die Menschheit vieles nicht, was sie jetzt hat."
Immer wieder hört man auch wieder, die "Mehrheit der Wissenschaftler" müsse ausschlaggebend sein.

Wir wissen, das die AKW-Betreiber - Wirtschaftsleute, Politiker und Wissenschaftler - jahrelang den Bau von AKW vorangetrieben haben, obwohl sie über alle Informationen über die Gefahren verfügten. Diese Gefahren werden zynisch als "Restrisiko" bezeichnet!
Wir wissen, welchen Repressionen Wissenschaftler ausgesetzt waren und sind, die das Atomprogramm anprangerten. Wir wissen auch, daß die Bevölkerung begierig ist, sich das nötige Wissen über AKW anzueignen, weil sie dieses Wissen braucht, um ihre Interessen durchzusetzen. Die instinktive Ablehnung der AKW durch breite Teile der Bevölkerung ist keineswegs eine "Psychose", hervorgerufen durch skrupellose Angstmacher, sondern eine Folge der tagtäglichen Erfahrung.

Man braucht sich nur die Zahl der Arbeitsunfälle anschauen. Jeder Arbeiter weiß, und spürt es täglich am eigenen Leib, wie wenig seine Gesundheit wert ist im Vergleich zum Gewinn des Betriebes.
Jeder Mensch kann sehen, wie in Seveso, wie in der Nordsee riesige Umweltkatastrophen, die Ruinierung tausender Existenzen bewußt in Kauf genommen wurde. Soll die GKT etwa mehr Vertrauen verdienen als Phillips oder Hofmann-La Roche?

Die Erfahrung hat auch gezeigt, daß nur wenn die Bevölkerung ihre Interessen selbst in die Hand nimmt, wenn auf dieser "Ebene" die Entscheidung erfolgt, die AKW verhindert werden können.

2. Behauptung:

Die Nichtinbetriebnahme des AKWs sei mit großen Lasten für die Bevölkerung verbunden.

Taus "das wäre sehr, sehr teuer."
Staribacher "die E-Wirtschaft müsse für ihre Investitionen entschädigt werden",
Gratz: "Gesundheit geht vor Wohlstand"
Kienzl: "das würde den Verlust tausender Arbeitsplätze bedeuten."

Wir wissen, daß durch eine Inbetriebnahme nicht nur die gesundheitliche Gefährdung, sondern neue finanzielle Lasten auf die Bevölkerung zukommen werden. Die Kosten für Atommüllagerung, Stillegung, Bewachung, sind heute noch gar nicht absehbar. Schon bisher haben die kleinen Haushalte durch ihre Stromtarife den Strom der industriellen Sondertarifabnehmer mitfinanziert. Der Strom aus dem AKW wird hauptsächlich für Rationalisierungen verwendet werden, usw. Die Prognosen der E-Wirtschaft haben sich bisher immer als falsch erwiesen. Der Ausbau anderer Energiequellen wurde bewußt vernachlässigt,.....

Die jüngsten Äußerungen der Politiker zeigen uns aber auch, daß es innerhalb der Parteien große Unsicherheiten und Widersprüche gibt. Denn das ganze AKW-Programm ist sowohl ein großes finanzielles Abenteuer (ungeklärte Atommüllagerung, Ausfall des AKWs wie in Würggassen,,,) als auch - auf grund des zunehmenden Widerstandes der Bevölkerung - ein großes politisches Risiko.
Diese Verunsicherung ermutigt uns und zeigt uns, daß wir Chancen haben, unser Ziel zu erreichen.

Betrifft: 2 Dokumentarfilme zur Aton-Energie-Problematik

Diese beiden Filme behandeln unterschiedliche Aspekte dieses Themas und ergänzen sich sehr gut.

Der Film: MEHR ATOMKRAFTWERKE von Per MANNSTAEDT, Dänemark, liefert sehr viele Informationen über den Betrieb von AKWs, Wiederaufbereitungsanlagen u. schließlich der Atommüll-Deponie in Sasse,Braunschweig. Der Film beschränkt sich darauf, Fakten zu referieren und zu zeigen. Der Film wurde Anfang des Jahres auf dem Filmfestival von Nijon mit dem Gold. Preis ausgezeichnet, weil wegen seiner kühlen Machart die Absurdität der Atomenergie umso mehr unter die Haut geht.

Der Film: LIEBER HEUTE AKTIV ALS MORGEN RADIOAKTIV von Nina GLADITZ ist schon mit gutem Erfolg in verschiedenen Kinos gelaufen. (Im Bali-Berlin 6 Wochen, in Bremen im Cinema Osteror hatte er innerhalb einer Woche weit über tausend Besucher, das gleiche im Savoy in Köln, in einer Woche 1206 Besucher.)

Der Film ist in einer langen Version von 90 Min. erhältlich, ab 1. März auch in einer kürzeren von 62 Min.
Diese Version wird auf der Duisburger Filmwoche im März vorgestellt.

Sie haben sowohl die Möglichkeit, den Film von Nina Gladitz als einzelnen Film zu zeigen, sowie beide Filme in einem Block - zusammen 110 Min. Es empfielt sich, zwischen den Filmen eine kurze Pause einzuberechnen.

Nähere Informationen und die genauen Bedingungen für beide Filme erhältlich unter der Telefonnr. (Graz 44 44 23

-.-.-.-.-

Betrifft: Zweite Runde der "Aufklärungskampagne"
Veranstaltung in Graz, am Donnerstag den 26. 5. 1977

Die Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Graz wird zu diesem Anlaß keine besonderen Aktionen durchführen. Es liegt nicht in unserem Interesse, die Öffentlichkeit sonders auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen.

Wir werden aber am Mittwoch, den 25. 5. 1977 die Presse über unsere Aktivitäten zur Vorbereitung der Sternfahrt nach Zwentendorf informieren.

-.-.-.-.-.-.-

Koordinationsausschuß der IOAG-Initiative
Österr. Atomskraftwerksgegner

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältiger und für den Inhalt verantwortlich: Karl Manzano, Felsgasse 8/17,1110 W i e n .

Vorschlag für eine RESOLUTION gegen Atomkraftwerke:

Weil wir wissen

- daß Atomkraftwerke unsere Gesundheit und unser Leben gefährden
- daß Energie immer dazu verwendet wird menschliche Arbeit zu ersetzen und Atomkraftwerke daher längerfristig nicht mehr sondern weniger Arbeitsplätze bedeuten;
- daß durch die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken neue finanzielle Lasten auf uns zukommen, wie die Kosten der Atommüllagerung, Stillegung und Bewachung, Behandlung medizinischer Folgeschäden usw.,

lehnen wir Atomkraftwerke unter den heutigen technischen und wirtschaftlichen Bedingungen ab.

Mit dem Einsetzen der Brennstäbe im Sommer sind die letzten Vorbereitungen für den Probebetrieb abgeschlossen. Dies alles geschieht, obwohl angeblich erst Regierung und Parlament entscheiden müssen.
Die Lagerung des Atommülls ist ungelöst, trotzdem werden Bohrungen im Waldviertel durchgeführt.

Wir fordern daher:

Keine Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf: Kein Nullast-, Teillast-, Probe- oder Vollbetrieb!

Kein Atomkraftwerk in St. Pantaleon, Bogenhofen oder anderswo in Österreich!

Kein Atomkraftwerk an Österreichs Grenzen!

Keine Atommüllagerung im Waldviertel, in Tirol oder anderswo in Österreich!

Sekt. Chef Dipl.-Ing. Dr. techn. W. FRANK
BUNDESMINISTERIUM
FÜR HANDEL GEWERBE UND INDUSTRIE
1011 Schwarzenbergpl. 1 Wien 1015

ZL. 55.301/58-V/2 — /77

Wien, 1977-03-10

Betr.: Informationskampagne Kernenergie; zweite Phase

Sehr geehrte Frau Müller!

Zu Ihrem geschätzten Schreiben von 1977-02-26, das ich dankend erhalten habe, möchte ich folgendes feststellen: Bei den Tagungen der zweiten Phase der Informationskampagne Kernenergie sollen in erster Linie die Berichte der Expertengruppen der ersten Phase kritisch diskutiert und gegebenenfalls ergänzt oder korrigiert werden. Um hier eine ausgewogene Überprüfung dieser Unterlagen, die anschließend als Grundlagenmaterial dem Parlament vorgelegt werden sollen, zu gewährleisten, legt die Bundesregierung auf eine Teilnahme von Vertretern aller Standpunkte, also auch der Elektrizitätswirtschaft und der Kernindustrie, großen Wert. Unsachliche und unrichtige Argumente werden sich, von welcher Seite sie auch kommen mögen, selbst disqualifizieren.

Jedenfalls möchte ich nochmals betonen, daß bei den vorgesehenen Symposien und den anschließenden Pressekonferenzen, sowie auch bei dem gesamten Prozeß der Erstellung und Überprüfung von Entscheidungsgrundlagen für das Parlament, auf das sorgfältigste darauf geachtet werden wird, allen Meinungen und Standpunkten die gleichen Chancen einzuräumen. Auf Aktivitäten von Interessenvertretungen der Elektrizitätswirtschaft, ebenso wie auf solche der Kernenergiekritiker, wird von seiten der Bundesregierung kein Einfluß ausgeübt.

Ob ein Atom-Vortrag mit Lichtbildern als Beitrag zu den Symposien angemessen ist, haben die Vorsitzenden der Symposien zu entscheiden.

Abschließend möchte ich Ihnen mitteilen, daß die Einladung zur Teilnahme an der zweiten Phase an die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner zu Handen Herrn Mag. Pfaffenwimmer, Arbeitskreis Atomenergie Wien, bereits ergangen ist; es wurde in dieser Einladung darauf hingewiesen, daß für eine angemessene Aufteilung der Vertreter an den Symposien auf alle in der IÖAG organisierten Gruppe Sorge zu tragen sei. Herr Mag. Pfaffenwimmer hat namens der Initiative als österr. Atomkraftgegner erklärt, daß er auch Ihre Organisation vertrete.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. L. Franck

Frau
R. Müller
Bürgerinitiative gegen
Atomgefahren

Postfach 14
1123 Wien

Wien, am 16.3.1977.

Liebe Frau Gruber !

Heute erhielt ich - wie Sie mir tel. ankündigten - einen sehr freundschaftlichen Brief von einem Herrn Unterstab, der mich um 100 Erlagscheine bat. Ich sende sie Ihnen ins Postfach.

Wir könnten jetzt wirklich Spenden brauchen, denn wir haben uns in gewaltige Schulden gestürzt. Wir sagten uns nämlich: Was hat es für einen Sinn, wenn wir zuwarten, bis wir so viel Geld haben, um eine große Aktion zu starten. Bis es so weit ist, arbeitet der Zwentendorfer längst.

Also griffen wir zu einer anderen Methode. Wir fanden Freunde, die uns Papier und Druck auf Pump geben, damit wir eine wirklich große Aussendung machen können. Diese Druckarbeiten hätten wir nicht machen können, es wäre einfach zu viel. Aber die Schulden müssen wir ja doch abstatten, das bleibt uns nicht erspart !

Erfolge haben wir in der letzten Zeit mehr als genug, was uns natürlich sehr freut. So haben wir z.B. die Junge FPÖ gewonnen, bei denen wir in den nächsten Tagen einen Vortrag halten mit Prof. An der Lan. Die jungen Leute waren von unseren Schriften so beeindruckt, daß sie auf dem Titelblatt ihrer Zeitschrift alle unsere Titel vom Vortrag aufdruckten. Der Artikel im Inneren ist zwar noch unbeholfen, aber man merkt, die Leutchen sind auf dem richtigen Weg !

Dr. Stix haben wir ebenfalls bearbeitet, der sehr wahrscheinlich im Parlament eine Anfrage einbringen wird. Es geht doch nicht an, daß Kreisky erklärt, der Reaktor gehe erst in Betrieb, wenn die Atommüllfrage gelöst ist und gleichzeitig brüstet sich Staribacher, daß das Werk im Herbst den Probebetrieb aufnehmen wird. Mein FS dazu habe ich Ihnen ja geschickt.

Die E-Wirtschaft hat uns daraufhin einen Brandbrief geschrieben, aber die erhalt-en jetzt eine Antwort, die sie sich auch nicht an den Hut stecken !

Inzwischen hat uns Dr. Frank einen Brief geschrieben, den ich Ihnen in Ablichtung beilege, da er auch für Euch wichtig ist. Es geht daraus die Vorgangsweise hervor, wie Frank die zweite Runde machen will.

Der Arbeitskreis in Wien will nicht daran teilnehmen, ob sie sich daran halten, ist eine andere Frage. Pfaffenwimmer nahm sich heraus, für uns zu sprechen, auf meine Frage, wie es nun weitergehen soll, erklärte er, er werde nichts mehr machen, er denke gar nicht daran, dem Frank irgendwelche Leute namhaft zu machen, usw. usw. Lauter dummes Zeug ! Auf diese Leute kann man nicht bauen, wir machen uns vollkommen selbständig. Außerdem besteht dieser Kreis sowieso nur aus Kommunisten. Außer dem Herndl der bekanntlich ein Rechtsradikaler ist und daher bei den anderen nicht viel zu reden hat.

Wie geht es bei Euch weiter ? Ich glaube, wir sollten als echte Bürgerinitiative auftreten und uns von den anderen nicht beirren lassen. Wir haben viel zu lange auf die gehört ! Jetzt ist der Weg für uns klar. Wir wissen bloß nicht recht, ob wir an der Demonstration teilnehmen sollen, die natürlich in Wien sehr wichtig ist. Das wird sich aber noch entscheiden. Was wurde in Linz beschlossen ?

Wir hätten auch gerne gewußt, ob sich die BIAG Linz an der zweiten Runde von Frank beteiligt, lassen Sie mich das wissen, damit ich dem Frank entsprechend schreiben kann.

Herzliche Grüßen an Alle !

Ihre

An BIAG – Führungsstab

Brief aussöhnt aus Luxbg.

Es ist hier genauso, wie überall: die jetzigen Roten üben sich in Kritisieren u. im Kommandieren. Alles was wir durch Jahre hin mit viel Fleiß, Mühe u. Opfern aufgebaut haben, ist „nichts"; jetzt erst, wo sie uns entdeckt haben, läuft der Laden! Und in der Tat sind wir jetzt mehr handicapiert als vorher; wir müssen nun quasi auf zwei Fronten kämpfen, nach aussen hin u. auch nach innen auf der Hut sein. Dennoch geben wir den Mut nicht auf.

W I C H T I G E M I T T E I L U N G

Wilibald Muschka
Brunnengasse 4
5020 SALZBURG - Itzling
Ruf 06 222 7 3 4 4 7

Salzburg, 7. 4. 1977

An die Damen und Herren des W S L - Ö und seiner Gliederungen.

Aus dem mir zulaufenden Unterlagen geht m.E. eindeutig hervor, daß politische Gruppen in allernächster Zeit beabsichtigen, die Initiative bei der Abwehr der Atom - Gefahr an sich zu reißen, um sich und ihre politischen Ziele hernach in den Vordergrund zu schieben. Die Leistungen des WSL und der ihm angeschlossenen Bürgerinitiativen wollen die o.a. politisch orientierten Leute nicht gelten lassen, ja sie zu überspielen trachten. Darüber hinaus versuchen dieselben den WSL und seine Bürgerinitiativen in ihr rein politisches Fahrwasser abzudrängen und so zu mißbrauchen.

Eindringlich weise ich auf diese die Lebenschutzarbeit zersetzende Absicht der politischen Gruppen hin, die ja die gesamte Atomproblematik nur als Aushängeschild für ihre politischen Ziele benutzen.

Hochachtungsvoll !

Ergeht an: H. Robert PAR,
H.Dr. TISSERAND, H.Dipl.Ing. WITZANY,
BIAG, BIAV, WSL 6800 PF. 300,
F. SUMMER, H. RÜNZLER, H. Ing. RUMMEL,
F. GODEFROY, H. ING! SCHULZ, F. LORBEER, H. DIPL.INg. ANSELM.

An Frau GRUBER mit der Bitte um Weiterleitung an Verl[illegible]liche, dann FLAMME, nicht Papierkorb.
Seien Sie bitte A L L E sehr vorsichtig.

Di 29.3.77 Besprechung im Gabler Bräu Sbg. mit IÖAKG (srich KP).

Nächste Zusammenkunft 13. 4. 77 ebenda.

Nächste Tagung Gesamt Österr. für 15. 16. April 77 geplant, Ort usw. wird noch bekanntgegeben.

Am 29. 3. 77, sagte ich den DAMEN UND HERREN klar: Entweder Atomabwehr allein, dann ist Mitarbeit möglich, oder kombiniert mit Parteipolitik, dann ohne uns, bzw. getrennt von uns. Genaue Absprache dazu erforderlich. Keine Angriffe auf Parteien oder deren Representanten in der Öffentlichkeit. Kein Geschrei und Gejole. Keine ROTEN Transparente, weder in Falbe noch Inhalt. Ich zitierte Nikita, wegen etwaiger Versprechungen.

Auf die Dauer gesehen, ist zwar mit einzelnen Exemplaren eine zeitweilige Zusammenarbeit möglich, nicht aber mit dieser ungezügelten Masse mit Brett vorm Kopf.

Unsere Jüngeren Mitarbeiter - die keinerlei Beinflussung XXXXXXXXXXXXXXXX von Seite der KP befürchten lassen - versuchen durch Einzelgespräche etwas zu erreichen. Sie glauben noch an diese Möglichkeit, System Berlin und Hamburg 1931/32 . Aber diese Vernagelten wollen ja gar nicht z-uhören. Man muß ja als unbeteiligter diese Szenen beobachten.

BÜRGERINITIATIVE GEGEN ATOMGEFAHREN im
Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL)
4010 Linz, Postfach 167

Linz, 24.3.1977

Pressemitteilung

Die Gründe für die Absage der letzten Diskussionsveranstaltung erschienen uns mehr als fadenscheinig. Die Angst vor Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei wird als Vorwand hergenommen, um die Angst der Veranstalter vor den biologisch-medizinischen Fragen zu verdecken. Man entzieht sich dadurch sehr billig einer Konfrontation mit einem der wichtigsten Themen.

Rückblickend auf die 1. Runde muß festgestellt werden, daß dem Handelsministerium und seinem Sektionschef Dr. Frank als Veranstalter die Objektivität gefehlt hat und daß die Chancengleichheit auf der Strecke geblieben ist. Wie wäre das auch bei den hartnäckigen Befürwortern Staribacher und Frank anders möglich.

Wie bei der 1. Runde kündigen sich die Strukturschwächen der 2. Runde bereits an, die wieder einen vollen Mißerfolg der atomfreundlichen Veranstalter garantieren würden.

Eine Klausurtagung mit den Vertretern der E-Wirtschaft kommt für uns nicht in Frage. Wir haben nichts zu verbergen und suchen daher die Öffentlichkeit. Außerdem hätten wir gerne mit denen gesprochen, die unsere Interessen vertreten und für uns entscheiden, nämlich die Politiker.

Wie leicht es zu groben Mißverständnissen kommen kann, wenn man den Aussendungen der E-Wirtschaft vertraut, zeigt die tendenziöse Berichterstattung über ein Seminar in Puchberg bei Wels, wo angeblich für Zwentendorf die Besetzung geprobt wurde. Es wurde zwar das Recht des Bürgers unterstrichen, sich gegen Ungerechtigkeit und Gewalt wehren zu dürfen, es gab aber ein eindeutiges Bekenntnis zu den Methoden der Gewaltlosigkeit.

Und deshalb hoffen wir sehr, daß die heute in Österreich stattfindenden Demonstrationen der AKW-Gegner in Ruhe und ohne gewalttätige Ausschreitungen verlaufen. Übergriffe würden wir bedauern. Unsere Initiative lehnt jeden Radikalismus ab. Wir sind sicher, daß sich die Frage Atomenergie mit demokratischen Mitteln und gewaltfreien Methoden in unserem Sinne lösen läßt.

An der heutigen Demonstration in Linz beteiligen wir uns nicht.

Dr. Wolfgang Aistleitner e.h.
Ing. Volkmar Baurecker e.h.

Arbeitskreis der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner
Kontakt: Friedrich Fehlinger, Hafnerstraße 14, 4020 Linz, Tel.739143

Nur im Aktivistenkreis verbreiten!

Liebe Freunde in der Anti-Atomkraftwerksbewegung!

Der Arbeitskreis der Initiative Österreichischer AKW-Gegner hat beschlossen, für Donnerstag, den 24. März 1977, zu einer Demonstration in Linz aus Anlaß der letzten Aufklärungsveranstaltung der Bundesregierung aufzurufen.
Wir sahen uns dazu genötigt, weil die BIAG-Linz/Enns es trotz unserer Aufforderung abgelehnt hat, dies zu tun.
Auf den folgenden Seiten drucken wir den Briefwechsel zwischen dem Arbeitskreis und der BIAG, der diesem Beschluß vorausgegangen ist, ab. Wir fordern alle Aktivisten in der Bewegung auf, sich darüber eine Meinung zu bilden und zu entscheiden, ob Ihr eine Demonstration für richtig haltet oder nicht.
Aus den Briefen geht klar hervor, daß der Arbeitskreis mit diesem Beschluß zur Demonstration sich einreiht in die Gesamtösterreichische Bewegung, die an diesem Tag auf die Straße gehen wird, und daß die BIAG versucht, sich den anstehenden Aufgaben zu entziehen.
Wir haben größtes Interesse daran, daß eine einheitliche und geschlossene Demonstration stattfindet und verstehen unsere Aufforderung an alle Aktivisten, den Briefwechsel und unseren Beschluß zu diskutieren als einen wichtigen Schritt dazu, doch noch eine größtmögliche Einheit herzustellen. Wir fordern daher alle Aktivisten auf, sich schriftlich oder mündlich an die BIAG zu wenden und sie dahingehend zu überzeugen, daß die Zusammenfassung der Bewegung am 24.März notwendig ist, um im Kampf gegen das AKW-Programm der Regierung weiterzukommen. Gleichzeitig laden wir alle Aktivisten ein, am Montag den 14. März um 19 Uhr ins Gasthaus 'Zum Laterndl', Linz, Kapuzinerstraße zu einer Aktivistenbesprechung zu kommen, auf der alle näheren Vorbereitungsmaßnahmen für die Demonstration beraten werden.
Wir wenden uns mit dieser Dokumentation auch an alle befreundeten AKW-Gruppen in den anderen Bundesländern mit der Aufforderung, ihre Meinung zu dem anstehenden Problem sowohl uns, als auch der BIAG schriftlich mitzuteilen.
Mit der Hoffnung, daß die Veröffentlichung des Briefwechsels und unserer Stellungnahme dazu beiträgt, alle Ansätze zur Spaltung der Bewegung zu beseitigen, grüßt Euch im Namen des Arbeitskreises

Friedrich Fehlinger e.h.
Elisabeth Lengauer e.h.
Werner Pamer e.h.

Inhalt: 1) Brief des Arbeitskreises vom 7.2.77
2) Brief von F.Witzany vom 18.2.77
3) Stellungnahme des Arbeitskreises dazu vom 28.2.77

An die
Bürgerinitiative
gegen Atomgefahren im WSL
Postfach 167
4o1o Linz

Linz, 7.2.77

Liebe Freunde!

Mit diesem Brief wollen wir zweierlei erreichen:
1. Daß ihr möglichst rasch einen Aufruf an alle infrage kommenden Organisationen und Einzelpersonen erlaßt, zum Zeitpunkt der letzten Regierungsveranstaltung in Wien, am 24. März 77 hier am Ort eine Demonstration durchzuführen und
2. daß ihr sogleich mit der Vorbereitung dieser Aktion beginnt und dabei alle miteinbezieht, die sich aktiv am Kampf zur Verhinderung der Atomkraftwerke beteiligen wollen.

Zum 1.
Die "Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner" hat am 8.12. 1976 auf einer Konferenz in Salzburg beschlossen, daß alle Gruppen entsprechend ihren Kräften um den 24.3.77, genau wie vor Beginn der Regierungsveranstaltungsreihe im Oktober 76, an den jeweiligen Orten Protestaktionen gegen das AKW-Ausbauprogramm der Regierung organisieren werden. Einer der Hauptgesichtspunkte dabei soll die Zusammenfassung der Lehren aus den einzelnen Veranstaltungen sein. Zum Ausdruck soll dabei kommen, daß es der Regierung nicht gelungen ist, die Front der AKW-Gegner zu spalten und zu schwächen, sondern daß es im Gegenteil uns gelungen ist, diese Front wesentlich zu verbreitern, wobei hervorzustreichen ist, daß sich die Bewegung auf etliche Gebiete Österreichs ausgedehnt hat, wo es vorher nichts gab. Wenn wir die Sache gut vorbereiten, können wir auch zeigen, daß es in Linz gelungen ist, die Feindschaft gegen das AKW-Programm der Regierung zu vertiefen. Als Zeitpunkt hielten wir für günstig einen Tag vor der Veranstaltung in Wien, weil dort dann argumentiert werden kann, daß in Linz (und an anderen Orten) soundsoviele Leute demonstriert haben, was bekanntlich nur die Spitze des Eisbergs der Bewegung darstellt. Außerdem könnten Interessierte dann auch nach Wien fahren.
Für wichtig halten wir es auch, für diese Demonstration einen Aktionsaufruf an Umweltschutzorganisationen, Parteien, deren Jugendorganisationen, Hochschulorganisationen, ÖGB und Gewerkschaftsjugend, kirchennahe Organisationen usw. usf. zu erlassen. Natürlich auch an Einzelpersonen. Die Gegenerschaft zur Errichtung von AKWen in Österreich ist ja nicht nur auf die BIAG begrenzt, sondern reicht weit darüber hinaus. Deshalb ist es wichtig, der Regierung zu zeigen, daß es gelungen ist, andere Organisationen für einen Aufruf zu dieser Demonstration zu gewinnen.

zu 2.
Soll die Aktion stärker werden als im Oktober und nehmen wir den Versatz ernst, alles in unseren Kräften stehende zu tun, muß mit den Vorbereitungen sofort begonnen werden. Am besten geeignet wäre dafür ein Aktivistentreffen, wie ihr eines im Oktober organisiert habt, wo den Leuten die Lage klargemacht, und die anstehenden Aufgaben beraten werden können.
Wie euch über einige Mitglieder der BIAG bekannt sein dürfte, haben wir einen Arbeitskreis der IÖAG begonnen, der sich wöchentlich in Zusammenkünften in die AKW-Problematik einzuarbeiten versucht,

zum Zweck, beizutragen, daß die AKWe in Österreich verhindert werden. Nachdem wir aber nicht nur diskutieren wollen, haben wir bisher zweimal einen Informationsstand am Taubenmarkt gemacht und dabei sehr gute Erfahrungen in den Gesprächen mit Passanten gemacht; 75 % der angesprochenen Leute unterschrieben die Unterschriftenliste der ÖIAG, einige kauften auch die Broschüre. Zusätzlich haben wir Flugblätter verteilt, die wir euch beilegen.
Bevor wir diese Informationsstände selbständig organisierten, sind wir an Euch über Sigi Priglinger herangetreten, ob wir dies nicht im Rahmen und als Arbeitskreis der BIAG machen könnten; er hat uns gesagt, daß Ihr das ablehnt. Am 27.1.77 haben wir in Wien das einigen Leuten von der IÖAG mitgeteilt und die waren einverstanden, daß wir als Arbeitskreis der IÖAG auftreten. Sollte es uns bis zur nächsten Konferenz der IÖAG nicht gelingen, daß wir hier in Linz diese Informationsstände und die Vorbereitungsarbeiten für die Demonstration im März gemeinsam machen, werden wir alle anwesenden Gruppen fragen, ob sie etwas gegen den Arbeitskreis der IÖAG haben. Vielleicht ist es möglich, im Rahmen eines Aktivistentreffens das Problem, daß jetzt neben der BIAG ein Arbeitskreis in Linz auftritt, zu bereinigen. Wir sind selbstverständlich einverstanden, den Arbeitskreis umgehend in die BIAG zu integrieren. Derzeit sind es etwa 12 Leute, Schüler, Studenten und Intellektuelle.

Wir sind derzeit auch dabei, einige kleinere Veranstaltungen zu organisieren. Über die in der Prinz-Eugen-Schule haben wir mit Priglinger bereits gesprochen. Es wäre erfreulich, wenn dort ein Vertreter der BIAG sprechen könnte. Darüber hinaus bemühen wir uns wieder um den Wyhl-Film, vielleicht ist auch da etwas Gemeinsames möglich.

Wir hoffen abschließend darauf, daß ihr unsere Vorschläge diskutiert und ihr entsprechende Schritte setzt, daß wir gemeinsam und mit der Unterstützung weiterer Aktivisten dazu beitragen, daß nicht einmal Zwentendorf in Betrieb gehen kann, geschweige denn St. Pantaleon gebaut wird.

Mit freundlichen Grüßen!

(Unterzeichnet von 15 Einzelpersonen)

Ergeht an: BIAG-Postfach, Dr. Aistleitner, Ing. Witzany, Dr. Tisserand, Dr. Priglinger, Arbeitskreis Kernenergie Wien

Friedrich Witzany
Im Sommerlandl 7
4490 St. Florian

18.2.1977

Herrn
Friedrich Fehlinger
Hafnerstraße 14
4020 Linz

Sehr geehrter Herr Fehlinger,

wir haben über Ihren Brief vom 7.2. natürlich wieder diskutiert. Ungeachtet eines möglichen Gesprächs, das in den letzten Tagen zwischen jemandem von Ihrer Gruppe und jemandem von uns stattgefunden haben könnte, möchte ich Ihnen im Sinne der BIAG antworten.
Genauso wie Sie sind wir der Meinung, daß eine schlagkräftige AKW-Gruppe in Linz sinnvoller wäre als zwei nebeneinander arbeitende Gruppen. Aber um nicht noch einmal die ganze Diskussion von vorn aufzurollen, die hinlänglich bekannten Argumente auf beiden Seiten: Wir sind der festen Überzeugung, daß wir uns eine direkte Zusammenarbeit mit dem KB oder wie immer er mehr oder weniger gut getarnt ist, einfach nicht leisten können. Das Prinzip der Überparteilichkeit geben wir auf keinen Fall auf. Die Ereignisse der letzten Monate haben uns in dieser Haltung nur bestärkt.
Daher stehen wir auch dem Ansinnen negativ gegenüber, daß Ihr Arbeitskreis in die BIAG integriert wird. Leider war von uns bei der letzten IÖAG-Sitzung in Salzburg niemand dabei. Die gemeinsame Atomgegner-Plattform hat - so erfreulich es ist, daß so etwas überhaupt zustande gekommen ist - natürlich bedenkliche Strukturschwächen. Die entscheidenden Schlachten werden aber immer an Ort und Stelle ausgetragen. Wir mußten es leider auch erleben, wie eine "Aktion Umweltschutz Europa" (im wesentlichen Atomgegner von mehreren europ. Staaten) gescheitert ist. Außer einem dürftigen Informationsfluß ist nichts übrig geblieben.

Was nun die Demonstration am 23. März betrifft, muß man folgendes bedenken. Von einer Veranstaltung zur anderen retten wir uns mit einem blauen Auge hinüber. Sie waren ja selbst Zeuge der "Niederlage" am Bindermichl. Solche Veranstaltungen können wir uns in der jetzigen Phase der Diskussion einfach nicht mehr leisten. Und Sie wissen nur zu gut, was bei der Demonstration vor dem Landhaus los war. Die Leute sind in der Frage AE bereits ziemlich fixiert. Das Umfrageergebnis und Ihre Interpretation dazu sagen ohnehin alles. Aber die Gegner kommen auch nicht zur Demonstration. Mit 200 bis max. 300 Leuten demonstrieren wir die eigene Schwäche. Glauben Sie, steht sich das Risiko wirklich dafür. Und welche andere Organisationen würden sich an der Demonstration beteiligen? Der Saal in Leoben war gestern auch bei weitem nicht voll, in einer Gegend, die von solchen Veranstaltungen noch unbeleckt ist und daher ein größeres Interesse zu erwarten ist. Schon einmal aus rein taktischen Überlegungen heraus werden wir keine Veranstaltung machen.
Zu einer Erörterung über die grundsätzliche Strategie in der kommenden Phase der Atomdiskussion (2. Runde, Parlamententscheid) sollten wir einmal ein paar Gedanken austauschen.

Mit freundlichen Grüßen
Friedrich Witzany eh.

VORWÄRTS BIS ZUM SIEG ODER KAPITULATION VOR DEN MANÖVERN DER BUNDESREGIERUNG IN DER ATOMKRAFTWERKSPOLITIK!

(Stellungnahme zum Brief von Friedrich Witzany (BIAG) als Antwort auf die Aufforderung durch den Arbeitskreis der IÖAG, eine Demonstration am 24.3. anzusetzen)

Wir halten es grundsätzlich für positiv, daß von Seiten eines Vertreters der BIAG eine Antwort auf unsere Aufforderung erfolgt ist und daß an einigen Stellen in dem Brief eine Bereitschaft zur Diskussion verspürbar ist. Für besonders wichtig halten wir dabei die Ansicht, daß eine schlagkräftige AKW-Gruppe in Linz sinnvoller ist als zwei nebeneinander arbeitende; wir möchten betonen, daß dies eine Notwendigkeit der Stunde ist.
Was wir aber grundsätzlich ablehnen müssen, ist eine Kapitulation vor den Manövern der Bundesregierung, die die Initiative in der Atomkraftwerkspolitik bislang nicht aus der Hand gegeben hat, sondern durch die Veranstaltungsreihe gerade ein Ventil zu schaffen versuchte, durch das der angestaute Druck, den die Anti-Atomkraftwerksbewegung im letzten Jahr erzeugt hat, entweichen sollte. Wir diskutieren, und Zwentendorf wird weitergebaut! Wollen wir Zwentendorf noch verhindern und in der Folge alle weiteren Akwe in Österreich, müssen wir die Bewegung auf eine selbständige Grundlage stellen und dürfen nicht länger darauf bauen, daß uns die Regierung ein Forum zur Diskussion als Mobilisierungsfeld anbietet. Die Regierung, die keinen Millimeter von ihrem AKW-Programm bisher gestrichen hat, setzt doch gerade darauf, daß sich die Bewegung in Regierungs-Diskussionsveranstaltungen totläuft und dann, wenn die Regierung die Diskussion durch Parlamentsentscheid für beendet erklärt, in sich zusammenfällt.
Wir sind der Ansicht, daß große Aufgaben noch vor uns stehen, wenn wir ehrlich verhindern wollen, daß weder Zwentendorf in Betrieb geht, noch andere AKWe gebaut werden. Von diesem Ziel werden wir uns auch durch nichts abbringen lassen.
Wir sind nicht der Ansicht, daß die AKWe durch Diskussionen verhindert werden können. Zu mächtig ist dafür das engagierte Kapital. Wir meinen vielmehr, daß alle bisherigen Erfahrungen im Kampf gegen AKWe gezeigt haben, daß nur die Mobilisierung der breiten Massen und der konsequente Kampf auf einheitlicher und überparteilicher Grundlage dies zustande bringen kann. Es wäre daher keineswegs eine Niederlage, wenn in Linz am 24.3. zwei- bis dreihundert Menschen entschlossen demonstrieren, daß sie durch kein Manöver der Regierung sich von der gerechten Forderung abbringen lassen, die AKWe in Österreich zu verhindern, zumal sie nur ein Teil der Bewegung sein werden, die an diesem Tag in ganz Österreich auf der Straße sein wird. Nehmen wir die Bewegung als Ganzes, so werden es einige Tausend sein und damit die größte Manifestation, die es in dieser Frage bisher in Österreich gab. Im Gegenteil würde es die Bewegung ziemlich schwächen, wenn gerade in Linz, als einem der traditionell wichtigsten Zentren, an diesem Tag keine Protestdemonstration stattfinden würde. Diese wird auch noch keinen Baustein von Zwentendorf abtragen. Jedoch sind wir der Ansicht, daß eine inhaltlich gute Demonstration eine wichtige Voraussetzung dafür ist, die Bewegung auszubauen und weiter voranzutreiben bis zum Sieg.
Jeder, der mit offenen Augen die politische Landschaft betrachtet, muß sehen, daß die Regierung gerade davor Angst hat, daß sie die Kontrolle über die Bewegung verliert. Er muß auch sehen, daß wir dabei im letzten halben Jahr ein gutes Stück weitergekommen sind. Die Schaffung der IÖAG war ein ausgezeichneter Schritt, denn sie hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Argumentation (durch die Broschüre) vereinheitlicht und die Koordination der Aktionen weitgehend erreicht wurde. Untergeordnet dabei ist, daß es Strukturschwächen in der Art gibt, daß niemand auf einen Beschluß organisatorisch verpflichtet werden kann, d.h. sich der Mehrheit unterordnen muß. Wir haben uns dem Beschluß zur Demonstration am 8.12.76 in Salzburg bewußt unterworfen, ebenso wie alle anderen

anwesenden Gruppen. Aber auch wenn die BIAG die Teilnahme an dieser Konferenz "verschlafen" hat, meinen wir, daß sie nicht als einzige österreichische Gruppe sich davon ausnehmen sollte. Wir sind ebenfalls der Ansicht, daß die entscheidenden Schlachten an Ort und Stelle ausgefochten werden, wenn es sich darum handelt, einen Bauplatz zu besetzen. Um dabei aber nicht von vornherein Niederlagen zu erleiden, müssen die Volksmassen zu Protestaktionen zusammengeschlossen werden und die entscheidenden Schlachten politisch vorbereitet werden. Leute, die vor diesen Aufgaben kapitulieren, bremsen und schädigen damit die Bewegung und helfen nur den AKW-Betreibern.

Was in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit dem Kommunistischen Bund angeht, so stimmen wir voll damit überein, daß das Prinzip der Überparteilichkeit gewahrt bleiben muß. Dies geschieht sowohl in der IÖAG als auch in vielen anderen lokalen Anti-AKW-Gruppen. Überall arbeiten Parteilose, Naturschützer, Kommunisten und Angehörige anderer Parteien darin mit. Das Gleiche gilt für unseren Arbeitskreis. Wir stehen allen Menschen offen gegenüber, die ehrlich gegen die AKWe zu Felde ziehen wollen. Wir müssen allerdings feststellen, daß dies gerade in der BIAG nicht geschieht. Zahlreichen Menschen wurde von ihr bereits der Eintritt in sie verwehrt, weil sie angeblich "Linke" sind. Unser Arbeitskreis ist auch keine Tarnung des KB, sondern ein von Friedrich Fehlinger, der von Anbeginn an in der IÖAG mitgearbeitet hat und gleichzeitig KB-Mitglied ist, initiierter und seither überparteilich arbeitender Arbeitskreis. !! Der Vorwurf der Tarnung muß zwangsläufig auf die BIAG zurückfallen, solange sie immer wieder direkt und indirekt Werbung für die FPÖ betreibt und niemanden, auch nicht den Arbeitskreis, der für sie als "linksverdächtig" gilt, in ihre Reihen aufnimmt. Damit ist ihre Überparteilichkeitserklärung einfach unglaubhaft geworden.

Es wäre für die BIAG ein leichtes, endlich diesen Mißstand zu beseitigen. Genauso liegt es an ihr, endlich eine schlagkräftige AKW-Organisation in Linz zustandekommen zu lassen. Wir haben unsere Bereitschaft dazu bereits im letzten Brief erklärt.

Wir halten natürlich am Beschluß der IÖAG fest und rufen alle Atomkraftwerksgegner zu einer Demonstration am 24.3.77 um 17 Uhr am Schillerplatz in Linz auf. Wir hoffen auch, daß noch eine Einigung in dieser Frage vorher zustandekommt, und laden alle Aktivisten der Anti-Atomkraftwerksbewegung ein, am Montag, 14.3.77 um 19 Uhr ins Gasthaus "Zum Laterndl", Linz, Kapuzinerstraße, zu einer Aktivistenbesprechung zu kommen, auf der alle näheren Vorbereitungsmaßnahmen für die Demonstration festgelegt werden sollen. Wir sind selbstverständlich jederzeit bereit, die Veranstaltung der Demonstration und deren Leitung an die BIAG abzutreten, sofern diese nicht den Kurs der Kapitulation, sondern des konsequenten Kampfes auf den in der IÖAG festgelegten Forderungen einschlägt:

SOFORTIGE EINSTELLUNG DER BAUARBEITEN UND KEINE INBETRIEBNAHME DES AKW ZWENTENDORF!
ZURÜCKSTELLUNG DER BAUPLÄNE FÜR DIE AKWe ST. PANTHALEON UND BOGENHOFEN UND ALLER WEITEREN AKWe IN ÖSTERREICH!
KEINE AKWe AN ÖSTERREICHS GRENZEN WIE z.B. IN RÜTHI!

Arbeitskreis der IÖAG, Linz

Friedrich Witzany
Im Sommerlandl 7
4490 St. Florian

18.2.1977

Herrn
Friedrich Fehlinger
Hafnerstraße 14
4020 Linz

Sehr geehrter Herr Fehlinger,

wir haben über Ihren Brief vom 7.2. natürlich wieder diskutiert. Ungeachtet eines möglichen Gesprächs, das in den letzten Tagen zwischen jemandem von Ihrer Gruppe und jemandem von uns stattgefunden haben könnte, möchte ich Ihnen im Sinne der BIAG antworten.
Genauso wie Sie sind wir der Meinung, daß eine schlagkräftige AKW-Gruppe in Linz sinnvoller wäre als zwei nebeneinander arbeitende Gruppen. Aber um nicht noch einmal die ganze Diskussion von vorn aufzurollen, die hinlänglich bekannten Argumente auf beiden Seiten: Wir sind der festen Überzeugung, daß wir uns eine direkte Zusammenarbeit mit dem KB oder wie immer er mehr oder weniger gut getarnt ist, einfach nicht leisten können. Das Prinzip der Überparteilichkeit geben wir auf keinen Fall auf. Die Ereignisse der letzten Monate haben uns in dieser Haltung nur bestärkt.

Daher stehen wir auch dem Ansinnen negativ gegenüber, daß Ihr Arbeitskreis in die BIAG integriert wird. Leider war von uns bei der letzten IÖAG-sitzung in Salzburg niemand dabei. Die gemeinsame Atomgegner-Plattform hat - so erfreulich es ist, daß so etwas überhaupt zustande gekommen ist - natürlich bedenkliche Strukturschwächen. Die entscheidenden Schlachten werden aber immer an Ort und Stelle ausgetragen. Wir mußten es leider auch erleben, wie eine "Aktion Umweltschutz Europa" (im wesentlichen Atomgegner von mehreren europ. Staaten) gescheitert ist. Außer einem dürftigen Informationsfluß ist nichts übrig geblieben.

Was nun die Demonstration am 23. März betrifft, muß man folgendes bedenken. Von einer Veranstaltung zur anderen retten wir uns mit einem blauen Auge hinüber. Sie waren ja selbst Zeuge der "Niederlage" am Bindermichl. Solche Veranstaltungen können wir uns in der jetzigen Phase der Diskussion einfach nicht mehr leisten. Und Sie wissen nur zu gut, was bei der Demonstration vor dem Landhaus los war. Die Leute sind in der Frage AE bereits ziemlich fixiert. Das Umfrageergebnis und Ihre Interpretation dazu sagen ohnehin alles. Aber die Gegner kommen nicht zur Demonstration. Mit 200 bis max. 300 Leuten demonstrieren wir die eigene Schwäche. Glauben Sie, steht sich das Risiko wirklich dafür. Und welche andere Organisationen würden sich an der Demonstration beteiligen? Der Saal in Leoben war gestern auch bei weitem nicht voll, in einer Gegend, die von solchen Veranstaltungen noch unbeleckt ist und daher ein größeres Interesse zu erwarten ist. Schon einmal aus rein taktischen Erwägungen heraus werden wir keine Veranstaltung machen.

Zu einer Erörterung über die grundsätzliche Strategie in der kommenden Phase der Atomdiskussion (2. Runde, Parlamententscheid) sollten wir einmal ein paar Gedanken austauschen.

An die
Bürgerinitiative
gegen Atomgefahren im WSL
Postfach 167
4010 Linz

Linz, 7.2.77

Liebe Freunde!

Mit diesem Brief wollen wir zweierlei erreichen:
1. Daß ihr möglichst rasch einen Aufruf an alle infrage kommenden Organisationen und Einzelpersonen erlaßt, zum Zeitpunkt der letzten Regierungsveranstaltung in Wien, am 24. März 77 hier am Ort eine Demonstration durchzuführen und
2. Daß ihr sogleich mit der Vorbereitung dieser Aktion beginnt und dabei alle miteinbezieht, die sich aktiv am Kampf zur Verhinderung der Atomkraftwerke beteiligen wollen.

Zum 1.
Die "Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner" hat am 8.12.76 auf einer Konferenz in Salzburg beschlossen, daß alle Gruppen entsprechend ihren Kräften um den 24.3.77 genau wie vor Beginn der Regierungsveranstaltungsreihe im Oktober 76 an den jeweiligen Orten Protestaktionen gegen das AKW-Ausbauprogramm der Regierung organisieren werden. Einer der Hauptgesichtspunkte dabei soll die Zusammenfassung der Lehren aus den einzelnen Veranstaltungen sein. Zum Ausdruck soll dabei kommen, daß es der Regierung nicht gelungen ist, die Front der AKW-Gegner zu spalten und zu schwächen, sondern daß es im Gegenteil uns gelungen ist, diese Front wesentlich zu verbreitern, wobei hervorzustreichen ist, daß sich die Bewegung auf etliche Gebiete Österreichs ausgedehnt hat, wo es vorher nichts gab. Wenn wir die Sache gut vorbereiten können wir auch zeigen, daß es in Linz gelungen ist, die Feindschaft gegen das AKW-Programm der Regierung zu vertiefen.
Als Zeitpunkt hielten wir für günstig einen Tag vor der Veranstaltung in Wien, weil dort dann argumentiert werden kann, daß in Linz (und an anderen Orten) soundsoviele Leute demonstriert haben, was bekanntlich nur die Spitze des Eisbergs der Bewegung darstellt. Außerdem könnten Interessierte dann auch nach Wien fahren.
Für wichtig halten wir es auch, für diese Demonstration einen Aktionseinheitsaufruf an Umweltschutzorganisationen, Parteien, deren Jugendorganisationen, Hochschulorganisationen, ÖGB und Gewerkschaftsjugend, Kirchennahe Organisationen usw. usf. zu erlassen. Natürlich auch an Einzelpersonen. Die Gegnerschaft zur Errichtung von Akwen in Österreich ist ja nicht nur auf die BIAG begrenzt, sondern reicht weit darüber hinaus. Deshalb ist es wichtig, der Regierung zu zeigen, daß es gelungen ist, andere Organisationen für einen Aufruf zu dieser Demonstration zu gewinnen.

zu 2.
Soll die Aktion stärker werden als im Oktober und nehmen wir den Vorsatz ernst, alles in unseren Kräften stehende zu tun, muß mit den Vorbereitungen sofort begonnen werden. Am besten geeignet wäre dafür ein Aktivistentreffen, wie ihr eines im Oktober organisiert habt, wo den Leuten die

Lage klargemacht und die anstehenden Aufgaben beraten werden können.
Wie euch über einige Mitglieder der BIAG bekannt sein dürfte, haben wir einen Arbeitskreis der IÖAG begonnen, der sich wöchentlich in Zusammenkünften in die AKW-Problematik einzuarbeiten versucht, zum Zweck, beizutragen, daß die AKWe in Österreich verhindert werden. Nachdem wir aber nicht nur diskutieren wollen, haben wir bisher zweimal einen Informationsstand am Taubenmarkt gemacht und dabei sehr gute Erfahrungen in den Gesprächen mit Passanten gemacht; 75 % der angesprochenen Leute unterschrieben die Unterschriftenliste der IÖAG, einige kauften auch die Broschüre. Zusätzlich haben wir Flugblätter verteilt, die wir euch beilegen.
Bevor wir diese Informationsstände selbständig organisierten, sind wir an euch über Sigi Priglinger herangetreten, ob wir dies nicht im Rahmen und als Arbeitskreis der BIAG machen könnten; er hat uns gesagt, daß ihr das ablehnt. Am 27.1.77 haben wir in Wien das einigen Leuten von der IÖAG mitgeteilt und die waren einverstanden, daß wir als Arbeitskreis der IÖAG auftreten. Sollte es uns bis zur nächsten Konferenz der IÖAG nicht gelingen, daß wir hier in Linz diese Informationsstände und die Vorbereitungsarbeiten für die Demonstration am März gemeinsam machen, werden wir alle anwesenden Gruppen fragen, ob sie etwas gegen den Arbeitskreis der IÖAG haben. Vielleicht ist es möglich, im Rahmen eines Aktivistentreffens das Problem, daß jetzt neben der BIAG ein Arbeitskreis in Linz auftritt zu bereinigen. Wir sind selbstverständlich einverstanden, den Arbeitskreis umgehend in die BIAG zu integrieren. Derzeit sind es etwa 12 Leute, Schüler, Studenten und Intellektuelle.

Wir sind derzeit auch dabei, einige kleinere Veranstaltungen zu organisieren. Über die in der Prinz Eugen-Schule haben wir mit Priglinger bereits gesprochen, es wäre erfreulich, wenn dort ein Vertreter der BIAG sprechen könnte. Darüberhinaus bemühen wir uns wieder um den Wyhl-Film, vielleicht ist auch da etwas Gemeinsames möglich.

Wir hoffen abschließend darauf, daß ihr unsere Vorschläge diskutiert und ihr entsprechende Schritte setzt, daß wir gemeinsam und mit der Unterstützung weiterer Aktivisten dazu beitragen, daß nicht einmal Zwentendorf in Betrieb gehen kann, geschweige denn St. Pantaleon gebaut wird.

Mit freundlichen Grüßen!

Ergeht an: BIAG-Postfach, Dr. Aistleitner, Ing. Witzany, Dr. Tisserand, Dr. Priglinger, Arbeitskreis Kernenergie Wien

7. REGIERUNGSVERANSTALTUNG – 7. NIEDERLAGE DER AKW-BETREIBER

Die Regierung hält zur Zeit eine Informationskampagne mit 10 Veranstaltungen ab. Dort soll angeblich das Für und Wider der Atomkraftwerke (AKWe) die Diskussion von Wissenschaftlern geklärt werden. In Wirklichkeit will man jedoch nur einem längst gefaßten Entschluß ein demokratisches Mäntelchen umhängen. Bei der letzten Regierungsveranstaltung in Wien ließen sich die anwesenden 1400 AKW-Gegner – denn Befürworter waren kaum zu sehen – nicht mehr auf dieses Diskussionsspiel ein. Ihnen war klar, daß die Vor- und Nachteile nur zum Schein abgewogen werden sollten. Zwentendorf steht bereits, der Großteil der Bevölkerung will keine AKWe – es kann also nur mehr darüber diskutiert werden, wie man die Inbetriebnahme von Zwentendorf und alle weiteren AKWe in Österreich verhindert. Daher setzte das Publikum schon nach den ersten Expertenstellungsnahmen durch Sprechchöre und eine Abstimmung den Diskussionsleiter Prof. Lintner ab. An seine Stelle wurde Prof. Hinz, der sich klar gegen AKWe aussprach, gewählt. Dann debattierte das Publikum ausschließlich darüber, wie man die AKWe verhindern könne.

Folgende Ansichten kamen zum Ausdruck:
Die Regierung hat offensichtlich kein Interesse, die Bevölkerung wirklich aufzuklären, sie muß ja die von der Elektrizitätswirtschaft und von der Industrie längst beschlossenen AKWe durchsetzen. Wir müssen die Aufklärung selbst in die Hand nehmen, uns aktiv dagegen wehren, und uns nicht von den Zeitungen (siehe "Staberl" vom 29. 1.) in Brave und Böse, in ewig Gestrige und Berufsprotestierer teilen lassen. Mit wissenschaftlicher Sachlichkeit will man die Gefahren der AKWe wegdiskutieren. Da das nicht gelingen kann, werden wir AKW-Gegner mit Lügen diffamiert und unsere echten Aktivitäten werden in den Massenmedien totgeschwiegen

Für die zweite Diskussionsrunde, die von der Regierung geplant wurde, fordern wir die Teilnahme der verantwortlichen Politiker, die es bisher vermieden haben, sich in der AKW-Frage zu verantworten. Das Gerede der Experten und der E-Wirtschaft kennen wir ohnehin schon zur Genüge.

Am Ende der Wiener Veranstaltung wurden zwei Resolutionen an die Bundesregierung beschlossen. Die eine bringt klar zum Ausdruck, das Volk will keine AKWe, die andere fordert die sofortige Einstellung der gerichtlichen Verfahren gegen zwei AKW-Gegner.
Unsere nächste Aktivität besteht darin, daß wir gegen Ende der Regierungsveranstaltungen (24. März) in ganz Österreich Demonstrationen durchführen.
In diesen Demonstrationen müssen wir durch ein geschlossenes Auftreten und zahlreiche Beteiligung unsere Forderungen allen Befürwortern und Gegnern klar aufzeigen.

SOFORTIGE EINSTELLUNG DER BAUARBEITEN UND KEINE INBETRIEBNAHME DES AKWs ZWENTENDORF !

ZURÜCKSTELLUNG DER BAUPLÄNE FÜR DIE AKWe ST.PANTALEON UND BOGENHOFEN UND ALLE WEITEREN AKWe IN ÖSTERREICH !

KEINE AKWe AN ÖSTERREICHS GRENZEN WIE Z.B. IN RÜTHI !

Arbeitskreis der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner

Wir treffen uns jeden Montag um 19h im Gasthof "Wilder Mann" in der Goethestraße. In diesen Sitzungen diskutieren, planen und beschließen wir Aktivitäten zum Kampf gegen AKWe (Flugblätter, Unterschriftensammeln, Informationsstände, Vorträge in Vereinen und Schulen, Veranstaltungen, Demonstrationen usw.). Ebenso diskutieren wir regelmäßig die aktuelle Situation sowie Probleme der Atomenergie. Es kann jeder mitarbeiten, der die AKWe verhindern will, ganz unabhängig davon, welcher politischen Weltanschauung er zuzuzählen ist.

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Drucker und für den Inhalt verantwortlich: Friedrich Fehlinger, 4020 Linz, Hafnerstraße 14

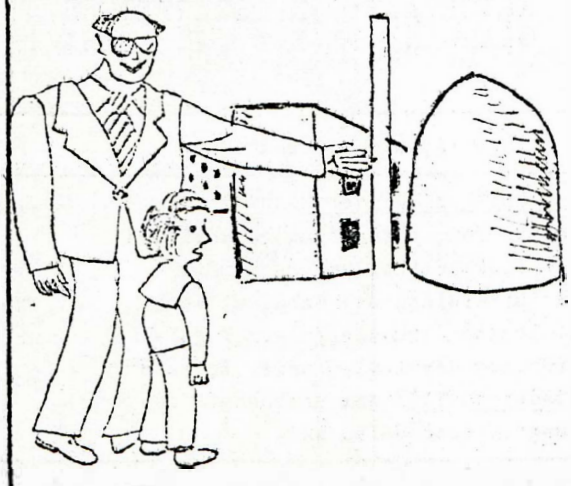
Kontakttelefon 73 91 43

ATOMMÜLL

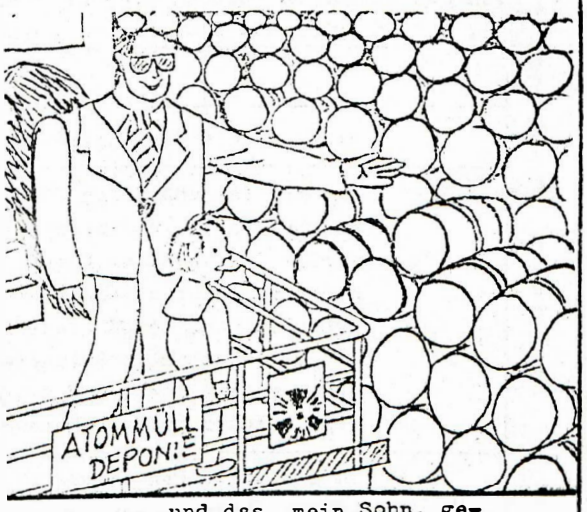
Für Österreich sind drei Atomkraftwerke (AKWe) geplant. Eines davon wird bereits in Zwentendorf (bei Tulln, NÖ) gebaut und soll im Frühjahr 1978 in Betrieb gehen. Die beiden weiteren sind St. Pantaleon (nur 20 km von Linz entfernt) und in Bogenhofen vorgesehen. Gegenwärtig will uns die Elektrizitätswirtschaft mit der Regierung in zahlreichen Werbeaktionen weismachen, daß AKWe sicher und umweltfreundlich sind. Sind sie das wirklich? Greift man nur einen aus der Unzahl der schädlichen Umwelteinflüsse von AKWe heraus, sieht man, daß es in Wirklichkeit ganz anders ist. Zum Beispiel der

Atommüll

der in AKWe entsteht und Jahrtausende lang fern von jedem Lebewesen gelagert, kontrolliert und bewacht werden muß. Im Atommüll ist Plutonium 233 enthalten. Um seine Radioaktivität auf die Hälfte zu verringern, benötigt es 24 400 Jahre. Zusätzlich ist es hochgiftig. Geringe Dosen führen, wenn sie in den menschlichen Körper gelangen, zum Tod. Zur Zeit wird der Atommüll auf die verschiedenste Art und Weise gelagert, in Wüstengebieten, in aufgelassenen Salzbergwerken oder gar im Meer versenkt. Jedoch keine dieser Methoden ist - selbst nach Ansicht der AKW-Betreiber - ausreichend sicher. Deshalb sprechen sie auch bei all diesen Methoden von Versuchslagerungen. Wie frech der Begriff "Versuchslagerung" ist, sieht man, wenn man sich vor Augen führt, daß heute bereits hunderte AKWe Atommüll produzieren und daß der bisher versuchsgelagerte Müll nicht umgelagert werden kann, da die Depots nie mehr von Menschen betreten werden können. Den im Meer versenkten Müll kann man kaum mehr aus dem Wasser herausfiltern. Bei dem so hochgelobten deutschen Lagerplatz Asse, (ein aufgelassenes Salzbergwerk) heißt es jetzt, Wassereinbrüche können auf lange Zeit hin nicht ausgeschlossen werden. Bei einem Wassereinbruch würden die radioaktiven Stoffe ins Grundwasser und von dort weiter in das Trinkwasser gelangen. Aber auch bei einem Verkehrsunfall - beim unerläßlichen Transport des Mülls - kann dieser in die Umwelt gelangen und alles lebensgefährlich verseuchen.
Gekrönt wird die ganze Problematik dadurch, daß die Gewinnung von Energie aus Uran als Übergangslösung für etwa 30 Jahre geplant ist und dann durch andere Energieformen abgelöst werden soll. Also für 30 Jahre Strom wird Atommüll für Jahrtausende eingehandelt. Ein wohl sehr einseitiges Geschäft. Fieberhaft suchen die Techniker zur Zeit nach einem Lagerplatz in Österreich (kein Land will uns den Atommüll abnehmen). Sie stoßen dabei aber nicht nur auf technische Probleme, sondern auch auf den Widerstand der Bevölkerung, die auf keinen Fall den billigen Atomstrom für die Industrie mit der Gefährdung ihrer Gesundheit bezahlen will.



Hier, mein Sohn, produzieren wir für unsere Wirtschaft Atomstrom ....



... und das, mein Sohn, gehört alles einmal dir.

Gekrönt wird die ganze Problematik dadurch, daß die Gewinnung von Energie aus Uran als Übergangslösung für etwa 30 Jahre geplant ist, und dann durch andere Energieformen abgelöst werden soll. Also für 30 Jahre Strom wird Atommüll für Jahrtausende eingehandelt. Ein wohl sehr einseitiges Geschäft. Fieberhaft suchen die Techniker zur Zeit nach einem Lagerplatz in Österreich (kein Land will den Atommüll abnehmen). Sie stoßen dabei nicht nur auf technische Probleme, sondern auch auf den Widerstand der Bevölkerung, die auf keinen Fall den billigen Atomstrom für die Industrie mit der Gefährdung ihrer Gesundheit bezahlen will.

Arbeitskreis der
Initiative Österreichischer
Atomkraftwerksgegner

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Drucker und für den Inhalt verantwortlich
Friedrich Fehlinger
4020 Linz, Hafnerstr. 14

Kontakt: Telefon 73 91 43

WIR WOLLEN KEIN AKW!

Die Regierung hält zur Zeit eine Pro-Atomkampagne mit insgesamt 10 Veranstaltungen in den verschiedenen Landeshauptstädten ab. Jeweils sechs Wissenschaftler diskutieren am Podium und beantworten Fragen aus dem Publikum zu einem bestimmten Problemkreis der AKWe. Sie kommen dabei immer zu dem Schluß (im Sinne der Regierung): So gefährlich sind die AKWe nicht. Doch das anwesende Publikum war in allen der sechs bisher gelaufenen Abende anderer Ansicht. Es beschloß jeweils mit überwältigender Mehrheit Resolutionen, die klar zum Ausdruck bringen, wir wollen keine AKWe. In Salzburg wurde z.Bsp. folgende Resolution beschlossen, die die Regierungsveranstaltungen sehr gut schildert.

RESOLUTION

„An die österreichische Bundesregierung!

Die österreichische Bundesregierung und die AKW-Befürworter haben längst grundsätzlich für die Kernenergie entschieden. Wir sind überzeugt, daß es bei der 'Informationskampagne' der Bundesregierung nicht um die Frage geht, ob in Österreich AKW gebaut werden sollen oder nicht. Das Ziel der Regierung ist vielmehr, dafür zu sorgen, daß bereits getroffene Entscheidungen im nachhinein von der Bevölkerung befürwortet werden und daß der Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken gebrochen wird.

Dafür sprechen folgende Gründe:

- Das AKW-Zwentendorf geht - nach Aussagen von Bundeskanzler Kreisky - sicher in Betrieb
- Die Bauvorbereitungen für das AKW St. Pantaleon laufen unvermindert weiter.
- Die Uranlieferung für das AKW St. Pantaleon wurde bereits mit der Sowjetunion abgeschlossen.
- Als möglicher Standort für ein drittes Atomkraftwerk wird Bogenhofen bei Braunau in Erwägung gezogen.
- Der kürzlich erschienene Energieplan der Bundesregierung sieht vor, daß 1985 9,2% des Strombedarfs durch AKW gedeckt werden soll.
- Suche nach Endlagerstätten für Atommüll in Österreich geht weiter.

Darüber können auch die scheinbaren Zugeständnisse der Regierung an die KKW-Gegner bei den bisherigen Regierungsveranstaltungen nicht hinwegtäuschen.

Bei den bisherigen Veranstaltungen brachten die Anwesenden mit großer Mehrheit ihre Ablehnung der AKW-Pläne der Regierung zum Ausdruck.

Auch wir lehnen Atomkraftwerke ab, weil es eine Tatsache ist, daß die Energiegewinnung aus Kernspaltung beim gegenwärtigen Stand der Technik die Gesundheit und die Lebensbedingungen der Bevölkerung gefährdet, und zwar aufgrund der laufenden Abgaben von Radioaktivität, der Unfallgefahr und der ungelösten Probleme der Atommülllagerung.

KEINE INBETRIEBNAHME DES AKW ZWENTENDORF!
KEIN ATOMKRAFTWERK IN ST. PANTALEON!
KEIN AKW IN BOGENHOFEN UND AUCH NICHT ANDERSWO IN ÖSTERREICH!"

Jedoch mit diesen Erfolgen der Bevölkerung sind die AKWe noch nicht verhindert. Als nächster Schritt dazu findet eine Demonstration am 24. März (Ende der Regierungskampagne) statt, bei der wir zeigen wollen, daß wir entschlossen sind die AKWe zu verhindern und daß in den Regierungsveranstaltungen sich die Atomgegner vermehrt haben.

MÄRZ

24

KEIN AKW

Wien, am 12.2.1977.

Liebe Frau Gruber !

Über Ihren Anruf habe ich mich sehr gefreut, endlich wieder einmal ein Lebenszeichen von Ihnen !

Auch bei uns wird viel über die Kummerln nachgedacht. Der Arbeitskreis hatte ja von Anfang an eine Schlagseite nach links, jetzt dominieren eindeutig die Kommunisten. Es wurde ausgemacht, daß bei der letzten Veranstaltung vorerst Prf.An der Lan und Dr.Weish sprechen sollen, dann soll wiederum alles im Tumult untergehen. Ob das so plangerecht ablaufen wird, sei dahingestellt.

Wir sind natürlich auch im Zwiespalt. Einerseits ist es erfreulich, wenn sich endlich etwas rührt und sich die Bürger bemerkbar machen, andererseits möchte man nicht gerne mit den Kommunisten auf einer Ebene stehen.

Ich persönlich sehe es so: Wir sollten keinen direkten Packt mit ihnen eingehen, sie aber andererseits gewähren lassen. Sie sind gewissermaßen der "Stoßtrupp", der die anderen, die friedliebenden Bürger mitreißt. Insofern sind sie doch sehr nützlich.

So sagt z.B. Faust von Mephistofeles:" Er ist der böse Geist, der stets verneint, der stets das Böse will und doch das Gute schafft." So müssen wir auch die Kommunisten sehen !

Einen Packt, also eine feste Bindung, soll niemand mit dem Teufel eingehen, das würde ihn nur hindern und hinunterziehen, aber ihn gewissermaßen als Werkzeug benützen, das würde auch der Schöpfer nicht verbieten, sonst hätte er dieses Böse nicht zugelassen, oder in die Welt gesetzt.

Beiliegender Artikel einer Münchner Zeitung gibt die Situation gut wieder, die überall die gleiche ist. Ich glaube, es kommt wesentlich darauf an, daß man selbst die Sachlage vollkommen richtig sieht, sich also nicht täuschen läßt, dann wird man auch richtig handeln.

Im übrigen sind die Rechtsradikalen auch nicht erfreulicher, die ebenfalls am Tumult in Wien regen Anteil hatten. Auch sie verfolgen letztlich ihre politischen Ziele, die mit dem AKW nicht immer identisch sind.

Dazu gehört auch Herr Herndl, der neue WSL-Herr von Wien, NÖ und Burgenland. Er hat sogar eine eigene Schlägertruppe.
So taumelt der führerlos gewordene WSL von einem Extrem ins andere: Vom extrem linken Hanke bis zum extrem rechten Herndl.
Mir blutet das Herz, wenn ich an die gute Position denke, die der WSL einmal hier hatte !

Wir sind sehr fleißig dabei, in Wien Aufklärung zu betreiben.
Denn darauf kommt es letzten Endes einzig und allein an:
Nur der aufgeklärte Bürger marschiert mit, in jedem anderen Fall nütz-en die besten Stoßtrupps nichts.

Vielleicht können wir uns in nächster Zeit einmal treffen, dann könnten wir vielleicht verschiedenes besprechen !

Mit den besten Grüßen an Sie und die übrigen Freunde !

Anlage.-

Ihre

R. Brüne

Österreichischer Naturschutzbund
Landesgruppe Oberösterreich
Ursulinenhof - II. Stock, Tür 206
4020 LINZ
(Dr. Fritz Roschall)

Linz, 27.6.1976

Betrifft: Broschüre gegen Atomkraftwerke

Liebe Freunde!

Da die für gestern, den 26.6.1976 vorgesehen gewesene neuerliche Zusammenkunft der Atomkraftgegner in Salzburg laut telefonischer Mitteilung zunächst verschoben wurde, übersende ich nun den Vertretern der letztens in Enns zusammengekommenen Vereinigungen und Gruppen, sowie jenen die außerdem zum Erstentwurf des Redaktionskomitees Stellung bezogen bzw. Vorschläge gemacht haben (Verteilerliste siehe umseitig) z u n ä c h s t einen zusammenfassenden Entwurf, der die Ergänzungs- und Änderungswünsche eines Großteils dieser Gruppen möglichst weitgehend berücksichtigt. - Gleichzeitig arbeiten jedoch die vorwiegend auf links-marxistischer Idiologie basierenden Gruppen (Kommunistischer Bund Linz, Arbeitskreis Ökologie Salzburg, Arbeitskreis Atomenergie Wien u.a.) gleichfalls einen zusammenfassenden Entwurf aus, den ich nach Eintreffen unverzüglich nachreichen werde, sodaß dann z w e i Hauptentwürfe vorliegen werden, die sich allerdings nur in den wohl besonders wichtig scheinenden Kapiteln über die Wirtschaftspolitik (Energieproblem, Arbeitsplatzsicherung) wesentlich unterscheiden werden. Es muß dann versucht werden, einen Kompromiß zwischen den beiden Auffassungen bzw. Entwürfen zu erzielen.

Zur Erläuterung: Diese Vorgangsweise der Erstellung von vorerst zwei differenzierten Entwürfen schien - um überhaupt vorwärts zu kommen, gleichzeitig aber die Wünsche möglichst vieler beteiligter Gruppen zu berücksichtigen - aus folgenden Gründen zweckmäßig und notwendig:

Nach der e r s t e n Redaktionssitzung Ende Mai sandte ich bekanntlich den aus verschiedenen Teileinsendungen zusammengestellten v o r l ä u f i g e n Erstentwurf an alle Gruppen und fügte, meinen eigenen ursprünglichen Entwurf über Energie-und Arbeitsplatzsicherung bei, da mir bei dem vorläufigen Gesamtentwurf die notwendigen wirtschaftspolitischen Alternativen zur Sicherung der Arbeitsplätze nicht hinreichend berücksichtigt schienen und außerdem manche ideologisch bedingt allzu einseitige Formulierungen über wirtschaftspolitische Fragen enthalten waren.

In den Rücksendungen dieser Erstentwürfe mit den verschiedenen Stellungnahmen wurde nun von mehreren starken Landesgruppen sowie von Einzelpersonen verlangt, daß hinsichtlich des wirtschaftspolitischen Teiles mein Entwurf (der großteils auf dem salzburger Manifest des Naturschutztages 1975 beruht) zur Grundlage der weiteren Redaktionsarbeit genommen werden solle. (Auch hiezu wurden übrigens kleinere Abänderungswünsche vermerkt, die größtenteils berücksichtigt sind.)

Da in der zweiten Redaktionssitzung am 14. Juni hierüber aber keine Einigung erzielt werden konnte, schlug ich vor, vorerst gesondert zwei Entwürfe zu erstellen, weil man dann in einer Gesamtsitzung der Atomkraftgegner zwischen z w e i Entwürfen leichter entscheiden oder womöglich eine Einheit herstellen kann, als bei den bis dahin vorliegenden ca. 14 redaktionellen Vorschlägen.

./.

In diesem Sinne übernahm ich es, die möglichst weitgehende Zusammenfassung der Vorschläge und Stellungnahmen der nicht von links-marxistischer Ideologie ausgehenden Atomkraftgegnern vorzunehmen. Das Ergebnis liegt nun in der Anlage vor.

Als Hauptgrundlage dieser Zusammenfassung wurden die besonders ausführlichen Redaktionsvorschläge aus Vorarlberg und aus Kärnten genommen, durch die m.E. viele echte sowohl stilistische als auch inhaltliche Verbesserungen des Erstentwurfes erzielt wurden. Ebenso wurden aber auch die Vorschläge vieler anderer Einsender von Stellungnahmen möglichst weitgehend berücksichtigt, wie die Betreffenden bei Durchsicht der vorliegenden Zusammenfassung ersehen werden. - Lediglich für die E i n l e i t u n g sind d r e i alternative Vorschläge enthalten, da von Vorarlberg eine ganz knapp gefaßte Einleitung (kaum eine Seite), von Kärnten hingegen eine ausführliche mit manchen wesentlichen Aussagen vorgeschlagen wurde; ebenso wurde als dritte Möglichkeit ein Entwurf von Herrn Fehlinger (KB Linz) mit nur geringfügigen Änderungen aufgenommen, da in demselben ursprünglich enthaltene ideologisch einseitige Betrachtungsweisen bzw. Ausdrücke entfernt und durch allgemein akzeptable ersetzt wurden. Ansonst sind nur an zwei Stellen alternative Fassungen enthalten und zwar ein kleiner Satz auf Seite 11, wo ein schärferer und ein "sanfterer" Formulierungsvorschlag einander gegenüberstanden, sowie auf Seite 13/14, wo für eine von zwei Einsendern als besonders treffend angestrichene Formulierung von anderer Seite eine andere zwar nicht so prägnante, aber vielleicht weniger Anstoß erregende vorgeschlagen und begründet wurde. Auch diese alternative Formulierung ist daher samt Begründung beigeheftet und würde noch zur Diskussion stehen.

Bitte nun vielmals, das vorliegende Konzept nochmals zu überprüfen, damit bei der nächsten, möglichst bald abzuhaltenden Zusammenkunft über die endgültige Fassung der Broschüre beschlossen werden kann.

Mit freundlichen Grüssen und guten Wünschen

30. Juni 1976

Unmittelbar vor Absendung dieses Schreibens samt Beilage ist nun bereits aus Wien von Frau Susanne Anderle, "Arbeitskreis Atomenergie", der in Aussicht gestandene zusammenfassende Entwurf der Linksgruppen eingetroffen. Da das übermittelte Exemplar jedoch ziemlich schlecht lesbar war und sich nicht zur Vervielfältigung eignete, habe ich auch diesen Entwurf nun vollständig abschreiben und vervielfältigen lassen und kann ihn nun gleichzeitig zur Beurteilung beilegen.

Persönlich bemerken möchte ich nach flüchtiger Durchsicht nur, daß in diesem Entwurf[x)] bereits die Einwände gegen bestimmte extrem-marxistische Ausdrucksweisen und ideologische Formulierungen über Wirtschaftskrisen udgl. sehr weitgehend berücksichtigt wurden und der Entwurf diesbezüglich "entschärft" scheint.

Es werden also für die nächste Sitzung zur endgültigen Entscheidung z w e i geschlossene Entwürfe (mit drei Vorschlägen für die Einleitung) vorliegen. Es bestehen somit drei Möglichkeiten: Entweder für den einen oder für den anderen Entwurf als ganzes sich zu entscheiden oder - was vielleicht nötig sein wird - einen Kompromiß herzustellen, das heißt, beide zu kombinieren.

x) samt ausführlicher Erläuterung

./.

Das Hauptproblem scheint dabei vor allem, daß die links-marxistischen Gruppen (deren letzter Gesamtvorschlag mir, wie gesagt, in der vorliegenden Form größtenteils akzeptabel scheint) hinsichtlich des wirtschaftspolitischen Teiles die Ausführung von wirtschaftlichen Alternativen durch neue Ziele des Wachstums und Vorschläge zur Arbeitsplatzsicherung aus ideologischen Gründen unbedingt ablehnen, während andere starke Gruppen gerade d i e s e Teile des einen Entwurfes als besonders wesentlich und wichtig für die zu erwartende Argumentation ansehen. - Ja,es wurde sogar erklärt, daß ohne diese Kapitel die Broschüre keinen Sinn hätte, zumal es ja Broschüren und Bücher über die Funktionsweise sowie über die Gefährlichkeit der Atomenergie ohnedies bereits zahlreich gäbe.

Ich führe dies alles ausdrücklich an, damit alle Teilnehmer vor unserer nächsten Zusammenkunft über die zu diskutierenden Probleme und eventuelle Kompromißmöglichkeiten orientiert sind und sich schon vorher alles genau überlegen können. Denn sicher wäre ein Kompromiß besser, als wenn überhaupt keine einheitliche Broschüre zustande käme. - Im übrigen wäre noch zu bemerken, daß in b e i d e n Entwürfen die ganzseitigen Illustrationen, sowie Ablichtungen von Zeitungsausschnitten vorläufig weggelassen sind und außerdem einige kurze Sätze als Schlußzusammenfassung noch erforderlich wären.

Abschließend möchte ich noch alle Gruppen und Interessenten bitten, mitzuteilen, w a n n sie in den Monaten Juli oder August (bis äußersten Falls 20.d.M.) einen Vertreter zu einer gemeinsamen Sitzung entsenden könnten, bzw. innerhalb welcher Zeit ein Termin völlig ausgeschlossen wäre. Bitte auch, nochmals die telefonische Erreichbarkeit - eventuell auch am Urlaubsort - bekanntzugeben, da man sich auf diesem Wege vielleicht rascher und leichter auf einen Termin festlegen kann.

Mit freundlichen Grüssen und guten Wünschen



Ergeht an:

Ing. Volkmar B A U R E C K E R, BIAG Linz

Mag. Friedrich F E H L I N G E R, KB Linz, 5-fach mit der Bitte um Weiterleitung an die ihm nahestehenden Gruppen in Salzburg und Wien

Frau Annemarie L O R B E E R, WSL Kärnten

Frau Rosa M Ü L L E R, Bürgerinitiative Wien

Willibald M U S C H K A, WSL Salzburg

Ing. Karl N O W A K, Wien

Dr. Siegmund P R I G L I N G E R, Mitglied Redaktionskomitee, Enns

Prok. Manfred R Ü N Z L E R, WSL Vorarlberg (2-fach)

Ing. Kurt S I E G L, BIAG Enns

Planungsgemeinschaft SCHÖNEBORN, Wien

Dkfm. Friedrich V O L K, WSL Wien

Dipl. Ing. Friedrich W I T Z A N Y, Naturschutzbund Linz

P r o t o k o l l

der Sitzung der INITIATIVE ÖSTERREICHISCHER ATOMKRAFTWERKSGEGNER

Zeit: Sonntag, 4. 7. 1976, 11 - 21 h

Ort : Restaurant "Zu den 3 Hackeln", Wien VIII, Piaristeng. 50

Anwesend:
1. Susanne ANDERLE, AKAE (Wien)
2. Dr. Michael GROSSER, AKAE (Wien)
3. Klaus-Peter HERNDL, AKAE (Wien)
4. Kurt BAIER, KB Linz
5. Dr. Siegmund PRINGNLINGER, Biag Linz (Enns)
6. Burkhart RUMPF, AKAE (Klosterneuburg)

Nicht erschienen ARBEITSKREIS ÖKOLOGIE/Salzburg; telefonische Rücksprache um 12h ergab, daß sie - baden gegangen sind...
Ein Brief, am 2.7. abgesandt, kam bis zur Sitzung natürlich nicht an. Dessen Inhalt - Kritik am Wiener Entwurf der österr.Broschüre - tel. durchgegeben.
Nicht erschien weiters Dr. Fritz ROSCHALL, obwohl er dazu ebenfalls verpflichtet gewesen wäre und von den Vorarlbergern und Kärntnern beauftragt war, sie bei der Schlußredaktion zu vertreten. Stattdessen kam ein Konvolut von Schriften und Pamphleten, welche er aber nicht ordnungsgemäß an die Wiener Sitzung oder an den AKAE sandte, sondern nur mittelbar über die erschienenen Linzer uns zur Kenntnis kam.

Tagesordnung:
1. Letzte Erfolge in Wien
2. Situation in Linz
3. Schlußredaktion
4. Offener Brief der Biag/Linz und des AKAE/Wien an Roschall

1. Letzte Erfolge in Wien

Die Veranstaltung in Klosterneuburg am 16.6. wurde nicht nur großangelegt vorbereitet (500 Plakate, 4000 Flugblätter, 1000 Einladungen mit pers.Anschrift), sondern mit 400 Besuchern in der Babenberger Halle ein großer Erfolg. Der Lichtbildvortrag von MedRat DDr. DROBIL und 3 Referate des ARBEITSKREIS ATOMENERGIE sehr gut angekommen. Ergebnis: neugebildeter Ak. in Klosterneuburg, arbeitet wöchentl.

Unterschriftensammlung in der Kultur-"Arena" auf dem ehem.Schweine-Schlachthof sehr erfolgreich, wird wiederholt.

2. Situation in Linz

Biag will die Ortschaften aktivieren, wobei ein Verantwortlicher den Kontakt zur Biag aufrechterhält, nach Beispiel Klosterneuburg-Wien. Dr.PRINGLINGER plant, ab Herbst eine Informationsblatt herauszugeben; Mag.PFAFFENWIMMER (AKAE Wien-Linz) hat dies ebenfalls vor.

Dr.ROSCHALL manipulierte den Wiener Entwurf, welcher von der Biag Linz/Enns bereits prinzipiell akzeptiert worden ist, in einen "Entwurf der Links-Gruppen" um, bezeichnete seinen als einen der vielen WSL-Landesgruppen, was z.B. für Wien nicht stimmt, da der WSL-Wien zusammen mit der Biag/Fr.MÜLLER und Biag/Ing.URACH, der Plangemeinschaft SCHÖNEBORN, der Redaktion der "UMWELT" und dem SCYKA&NOWAK-Kreis seit einem Monat den AKAE mit der Schlußredigierung beauftragt hat!!
Dr.ROSCHALL verleumdet die Wiener und Salzburger Gruppe zusammen mit dem (maoistischen) KB-Linz als "extrem-marxistisch". Dies wurde von der Biag Linz/Enns und dem AKAE entrüstet als bewußte Unterstellung dem ARBEITSKREIS ATOMENERGIE/Wien und dem ARBEITSKREIS ÖKOLOGIE/Sbg. zurückgewiesen. - Siehe Punkt 4 !

Appell der Teilnehmer, derartige Spaltungsversuche zu unterbinden, da solche letztlich dem Gegner - also den Betreibern von AKWe - nützen. Auch in Wien wurde unlängst mehrmals versucht, unter dem Vorwand ideologischer Differenzierungen die Aktivkräfte zu spalten. Alle Spaltungsversuche unterbinden!!!
Da auch die nationalen und konservativen Kräfte der Biag Linz/Enns (Dr.SIEGL u.a.) weiterhin größten Wert auf Zusammenarbeit aller Gruppen Wert legen, wird Roschalls Versuch erfolglos bleiben.

3. Schlußredaktion

a) Vorbemerkung zur Einleitung der Broschüre vom AKAE "Einige grundlegende Richtlinien" als Generallinie (ohne Veröffentlichung! Wurde allen Gruppen Österreichs von Dr.Roschall zugesandt) akzeptiert

b) Eingehende Analyse der drei vorliegenden Entwürfe der Einleitung:

b1) Entwurf Klagenfurt: wirr und mißverständlich, keine Ordnung.
Insgesamt 10 negative Punkte, einige Beispiele: (alle notiert!)
"Leider ist auch unsere Meinung umstritten" - Eigengoal;
"Kreisky"-Überschrift - Persönlichkeitskult, ebeso "Gruber";
"Vertreter der Bürgerinitiativen" - Biag stellt nur eine Gruppe dar, besser "Initiative..."
"Diskussion vieler Nichtwisser" - volksfeindlicher Zynismus;

Am Ende der Einleitung sollten die zentralen AKW-Gegner-Forderungen stehen (kein Bau, keine Inbetriebnahme) und nicht nur die Forderungen zum "Aufklärungsprozeß".

b2) Entwurf Vorarlberg: übersichtlich, doch allzu knapp.
Kritisiert wurde die Luftschloß-Formulierung "von Staat und Wirtschaft völlig unabhängige Wissenschaftler", da es diese genau genommen nicht gibt.
Über die Rolle des "Aufklärungsprozesses" und den Zweck der Brosch. steht überhaupt nicht drinnen. Die Tatsachen, die auf die Entschlossenenheit der Betreiber zur Inbetriebnahme hinweisen, fehlen.
Wegen dieses Mangels als ungenügend nicht als Grundlage genommen.

b3) Vorschlag Wien & Linz & Salzburg daher Grundlage mit wesentlichen Änderungen, die hier nur kurz erwähnt werden können.
Überschrift "Wem soll man glauben?" als metaphysisch abgelehnt, stattdessen - siehe kommende Endfassung (Versand von Biag Linz aus)!
Das Inhaltsverzeichnis wurde von Dr.Roschall vergessen und wurde nun nachformuliert.

c) Eingehende Analyse der beiden Entwürfe zum Hauptteil.

c1) Entwurf Roschall (namens welcher Gruppen, ist umstritten, tut aber sachlich keinen Abbruch, da jede Meinung respektiert und berücksichtigt wird!!!):
Punktuelle Kritik:
ad 1.) Überschrift ist "Funktion des AKW", in Wirklichkeit aber ein Durcheinander: Abwärme, Atommüll, Wiederaufbereitung, SUPER-GAU, Erbschäden
Über die gefährlichste Stelle im Reaktor wird nichts gesagt.
ad 2.) Katastrophal kurz! Verschwiegetaktik der Betreiber bleibt unerwähnt, desgleichen Müllproblem (6 Zeilen - in Agitation immer wieder sehr gefragt!!); Energiebilanz u. Wirtschaft fehl am Platz.
ad 3.) Anreicherungsbeispiel ist zu fabelhaft.
Natürliche - künstl.Radioaktivität zu wenig behandelt.
ad 4.) Brüskierung der Vorarlberger, da keine Kühlturmproblematik!
Schemazeichnung mißverständlich, daher nach Erfahrungen der Wiener Broschüre ("Zwentendorf", 3.Aufl.) und auf vehemente Empfehlung der Salzburger gestrichen.

HINWEIS:
dfassung der Brosch. wird
chste Woche versandt!!!!!

ad 5.) AURAND'Zitat bezieht sich auf Normalbetrieb!
Vermengung von GAU und Super-GAU
Aufzählung der Zwischenfälle ist weder vollständig noch typisch, noch allgemeinverständlich. Besser als Typen, die längst überholt sind (Windscale/GB), zu kritisieren ist ein Unfall, aber mit Erläuterungen (Browns Ferry).
Karlsruher Katastrophenplan ist im Wiener Entwurf enthalten.
Doch: Schutzräume gegen GAU allen Ernstes gefordert???

ad 6.) Personelle und interessenmäßige Verbindung von Kernindustrie und staatl.Stellen kommt im Wiener Entwurf besser zum Ausdruck.

ad 7.) umständlich.
Das Kleingedruckte auf S.13 macht die Mühen der Hausfrau lächerlich!

Über die Fragen der Alternativen zum ungebremsten Wirtschaftswachstum wird wahrscheinlich in der I Ö A kein Konsens erzielt werden können; demgegenüber ist ein einheitliches Vorgehen in einer gemeinsamen Broschüre höher zu werten. Daher - Minimalplattform

ad 8.) sehr weitschweifig.
Die diversen Vorschläge sind auch ideologisch gefärbt und würden aufs pol. Glatteis führen. Finanzierung in unserem System durch wen? Lizitation um jeden Preis ist abzulehnen. Wer soll bewerten, was Prioritäten sind??
Und darin: Ein Mehr an Polizei - etwa zum Einsatz gegen die Anti-AKW-Bewegung???

Was völlig fehlt, ist ein Schluß. Kein Wort über den Widerstand und die Möglichkeit des einzelnen Bürgers, zum Kampf beizutragen!!

c2) Es blieb daher der Wiener Entwurf Grundlage.
Wir waren bestrebt, alle irgendwie möglichen Einwände mitzuberücksichtigen. Dazu hatten wir den Roschall-Entwurf, das Salzburger Tel., die anwsenden Vertreter (Wiener Selbsteinwände, KB-Linz-Versuche, die Minimalplattform auszuweiten usw.), sowie schließlich die sicher nicht leichte Aufgabe, etwaige Gedanken der Westösterreicher aufzuspüren und mitzubedenken!
Es sei darauf hingewiesen, daß bereits sowohl im Wiener Entwurf als auch in Roschalls Gegenentwurf sehr viele gegenseitig befruchtende Übernahmen der Vorschläge der Gesprächspartner vorhanden sind.
Ein Zeichen dafür, daß man sehr wohl zusammenfindet - wenn man will!!

d) Kommende Vorgangsweise:

Die Leser der endgültigen Fassung der projektierten Broschüre werden dringend gebeten, binnen 14 Tagen ihre schriftliche Zustimmung an Dr. Siegmund PRIGLINGER, Lagerstr. 14, 4470 Enns

zuzusenden, damit Ende Juli/Anf.Aug. mit dem Druck begonnen werden kann!!!!!
Eine weitere Redaktionssitzung findet darüber nicht mehr statt.
Wir hoffen, damit allen und unserer gemeinsamen Sache gedient zu haben!

4. Offener Brief an ROSCHALL

Vorschlag der BIAG Linz/Enns hiefür vom AKAE angenommen, welcher einen Zusatz hinzufügt. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß der Vertreter des KB-Linz einen mäßigenden Einfluß ausgeübt hat, denn der AKAE-Formulierer Klaus-Peter HERNDL ist als "Nationaler" von den ungerechtfertigten Vorwürfen des "nationalen" Roschall besonders entrüstet!! Der nach Sitzung hinzugezogene Vors. des ARBEITSKREIS ATOMENERGIE, Mag. Günther PFAFFENWIMMER, bestätigte die gemeinsame Fassung des Offenen Briefes. Er ist inzwischen von Enns aus versandt.

Mögen wir alle zusammenfinden und zusammenhalten!

Klaus-Peter
Herndl e.h.

Zusammenfassung der Entwürfe der "Links-Gruppen":

Die vorliegende vorläufige Endfassung der Broschüre versucht, den eingegangenen Vorschlägen und Kritiken gerecht zu werden.
Bei Entscheidungen über Aufbau, Inhalt und Schwerpunkte der Broschüre (B.) sind wir von folgenden grundsätzlichen Überlegungen ausgegangen:

1. Die B. fällt zeitlich und thematisch in die "Aufklärungskampagne" der Regierung.

2. Die B. wird nicht das einzige sein, das die Leute über AKW zu lesen und zu hören bekommen. Einer, der die B. liest, wird sich auch die TV-Sendungen und die Zeitungsberichte ansehen.

3. Insoweit sich die Themen der B. mit den Themen der offiziellen Aufklärungskampagne decken (also GEFÄHRLICHKEIT und ENERGIEPOLITISCHE FRAGEN), müssen wir daher folgende Gesichtspunkte beachten:

   3.1 Die B. muß in diesen Fragen ausführlich genug sein, daß sie nach den TV-Sendungen nicht als oberflächlich und daher nicht aussagekräftig angesehen wird.

   3.2 Man muß auf die zu erwartenden Standardargumente der Betreiber eingehen, damit die betreffenden Teile der Broschüre nach den Sendungen nicht als widerlegt angesehen werden.

4. Wissenschaftlich ist nicht gleich wissenschaftlich:

   Die B. darf nicht in dem Sinn "wissenschaftlich" sein, daß sie eine unverständliche Fachsprache benutzt, wie ein Lehrbuch aufgebaut ist und die Erklärungen für den "dummen" Leser in Fußnoten oder im Anhang bringt.

   Sie muß aber in dem Sinn wissenschaftlich sein, daß die technischen und wirtschaftlichen Fragen klar und allgemeinverständlich soweit behandelt werden, wie es zum Verständnis der Gefahrenquellen und der Energiepolitischen Fragen unbedingt erforderlich ist.

5. Darüberhinaus allerdings sollte man sich im Zweifelsfall immer für die kürzere Formulierung entscheiden.

Im besonderen ergibt sich:

1. Das Schwergewicht der Kampagne wird auf der "Notwendigkeit" und der "relativen Sicherheit" liegen. Dazu wird es von der Betreiberseite massenhaft (die üblichen) Argumente geben, die wir in der Broschüre vorwegnehmen und beantworten müssen.

2. Womit läßt sich die Bevölkerung in nächster Zeit am ehesten mobilisieren?

   2.1 Mit der Stunde der Inbetriebnahme beginnt das AKW die Schäden zu verbreiten, die der Normalbetrieb mit sich bringt. Daher sind die Gefahren im Normalbetrieb ein wesentlicher Punkt für die Mobilisierung.

   2.2 Mit der Stunde der Inbetriebnahme beginnt die Produktion von Atommüll. Wie die Diskussionen mit der Bevölkerung gezeigt haben, erkennen viele gerade im ungelösten Problem des Atommülls eine große Gefahr. Diese Frage darf in der B. daher nicht unter den Tisch fallen.

Das Inhaltsverzeichnis soll aus den im Text farbig unterstrichenen Überschriften bestehen. Eventuelle Untertitel in Schlagworten zu den jeweiligen Überschriften können noch hinzugefügt werden.

rot Kapitel
grün Unterkapitel

Übersandt von:

Susanne Anderle, "Arbeitskreis Atomenergie"
Stuwerstraße 43/22
1020 Wien

1. DISKUSSION UM DIE ATOMENERGIE
WEM SOLL MAN GLAUBEN ?

Die österreichische Bundesregierung plant für Herbst 1976 einen "bundesweiten Aufklärungsprozeß" über die Vor- und Nachteile der Verwendung der Kernenergie, auf dessen Basis angeblich das Parlament über die Einführung von Atomenergie in Österreich entscheiden soll.

Tatsächlich aber haben die Regierung, die Behörden, die Energiegesellschaften und die AKW-Bauunternehmen ihre Entscheidungen längst getroffen.

Das AKW Zwentendorf soll 1977 in Betrieb gehen. "In den nächsten 10 Jahren sind weitere 6 AKWe geplant", sagt Erbacher, der Leiter der Verbundgesellschaft in einem Interview mit dem Profil (4.5.76). Für das AKW St.Pantaleon wurde bereits ein Vertrag mit der Sowjetunion über Uranlieferungen abgeschlossen. Auch in der Regierungserklärung 1975 heißt es: "Bei steigendem Energiebedarf biete sich keine vernünftige kurzfristige Alternative zu einer vermehrten Nutzung der Kernenergie an." Grundsätzlich sind sich in dieser Frage auch die beiden Großpartien einig.

Demgegenüber hat ein großer Teil der österreichischen Bevölkerung in den letzten Jahren durch den Besuch zahlreicher Veranstaltungen gegen Atomkraftwerke, in Kundgebungen und Demonstrationen, in Meinungsumfragen und durch fast 100.000 Unterschriften entschieden zum Ausdruck gebracht, daß er den Bau und den Betrieb von Atomkraftwerken in Österreich ablehnt, weil es eine Tatsache ist, daß die Energiegewinnung aus Kernspaltung beim gegenwärtigen Stand der Technik die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung beeinträchtigt,und zwar auf Grund der laufenden Abgabe von Radioaktivität, der Unfallgefahr und der ungelösten Probleme der Atommüllagerung.

Wieso finden erst jetzt grundsätzliche Diskussionen über Kernenergie statt?

Nachdem sowohl die AKW-Betreiber als auch die Gegner bereits grundsätzlich entschieden haben, kann es heute nur mehr um die Durchsetzung dieser Entscheidungen gehen. Da die Atomindustrie und die

Regierung dabei auf den breiten Widerstand der Bevölkerung in einigen Teilen Österreichs getroffen sind, müssen sie zu verschiedenen Manövern greifen. Als solches ist auch der geplante "Aufklärungsprozeß" zu sehen. Die Regierung hat aus dem Beispiel Wyhl (ein monatelang besetzter AKW-Bauplatz am Oberrhein/BRD) gelernt, daß ein direktes Vorgehen gegen AKW-Gegner deren Einheit im Widerstand nur verstärkt und das Mißtrauen gegenüber der gewählten Volksvertretung erhöht. Das Abhalten großer Podiumsdiskussionen soll einer ähnlichen Entwicklung in Österreich vorbeugen.

Nicht Sicherheitsbedenken veranlaßten die Regierung, eine "demokratische" Entscheidung herbeizuführen, sondern die von einem deutschen Meinungsforschungsinstitut ausgetüftelte Taktik: "Der beste Weg ein Atomkraftwerk zu bauen ist mit den Gegner zu reden." Dabei sucht sich die Regierung die AKW-Gegner auch noch selbst aus. Sie kommt dabei allerdings in die Verlegenheit, anerkannte Fachwissenschaftler zu finden, die nicht das Lied der Atomindustrie singen, deren Brot sie essen.

Einen direkten Einfluß des Volkes auf die Schaudiskussionen versucht die Regierung von vornherein auszuschalten. Mit einem Gelehrtenstreit über ausgewählte Fragen sollen hauptsächlich "Meinungsmultiplikatoren", das sind unter anderem Bürgermeister, Kammer- und Gewerkschaftsfunktionäre, Bezirkshauptmänner, Polizei- und Militärführer, Universitätsprofessoren, Industrielle und führende Beamte, darauf vorbereitet werden, wie sie dem Volk die Einführung der Atomenergie schmackhaft machen sollen.

Man ist der Meinung, daß der "Durchschnittsbürger nicht beurteilen kann, wie gefährlich Atomkraftwerke sind, wie notwendig wir die Energie brauchen, ob wir sie nicht woanders finden können. Wohin soll eine Diskussion so vieler Nichtwisser führen?" (Salzburger Nachrichten 18.2.76)

Damit soll die Grundlage geschaffen werden für die Parlamentsentscheidung! Nachdem eine vollständige Abschirmung der Umwelt von der im Reaktor freigesetzten radioaktiven Strahlung so kostspielig wäre, daß in der Folge keinerlei Gewinn erzielt werden könnte, bleibt als wesentliche Entscheidung:

Wieviel mehr Krebskranke und -tote, wieviel mehr Mißgeburten und Erbschäden sollen für wieviel mehr an Gewinn akzeptiert werden, denn Gewinn und Sicherheit stehen sich hier gegenüber wie Feuer und Wasser. Ein Großteil der Bevölkerung hat sich dafür entschieden keine weitere Zerstörung der Umwelt und der Gesundheit zuzulassen. Deshalb können wir auch keine andere Entscheidung des Parlaments akzeptieren.

Um eine solche Entscheidung durchzusetzen, müssen sich möglichst viele Menschen ein genaues Bild von der Gefährlichkeit, der Unnötigkeit und den ungelösten Problemen (z.B. der Atommüllagerung) machen und so für die Unterstützung der Forderungen gewonnen werden:

SOFORTIGE EINSTELLUNG DER BAUARBEITEN UND KEINE INBETRIEBNAHME DES AKW ZWENTENDORF !!

ZURÜCKSTELLUNG DER BAUPLÄNE FÜR DAS AKW ST.PANTALEON UND ALLER WEITEREN AKW IN ÖSTERREICH !!

Die INITIATIVE ÖSTERREICHISCHER ATOMKRAFTWERKSGEGNER, zu der sich Organisationen und Personen mit unterschiedlichen politischen Auffassungen zusammengeschlossen haben, will mit der vorliegenden Broschüre jedem einzelnen die Möglichkeit geben, in die Diskussion einzugreifen und seine Interessen wahrzunehmen.

2. WARUM WIR ATOMKRAFTWERKE ABLEHNEN

2.1 Die Gefahren bei Normalbetrieb

Die AKW-Propaganda behauptet: "Kernenergie ist die hygienischste Form der Energiegewinnung." (aus dem "Informations"zentrum Zwentendorf).

Ein Atomkraftwerk gibt zwar keinen Staub, Ruß oder Rauch ab, die jeder sehen oder riechen kann, dafür werden jedoch laufend radioaktive Stoffe freigesetzt - auch bei störungsfreiem "normalem" Betrieb.

Wie gelangt nun die Radioaktivität aus dem Reaktor an die Außenwelt?

Dazu ist ein Blick in das Innere des Reaktors notwendig:

(Funktionsprinzip des Siedewasserreaktors (wie in Zwentendorf, St.Pantaleon):

Der Reaktorkern (Core) besteht aus urangefüllten Brennstäben, die zu Brennelementen zusammengefaßt sind. In den Brennstäben findet die Urankernspaltung statt. Die dabei entstehende Wärme verdampft das vorbeiströmende Wasser. Der Dampf treibt über die Turbine den Stromgenerator an und wird anschließend im Wärmeaustauscher wieder verflüssigt. Das Wasser wird von neuem verwendet.)

In den Brennstäben entstehen durch die Kernspaltung große Mengen an Radioaktivität. Durch die radioaktive Strahlung und die Hitzeeinwirkung werden schon im Normalbetrieb eine gewisse Zahl von Brennstabhüllen undicht. Die radioaktiven Elemente entweichen dann

ins Wasser des Kühlkreislaufs. Durch undichte Stellen und auch an Ventilen oder Pumpen tritt die Radioaktivität aus dem Kühlkreislauf in das Reaktorgebäude aus. Teilweise wird sie über das Kühlwasser an den Fluß abgegeben, der gasförmige Anteil wird - nur unvollständig gefildert - über den Schlot in die Luft geblasen.

Wieso wird die Radioaktivität nicht durch Filter vollständig im Reaktor zurückgehalten?

Das ist zum einen Teil ein technisches Problem: Für radioaktiven Wasserstoff ("Tritium") zum Beispiel existiert noch kein technisches Verfahren zum Herausfiltern - was die Betreiber aber nicht hindert, trotzdem AKWe zu bauen. Zum anderen Teil besteht das Problem darin, daß die Kraftwerksbetreiber nur auf ihre Konkurrenzfähigkeit schauen und daher vorhandene wirksamere (aber teurere) Filter nicht einbauen.

Prof.Aurand, Gutachter für das AKW Wyhl (BRD) schreibt: "Der technische und wirtschaftliche Aufwand, die geringen Restmengen zu entfernen ist so groß, daß er nicht gefordert werden kann." (Zitat nach Gaul: Atomenergie oder Ein Weg aus der Krise, Reinbek 1974, S. 75)

Außerdem ändern durch die im Reaktor herrschende Stahlung alle Materialien mit der Zeit ihre mechanischen Eigenschaften. So bekommt Stahl Haarrisse und neigt zu Sprödbrüchen. Im Lauf der Reaktorbetriebszeit wird daher auch im Normalbetrieb immer mehr Radioaktivität abgegeben.

Bei der Turbine führt die Strahlenwirkung zusammen mit Hitze und Schwingungen zu Materialermüdung und zur Gefahr von Schaufelbrüchen. Auch beim Druckgefäß selbst verstärkt sich die Bruchgefahr. Beides kann zu schweren Unfällen führen.

Wärmebelastung der Umwelt

Auch ein herkömmliches Kraftwerk bringt das Problem der Abwärme mit sich. Bei AKW ist es aber aus folgenden Gründen viel größer:

1) Der Wirkungsgrad eines AKW ist geringer: Nur ca. 30 % der erzeugten Wärme werden in elektrischen Strom umgewandelt (bei einem modernen Gasturbinenkraftwerk sind es bis zu 40 %), der

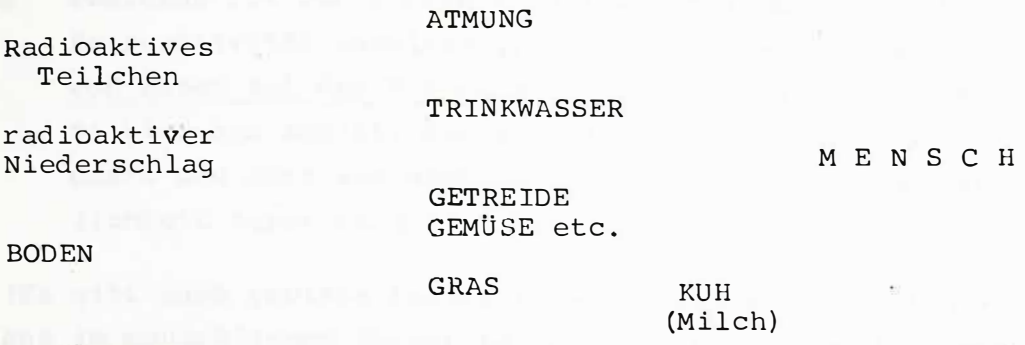
Rest wird über das Kühlwasser an die Umwelt abgegeben.

2) Atomkraftwerke werden aus Kostengründen nur in riesigen Blockgrößen gebaut und belasten daher die Umwelt örtlich viel stärker.

In großen Mengen abgegebene Wärme belastet das biologische Gleichgewicht eines Flusses, indem sie den Sauerstoffgehalt des Wassers und damit die Selbstreinigungskraft des Flusses herabsetzt. Zusammen mit anderen Abfallstoffen kann das gefährliche Auswirkungen haben.

2.2 Wirkung der Radioaktivität auf Mensch und Umwelt

Die Abgabe von Radioaktivität aus einem AKW wird von den Betreibern gar nicht bestritten, jedoch als vernachlässigbar abgetan, da die Radioaktivität "bis zur Unschädlichkeit verdünnt" würde. Das ist aber eine gefährliche Täuschung: Auch geringe Mengen von Radioaktivität können zu schwersten Schädigungen führen, weil strahlende Teilchen über die Atemluft, das Trinkwasser und die Nahrung in den menschlichen Körper gelangen und sich in bestimmten Organen ablagern. Ein Beispiel für eine derartige Nahrungskette:



In jeder Station dieser Nahrungskette "sammelt" der betreffende Organismus die radioaktive Substanz, daher erhöht sich bei jedem Schritt die Konzentration. Das nennt man Anreicherung. Schließlich lagern sich die radioaktiven Elemente im Menschen in bestimmten Organen ab.

Beispiel: Jod: Schilddrüse
Thorium, Radium, Strontium: Knochen
Yttrium: Keimdrüsen

Plutonium: wird eingeatmet (6/1000 mg bewirken Lungenkrebs)

Diese Stoffe strahlen aus nächster Nähe und wirken daher besonders schädigend. Diese von AKWen abgegebenen Stoffe können z.B. zu folgenden Krankheiten führen:

Leukämie, Lungenkrebs, Knochenkrebs;
Erbschäden - werdendes Leben ist besonders gefährdet;
allgemein kann es zu einer erhöhten Anfälligkeit gegenüber Krankheiten kommen.

Da auch von Gestein und aus dem Weltall Strahlung ausgesandt wird ("natürliche Strahlung"), versuchen die AKW-Betreiber die vom Kraftwerk abgegebene Radioaktivität zu verharmlosen, indem sie sie als unbedeutend gegenüber der "natürlichen Strahlung" hinstellen. Diese Argumentation ist eine große Irreführung:

- Erstens ist die "natürliche Strahlung" keineswegs gesund (wie das Wort "natürlich" fälschlicherweise glauben machen könnte), sondern für einen Teil der spontan auftretenden Krebserkrankungen und Erbschäden verantwortlich.

- Zweitens ist der Vergleich der künstlichen und natürlichen Radioaktivität unzulässig, da die Höhen- und Bodenstrahlung von außen auf den Körper auftrifft, während das AKW strahlende Elemente abgibt, die sich in Knochen und Organen anreichern und dort aus nächster Nähe strahlen und so die Gefährlichkeit ihrer Strahlung vervielfachen.

(Es gibt auch gewisse radioaktive Substanzen, die sich von Natur aus im menschlichen Körper befinden (z.B. Kalium-40), aber bei erhöhter Zufuhr dieser Substanz wird ebensoviel wieder ausgeschieden - ganz im Gegensatz zum Anreicherungseffekt bei der künstlichen Radioaktivität.)

Ungemein wichtig ist auch die Frage nach Kombinationswirkung von Strahlung und anderen Schadstoffen und Medikamenten. Bisher ist nur das Zusammenwirken von Zigarettenrauchen und Strahlenbelastung durch Einatmen eines radioaktiven Gases bei Uranbergarbeitern

untersucht: Die Wirkungen von Rauchen und Radioaktivität addieren sich nicht einfach, sondern multiplizieren sich!

Der zeitliche Abstand zwischen Bestrahlung und Auftreten der Erkrankung kann Jahrzehnte dauern. Es ist daher unsinnig, wenn die KKW-Betreiber verlangen, man möge "Tote oder Kranke" vorzeigen.

Höchstzulässige Dosen:

"Da angenommen wird, daß jede Bestrahlungsdosis Schäden verursachen kann, i s t e s n i c h t m ö g l i c h , vom Gesundheitsstandpunkt aus e i n e a n n e h m b a r e , " e r l a u b t e " Strahlendosis festzulegen:

Es ist vielmehr notwendig, das Risiko, das bei irgendeiner Dosis auftritt, gegen die Kosten, die notwendig sind um diese zu erreichen, abzuwägen." (So meint die amerikanische ENVIRONMENTAL PROTECTION AGENCA in dem Entwurf für das amerikanische Strahlenschutzgesetz).

Es ist also nicht der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung entscheidend - für die Betreiber ist das nur eine Kostenfrage.

2.3 Unfallsicherheit von Kernkraftwerken

GAU (der größte anzunehmende Unfall): er wird hervorgerufen durch einen Ausfall (z.B. Rohrbruch) des Reaktorkühlsystems. Auch bei sofortigem Abschalten der Kettenreaktion werden durch fortgesetzen radioaktiven Zerfall gigantische Wärmemengen produziert. Um diese abzuleiten, soll ein Notkühlsystem einsetzen. Diese Notkühlsysteme waren noch nie unter realen Bedingungen getestet worden - bis die amerikanische Atomenergie-Kommission (US AEC) in Idaho Langversäumtes nachholte: ALLE TESTVERSUCHE VERLIEFEN NEGATIV.

(Das Notkühlwasser verhielt sich nämlich nicht so, wie man es von ihm erwartet hatte, sondern entwich an denselben Leckstellen wie das Kühlwasser!)

So besteht die Gefahr, daß der Reaktorkern durch das Gebäude hindurch ins Erdreich hineinschmilzt. Dabei werden unter anderem riesige Mengen radioaktiver Substanzen frei und wenn sie ins Grund-

wasser gelangen, wird dieses für Jahrzehnte verseucht. Dieser Vorgang wird als größter vorstellbarer Unfall - SUPER GAU - bezeichnet.

Die Folgen werden sogar von Befürwortern der Kernenergie als verheerend zugegeben. So hält Dr.Lindackers (Techn. Überwachungsverein TÜV-Rheinland) in einem dicht besiedelten Gebiet 1,670.000 (kurz- und langfristig) Tote für möglich. "Zusammenfassend kann gesagt werden, daß schwere Schäden an Kernkraftwerken nationale Katastrophen sind." (Der von den Befürwortern oft gebrachte Vergleich mit "gewöhnlichen Katastrophen", wie Erdbeben oder Dammbrüchen ist irreführend und nicht stichhaltig: Bei diesen Katastrophen kann man sofort mit Hilfsmaßnahmen und dem Wiederaufbau beginnen - bei einem atomaren Unfall kann das betroffene Gebiet auf Jahrzehnte nicht betreten und bewohnt werden.)

Die Befürworter leugnen jedoch, daß so ein Unfall jemals eintreten kann.

So wird im Informationszentrum Zwentendorf behauptet: "Störfälle können ohne Beeinträchtigung der Sicherheit beherrscht werden. Das hochgradig unwahrscheinliche Versagen der Sicherheitseinrichtungen ergibt ein Restrisiko, das dem von einem stürzenden Flugzeug getroffen zu werden entspricht."

Um derartige Behauptungen wissenschaftlich abzusichern, werden aufwendige Studien in Auftrag gegeben. So gibt es in Amerika eine Studie ("Rasmussen-Report"), nach der ein schwerer Unfall sehr unwahrscheinlich ist (bei 100 Reaktoren einmal in 170 Jahren). Diese Berechnungen werden von maßgeblichen Wissenschaftlern heftig kritisiert: Man verwendete dabei nämlich eine Methode, die völlig ungeeignet ist (die NASA hatte diese Methode entwickelt, war aber auch bald wieder davon abgekommen, sie zu verwenden!).

Abgesehen von der "Wahrscheinlichkeit" sagen derartige Berechnungen überhaupt nichts über den Zeitpunkt eines Unfalles aus - es kann schon heute oder morgen sein.

Daß es trotz hochkomplizierter Sicherheitseinrichtungen zu unvorhergesehenen schweren Unfällen kommen kann, zeigt der Vorfall am 22. März 1975 im amerikanischen AKW in Browns Ferry (Alabama).

(nach: Business Week, 17. Nov. 1975)

Eine Kerze verursachte bei einer Routineuntersuchung einen Kabelbrand, der ins Innere des Reaktors vordrang und das Hauptkühlsystem zum Stillstand brachte. Aber auch das Notkühlsystem funktionierte nicht!
Eine waghalsige Bastelei einiger Arbeiter verhinderte das Verschmelzen der Brennstäbe und damit die totale Verseuchung weiter Landstriche und die Vernichtung einer großen Anzahl von Menschenleben. Es gelang ihnen, mit Pumpen, die ursprünglich ganz anderen Zwecken gedient hatten, Wasser in den Reaktor zu pumpen. Einfallsreichtum und Können der Beschäftigten hatten also die Katastrophe verhindert.

Kommentar eines Sprechers der Industrie:
"Die Sicherheitssysteme funktionieren, aber der Mensch ist eben ein schwaches Glied in der Kette."

KEIN KOMMENTAR.

Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt wäre es wünschenswert, die Energiequelle in der Nähe einer großen Zahl von Verbrauchern zu errichten. Aus Angst vor den möglichen Folgen eines Unfalles werden KKWe aber nicht direkt in Ballungsgebieten gebaut. Dr.Lindackers (TÜV-Rheinland): "Die Auswahl von Standorten muß auch in der Zukunft nach dem Gesichtspunkt erfolgen, wenn immer möglich (!) eine geringe Bevölkerungsdichte in der näheren Umgebung zu bevorzugen, Risken und wirtschaftliche Nutzen sind sorgfältig gegeneinander abzuwägen."

Dafür werden "wissenschaftliche Berechnungen" angestellt, die die wirtschaftlichen Verluste durch längeren Stromtransport gegen die Anzahl der Toten aufrechnen.

Durch eine "Panne" wurde der streng geheimgehaltene KATASTROPHENPLAN von Karlsruhe bekannt. Ein ähnlicher Katastrophenplan ist auch für Zwentendorf zu erwarten, nur behaupten die zuständigen Behörden, es gäbe ihn noch nicht.

Nun einige Auszüge aus dem Katastrophenplan von Karlsruhe:

Nach einem Unfall wird das Gebiet um die Reaktoranlage sofort gesperrt. Während starke Polizeikräfte in Schutzanzügen das Gefahrengebiet abriegeln, wird die betroffene Bevölkerung aufgefordert, sich sofort in die Häuser zu begeben und Fenster und Türen zu schließen.

Sollte jemand trotz Straßensperren aus dem verseuchten Gebiet zu fliehen versuchen, müßte er niedergeschlossen werden.

Wer sich im Freien aufgehalten hat, soll Kleidung und Schuhe vor dem Haus ablegen und sogleich die unbedeckten Körperflächen, wie Gesicht und Hände reinigen. Der Genuß von Frischnahrung und Wasser muß vermieden werden. Unterdessen rücken zwecks Entseuchung Spezialtrupps in das Katastrophengebiet ein, um Brunnen stillzulegen, verstrahlte Gegenstände sicherzustellen, Häuser und Straßen zu waschen, verseuchte Erde abzutragen und einzuasphaltieren. Unter ärztlicher Aufsicht werden die betroffenen Menschen entseucht, äußerlich durch Titanoxid, innerlich durch medikamentöses Herbeiführen von Erbrechen, Magenspülungen, Gabe von absorbierenden Stoffen und Abführmitteln.

Aber was im Einzelfall wirklich zu tun ist, wissen die Angehörigen der Strahlenschutzorganisationen bis heute nicht. Sie sind für einen Katastrophenfall weder geschult noch ausgerüstet.

Die amerikanische Atomenergie-Kommission fordert für ein AKW:

3 km RADIUS um den Reaktor müssen völlig siedlungsfrei sein

38,8 km RADIUS im Umkreis dürfen nicht mehr als 25.000 Menschen wohnen

51,2 km im RADIUS darf keine größere Siedlung sein.

Zum Vergleich die Situation in Österreich:

Zwentendorf

St.Pantaleon

2.4 Brennstoffkreislauf und Atommüll

Kernkraftwerke können allein nicht existieren: Sie benötigen eine Reihe von Anlagen zur Herstellung der Brennelemente und zur Verarbeitung bzw. Lagerung der abgebrannten Brennelemente und sonstigen radioaktiven Abfalls. Alle Stationen dieses sogenannten "Brennstoffkreislaufs" sind sehr gefährlich: So gibt zum Beispiel eine Wiederaufbereitungsanlage mehr als tausend mal so viel Radioaktivität an die Umwelt ab, als alle von ihr betreuten KKWs zusammen. Es ist eine beliebte Taktik der KKW-Befürworter, bei Diskussionen über die Gefährlichkeit auf den Brennstoffkreislauf zu "vergessen" und hierdurch wesentliche Gefahrenmomente unter den Tisch fallen zu lassen.

Der Brennstoffkreislauf beginnt mit dem URANBERGBAU. Beim Abbau des Urans entweichen radioaktive Substanzen (z.B. das Edelgas Radon) in die Atmosphäre. Die Folge davon ist, daß die Bergarbeiter an Lungenkrebs erkranken. Die Uranproduktion führt zu einem ständigen Anwachsen der Abfallerzhalden. Der Regen wäscht die löslichen radioaktiven Verbindungen in den Boden, das Grundwasser

und die Oberflächenwässer.

Die gewünschten Uranverbindungen werden aus dem Erz herausgelöst. Nur ein kleiner Prozentsatz des natürlichen Urans ist zur Kernspaltung geeignet, nämlich das Uran U-235. Der Rest besteht aus dem nicht spaltbaren U-238. In den ANREICHERUNGSANLAGEN wird der Anteil von U-235 gegenüber dem von U-238 erhöht. Aus diesem angereicherten Uran werden die Reaktorbrennstäbe hergestellt.

Jährlich wird in einem KERNKRAFTWERK ein Viertel des verbrauchten Brennstoffes während einer zweimonatigen Pause herausgeholt und durch neuen ersetzt. Nach einer Lagerfrist von etwa einem halben Jahr (damit die größte Radioaktivität etwas abklingt) transportiert man die verbrauchten Brennstäbe zu WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGEN. Dieser Transport ist sehr gefährtlich (Verkehrsunfälle, Sabotage, Erpressung, usw.). Wiederaufbereitungsanlagen dienen der Gewinnung der verwertbaren Stoffe aus dem abgebrannten Brennelementen. Sie belasten die Umwelt durch Abgase und Abwässer mit wesentlich höheren Strahlungsaktivitäten als der eigentliche Atomreaktor unter normalen Bedingungen. Hier fällt auch der hochradioaktive flüssige Abfall in riesigen Mengen an. Aus dem gewonnenen Plutonium können ohne große Schwierigkeiten (!) Atomwaffen hergestellt werden. An allen Stationen des Brennstoffkreislaufes fällt radioaktiver Abfall an. Da sich diese Radioaktivität mit keinem Mittel der Welt vernichten läßt, bleiben zwei Möglichkeiten, sie zu "beseitigen":

1) Stoffe, die nicht "wirtschaftlich" isoliert werden können, werden mit behördlicher Genehmigung (!) verdünnt an die Umwelt abgegeben.

2) Höheraktive Abfälle werden soweit wie "vertretbar" konzentriert gelagert.

Allgemein muß man sagen, daß es noch keine Methode gibt, den Abfall sicher zu lagern, d.h. DAS ATOMMÜLLPROBLEM IST NICHT GELÖST.

Aufgrund der langen Lebensdauer und der chemischen Giftigkeit vieler radioaktiver Elemente müssen die Abfälle über JAHRTAUSENDE von Boden, Wasserkreislauf und Atmosphäre ferngehalten werden (die Halbwertszeit des höchst gefährlichen Plutonium-239 beispielsweise beträgt 24.000 Jahre, erst nach dieser ungeheuren Zeit hat

die Strahlungsaktivität auf die Hälfte abgenommen).

Am schwierigsten ist die Lagerung des hochaktiven Atommülls (meist salpetersaure oder flußsaure Lösungen); bis jetzt lagert man sie in den USA in Edelstahltanks. Durch die Säure-, Strahlen- und Hitzeeinwirkung werden diese Tanks sehr stark angegriffen und bleiben (wenn überhaupt) höchstens 30 Jahre dicht. Mittel- und niedrigaktive Abfälle wurden bisher ins Meer versenkt oder auf der Erdoberfläche (USA) oder in Salzbergwerken (z.B. BRD - ASSE 2 bei Braunschweig) gelagert.

Die ins Meer versenkten Stahlfässer liegen unkontrolliert am Meeresboden und werden langsam undicht. Amerikanische Wissenschaftler haben auf dem Grund des atlantischen Ozeans vor Maryland und des pazifischen Ozeans vor San Francosco freigesetztes Plutonium und Cäsium gefunden, d.h. diese Fässer sind bereits undicht! (Kurier 22.5.76).

Die Versuche, den radioaktiven Abfall in Salzbergwerken zu lagern, werden bis in die 80-er Jahre dauern. Bis dahin muß er auf jeden Fall auf den Reaktorgeländen gelagert werden. Allerdings hat es auch in derartigen Bergwerken Wassereinbrüche gegeben; Erdbeben bilden eine weitere Gefahr. Wenn die geplanten AKW in Österreich in Betrieb gingen, müßte auch bei uns eine Lösung gefunden werden. Im KURIER vom 17.5.1976 konnte man lesen, daß der Abfall eventuell in Preinitz/Heiligenkreuz bzw. in St.Georgen an der Gusen gelagert werden soll. Weiters sucht man nach Lagerstätten in Tirol und im Waldviertel. Das bedingt ein erhöhtes Verseuchungsrisiko und die Notwendigkeit der Bewachung für die nächsten Tausende von Jahren.

Ein AKW ist nach 20 - 30 Jahren unbrauchbar geworden und muß durch ein neues ersetzt werden, wenn es nicht schon vorher von der technischen Entwicklung überrollt wird: In Niederaichbach in Bayern wurde ein AKW (Baukosten 1,7 Mrd Schilling) schon nach kurzer Zeit stillgelegt, weil es unrentabel war - gleich daneben wird ein neues, doppelt so teures AKW gebaut. Niemand kann die strahlende Ruine wegräumen! Allein die Beleuchtung und Bewachung des stillgelegten Kraftwerks verschlingt jährlich 7 Mill. Schilling an Steuergeldern.

Für die Betreiber scheint die Kostenkalkulation eine einfache Sache zu sein: Sie berechnen allein die Kosten von Bau und Betrieb des Reaktors ohne Berücksichtigung der obengannten Probleme. Das sind die Kosten für die Forschung, die Reaktorstillegung, die Atommüllagerung und die Haftung und Risken für Transport und Unfälle. All dies geht zu Lasten der Bevölkerung.

3. DIE HALTUNG DER BEHÖRDEN

In der Frage der Kernkraftwerke steht dem Interesse der Bevölkerung an einer gesunden Umwelt das Geschäftsinteresse der Kraftwerkserbauer und -betreiber gegenüber.

Auf welcher Seite stehen die Behörden?

Folgende Tatsachen geben zu denken:
Die Politiker, die über den Bau von AKWs entscheiden, sind oft Aufsichtsratsvorsitzende der Elektrizitätsgesellschaften, welche die AKWs betreiben (z.B. Landeshauptmann Maurer in der NEWAG und Landeshauptmann Wenzl in der OKA).

In österreich sind die Behörden gleichzeitig Auftraggeber und Kontrollorgan. Das sogenannte "Beweissicherungsverfahren", das feststellen soll, ob sich während des Betriebes des KKW die Strahlenbelastung der Umgebung erhöht hat, wird von Bediensteten der Kraftwerksgesellschaft durchgeführt.

Zwischen den AKW-Betreibern und dem zuständigen Ministerium herrscht (nach Aussage eines hohen Beamten) "ein sehr freundschaftliches Verhältnis".

Trotz ernster Bedenken von Wissenschaftlern und Bevölkerung ist die Regierung weiter entschlossen, KKWs zu bauen: "Bei steigendem Energieverbrauch biete sich keine vernünftige Alternative zu einer vermehrten Nutzung der Kernenergie an." (aus der Regierungserklärung)

Beim angekündigten Aufklärungsprozeß der Bundesregierung geht es also nicht um die Frage "sollen KKWs gebaut werden?", sondern um die Frage: "Wie können wir der Bevölkerung den Bau von KKWs schmackhaft machen?"

Bundeskanzler Dr.Kreisky hat klar gesagt, daß die Entscheidung nicht beim Volk, sondern beim Parlament, bei den Politikern liegt.

4. BRAUCHEN WIR ATOMKRAFTWERKE ?

"Wir können die Ungefährlichkeit der Kernkraftwerke nicht beweisen, aber wie sollen wir unseren Energieverbrauch anders decken?" (Verbunddirektor Erbacher im Profil).

Das ist das zentrale Argument von Elektrizitätswerken und Bundesregierung. Es soll den Eindruck erwecken, daß durch einen unaufhaltsam steigenden Energiebedarf die bisherigen Energieträger (Kohle, Erdöl, Wasserkraft) in kurzer Zeit erschöpft sein werden und nur die schier unerschöpfliche Kernenergie diesen Energienotstand beheben könne.

Ein Teil der Bevölkerung müsse die Gefahren der AKWs auf sich nehmen, "damit die Wirtschaft unseres Landes konkurrenzfähig bleibt, damit wir unsere Arbeitsplätze erhalten, die Zukunft unserer Kinder sichern und den hohen Stand unserer Zivilisation nicht aufs Spiel setzen" (aus einem Flugblatt der österr. Elektrizitätswerke).

4.1 Der "Energienotstand":

"Es ist eine Tatsache, daß sich der Stromverbrauch in Österreich alle 10 Jahre verdoppelt und danach müssen wir uns richten" (Ingrid Leodolter, dzt. Minister für Gesundheit und Umweltschutz). Die zehnjährige Verdopplung beruht auf der Annahme eines jährlichen Verbrauchszuwachses von etwa 7 %.

Doch diese 7%ige Steigerung ist kein Naturgesetz, wie es uns die AKW-Propaganda und die Frau Minister weismachen wollen.

So ging während der letzten Wirtschaftskrise der Verbrauchszuwachs drastisch zurück. Er stieg nicht um 7 %, sondern der gesamtösterreichische Inladnsstromverbrauch sank in den ersten 9 Monaten 1975 gegenüber dem Vergleichszeitraum 1974 um 0,2 %. Der Stromkonsum ist also vom Wirtschaftswachstum abhängig. Dieses läßt sich in unserem Wirtschaftssystem aber nicht vorausplanen.

Wodurch wird der Stromverbrauch bestimmt?

Nicht von der Entscheidung "jedes einzelnen" (Anknipsen eines Lichtschalters), sondern vom Auf und Ab des Wirtschaftswachstums, das vom einzelnen nicht beeinflußt werden kann. Denn von Konjunktur, Marktlage und Gewinnchancen hängt es ab, ob die industriellen Hauptabnehmer, die den Großteil der österreichischen Stromproduktion konsumieren, ihre Produktion erweitern und somit den österreichischen Strombedarf erhöhen.

Genausowenig kann der einzelne Einfluß darauf nehmen, was mit dieser Energie produziert wird. Große Energiemengen werden verschwendet, weil die Produktion nicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, sondern auf den Gewinn des einzelnen Unternehmens ausgerichtet ist. So kommt es zur Produktion von Gütern, die verrotten müssen, weil sie niemand kaufen kann und zur Produktion von Verschleißgütern. Dazu nur ein Beispiel:

R.Schäefer (Porsche Entwicklungszentrum, Stuttgart, Mitarbeiter der Studie Langzeitauto): "... daß wir in der BRD im Jahre 1972 3,5 Mio PKW plus Kombi gebaut haben, und wenn man davon ausgeht, daß die Produktion eines Wagens etwa 10.000 kWh kostet, dann werden also für eine derartige Jahresproduktion 35 Mrd. kWh benötigt. Wenn die Autos aber doppelt so lange halten, ist der Energieverbrauch nur halb so groß. 35 Mrd. kWh sind z.B. jene Energie, die man in einem Jahr benötigt, um 6 Millionen Menschen zu versorgen. Das wäre also der Energieverbrauch von Hamburg, München, Köln, Düsseldorf, Essen und Stuttgart zusammengerechnet (auf diese Art und Weise könnte mehr Energie eingespart werden, als Österreich im ganzen Jahr 1973 verbrauchte, das wären ungefähr 30 Milliarden kWh, aus: Österreichische Zeitschrift für Elektrizitätswirtschaft 1974/11, S. 3 - d.Verf.)".

(Zitat aus: Produzieren ohne Müll in: Bild der Wissenschaft 1974/10, S. 110)

Und da haben die Betreiber die Unverschämtheit zu sagen: "Die Kernenergiegegner sollen zuerst bei sich daheim mit dem Stromsparen beginnen" (so sprach Dipl.Ing. Nentwich, Direktor des AKW Zwentendorf).

4.2 Kernenergie - die einzige Alternative zur Deckung des künftigen Energiebedarfes?

Die herkömmlichen Energieträger (Erdöl, Kohle, Wasserkraft) sind heute keineswegs erschöpft. So sind z.B. die abbauwürdigen Kohlevorräte der Erde so groß, daß sie beim heutigen Energiebedarf noch einige hundert Jahre ausreichen.

Selbst Dipl.Ing. Nentwich schreibt (in "Gemeinwirtschaft"), daß die geschätzten Kohlevorräte der Erde das mehr als Tausendfache des heutigen Weltenergieverbrauches betragen. Die Wasserkraft ist in Österreich noch ausbaufähig.

Mit Sonnenenergie werden bereits jetzt Häuser geheizt. Zur Anwendung der Sonnenenergie im großen Maßstab wäre Entwicklungsarbeit für die Herstellung von Sonnenkollektoren in großen Mengen nötig. Es wird jetzt schon in Island, Japan, USA und Italien die Erdwärme zur Stromerzeugung genützt. Im Osten Österreichs wäre ihre Nutzung an der Thermenlinie mit relativ geringem Forschungsaufwand möglich.

Aber mit Forschungsaufwendungen von 0,7 Mio Schilling für Erdwärme - für Sonnenenergie konnte der Aufwand gar nicht angegeben werden - ist dies natürlich nicht möglich. (Stand von 1973). Zum Vergleich:

Für Atomkraftwerksforschung wurden rund 40 Mio Schilling ausgegeben (ohne Seibersdorf); ähnlich ist es in der BRD: Von 7,6 Mrd DM des Energieforschungsetats werden 6,1 Mrd. für die AKW-Forschung ausgegeben (4. Atomprogramm). Für die Forschung nach anderen Energieformen bleibt nahezu kein Geld.

Nach dem heutigen Stand der Technik werden die Weltvorräte an preiswertem Uran 235 um das Jahr 1990 zur Neige gehen (Uran-235 ist der Brennstoff der heutigen Reaktoren). Werden bis dahin nicht ganz neue Reaktortypen (z.B. der noch gefährlichere "schnelle Brüter") entwickelt, ist es vorbei mit der dauerhaften Stromversorgung aus Kernspaltung.

4.3 Warum werden AKWs trotzdem gebaut?

In erster Linie sind sie ein besseres Geschäft für die KKW-Erbauer (Siemens, KWU, ...), als konventionelle Kraftwerke, weil die Entwicklungs- und Forschungskosten zum größten Teil aus Steuergeldern gezahlt werden. Die Hersteller setzen daher massivste Mittel ein, um die Ausbaupläne für die Kernenergie (sprich: ihre Profitpläne) auch wirklich durchzusetzen.

Die Elektrizitätsgesellschaften auf der anderen Seite müssen der Industrie im Sinne einer Ideologie des unbegrenzten Wachstums steigende Energiemengen zur Verfügung stellen - daß das Wachstum ins Stocken geraten kann, wollen sie nicht wahrhaben. AKWs sind für die E-Gesellschaften zur Zeit kostenmäßig günstig, da ihnen die Erbauer niedrige "Einstandspreise" gewähren (bei dem zu erwartenden Riesengeschäft zahlt sich das für die Hersteller auf jeden Fall aus). Und schließlich kann durch die enorme Größe der AKW-Blöcke Personal eingesprat werden. Weiters strebt die österreichische Bundesregierung (Energieplan), die Erdölimporte aus den Ländern der Dritten Welt zu reduzieren. Aber das Uran für die AKW muß genauso aus dem Ausland, vor allem aus der USA, der Sowjetunion und Südafrika importiert werden. Von einer unabhängigen Energieversorgung Österreichs kann also keine Rede sein.

4.4 "OHNE AKW's keine gesicherten Arbeitsplätze"

behaupten die AKW-Befürworter und versuchen so, die Arbeiterschaft gegen die übrige Bevölkerung auszuspielen. Doch damit stellen sie den wirklichen Zusammenhang von Energiebedarf und Arbeitsmarktlage auf den Kopf. Allein ein Blick auf die Wirtschaft der westlichen Industriestaaten zeigt, daß gerade jene Staaten mit dem höchsten Energieverbrauch pro Kopf, allen voran die USA (3,5 mal so hoch wie in Österreich - 9 % Arbeitslose; aus "Solidarität", April 1975), hohe Arbeitslosen- und Kurzarbeiterquoten haben. Die Arbeitslosigkeit muß also andere Ursachen haben als einen Mangel an Energie. Tatsächlich werden diese Staaten von stets wiederkehrenden Wirtschaftskrisen heimgesucht. In diesen Krisen wird aufgrund von Absatzschwierigkeiten die Produktion eingeschränkt und schließ-

lich werden Arbeiter auf Kurzarbeit gesetzt und entlassen. Gewaltige Möglichkeiten zur Produktion liegen dadurch brach, werden vernichtet, die Maschinen verrotten.

Tatsächlich ist auch kein Betrieb bekannt, der Arbeiter entlassen hätte, weil er nicht genügend Strom bekommen hat. Anfang 1976 waren in Österreich fast 100.000 offiziell arbeitslos (ohne Gastarbeiter und Schulabgänger) und dies, obwohl gleichzeitig Verbunddirektor Bandhauer in der "Presse" vom 6.9.1975 vor einer drohenden Überproduktion (!) an Strom warnte.

4.5 Auch für Rationalisierungen braucht man Energie

Durch die rationellere Gestaltung der Produktion, die meist einen höheren Energieeinsatz pro Arbeitsplatz mit sich bringt, und die Arbeitsintensität steigert, werden Arbeitskräfte freigesetzt. In den ersten beiden Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg konnten diese Arbeitskräfte durch die ständige Ausweitung der Produktion aufgesogen werden. Mit der Vertiefung der Wirtschaftskrise ist diese Möglichkeit vorbei.

Nach einer Schätzung Heinz Kienzls (Nationalbank-Direktor) in der ÖGB-Zeitschrift "Arbeit und Wirtschaft" gehen durch Rationalisierungen in Österreich pro Jahr ca. 20.000 Arbeitsplätze verloren. Die Arbeitslosigkeit ist also keine Frage des Energieangebotes, sondern hängt ab von der Art und Weise der Produktion. Gerade die momentane Krise zeigt, daß das Wirtschaftswachstum und damit auch das Wachstum des Energieverbrauches in unserer Gesellschaft nicht planbar sind.

5. WO UNRECHT ZU RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT

5.1 Das Beispiel Wyhl .....

5.2 Was können wir tun? .....